Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

13. November 1978
Jg. 6 Nr. 46

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Großbritannien verstärkt den Druck auf Sambia

z.hef.London. „Die Regierung hat zugestimmt, bei der Deckung des dringenden Bedarfs Sambias an Devisen zu helfen, indem sie jetzt eine Vorauszahlung von 20 Mio. Pfund für den Ankauf von Kupfer für die britische Industrie macht", gab der britische Außenminister Owen am 2.11. im Unterhaus bekannt. Geliefert werden soll 1980, entsprechend den Preisen von 1980. Die britischen Imperialisten waren führend an den Preismanövern gegen die Kupferexportländer beteiligt und hoffen offenbar, die Preise durch Anlage strategischer Kupferlager noch mehr senken zu können. Der „dringende Devisenbedarf" Sambias dürfte sich wesentlich aus der Bezahlung des von Großbritannien gelieferten Waffenschrotts nach den Überfällen rhodesischer Söldner ergeben. Die Entsendung weiterer britischer Truppen nach Sambia wird schon offen diskutiert.

Zaire unter „internationaler Schuldenverwaltung"

z.gek.Brüssel. Die Expertenkommission des IWF, die Zaire seit August durchschnüffelt, hat unter Leitung des westdeutschen IWF-Kommissars Blumenthal die Staatsfinanzen des Landes unter ihre Regie genommen. Als erstes hat Zaire seine Währung erneut um 10% abwerten müssen. „Seit 1973 hat unser Land mehr als 50% seiner Außenhandelseinnahmen verloren", stellte Präsident Mobutu fest, als er die Abwertung ankündigte. Am 9./10. November ist in Brüssel der „Klub von Paris", das Konsortium der Gläubigerstaaten Zaires, zusammengetreten, um die Aufteilung geplanter Kapitalanlagen von 1 Milliarde Dollar, vor allem in Minenindustrie und Verkehrswesen, zu beraten. An der Spitze der Delegation *Zaires* marschierte der fettstrahlende westdeutsche IWF-Kommissar Blumenthal in den Saal!

Französischer Kredit für polnischen Schiffbauauftrag

z.rua. Polen hat bei den französischen Werften La Ciotat, Dubigeon und Saint Nazaire neue Schiffe für 900 Mio. Francs bestellt. Trotz seiner großen Werftkapazitäten ist Polen nicht in der Lage, seinen Bedarf an Schiffen

Zaire unter „internationaler Schuldenverwaltung"

z.gek.Brüssel. Die Expertenkommission des IWF, die Zaire seit August durchschnüffelt, hat unter Leitung des westdeutschen IWF-Kommissars Blumenthal die Staatsfinanzen des Landes unter ihre Regie genommen. Als erstes hat Zaire seine Währung erneut um 10% abwerten müssen. „Seit 1973 hat unser Land mehr als 50% seiner Außenhandelseinnahmen verloren", stellte Präsident Mobutu fest, als er die Abwertung ankündigte. Am 9./10. November ist in Brüssel der „Klub von Paris", das Konsortium der Gläubigerstaaten Zaires, zusammengetreten, um die Aufteilung geplanter Kapitalanlagen von 1 Milliarde Dollar, vor allem in Minenindustrie und Verkehrswesen, zu beraten. An der Spitze der Delegation *Zaires* marschierte der fettstrahlende westdeutsche IWF-Kommissar Blumenthal in den Saal!

Französischer Kredit für polnischen Schiffbauauftrag

z.rua. Polen hat bei den französischen Werften La Ciotat, Dubigeon und Saint Nazaire neue Schiffe für 900 Mio. Francs bestellt. Trotz seiner großen Werftkapazitäten ist Polen nicht in der Lage, seinen Bedarf an Schiffen
zu sichern. Fast alle Schiffe müssen an die Sozialimperialisten geliefert werden. Während der Export von 1973 auf 1976 verdreifacht wurde, stieg der Bestand an Handelsschiffen von 307 auf 320, er sank bei den Fischereischiffen von 655 auf 645. Polen muß Schiffe zu hohen Preisen von den Imperialisten beziehen, um seinen Seetransport notdürftig zu sichern. Die französische Regierung hat dem am meisten verschuldeten Land des RGW die Hälfte des Auftrages kreditiert. Nicht aus Uneigennutz, sondern um über den Zinsdienst an der Ausplünderung der polnischen Volksmassen teilzuhaben.

Mikronesien kämpft für volle Unabhängigkeit

z.gek. Mit Erpressung und Spaltung versuchen die US-Imperialisten, die Unabhängigkeit Mikronesiens zu verhindern, nachdem das UNO-Mandat von 1945 längst beendet ist. Die mikronesische Verhandlungsdelegation hat das Ansinnen der Carter-Regierung abgelehnt, eine „freie Assoziation" mit den USA zu bilden, im Klartext: fortdauernd und verstärkt militärisch besetzt und kolonial unterdrückt zu bleiben. Mit gezinkten „Referenden" haben die US-Kolonialisten bereits die Marianen, die Marshall- und die Palau-Inseln, sämtlich Teile Mikronesiens, aus der Unabhängigkeitsfront herausgebrochen und neue Militärbasen darauf errichtet. Die Mikronesier fordern die Einheit ihrer Inseln, die sofortige Unabhängigkeit sowie Reparationen „für die verlorenen Jahre" (Verhandlungsführer Aandon Amaraich).

Die westdeutschen Kapitalisten können zahlen! Auch die Stahlkapitalisten!

2,1% sind ein dreistes Angebot. Das soll sie kosten: 5% = 120 DM!

z.ges. Die Stahlkapitalisten haben den Stahlarbeitern ziemlich unverfrorene Rechnungen aufgemacht. Im letzten Jahr sei man übereingekommen, einen Inflationsausgleich zu zahlen von 4%. Das sei von ihnen aus sozial und großartig gewesen. Genauso sozial und großartig wolle man auch dieses Jahr sein. „Dabei müsse jedoch berücksichtigt werden", meint Weisweiler, Vorsitzender des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie, „daß man bei der letzten Runde mit ihrem 4%-igen Abschluß eine Geldentwertung von 3,5% unterstellt habe. Tatsächlich aber bleibe die Inflationsrate 1978 unter 3%, so daß die Arbeitnehmer bereits einen ‚Stabilitätsbonus' von einem Prozentpunkt kassiert hätten, der als Vorauszahlung auf 1979 betrachtet werden müsse. Denn die Arbeitgeber hätten eben mehr als nur den sozial gerechtfertigten Inflationsausgleich gezahlt."

Bei einer Annahme von 3,1% Inflationsrate weniger 1 Prozent „Stabilitätsbonus" kam der Stahlkapitalistenverband auf 2,1%, und das hat Weisweiler als Lohnerhöhung angeboten. Es ist exakt die Zahl, die als erster der ehemalige Bundesbankpräsident und Schmidtintimus Klasen aufgebracht hat. Die westdeutschen Kapitalisten trumpfen gegenüber der Arbeiterbewegung mächtig auf. Die Stahlkapitalisten fühlen sich in vorderster Front. Wer Weltmarktanteile dem Konkurrenten abjagen will, und dazu sind die westdeutschen Kapitalisten finster entschlossen, muß als erstes einen neuen Grad der Ausbeutung durchsetzen. Die westdeutschen Kapitalisten sind dabei.

Trotz Dollaraggression ist es ihnen gelungen, in den ersten 9 Monaten des Jahres einen Handelsüberschuß von 28,5 Milliarden DM an Land zu ziehen. In der gleichen Zeit waren es letztes Jahr auch schon rund 25 Milliarden, aber doch fast 3,5 Milliarden weniger. Mit dem Handelsüberschuß bekommen die westdeutschen Kapitalisten Devisen in die Hand, und das erleichtert ihnen den Kapitalexport. 2,7 Milliarden haben sie bereits im ersten Halbjahr 1978 exportiert und direkt im

...stabilitätsbonus' von einem Prozentpunkt kassiert hätten, der als Vorauszahlung auf 1979 betrachtet werden müsse. Denn die Arbeitgeber hätten eben mehr als nur den sozial gerechtfertigten Inflationsausgleich gezahlt."

Bei einer Annahme von 3,1% Inflationsrate weniger 1 Prozent „Stabilitätsbonus" kam der Stahlkapitalistenverband auf 2,1%, und das hat Weisweiler als Lohnerhöhung angeboten. Es ist exakt die Zahl, die als erster der ehemalige Bundesbankpräsident und Schmidtintimus Klasen aufgebracht hat. Die westdeutschen Kapitalisten trumpfen gegenüber der Arbeiterbewegung mächtig auf. Die Stahlkapitalisten fühlen sich in vorderster Front. Wer Weltmarktanteile dem Konkurrenten abjagen will, und dazu sind die westdeutschen Kapitalisten finster entschlossen, muß als erstes einen neuen Grad der Ausbeutung durchsetzen. Die westdeutschen Kapitalisten sind dabei.

Trotz Dollaraggression ist es ihnen gelungen, in den ersten 9 Monaten des Jahres einen Handelsüberschuß von 28,5 Milliarden DM an Land zu ziehen. In der gleichen Zeit waren es letztes Jahr auch schon rund 25 Milliarden, aber doch fast 3,5 Milliarden weniger. Mit dem Handelsüberschuß bekommen die westdeutschen Kapitalisten Devisen in die Hand, und das erleichtert ihnen den Kapitalexport. 2,7 Milliarden haben sie bereits im ersten Halbjahr 1978 exportiert und direkt im

Ausland investiert. So wie sie ihren Exportüberschuß vor allem gegenüber ihren Konkurrenten in der EG und in den USA erzielt haben, so exportieren sie auch ihr Kapital vor allem in die Länder ihrer Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, am meisten in die EG. Handelsüberschuß und wachsender Kapitalexport zeigen, daß die westdeutschen Kapitalisten einen Vorsprung in der Ausbeutung haben und es mit ihren Konkurrenten auf deren eigenem Gebiet in der Kunst der Schweißauspressung aufnehmen können.

Einen „Umschwung in der Bilanz der Direktinvestitionen" konstatiert die Deutsche Bundesbank in ihrem jüngsten Monatsbericht. Wenigstens seit der Zeit wird der Arbeiterklasse auch der Umschwung in ihrer Lebenslage drastisch fühlbar. Sie lebt elender und kürzer. Die Kapitalisten aber wissen mit ihrem Reichtum nicht mehr wohin.

Aber den Stahlkapitalisten geht es doch wirklich schlecht, hört man bis in die Reihen der Gewerkschaftssozialdemokratie hinein. Wirklich? An dem Exportüberschuß waren sie allein im Monat August mit rund 468 Millionen (Fortsetzung Seite 2)

Sao Paulo: Metallgewerkschaft ruft zum Generalstreik auf



Der Streik der über 250000 Metallarbeiter im brasilianischen Bundesstaat Sao Paulo hat 80% der Produktion in den großen Automobilkonzernen des imperialistischen Kapitals zum Stillstand gebracht, bei VW, Mercedes-Benz, Fiat, Ford, Saab stehen die Bänder. Die Geschlossenheit der Streikfront für eine 70- bis 100%ige Lohnerhöhung versetzt die Kapitalisten in Aufruhr, ihre Front bröckelt. Die Regierung muß sich gefallen lassen, daß die Gesetze über das Verbot von Streiks aus dem Jahre 1964 leere Papierfetzen sind. Die Metallarbeitergewerkschaft von Sao Paulo hat am 30.10. zum unbefristeten Generalstreik aufgerufen. Mit der Entlassung von Tausenden Arbeitern und der Drohung, sämtliche Arbeitsverträge zu lösen, haben sich die Kapitalisten diese Stärkung der Klassenfront eingehandelt.



Der Streik der über 250000 Metallarbeiter im brasilianischen Bundesstaat Sao Paulo hat 80% der Produktion in den großen Automobilkonzernen des imperialistischen Kapitals zum Stillstand gebracht, bei VW, Mercedes-Benz, Fiat, Ford, Saab stehen die Bänder. Die Geschlossenheit der Streikfront für eine 70- bis 100%ige Lohnerhöhung versetzt die Kapitalisten in Aufruhr, ihre Front bröckelt. Die Regierung muß sich gefallen lassen, daß die Gesetze über das Verbot von Streiks aus dem Jahre 1964 leere Papierfetzen sind. Die Metallarbeitergewerkschaft von Sao Paulo hat am 30.10. zum unbefristeten Generalstreik aufgerufen. Mit der Entlassung von Tausenden Arbeitern und der Drohung, sämtliche Arbeitsverträge zu lösen, haben sich die Kapitalisten diese Stärkung der Klassenfront eingehandelt.

Spaniens „parlamentarische Demokratie" – Zum Auftakt Demonstrationsverbot

z.ulg. Die Delegation des europäischen Parlaments, die Ende Oktober zu einer Sitzung der „gemischten Parlamentskommission" über den Fortgang der Beitrittsverhandlungen nach Madrid gereist war, kam gerade rechtzeitig zu dem „historischen Ereignis". Am 31. Oktober haben die beiden Kammern des spanischen Parlaments mit großer Mehrheit den Entwurf der neuen Verfassung angenommen, über den am 6. Dezember in einem Referendum endgültig entschieden wird. Alle großen bürgerlichen Parteien haben dem Entwurf zugestimmt: die Regierungspartei UCD sowieso, aber auch die Sozialisten der PSOE, die zu Beginn der Verfassungsdebatte noch mit verlogenen Phrasen für die Republik aufgetreten waren, und die Revisionisten der PCE, die von vorneherein solchem „Radikalismus" abgeneigt waren. Auch die meisten Abgeordneten der offen reaktionären „Volksallianz" unter Francos ehemaligem Informations-, sprich: Zensurenminister, F. Iribarne haben schließlich zugestimmt. Außer den anderen Abgeordneten der Volksallianz haben nur die Vertreter der kleinen baskischen Parteien mit Nein gestimmt, die bürgerliche Baskische Nationalistische Partei (PNV) hat sich enthalten.

Daß der Staat in der neuen Verfassung als „unteilbar" bezeichnet und das Selbstbestimmungsrecht der Völker Spaniens damit ausdrücklich geleugnet wird. hat den Christdemokraten der PNV ja weiter nichts ausgemacht. Aber als sich die „Verfassungsmehrheit" nicht einmal bereit finden wollte, wenigstens die jahrhundertealten traditionellen Autonomierechte des Baskenlandes in einem Zusatz zur Verfassung zu bestätigen, sah sie ihre „wirklich weitreichende Kompromißbereitschaft" überfordert. Zu offensichtlich wäre der Verrat an dem opferreichen Kampf des baskischen Volkes gewesen.

Jetzt ist alles in großer Aufregung. Denn die PNV hat unter diesen Umständen zur Stimmenthaltung beim Volksentscheid aufrufen müssen. Die kleineren baskischen Parteien haben teils ebenfalls zur Enthaltung, teils zur Ablehnung aufgerufen. Die bürgerlichen Parteien und die EG-Imperialisten, denen der „friedliche Übergang" vom Franco-Regime zur bürgerlichen Demokratie so sehr am Herzen liegt, fürchten jetzt, daß die Verfassung im Baskenland keine Mehrheit erhält. Daß das an der Gültigkeit dieses Bauplans des staatlichen Unterdrückungsapparates auch für das Baskenland nichts ändern würde, darüber sind sie sich natürlich einig. Aber daß sie nicht behaupten können, das baskische Volk habe sich damit einverstanden erklärt, wäre schmerzlich. Mit über 400 Versammlungen, allein im Baskenland, will die sozialdemokratische PSOE, jetzt versuchen, doch noch eine Mehrheit zusammenzukriegen. Die Regierungspartei UCD hat betont, daß „die zur Abstimmung vorgelegte Verfassung nicht eine des Bruchs, sondern eine der Eintracht ist". Nach fast 40 Jahren faschistischer Diktatur ist das wirklich schön gesagt. Für die nötige Eintracht soll wie gehabt die Polizei sorgen. Gleichzeitig mit der offiziellen Festlegung des Termins für das Referendum hat die Regierung bis zum Tag danach alle Demonstrationen zur, namentlich also *gegen* die Verfassung verboten. Der Innenminister Martin Villa hat zusammen mit Verteidigungsminister Guiterrez Mellado die Polizeitruppen im Baskenland inspiziert und bei dieser Gelegenheit klargestellt, daß sich die Anwesenheit dieser Besatzungsmacht keineswegs einfach gegen den „Terror von ETA", sondern gegen „die Straße" richtet: „Möglicherweise zwingen uns die letzten Ereignisse im Baskenland dazu, die Ordnung auf der Straße besser zu gewährleisten."

Zu den letzten Ereignissen gehört die von der Polizei verbotene Gegendemonstration am 28.10. in Bilbao gegen den Schweigemarsch „Gegen den Terrorismus", für den die PNV gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien aufgerufen hatte. Bis tief in die Nacht dauerten die Kämpfe gegen die Polizeieinheiten, die die Stadt belagerten. Seit langem fordert die baskische Volksbewegung den Abzug der spanischen Polizei aus dem Baskenland und die Aufstellung einer eigenen baskischen Polizeitruppe. Über eine Verstärkung der Polizei durch Basken will Innenminister Villa mit sich reden lassen, aber „weder die Guardia Civil noch die bewaffnete Polizei werden aus dem Baskenland oder aus irgendeinem Ort des nationalen Territoriums abziehen". In dem jetzt vorgelegten Entwurf eines Autonomiestatuts für Katalonien ist denn auch vorgesehen, daß die Zentralregierung auch gegen Befehle der katalanischen Generalität jederzeit das Kommando über die regionalen Polizeiverbände an sich ziehen kann, wenn das allgemeine Interesse des (Gesamt)-Staates schwer gefährdet ist".

Erst wenn die Ergebnisse des Referendums vorliegen, will der EG-Ministerrat am 19. und 20. Dezember die Stellungnahme der Kommission zum spanischen Beitritt verhandeln. Der PCE-Führer Carillo hat bereits zu verstehen gegeben, im Interesse des dann noch zu vollbringenden „Konsolidierungs"-Werkes ließe er auch über die Fortsetzung der Regierung Suarez, die im Parlament keine Mehrheit hat, mit sich reden und die Neuwahlen zum Parlament vertagen. Die von den Revisionisten beherrschte Gewerkschaft Comisiones Obreras hat einen neuen „politisch-wirtschaftlichen Pakt" vorgeschlagen. Eine Neuauflage des Moncloa-Paktes, diesmal mit der Höchstgrenze von 10% für Lohnerhöhungen, will auch die Regierung Suarez durchsetzen. Allein seit April dieses Jahres sind die Fleischpreise durchschnittlich um etwa ein Viertel gestiegen.

Die westdeutschen Kapitalisten können zahlen! Auch die Stahlkapitalisten!

(Fortsetzung von Seite 1)
DM beteiligt. Von Januar bis Juni haben sie beachtliche 105 Millionen DM Kapital exportiert. Sie können zahlen. Man muß sie halt zwingen.

5% hat die Große Tarifkommission der IG Metall als Forderung aufgestellt. Das ist herzlich wenig und so wenig gerechtfertigt, daß selbst in der hochkarätig sozialdemokratisch besetzten Tarifkommission eine Kampfabstimmung notwendig war, um die 5% gegen eine höhere Forderung durchzusetzen.

Im April haben die Kapitalisten der gesamten eisenschaffenden Industrie 714386000 DM für Löhne und Gehälter bezahlt. In dieser Summe sind die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Masse der Angestellten genauso enthalten wie die Gehälter der leitenden Angestellten. 5% auf diese Summe sind 35719300 DM.

Entscheidend für die Arbeiter und für die Masse der Angestellten ist offensichtlich nicht nur, daß sie die 5% durchsetzen. Das würde die Verelendung von großen Teilen der Arbeiter und Angestellten nicht einmal bremsen. Entscheidend ist für die Arbeiter und Angestellten vor allem, daß sie eine Verteilung pro Kopf durchsetzen und nicht das Prinzip herrschen lassen: der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen.

Geteilt durch die Beschäftigtenzahl der gesamten eisenschaffenden Industrie kommen bei einer Lohnforderung von 5% bei 303000 Beschäftigten im April rund 118 DM auf jeden. Nimmt man nicht einen einzelnen Monat, sondern das Jahr im Duchschnitt, dann ist es bloß vernünftig zu fordern, daß die 5% als 120 DM für jeden ausgezahlt werden, und zwar auf den Tariflohn für die Normalarbeitszeit, bei Tag und ohne Akkord oder Prämie. Wenn das die Kapitalisten mehr kostet als die unserer Rechnung zugrundeliegende Summe, dann liegt es ausschließlich an den üblen Arbeitsbedingungen, die die Kapitalisten den Arbeitern aufzwingen. Warum sollten ausgerechnet die Arbeiter und Angestellten diesem Zwang entgegenkommen, statt mit Normalarbeitszeit zu rechnen?

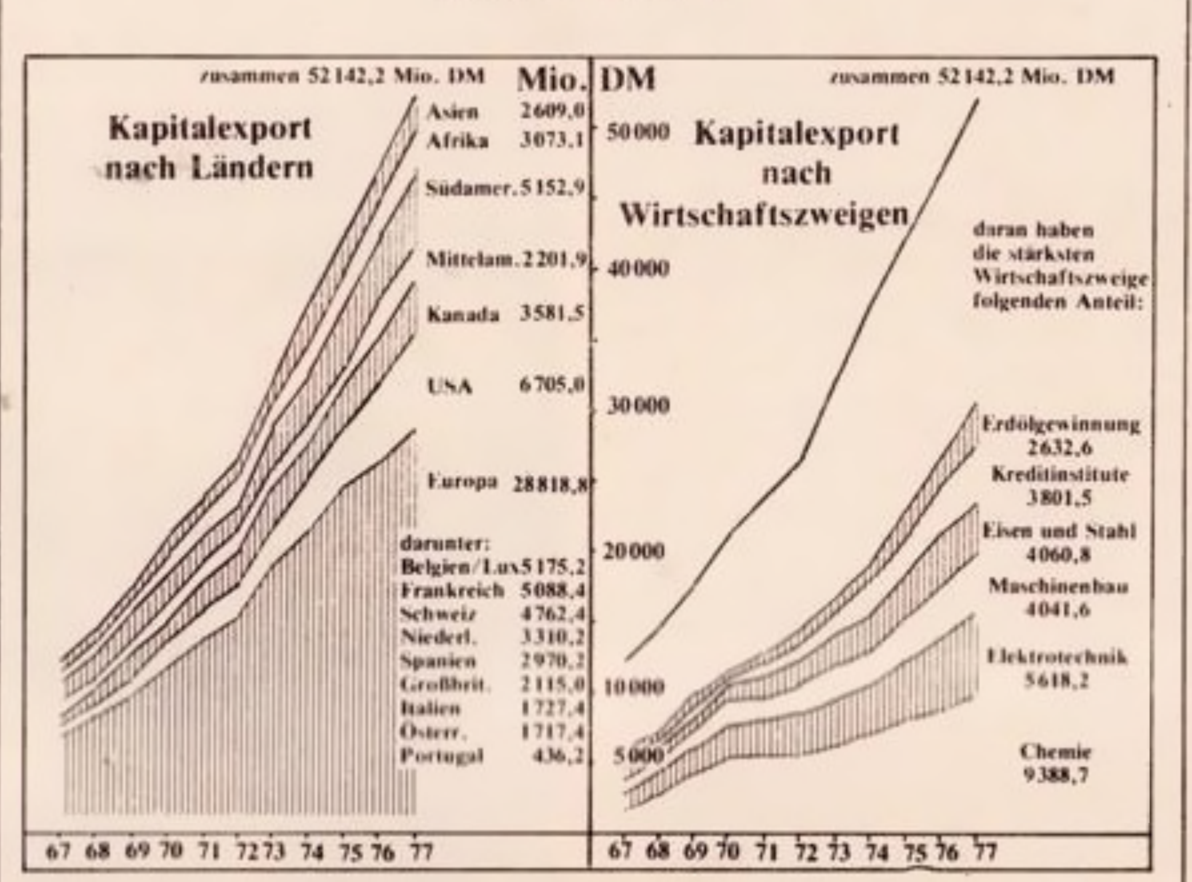
Die Rechnung, die es mit den 5% den Kapitalisten aufzumachen gilt, ist kein bißchen komplizierter als die Rechnung, die Weisweiler mit seiner Inflationsrate und seinem „Stabilitätsbonus" anstellt. Die Rechnungen unterscheiden sich nach den Klasseninteressen, von denen ausgegangen wird und die auf dem Arbeitsmarkt und im Lohnkampf aufeinandertreffen. Von der einen Seite her gehts um die Profitmaximierung, von der anderen Seite geht es um die Erhaltung der Arbeitskraft. Die eine Rechnung ist Schwindel. Mit der anderen Rechnung kommt man auf einen Betrag, mit dem der Wert der Arbeitskraft verteidigt werden kann.

120 DM ist das erste, worauf sich der Kampfwillen der Stahlarbeiter in diesem Tarifkampf konzentrieren sollte, damit bei Arbeitszeitverkürzung nicht in Wirklichkeit verschärfter Zwang zur Überarbeit herauskommt. 5 Stunden pro Monat sind die Stahlarbeiter heute durchschnittlich über die 40-Stundenwoche hinaus zu arbeiten gezwungen. Der niedere Lohn und der Druck mit Entlassungsdrohung treibt dazu. Unter diesen Bedingungen kann eine wirkliche Arbeitszeitverkürzung nur zusammen mit einer spürbaren Lohnerhöhung erkämpft werden. Unter diesen Bedingungen kann der Kampf um die 35-Stundenwoche nur zum Erfolg geführt werden über den erfolgreichen Kampf um den Lohn und um den Normalarbeitstag, weil die Verkürzung der Arbeitszeit auch dann nichts nützt, wenn der niedrige Lohn einen dafür in die Contischicht treibt, die einem mehr kaputt macht als regelmäßige 8 Stunden am Tag.

Es lauern noch andere Fallen, in diesem Tarifkampf. Die Tarifkommission spielt mit dem Gedanken durch eine Tarifverlängerung aus der Vorreiterrolle herauszukommen. Es ist erwiesen, daß jede Verlängerung des Tarifvertrages unter Bedingungen der Inflation zur Lohnsenkung führt. Diese Lohnsenkung wird rasant, wenn die Inflationsrate sich auch nur ein bißchen über die Lohnsteigerung hebt. Mit einer wachsenden Steigerung der Preise ist aber für das nächste Jahr unbedingt zu rechnen und nicht nur wegen der von der Regierung geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wenn die Laufzeit des Tarifvertrages verändert werden soll, dann kann sie nur verkürzt werden, nicht aber verlängert. Sonst wird der Beutelschneiderei Tür und Tor geöffnet. Jede Verlängerung des Tarifvertrages kommt den Spaltereien und Betrügereien der Kapitalisten und der Regierung entgegen, wie sie sie mit ihrer Preis-, aber auch Steuer- und Versicherungspolitik betreiben. Gerade wegen der hinterhältigen Absichten werden diese Reformen solange durch Vermittlungsausschüsse gewälzt.

Den westdeutschen Imperialisten muß von der Arbeiterbewegung in den Arm gefallen und nicht unter die Arme gegriffen werden. Vor den Kapitalisten kommt Schmidt ins Schwärmen, während er der Arbeiterklasse gern Bescheidenheit predigt. Versammelten Bankiers stellte er vor kurzem die Frage: „Wie kommt es denn wohl, daß die Deutsche Mark oder die deutschen Papiere so gefragt sind? Wie kommt es denn wohl? Das sind ja nicht die vereinigten Sozialdemokraten, die an den Börsen der Welt die Kurse für deutsche Papiere oder für deutsche Währung nach oben treiben! Sondern, meine Damen und Herren, es sind Ihresgleichen draußen in der Welt, die das tun – Ihresgleichen, es sind die Kapitalisten der ganzen Welt, die zu dem Urteil gelangen, das sei hier in Deutschland alles ganz in Ordnung..." Es stimmt, wenige Sozialdemokraten leben von Papierchens und Spekulation. Sie sind Argumenten zugänglich.

Der westdeutsche Kapitalexport 1967-1977



z.mif. Nach der Krise 1966/67 verstärkten die westdeutschen Imperialisten den Kapitalexport. Fast jährlich wird der Kapitalexport in jeden Erdteil gesteigert. Der Anteil in Europa ist mit rund 55% gleichgeblieben, der Anteil des Kapitalexports in die USA ist von 7,8 auf 12,8% gesteigert worden. Der Schwerpunkt der Vorherrschaftsbestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie gilt Europa und hier vor allem Frankreich und Belgien.

Die im rechten Bild aufgeführten sechs stärksten Branchen beherrschten 1967 47,6% des Kapitalexports, 1977 bereits 56,7%. Die Chemiekapitalisten haben ihren Anteil von 16,3 auf 18% gesteigert. Die Erdölmonopole von 3,1 auf 5,1%, das Bankkapital von 2,6 auf 7,3%. Abgedeckt wird der Kapitalexport finanziell durch die Regierung mit dem „Gewährleistungsrahmen für Kapitalhilfe- und andere Finanzkredite, Kapitalanlagen im Ausland und Umschuldungen". Dieser „Rahmen" hatte 1967 eine Spannweite von 9,0 Milliarden DM, 1977 17 Milliarden. Im übrigen gibt es Fregatten und die Heeresstrukturreform.

Keine gute Tradition

r.mas. Anläßlich des 60sten Jahrestags der Revolution vom 9. November 1918 feiert die SPD mit der Bourgeoisie die (konter)revolutionären Taten der SPD von 1918. Apel zitiert aus diesem Anlaß im „Vorwärts" den SPD-Minister Ebert: „Überlaßt doch die Waffen nicht den anderen." In einem Nordschaubeitrag (NDR) über dieses Thema werden dabei gleich einige historische Daten „vergessen". „Die Republik wurde am 9. November ausgerufen." Daß Karl Liebknecht an diesem Tag die Sozialistische Republik proklamierte, paßt dabei nicht in ihr Konzept. Als nächstes wird festgestellt, daß Noske (SPD) nach Kiel reiste und „Vorsitzender des Kieler Soldatenrates wurde". Noske reiste nach Kiel, denn er hatte von der Kaiserlichen Regierung, der auch Ebert angehörte, den Auftrag erhalten, die Meuterei der Matrosen abzudrosseln, für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen und die Autorität des Kaisers durchzusetzen. Als er in Kiel ankam, ist ihm gleich verständlich gemacht worden, daß die Bewegung zu stark war, um letzteres durchzusetzen. Die SPD setzte sich an die Spitze der Bewegung, um diese abzustumpfen und sie zu zersetzen. Seine Tätigkeit als Vorsitzender des Soldatenrats benutzte Noske gleich, um die alte Staatsmaschinerie wieder in Gang zu setzen, die Arbeiter setze er ab und sich selbst als Gouverneur ein. Als nächstes stellte er aus den übriggebliebenen Offizieren konterrevolutionäre Truppen zusammen, um die Entwaffnung der Arbeiter zu betreiben und die Revolution niederzumetzeln. Das ist „den anderen die Waffen nicht überlassen". Das ist die Tradition, an der Apel bei diesem Jubiläum festhalten will.



Abdankung des Herzogs Ernst August

Braunschweigs Republik-Regierung liegt in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Ich „Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg" erkläre, daß ich für mich und meine Nachkommen auf den Thron verzichte, und die Regierung in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates lege.

Ernst August.

Es lebe die sozialistische Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Braunschweiger konnten Ernst August von Braunschweig schon einen Tag vor der Abdankung des Kaisers entmachten und am 8. November 1918 die sozialistische Republik Braunschweig ausrufen.

Im Bauernlegen ist Carter Profi

Streik der Wanderarbeiter / Farmen mit 50 Mrd. Dollar verschuldet/Neue Gesetze

z.mif. Zehn Tonnen weniger Tomaten pro acre haben die Nahrungsmittelmonopole Campbell und Libby's diesen Sommer in Ohio verarbeiten können.

nur einmal ernten konnten statt wie sonst zwei- bis dreimal von Hand. 110 Mexikaner ohne Papiere ließen die Tomatenkapitalisten ausweisen, um dem

nicht durchgesetzt werden.

Für die Apfelernte an der Ostküste rekrutiert das US Labor Department 900 Puerto Ricaner. Freier Transport,

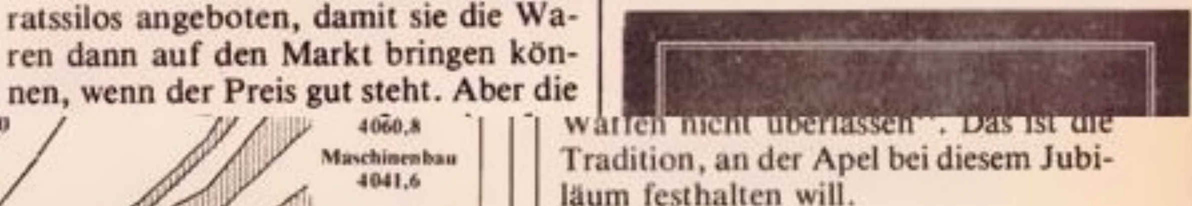
zu Niedrigzins für den Bau von Vorratssilos angeboten, damit sie die Waren dann auf den Markt bringen können, wenn der Preis gut steht. Aber die

Geteilt durch die Beschäftigtenzahl der gesamten eisenschaffenden Industrie kommen bei einer Lohnforderung von 5% bei 303000 Beschäftigten im April rund 118 DM auf jeden. Nimmt man nicht einen einzelnen Monat, sondern das Jahr im Duchschnitt, dann ist es bloß vernünftig zu fordern, daß die 5% als 120 DM für jeden ausgezahlt werden, und zwar auf den Tariflohn für die Normalarbeitszeit, bei Tag und ohne Akkord oder Prämie. Wenn das die Kapitalisten mehr kostet als die unserer Rechnung zugrundeliegende Summe, dann liegt es ausschließlich an den üblen Arbeitsbedingungen, die die Kapitalisten den Arbeitern aufzwingen. Warum sollten ausgerechnet die Arbeiter und Angestellten diesem Zwang entgegenkommen, statt mit Normalarbeitszeit zu rechnen?

Die Rechnung, die es mit den 5% den Kapitalisten aufzumachen gilt, ist kein bißchen komplizierter als die

die Contischicht treibt, die einem mehr kaputt macht als regelmäßige 8 Stunden am Tag.

Es lauern noch andere Fallen, in diesem Tarifkampf. Die Tarifkommission spielt mit dem Gedanken durch eine Tarifverlängerung aus der Vorreiterrolle herauszukommen. Es ist erwiesen, daß jede Verlängerung des Tarifvertrages unter Bedingungen der Inflation zur Lohnsenkung führt. Diese Lohnsenkung wird rasant, wenn die Inflationsrate sich auch nur ein bißchen über die Lohnsteigerung hebt. Mit einer wachsenden Steigerung der Preise ist aber für das nächste Jahr unbedingt zu rechnen und nicht nur wegen der von der Regierung geplanten Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wenn die Laufzeit des Tarifvertrages verändert werden soll, dann kann sie nur verkürzt werden, nicht aber verlängert. Sonst wird der Beutelschneiderei Tür und Tor geöffnet. Jede Verlängerung des Tarifvertrages kommt den Spalte-



z.mif. Nach der Krise 1966/67 verstärkten die westdeutschen Imperialisten den Kapitalexport. Fast jährlich wird der Kapitalexport in jeden Erdteil gesteigert. Der Anteil in Europa ist mit rund 55% gleichgeblieben, der Anteil des Kapitalexports in die USA ist von 7,8 auf 12,8% gesteigert worden. Der Schwerpunkt der Vorherrschaftsbestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie gilt Europa und hier vor allem Frankreich und Belgien.

Die im rechten Bild aufgeführten sechs stärksten Branchen beherrschten 1967 47,6% des Kapitalexports, 1977 bereits 56,7%. Die Chemiekapitalisten haben ihren Anteil von 16,3 auf 18% gesteigert. Die Erdölmonopole von 3,1 auf 5,1%, das Bankkapital von 2,6 auf 7,3%. Abgedeckt wird der Kapitalexport finanziell durch die Regierung mit dem „Gewährleistungsrahmen für Kapitalhilfe- und andere Finanzkredite, Kapitalanlagen im Ausland und Umschuldungen". Dieser „Rahmen" hatte 1967 eine Spannweite von 9,0 Milliarden DM, 1977 17 Milliarden. Im übrigen gibt es Fregatten und die Heeresstrukturreform.

Tradition, an der Apel bei diesem Jubiläum festhalten will.



Abdankung des Herzogs Ernst August

Braunschweigs Republik-Regierung liegt in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates.

Ich „Ernst August, Herzog von Braunschweig und Lüneburg" erkläre, daß ich für mich und meine Nachkommen auf den Thron verzichte, und die Regierung in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrates lege.

Ernst August.

Es lebe die sozialistische Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Braunschweiger konnten Ernst August von Braunschweig schon einen Tag vor der Abdankung des Kaisers entmachten und am 8. November 1918 die sozialistische Republik Braunschweig ausrufen.

Im Bauernlegen ist Carter Profi

Streik der Wanderarbeiter / Farmen mit 50 Mrd. Dollar verschuldet/Neue Gesetze

z.mif. Zehn Tonnen weniger Tomaten pro acre haben die Nahrungsmittelmonopole Campbell und Libby's diesen Sommer in Ohio verarbeiten können. 2000 Farmarbeiter haben gegen den Stundenlohn von 2,65 Dollar gestreikt. Die Löhne werden zwischen den Nahrungsmittelmonopolen und den Farmern vereinbart; die Wanderarbeiter, die nur für die Erntewochen herangekarrt werden, sind Teil dieser Abmachung. Der Streik ging über die ganze Erntezeit vom 25. August bis Ende September. Die Plantagenbesitzer ließen mit Maschinen ernten, so daß sie nur einmal ernten konnten statt wie sonst zwei- bis dreimal von Hand. 110 Mexikaner ohne Papiere ließen die Tomatenkapitalisten ausweisen, um dem Streik das Kreuz zu brechen; erfolglos. Die Forderungen der Gewerkschaft FLOC (Farm Labor Organizing Committee) auf Zahlung von 3,25 Dollar Mindestlohn, medizinische Versorgung während der gesamten Ernteperiode, bessere Lebensbedingungen im Lager, sowie Zahlung der Anreise von Mexiko und Florida, und grundlegend die Beteiligung der Gewerkschaft an den Vertragsverhandlungen, konnten noch nicht durchgesetzt werden.

Für die Apfelernte an der Ostküste rekrutiert das US Labor Department 900 Puerto Ricaner. Freier Transport, heiße Mahlzeiten und 2,82 Dollar pro Stunde wurden ihnen zugesagt; nach ein paar Tagen wurden sie von den Großbauern unter Vorwänden entlassen, weil inzwischen Arbeiter aus Jamaica beschafft waren, noch rechtloser und zu noch niedrigerem Preis. Jährlich werden etwa 12000 Arbeiter von Jamaica und anderen westindischen Inseln als Wanderarbeiter für die Ernte eingeflogen. Unter diesen äußerst schwierigen Bedingungen kämpfen sie seit Jahren um Anerkennung ihrer Gewerkschaft.

1976 fanden 1068000 Lohnarbeiter für mehr als 25 Tage Verwendung in der Landwirtschaft, jeder 160 Tage im Schnitt, bei einem durchschnittlichen Jahreshungerlohn von 3176 Dollar. 213000 Wanderarbeiter weist die Statistik für 1976 aus; darin sind die vielen Arbeiter ohne gültige Papiere nicht enthalten. 70% der Bauern müssen den Hauptteil ihrer Lebenskosten durch Lohnarbeit decken. 43000 Farmen wurden 1977 geschlossen oder verkauft; ca. 1000 Farmer werden so jede Woche vom Finanzkapital gelegt.

Erdnuß-Jimmy ist natürlich der richtige Mann an der Spitze für solche Politik; schließlich ist er ja über das Ausbeuten und Bauernlegen in Georgia zum Millionär geworden. Im ersten Jahr seiner Amtszeit brachte er ein Gesetz durch, das einen Teilausgleich für Farmer vorsieht, wenn die Marktpreise unter die Produktionskosten fallen. Die Agrarkapitalisten haben niedrige Produktionskosten und streichen das Geld zusätzlich ein; für die kleinen Bauern ist es nichts als eine Sterbehilfe. Ferner werden den Farmern Darlehen zu Niedrigzins für den Bau von Vorratssilos angeboten, damit sie die Waren dann auf den Markt bringen können, wenn der Preis gut steht. Aber die Masse der Bauern muß verkaufen, wenn die Ernte eingebracht ist, also billig.

Vernichtung der Produktivkräfte

	1959	1969	1976	1977
	alle Zahlenangaben in 1000			
Zahl der Farmen	4104	2999	2778	2752
Anlage-verm. pro Farm ($)		84	187	216
Mäh-drescher	1045	820	655	645
Rinder	96236	110015	127976	122896
Schafe	33170	21350	13376	12710

Quellen: Statistisches Jahrbuch, Agricultural Statistics 1977

Den Agrarkapitalisten reichte das nicht. „Ehe der Weltmarkt nicht größer ist, können wir nichts verdienen", erklärten sie (Time Magazine, 12.9.1977). Im Juni 1978 faßten sie nach: „Niemand macht sich Gedanken über eine Nahrungsmittelstrategie, über ein Mittel, Amerikas Landwirtschaftsprodukte und -technologie den hungrigen Völkern der Welt im Austausch gegen einen zumindest bescheidenen Profit zukommen zu lassen", erklärte der „Green Giant"-Maiskapitalist Tom Wyman (Time, 26.6.78). Natürlich machte sich Carter längst „Gedanken" darüber. Ende Oktober hat er ein neues Gesetz unterzeichnet, das indirekte Regierungsdarlehen zur Finanzierung von Nahrungsmittelexporten ermöglicht und die Gründung von US-Ämtern für landwirtschaftlichen Handel in fremden Ländern vorsieht.





US-Farmarbeiter kämpfen um Anerkennung ihrer Gewerkschaft (oben). – Plantagenbesitzer versucht vergeblich, die streikenden Tomatenpflücker zur Arbeit zu zwingen (links). – Bewässerungsanlagen in Nebraska (rechts).



Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein: Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431 / 731471 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234, Telex 413080 kuehl d – Gedruckt in Hannover

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 46: 32000

Iran: „Wächter“ am Golf, Landbrücke zwischen Europa und Asien

Sozialimperialisten wollen durch „Hilfen“ in der Unabhängigkeitsbewegung Fuß fassen, um die Konkurrenten auszubooten

z.hku. Angesichts des Ansturms des iranischen Volkes auf das Schahregime und die Bastionen des Imperialismus im Land haben die US-Imperialisten gewarnt, „die iranischen Ölfelder könnten ... unter sowjetische Kontrolle geraten.“ Sie bezwecken mit solchen „Warnungen“ die Isolierung des iranischen Volkes von der internationalen Arbeiterbewegung und den Völkern der Welt. Sie wissen dabei als



Unter dem Einfluß der russischen Revolution kam es zu einem Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegung. 1921 wurde im Norden Persiens die Sowjetrepublik Gilan proklamiert und ein Jahr gegen den britischen Imperialismus verteidigt.

Konkurrenten recht gut, daß tatsächlich die imperialistische Sowjetunion ein solches Ergebnis der Kämpfe im Auge hat und betreibt. Die US-Imperialisten hatten den Iran ausgebaut als Stützpunkt zur Beherrschung der Region und zur Sicherung der Verbindungen in den Fernen Osten. Dazu haben sie 1953 die Regierung Mossadegh gestürzt und ungezählte weitere Verbrechen begangen. Für die andere Supermacht ist der Iran nicht weniger das entscheidende Kettenglied für die Kontrolle des Mittleren Osten und gleichzeitig Zugang zum Indischen Ozean. Wozu haben die Sozialimperialisten Afghanistan in immer tiefere Abhängigkeit gedrückt und haben das gleiche mit dem Irak vor? Wozu schüren sie Grenzkonflikte zwischen Afghanistan und Pakistan? Sie träumen vom russischen Zugang zum Indik, wie die russischen Zaren schon davon geträumt haben.

Die russischen Zaren haben zu Beginn des 19. Jahrhunderts versucht, sich das persische Reich einzuverleiben. Nach mehreren Kriegen haben sie Persien im Norden Gebiete abgejagt, um die dort lebenden Völker selbst unterdrücken und aussaugen zu können: Armenien und den Norden Aserbaidschans. Die erbitterte Konkurrenz des britischen Kolonialismus verhinderte die vollkommene Unterwerfung des Landes. 1907 teilten die beiden Räuber das Land auch formell unter sich auf. 1921 annullierte die revolutionäre Sowjetmacht alle ungleichen und knechtenden Verträge und unterstützte die Unabhängigkeitsbewegungen des Landes, die jedoch dem britischen Imperialismus unterlagen. Nach dem 2. Weltkrieg konnte noch einmal der US-Imperialismus das iranische Volk um die Früchte des Befreiungskampfes betrügen.

Nach dem Sturz der Regierung Mossadegh preßte der US-Imperialismus Iran in den Bagdad-Pakt, als Pufferstaat gegen die Sowjetmacht, und verwandelte das Land in eine Halbkolonie. 1963 erhoben sich die iranischen Volksmassen gegen die imperialistische Fremdherrschaft und das Schahregime. Die Erhebung wurde blutig unterdrückt, aber die Kräfte für die Unabhängigkeit, auch innerhalb der nationalen Bourgeoisie, erstarkten. In dieser Lage gelang der sozialimperialistischen Sowjetunion der Einbruch in die bislang lückenlose imperialistische Konkurrenz. Die USA, Großbritannien und Westdeutschland verfolgten die Linie, die Ölfelder des Iran auszubeuten und allenfalls eine einfache Zulieferindustrie direkt für den Weltmarkt zuzulassen. Der Aufbau eines Stahlwerkes im Iran wurde jahrelang von ihnen sabotiert.

Die Sozialimperialisten taktierten geschickter. Unter der Flagge „Förderung der nationalen Wirtschaft, Unabhängigkeit gegen die Imperialisten“ übernahmen sie 1966 – nach Verhandlungen seit 1963 – die Kreditierung und die technische Hilfe für den Bau eines Stahlwerks in Isfahan, einer Stahlbauwerkstatt in Arak, sowie für die folgenden Jahre die Erforschung und Ausbeutung von Kohle- und Erzlagern für das Hüttenwerk in Isfahan. Sie stützten sich dabei auf die revisionistische Tudeh-Partei, die nach dem Krieg in den Unabhängigkeitsbewegungen eine Rolle gespielt hatte. In einer in der BRD durch die DKP verbreiteten Broschüre rühmt Safari, ein Vertreter der Tudeh, den Einstieg der Sowjetunion in die Wirtschaft des Iran: „Über 40 Jahre lang träumten die Iraner vom Bau eines metallurgischen Werkes ... Nicht die Weltmächte, sondern die UdSSR hat den Traum des iranischen Volkes verwirklicht, und erst nach der Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion ist es dem Iran gelungen, die Grundlagen für eine Schwerindustrie zu legen. ... Sowjetische Geologen haben in kurzer Zeit das entdeckt, was westliche Fachleute jahrelang suchten: sie fanden Eisenerz und Kohle.“ („antiimperialistisches informationsbulletin“, Sonderheft Iran 1975)

Mit der Unterschrift unter die Verträge verpflichtete sich der Iran, die entstehenden Schulden durch Erdgaslieferungen in die Sowjetunion zurückzuzahlen. Dazu mußte das Land bis 1970 erst einmal eine 1200 km lange Erdgasleitung vom Süden des Landes bis zur sowjetischen Stadt Astara am Kaspisee bauen, vom Iran bezahlt, wieder, weil die Ausrüstungen und Rohre über die Sowjetunion aus Westeuropa kamen, verknüpft mit Zusagen über Erdgaslieferungen. Von 1970 bis 1977 hat der Iran insgesamt 60 Mrd. cbm Erdgas an die Sowjetunion geliefert, im Wert von 770 Mio Dollar. 1977 hat die Sowjetunion mitgeteilt, daß die Kosten für den Bau der Pipelinie damit abbezahlt seien. Jetzt können die Lieferungen für die eigentlichen Schulden von Isfahan usw. beginnen. Zwar müssen die Sozialimperialisten dem Iran etwas mehr zahlen als Afghanistan (vgl. KVZ 44/78), aber auch nach den Erhöhungen 1975 nicht mehr als 20,7 Dollar/1000 cbm, während Polen an die Sowjetunion zur gleichen Zeit 38,5 Dollar/1000 cbm zahlen mußte.

Nach Auffassung der Tudeh-Revisionisten kann allerdings der Iran froh sein, daß die Sowjetunion das Erdgas abnimmt. „Jahrzehntelang gab es keine Verwendung für dieses Gas.“ Die Sowjetunion nimmt es heute, und sie sind die einzigen, die es sich nehmen. Sie tun auch alles, daß sie die einzigen bleiben. Solange die Technik der Gasverflüssigung im großen Maßstab nicht konkurrenzfähig ist, muß Erdgas vom Iran in westeuropäische Länder über Pipelines transportiert werden. Das hat die Sowjetunion zu einer großen Schieberei genutzt. Zwischen der Sowjetunion und der BRD wurde 1976 folgendes Geschäft mit dem iranischen Erdgas vereinbart: Über eine neue parallel laufende Erdgasleitung – die der Iran wiederum selbst bauen muß – pumpt der Iran von 1981 bis 2000 17 Mrd. cbm Gas jährlich in die Sowjetunion, das dort verbraucht wird. Dafür liefert die Sowjetunion über 13 Mrd. cbm nach Westeuropa, an die Ruhrgas AG, 3,5 Mrd. cbm in die CSSR. 23% des Wertes erhält die Sowjetunion für „Transit- und Transportkosten“. Die Sozialimperialisten haben damit als Gläubiger und als Weiterverkäufer den gesamten iranischen Erdgasexport fest in der Hand.

Gegenüber den verhaßten imperialistischen Mächten, die heute im wesentlichen das Land ausplündern, rühmen die Revisionisten die Ehrlichkeit der Sozialimperialisten: „Die Sowjetunion, die auf Grundlage von Abkommen ein Projekt baut, übergibt dieses in das Eigentum des iranischen Staates.“ Ja, so wie der Hof des völlig verschuldeten Bauern noch „sein“ Eigentum ist.

In den letzten beiden Jahren haben die Sozialimperialisten weitere Projekte übernommen mit einem Gesamtkreditvolumen von 1,6 Mrd. Dollar; alles Projekte, von denen sie sich einen starken Einfluß auf die nationale Bourgeoisie in Staat und Verwaltung versprechen: Ausbau des Stahlwerks Isfahan auf 4 Mio. Jahrestonnen, Ausbau der Kohlegruben in Kerman. Planung eines Schwerindustriekomplexes in Khorasan, der mit 500 Mio. Dollar veranschlagt wird. Das nennen die Sozialimperialisten dann Ansätze einer „sozialistischen Orientierung“, wenn sie solche Hauptzweige der Produktion kontrollieren.

Daneben konzentrieren sich die Sozialimperialisten darauf, an der Kapitalisierung der Landwirtschaft durch die „Weiße Revolution“ zu profitieren, und die sich herausbildende Schicht von Agrarkapitalisten und -bürokraten auf ihre Seite zu ziehen. Die Länder des RGW unterstützen 1975 149 „landwirtschaftliche Projekte“ im Iran – soviel wie in keinem anderen Land. Auf Kredit bauen sie: Kühlhäuser, Getreidesilos, Schlachthöfe, Zuckerfabriken, Gemüse- und Obstkonservenfabriken, Käsereien, Mühlen. Das sind keine Hilfen für die Masse der kleinen Bauern, keine Unterstützung für die Bauern, die in die Agrarfabriken oder „Genossenschaften“ gepreßt worden sind, sondern Betriebe und Einrichtungen, die die Vertreibung der iranischen Bauern von ihrem Land noch beschleunigen werden.



„Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime! Tod dem Schah! Imperialisten, Hände weg vom Iran! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Es lebe die demokratische Volksrepublik!“ – Losungen der pausenlosen Kampfaktionen der iranischen Massen in den vergangenen Wochen.

Massenstreiks und Demonstrationen im Iran

z.lup. Am 31. Oktober hatte der ehemalige Ministerpräsident des Schahregimes gedroht, die Fortsetzung des Streiks der Erdölarbeiter mit Erschießung zu bestrafen. Es gelang ihm aber nicht, die Kraft dieser Streikbewegung zu brechen. Die Erdölarbeiter hatten daraufhin ihren Streik auf das ganze Land ausgedehnt. In Ahwez fand am 3. November eine Demonstration der Erdölarbeiter mit 200000 Teilnehmern statt. Insgesamt hat die Stadt 287000 Einwohner. Die Postarbeiter und die Arbeiter der Teheraner Raffinerie und die Tankwagenfahrer schließen sich dem Streik an. Gefordert werden Lohnerhöhungen, politische Freiheiten und Beseitigung der imperialistischen Kontrolle des Landes. Am 4. November finden in mehr als 18 Städten Massendemonstrationen gegen das Schahregime statt. Von den Demonstrationen am 5. November in Teheran wird berichtet, zeitweilig hätten die Massen größere Teile der Stadt unter ihrer Kontrolle gehabt.

In einer im Oktober von Arbeitern der Raffinerie in Abadan verfaßten Erklärung heißt es:

„Angesichts der Verbrechen des Regimes, die die nationale Trauer auslösten, sehen wir, als ein Teil der revolutionären Arbeiterklasse Irans, uns vor die Aufgabe gestellt, uns den radikalen und massenhaften Kämpfen des Volkes

Unter dem Einfluß der russischen Revolution kam es zu einem Aufschwung der nationalrevolutionären Bewegung. 1921 wurde im Norden Persiens die Sowjetrepublik Gilan proklamiert und ein Jahr gegen den britischen Imperialismus verteidigt.

Konkurrenten recht gut, daß tatsächlich die imperialistische Sowjetunion ein solches Ergebnis der Kämpfe im Auge hat und betreibt. Die US-Imperialisten hatten den Iran ausgebaut als Stützpunkt zur Beherrschung der Region und zur Sicherung der Verbindungen in den Fernen Osten. Dazu haben sie 1953 die Regierung Mossadegh gestürzt und ungezählte weitere Verbrechen begangen. Für die andere Supermacht ist der Iran nicht weniger das entscheidende Kettenglied für die Kontrolle des Mittleren Osten und gleichzeitig Zugang zum Indischen Ozean. Wozu haben die Sozialimperialisten Afghanistan in immer tiefere Abhängigkeit gedrückt und haben das gleiche mit dem Irak vor? Wozu schüren sie Grenzkonflikte zwischen Afghanistan und Pakistan? Sie träumen vom russischen Zugang zum Indik, wie die russischen Zaren schon davon geträumt haben.

Die russischen Zaren haben zu Beginn des 19. Jahrhunderts versucht, sich das persische Reich einzuverleiben. Nach mehreren Kriegen haben sie Persien im Norden Gebiete abgejagt, um die dort lebenden Völker selbst un-

Konkurrenz. Die USA, Großbritannien und Westdeutschland verfolgten die Linie, die Ölfelder des Iran auszubeuten und allenfalls eine einfache Zulieferindustrie direkt für den Weltmarkt zuzulassen. Der Aufbau eines Stahlwerkes im Iran wurde jahrelang von ihnen sabotiert.

Die Sozialimperialisten taktierten geschickter. Unter der Flagge „Förderung der nationalen Wirtschaft, Unabhängigkeit gegen die Imperialisten“ übernahmen sie 1966 – nach Verhandlungen seit 1963 – die Kreditierung und die technische Hilfe für den Bau eines Stahlwerks in Isfahan, einer Stahlbauwerkstatt in Arak, sowie für die folgenden Jahre die Erforschung und Ausbeutung von Kohle- und Erzlagern für das Hüttenwerk in Isfahan. Sie stützten sich dabei auf die revisionistische Tudeh-Partei, die nach dem Krieg in den Unabhängigkeitsbewegungen eine Rolle gespielt hatte. In einer in der BRD durch die DKP verbreiteten Broschüre rühmt Safari, ein Vertreter der Tudeh, den Einstieg der Sowjetunion in die Wirtschaft des Iran: „Über 40 Jahre lang träumten die Iraner vom Bau eines metallurgischen Werkes ... Nicht die Weltmächte, sondern die UdSSR hat den Traum des iranischen Volkes verwirklicht, und erst nach der Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion ist es dem Iran gelungen, die Grundlagen für eine Schwerindustrie zu legen. ... Sowjetische Geologen haben in kurzer Zeit das entdeckt, was westliche Fachleute jah-

Nach Auffassung der Tudeh-Revisionisten kann allerdings der Iran froh sein, daß die Sowjetunion das Erdgas abnimmt. „Jahrzehntelang gab es keine Verwendung für dieses Gas.“ Die Sowjetunion nimmt es heute, und sie sind die einzigen, die es sich nehmen. Sie tun auch alles, daß sie die einzigen bleiben. Solange die Technik der Gasverflüssigung im großen Maßstab nicht konkurrenzfähig ist, muß Erdgas vom Iran in westeuropäische Länder über Pipelines transportiert werden. Das hat die Sowjetunion zu einer großen Schieberei genutzt. Zwischen der Sowjetunion und der BRD wurde 1976 folgendes Geschäft mit dem iranischen Erdgas vereinbart: Über eine neue parallel laufende Erdgasleitung – die der Iran wiederum selbst bauen muß – pumpt der Iran von 1981 bis 2000 17 Mrd. cbm Gas jährlich in die Sowjetunion, das dort verbraucht wird. Dafür liefert die Sowjetunion über 13 Mrd. cbm nach Westeuropa, an die Ruhrgas AG, 3,5 Mrd. cbm in die CSSR. 23% des Wertes erhält die Sowjetunion für „Transit- und Transportkosten“. Die Sozialimperialisten haben damit als Gläubiger und als Weiterverkäufer den gesamten iranischen Erdgasexport fest in der Hand.

Gegenüber den verhaßten imperialistischen Mächten, die heute im wesentlichen das Land ausplündern, rühmen die Revisionisten die Ehrlichkeit der Sozialimperialisten: „Die Sowjetunion, die auf Grundlage von Abkommen ein Projekt baut, übergibt dieses



„Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime! Tod dem Schah! Imperialisten, Hände weg vom Iran! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Es lebe die demokratische Volksrepublik!“ – Losungen der pausenlosen Kampfaktionen der iranischen Massen in den vergangenen Wochen.

Massenstreiks und Demonstrationen im Iran

z.lup. Am 31. Oktober hatte der ehemalige Ministerpräsident des Schahregimes gedroht, die Fortsetzung des Streiks der Erdölarbeiter mit Erschießung zu bestrafen. Es gelang ihm aber nicht, die Kraft dieser Streikbewegung zu brechen. Die Erdölarbeiter hatten daraufhin ihren Streik auf das ganze Land ausgedehnt. In Ahwez fand am 3. November eine Demonstration der Erdölarbeiter mit 200000 Teilnehmern statt. Insgesamt hat die Stadt 287000 Einwohner. Die Postarbeiter und die Arbeiter der Teheraner Raffinerie und die Tankwagenfahrer schließen sich dem Streik an. Gefordert werden Lohnerhöhungen, politische Freiheiten und Beseitigung der imperialistischen Kontrolle des Landes. Am 4. November finden in mehr als 18 Städten Massendemonstrationen gegen das Schahregime statt. Von den Demonstrationen am 5. November in Teheran wird berichtet, zeitweilig hätten die Massen größere Teile der Stadt unter ihrer Kontrolle gehabt.

In einer im Oktober von Arbeitern der Raffinerie in Abadan verfaßten Erklärung heißt es:

„Angesichts der Verbrechen des Regimes, die die nationale Trauer auslösten, sehen wir, als ein Teil der revolutionären Arbeiterklasse Irans, uns vor die Aufgabe gestellt, uns den radikalen und massenhaften Kämpfen des Volkes
anzuschließen. Die trauernde Bevölkerung Abadans erwartet von uns, daß wir mit unserem Streik in Abadan und auf anderen Ölfeldern in Khusistan unsere Solidarität mit ihr kundtun und somit die revolutionären Kämpfe der Arbeiter in Abadan vor und nach 1953 in Erinnerung rufen. Die Bevölkerung erwartet von uns, daß wir durch Solidarität mit den unterdrückten Massen und die Erhebung der roten Fahne der Arbeiter unsere revolutionäre Aufgabe erfüllen. Eine Aufgabe, die die Geschichte uns als revolutionärste und kampfbereiteste Klasse gestellt hat. Nur die Volksarmee kann die Söldnerarmee des Schah zerschlagen! Jeder bewußte Arbeiter muß schießen lernen! Hoch die siegreiche rote Fahne der Arbeiter und Werktätigen Irans! Es lebe die revolutionäre demokratische Republik Irans!
Oktober 78, die Arbeiter der Raffinerie in Abadan.“

Nach dem vergeblichen Versuch, die Streikbewegung durch Kriegsrecht und Militäreinsatz zu brechen, setzt der Schah eine Militärregierung ein. Er handelt dabei auf höheren Befehl. Carter, der sich durch einen Sicherheitsstab unter Brezcinski über die Entwicklung im Iran auf dem laufenden halten läßt, begrüßt die Militärregierung als „notwendigen Schritt zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung“ und schwört im übrigen die „NATO-Partner“ auf diesen Kurs ein.

Die nationale, demokratische Bewegung des Iran kämpft für den Sturz des Schahregimes als Instrument der nationalen Unterdrückung und Kontrolle des Landes durch den Imperialismus. Neben Arbeitern, Bauern und städtischem Kleinbürgertum umfaßt diese Bewegung auch Teile der nationalen Bourgeoisie, die versuchen, den Schwung der Bewegung zu nutzen, um dem Schahregime ein paar Reformen abzukaufen. Mit der „Anti-Korruptionskampagne“, der Festnahme einiger ehemaliger Minister sowie des ehemaligen Regierungschefs Howeida und der Einladung an die „Nationale Front“ zu Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung versucht der Schah, diese Bewegung zu spalten und ihren Schwung zu bremsen, um sie dann niedermachen zu können.

Dies mißlingt. Karim Sanjabi, Führer der „Nationalen Front“ und 1953 als Gesundheitsminister Mitglied der Regierung Mossadeghs, weigert sich bei seiner Rückreise in den Iran, Gespräche mit dem Schahregime aufzunehmen. Bei Gesprächen mit Khomeiny in Paris hatte er sich der Forderung nach dem Sturz des Schahregimes und der Errichtung einer islamischen Republik, was meint: eines demokratischen antiimperialistischen Staates, angeschlossen. Khomeiny erklärt, ein solcher Staat würde alle vom Schahregime abgeschlossenen Wirtschaftsverträge für null und nichtig erklären. „Wir werden die Aktivitäten jener Firmen zu stoppen wissen, die nur ihre eigenen Interessen verfolgen und gegen unsere Nation arbeiten.“ Er rief zur Fortsetzung des Kampfes und zur Durchführung eines Generalstreiks auf.

Die „Russifizierung“ der Turkmenen und Usbeken

z.mih. Die ruhmreiche Oktoberrevolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Rußland zerbrach die zaristische Herrschaft und mit ihr das zaristische Völkergefängnis. In dieses Völkergefängnis waren auch Anfang des 19. Jahrhunderts die Völker Mittelasiens, die Kasachen, Turkmenen, Usbeken, Tadschiken und Kirgisen durch die militärische Vernichtung der Kasachischen Horden gepreßt worden. Über 100 Jahre haben die Zaren die Völker bis zum Hungertod geplündert. 1888 haben sie die Transkaspische Eisenbahn bis Samarkand vortreiben und bis 1905 die Orenburg-Taschkent-Eisenbahn vollenden lassen, um über diese Schienenstränge usbekische und turkmenische Baumwolle und Karakulschaffelle (Persianer) zu sich schaffen zu lassen. Im I. Weltkrieg erhoben sich die Kasachischen Völker gegen die russischen Kolonialisten. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen und 300000 Kasachen flohen über die Grenze nach China.

Nachdem die Russische Sowjetrepublik gegründet worden war, wurden die unabhängige Ukrainische, Belorussische, Lettische, Litauische und Estnische Sowjetrepublik ausgerufen. Im Januar 1918 wurde die multinationale Russische Sowjetrepublik auf Beschluß des III. Gesamtrussischen Sowjetkongresses eine Föderation. In einer von Lenin geschriebenen und vom Kongreß



angenommenen Deklaration hieß es, daß „die Russische Sowjetrepublik auf der Basis eines freien Bündnisses freier Nationen als Föderation gegründet wird.“

1922 wurde die Usbekische und die Turkmenische Sozialistische Sowjetrepublik gegründet. Unter der Parole „Ohne Bücher kein Wissen, ohne Wissen kein Kommunismus!“ wurde erfolgreich das Analphabetentum bekämpft. Gab es 1926 88,4% Analphabeten in Usbekistan und 87,5% in Turkmenien, so waren es 1939 nur noch 21% bzw. 22,3%.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft wurde im Bündnis mit den Bauern durchgeführt. 25000 Arbeiter unterstützten aus anderen Sowjetrepubliken die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und den Aufbau der Industrie. Die Förderung und Verarbeitung der großen Erdgas- und Erdölvorkommen wurde in Angriff genommen. Die chemische und die Maschinenbauindustrie wurde aufgebaut.

Die Machtübernahme durch die neuen Zaren 1956 bedeutete die Umwandlung der Staatsorgane der Diktatur des Proletariats in Machtorgane gegen die Arbeiter und Bauern, gegen die Völker der Sowjetunion, um sie wieder auszuplündern. „Zum Schutz der Grenzen“ sind Armee-Einheiten in Usbekistan und Turkmenien stationiert worden.

„In wachsendem Umfang dienen heute (die beiden Sowjetstaaten) dem Wohle der UdSSR“. Turkmenien liefert ab: Baumwolle (1970: 869000 t), Persianer, Seidenraupen, Erdöl (1970: 14,5 Mio. t, raffineriert), Erdgas (1970: 13,1 Mrd. cbm), Schwefel, Blei, Salze, Jod und Brom, Baumwoll-, Woll- und Seidengarne und -stoffe, Nahrungsmittel. Usbekistan liefert ab: Baumwolle (rund 4 Mio. t jährlich, zwei Drittel der sowjetischen Ernte), Reis (rund die Hälfte der sowjetischen Ernte), Tabak, Gemüse und Obst, Persianer und Fleisch, Erdgas (1971: 33,6 Mrd. cbm, 16% der sowjetischen Förderung), Traktoren, Land-, Bau- und Baumwollpflückmaschinen, Motoren, Flugzeuge und Anlagen für die Erdöl und Erdgasförderung.

„Noch ist Polen nicht verloren"



z.kar. Anfang November bereiste Bundesaußenminister Genscher Polen. 5 Mrd. DM betrug der Warenaustausch beider Staaten 1977. Die Zeitung „Polytika" warf der BRD vor, ihre Beschränkungen des polnischen Warenimports seien eindeutig diskriminierenden Charakters. Das Interesse Polens, sich aus den Fängen der UdSSR zu befreien, sowie das Interesse der BRD, an die Stelle dieser Supermacht zu treten, ist im gemeinsamen Kommunique unter den Stichworten Warenverkehrsteigerung und „neue Kooperationsvorhaben" formuliert. Während der Genscherreise hat die Göttinger CDU nach Vortrag vom Stadtkämmerer ihre Bereitschaft zur Zustimmung zum Patenvertrag Göttingen – Thorn erklärt. Im Stadtarchiv war das polnische Nationallied gegen die zaristische Konterrevolution „Noch ist Polen nicht verloren" ausgestellt. Die westdeutsche Bourgeoisie will diesem Lied gegensätzliche Bedeutung zukommen lassen.

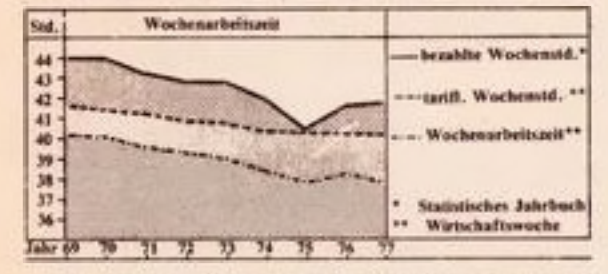
35-Stundenwoche schon fast erreicht?

z.hav. Unter der Überschrift „Ziel fast erreicht" hat die „Wirtschaftwoche" vom 3.11.1978 ein Schaubild veröffentlicht, in dem nachgewiesen werden soll, daß der Kampf der Arbeiterklasse um die tariflich festgelegte 35-Stundenwoche eigentlich Unsinn ist. Laut o.g. Blatt lag die Wochenarbeitszeit 1977 bereits bei 37,8 Stunden. Wozu eigentlich noch um die 35 Stundenwoche kämpfen, fragt man sich da. Daß die Arbeiter den Kampf um diese Forderung aufgeben, möchten diese Tintenkulis wohl gerne. Auf die genannten Werte kann nur kommen, wer die durchschnittlichen Krankheits-, Urlaubs-, Feier-, Kurzarbeitstage usw.usf. von der bezahlten Wochenarbeitszeit abzieht. Laut Statistischem Jahrbuch '78 ist dagegen die 42-Stundenwoche fast wieder eingeführt; dort wird die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit mit 41,7 Stunden

Vortrag vom Stadtkämmerer ihre Bereitschaft zur Zustimmung zum Patenvertrag Göttingen – Thorn erklärt. Im Stadtarchiv war das polnische Nationallied gegen die zaristische Konterrevolution „Noch ist Polen nicht verloren" ausgestellt. Die westdeutsche Bourgeoisie will diesem Lied gegensätzliche Bedeutung zukommen lassen.

35-Stundenwoche schon fast erreicht?

z.hav. Unter der Überschrift „Ziel fast erreicht" hat die „Wirtschaftwoche" vom 3.11.1978 ein Schaubild veröffentlicht, in dem nachgewiesen werden soll, daß der Kampf der Arbeiterklasse um die tariflich festgelegte 35-Stundenwoche eigentlich Unsinn ist. Laut o.g. Blatt lag die Wochenarbeitszeit 1977 bereits bei 37,8 Stunden. Wozu eigentlich noch um die 35 Stundenwoche kämpfen, fragt man sich da. Daß die Arbeiter den Kampf um diese Forderung aufgeben, möchten diese Tintenkulis wohl gerne. Auf die genannten Werte kann nur kommen, wer die durchschnittlichen Krankheits-, Urlaubs-, Feier-, Kurzarbeitstage usw.usf. von der bezahlten Wochenarbeitszeit abzieht. Laut Statistischem Jahrbuch '78 ist dagegen die 42-Stundenwoche fast wieder eingeführt; dort wird die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit mit 41,7 Stunden



angegeben. 40 und mehr Stunden in der Woche, das hätten die Kapitalisten gern. Ernst Zander (Reemtsma Personalvorstand) meint in der gleichen „Wirtschaftswoche": „Ich halte von der 35 Stundenwoche überhaupt nichts, die Einteilung des Tages in 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit und 8 Stunden Schlaf, hat sich bewährt und läßt sich menschlich und wirtschaftlich vertreten."

Stingl verspricht, billiger und schneller zu liefern

z.wob. In einem Brief an die Buchdruckwerkstätten-Kapitalisten Hannovers („Druckwelt" Nr.20) schreibt Stingl, daß es immer noch „Personen gibt, die das System der sozialen Sicherung ausnutzen." Er meint Arbeiter und Angestellte, die Arbeitslosengeld beanspruchen als Schranke gegen absolute Verelendung und gegen den Zwang, sich zu *jeder* Bedingung an die Kapitalisten verkaufen zu müssen.

„Die Arbeitsämter sind jedoch bestrebt, dieser Entwicklung zu begegnen." Noch habe er nicht immer in dem von den Kapitalisten geforderten Maß Ware liefern können („Angebot und Nachfrage ... häufig nicht übereingestimmt"), richtig sortiert nach Maßgabe „beruflicher Qualifikation, des Alters, des Geschlechts und der Region." Es hapere an „Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme", d.h. Hinnahme von Elendslöhnen, Schichtarbeit, Trennung von Familie, stumpfsinnigster Arbeit. Aber immerhin: 3,3 Mio. Lohnabhängige sind 1977 Stingls Ämtern in die Fänge gekommen, 2,3 Mio. hat er „vermitteln" lassen. Durch den gewaltigen Druck der weiteren 1 Million gelang es, „220000 Sperrfristen – bei Arbeitsplatzaufgabe – und 71000 Sperrfristen – bei Ablehnung einer zumutbaren Arbeit" zu verhängen. 9600 mal wurde Arbeitern das Geld ganz gestrichen, weil sie „zum zweiten Mal eine zumutbare Arbeit abgelehnt" hatten. Das ist noch viel zu wenig. Deshalb der Aufruf Stingls an alle Blutsauger: „Ich bitte auch Sie, in diesem Rahmen eng mit dem Arbeitsamt ... zusammenzuarbeiten." Warum Stingl gerade an die Druckkapitalisten schreibt? Als Zusicherung, das Arbeitskräftematerial zu liefern, das sie in der soeben umgewälzten Produktion brauchen, je nach Bedarf, vor allem billig.

„Das Auto der Zukunft" – nach Audi-Chef am besten aus Pappe

z.juv.Ingolstadt. „...vor allem verringertes Wagengewicht durch Leichtbau" erklärte der Audi-Chefkonstrukteur im Handelsblatt (23.10.78) zum entscheidenden Merkmal des „Autos der achtziger Jahre". In der technischen Entwicklung im Audi-Werk Ingolstadt ist eine Abteilung mit 2 Wissenschaftlern ausschließlich damit beschäftigt, Blechteile durch leichtere und billigere Kunststoffteile zu ersetzen. Beim neuen Modell des Audi 80 sind dadurch, obwohl dieses Modell größer und aufwendiger erscheint als sein Vorgänger, die Materialkosten um rund 700 DM reduziert worden.

Neben dem Ersatz von Metall durch Kunststoff richtet sich die Forschung in den Konzernen vor allem darauf, die Karosserien aus weniger Blech zu bauen, ohne daß die Karosse ihre Stabilität verliert und gleich zusammenfällt. Die verwendeten Bleche sind bereits so dünn, daß auf dem Gebiet kaum noch Material eingespart werden kann. „Demnächst produzieren wir bloß noch Wegwerfautos", meinte ein Arbeiter aus der „Technischen Entwicklung". Er ist damit beschäftigt, überflüssige Schweißnähte, Schweißpunkte und Metallverstärkungen herauszufinden. „Das spart nicht nur Material, damit erhöhen die Kapitalisten auch die Stückzahlen an den Bändern."



In der Technischen Entwicklung bei Audi gilt als Maßstab für die Lebensdauer der Wagen: Nach 6 Jahren, spätestens nach 8 Jahren ist Schluß damit.

rialkosten um rund 700 DM reduziert worden.

Neben dem Ersatz von Metall durch Kunststoff richtet sich die Forschung in den Konzernen vor allem darauf, die Karosserien aus weniger Blech zu bauen, ohne daß die Karosse ihre Stabilität verliert und gleich zusammenfällt. Die verwendeten Bleche sind bereits so dünn, daß auf dem Gebiet kaum noch Material eingespart werden kann. „Demnächst produzieren wir bloß noch Wegwerfautos", meinte ein Arbeiter aus der „Technischen Entwicklung". Er ist damit beschäftigt, überflüssige Schweißnähte, Schweißpunkte und Metallverstärkungen herauszufinden. „Das spart nicht nur Material, damit erhöhen die Kapitalisten auch die Stückzahlen an den Bändern."



In der Technischen Entwicklung bei Audi gilt als Maßstab für die Lebensdauer der Wagen: Nach 6 Jahren, spätestens nach 8 Jahren ist Schluß damit. Umgesetzt ist das jetzt mit dem neuen Audi 100 5-Zylinder Diesel, der aufgrund seiner Leichtbauweise alle Konkurrenten in Punkto Geschwindigkeit und Beschleunigung übertrifft. Dieses neue „Flaggschiff" des VW/Audi-Konzerns haben die Kapitalisten jetzt um die Welt fahren lassen. Kaum vorstellbar ist, daß der Chefkonstrukteur selbst mitgefahren ist.

Ein wirklich konstruktiver Vorschlag unsererseits

z.hev. In Bonns Eingeweiden rumort es seit langem. Und wie ein Wind, der lange gequält hat, wird ein Problem ruchbar von nationaler Tragweite. Erste Vorahnungen kultureller Verstopfung hatte unser Bundespräsident 1977 vor dem „Deutschen Künstlerbund", nämlich, „daß ein Besucher nach Köln oder Düsseldorf fahren muß, wenn er die schöpferischen Kräfte unseres Landes zu Gesicht bekommen will." Auf einer Gesprächsrunde desselben Vereins zum Thema „Brauchen wir eine Bundeskunsthalle?" gab jetzt Innenminister Baum die Suchmeldung ab nach einem „Ort, ... wo bildende Kunst angemessen präsentiert" und „nationale Selbstdarstellung" möglich ist. Wir meinen, diesen Ort schon gefunden zu haben und ihn ohne große Kosten und praktisch sofort der Öffentlichkeit vorstellen zu können. Wir schlagen vor, den Besuchern der Bundeshauptstadt die vor, hinter, unter, auf und in den Regierungsgebäuden stationierten Einheiten des Bundesgrenzschutzes zu zeigen. Dazu einige in Stein gehauene Bundesgrenzschützer – man könnte sie fabrikmäßig herstellen – die zusammen einen so tiefschürfenden Eindruck nationaler Größe hinterließen, der nie und nimmer durch eine Kunsthalle erreicht würde.

Klöckner: Gericht verbietet Überstunden

r.thw. Mitte Oktober hat das Arbeitsgericht Bremen auf Antrag des Betriebsrates der Klöckner Hütte Bremen der Betriebsführung bei Strafe von 500000 DM verboten, ohne Zustimmung des Betriebsrates Überstunden verfahren zu lassen. Gleichzeitig hat das Gericht Betriebsführung und Betriebsrat die Auflage erteilt, sich vor der Einigungsstelle zu einigen. Regelmäßig trieben die Klöcknerkapitalisten die Überstunden im Sommer/Herbst auf die Spitze. Einerseits stützen sie sich auf den letzten Lohnraub, der seine Wirkung gegen Ende des Tarifjahres erst so richtig entfaltet, andererseits hat sich der Konkurrenzkampf der Stahlmonopole derart verschärft, daß sie jeden Auftrag – sei er noch so kurzfristig – reinnehmen, zumal sie jederzeit damit rechnen müssen, daß der Autoboom jäh in sich zusammenbricht. Entwickelten sich die Überstunden im vorigen Jahr unmittelbar nach der letzten Kurzarbeitsperiode sprunghaft von 13000 im April über 17000 im Mai auf über 20000 in den Sommermonaten und 24000 im September, so stiegen sie im Sommer 78 erneut von 21000 im Juni auf über 30000 im August. Als die Betriebsführung eifrig Gerüchte über Entlassungen größeren Ausmaßes in Umlauf brachte, aber keine konkreten Auskünfte von sich geben wollte, haben viele Arbeiter gemeint, daß ein Überstundenboykott sie zum Reden bringen würde. Als die Betriebsführung das Ausmaß der Entlassungen bekannt gab, haben viele Arbeiter nach dieser Maßnahme verlangt. Die Sozialdemokraten und Revisionisten haben sich dann nach langem Zaudern an die Spitze gesetzt und beschlossen, keiner Überstunde mehr zuzustimmen, bis die Entlassungen vom Tisch seien. Sofort sind die Betriebsführer ausgeschwärmt und haben die Arbeiter gefragt, ob sie am Wochenende Überstunden machen wollten, der Betriebsrat hätte zugestimmt, um die Front zu zersetzen, bevor sie richtig aufgebaut war. Viele Arbeiter haben zugesagt, vor allen Dingen, weil sie nicht wußten, wie das Geld rein kommen sollte, zumal Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung die Lohnforderung auf November vertagt hatten.

Der Betriebsrat ist daraufhin wegen Verletzung des Mitbestimmungsrechts seitens der Betriebsführung vor den Kadi gegangen.

Das Gericht hat dann die obige taktische Entscheidung getroffen: mittels des Verbots der Überstunden hat er es als nützlich für die Arbeiter herausgeputzt, aber Zersetzung der Arbeitereinheit beabsichtigt, indem der Eindruck verbreitet wurde, man brauche sich nach dem gerichtlichen Verbot nicht mehr um die Herstellung der Einheit gegen die Überstunden zu sorgen. Die Betriebsführung hatte diese Absicht sehr wohl verstanden: Sie ließ ihre Abteilungsleiter ausschwärmen und verbreiten, daß die Tonnen auch ohne Überstunden reinkämen, und wenn gar nicht anders, würden sie halt die reguläre Schichtweise auf das Wochenende ausdehnen. Die Arbeiter würden schon sehen, was sie von ihrem Überstundenboykott hätten. Solche Unverschämtheiten konnten sie sich nur erlauben, weil Sozialdemokraten und Revisionisten die Überstundenverweigerung ausdrücklich vom Lohnkampf getrennt hatten.

Die entscheidende Festlegung des Gerichts war auch nicht das Verbot der Überstunden, sondern die Verpflichtung zur Einigung vor der tariflichen Einigungsstelle, die die Betriebsführung postwendend angerufen hat, um sich gegen leere Versprechungen – keine Entlassung von Lohnempfängern, aber von Angestellten, Frührentnern und Nichtersetzung der Fluktuation – die Aufhebung der Überstundenverweigerung einzuhandeln; und zwar gerade noch rechtzeitig, bevor der Lohnkampf so richtig in Gang gekommen ist.

Rechtzeitig? Jedenfalls haben die Arbeiter der Hütte durch den Überstundenboykott die verwundbare Stelle der Kapitalisten sozusagen durchs Vergrößerungsglas studieren können. Und ein Streik, der jetzt eingeleitet wird, trifft sie an eben dieser Stelle, bloß viel wuchtiger als der Überstundenboykott und es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß mit der Durchsetzung von 120 DM für jeden, was dem Volumen nach den 5% entspricht, die Ausgangsbedingungen für den Kampf gegen die Überarbeit und die Arbeit bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen verbessert werden.

Hamburger Senat muß 12,6 Mio. DM für Medikamente mehr bewilligen

r.chr. Hamburg. Anfang November mußte der Hamburger Senat 8,8 Mio DM für die staatlichen und 3,8 Mio. DM für das Universitätskrankenhaus Eppendorf für Apothekenbedarf an Haushaltsmitteln nachbewilligen. Dies sind 13,1% mehr, als der Senat in seinem Ansatz vorgesehen hat.

In den Schaubildern haben wir die Entwicklung der Haushaltsansätze und Ergebnisse untersucht. Im linken Schaubild für Apothekenbedarf und medizinische Geräte, im rechten Schaubild für die Gesamtausgaben für die Hamburger staatlichen Krankenhäuser einschließlich Uniklinik. Die Kurven I zeigen die Haushaltsergebnisse, bezogen auf das Ausgangsjahr 1968 (=100). Die Kurven II (gestrichelt) zeigen die Haushaltsansätze, auch bezogen auf das Ausgangsjahr 1968 (=100). Die Steigerungen gegenüber

tion gegen die Kostendämpfungsabsichten der Bourgeoisie direkt Einfluß. Die täglichen Auseinandersetzungen, die von Assistenzärzten und Pflegeper-

zen.

Die Säulen in den Schaubildern sind die entsprechenden Jahresergebnisse geteilt durch die Jahrespatientenzahl.

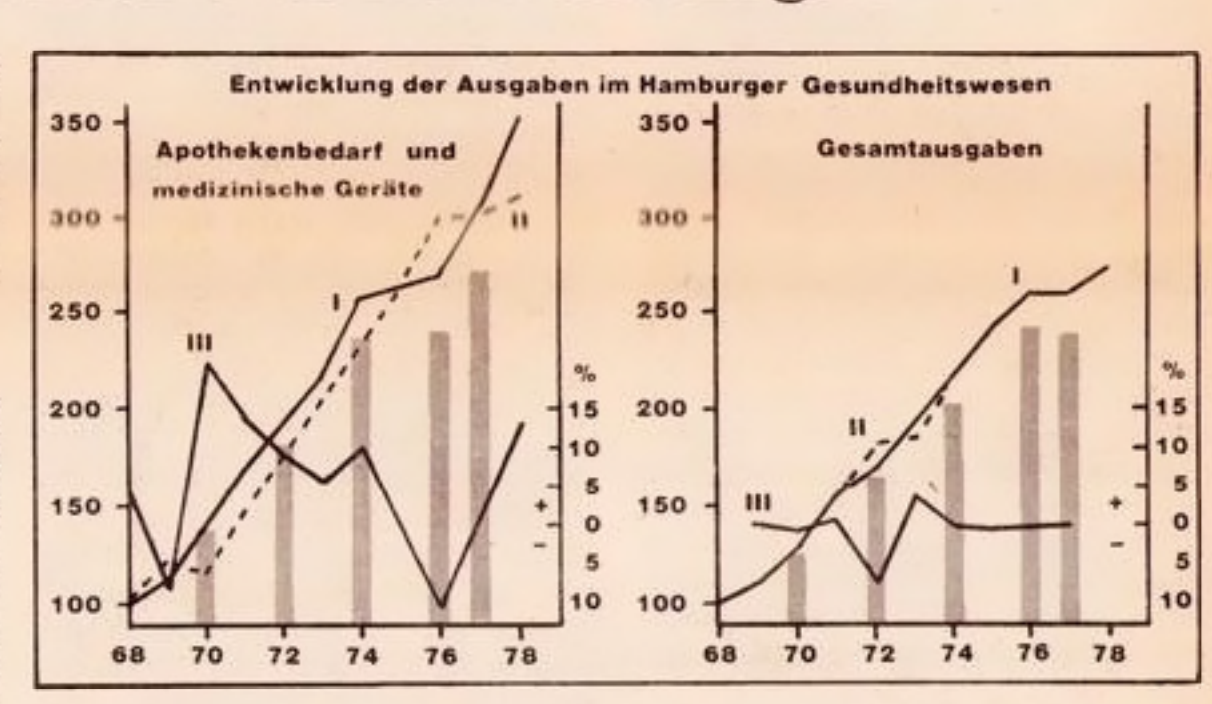
zum Reden bringen würde. Als die Betriebsführung das Ausmaß der Entlassungen bekannt gab, haben viele Arbeiter nach dieser Maßnahme verlangt. Die Sozialdemokraten und Revisionisten haben sich dann nach langem

teilungsleiter ausschwärmen und verbreiten, daß die Tonnen auch ohne Überstunden reinkämen, und wenn gar nicht anders, würden sie halt die reguläre Schichtweise auf das Wochenende ausdehnen. Die Arbeiter würden schon

DM für jeden, was dem Volumen nach den 5% entspricht, die Ausgangsbedingungen für den Kampf gegen die Überarbeit und die Arbeit bei Nacht und an Sonn- und Feiertagen verbessert werden.

Hamburger Senat muß 12,6 Mio. DM für Medikamente mehr bewilligen

r.chr. Hamburg. Anfang November mußte der Hamburger Senat 8,8 Mio DM für die staatlichen und 3,8 Mio. DM für das Universitätskrankenhaus Eppendorf für Apothekenbedarf an Haushaltsmitteln nachbewilligen. Dies sind 13,1% mehr, als der Senat in seinem Ansatz vorgesehen hat.



In den Schaubildern haben wir die Entwicklung der Haushaltsansätze und Ergebnisse untersucht. Im linken Schaubild für Apothekenbedarf und medizinische Geräte, im rechten Schaubild für die Gesamtausgaben für die Hamburger staatlichen Krankenhäuser einschließlich Uniklinik. Die Kurven I zeigen die Haushaltsergebnisse, bezogen auf das Ausgangsjahr 1968 (=100). Die Kurven II (gestrichelt) zeigen die Haushaltsansätze, auch bezogen auf das Ausgangsjahr 1968 (=100). Die Steigerungen gegenüber 1968 sind auf der linken Senkrechten abzulesen. An der Kurve III kann man das Verhältnis von Ergebnis zu Ansatz pro Jahr genauer erkennen (Prozentzahlen auf der rechten Senkrechten).

Es ist zu sehen, daß die Ergebnisse für Apothekenbedarf und medizinische Geräte bis auf die Jahre 69 und 76 über den Haushaltsansätzen liegen, dies im Gegensatz zu den Gesamtausgaben, wo in der Regel Ergebnis und Ansatz sich gleichen.

Auf die Ausgaben für Medikamente haben die ständigen Kämpfe auf Sta-

tion gegen die Kostendämpfungsabsichten der Bourgeoisie direkt Einfluß. Die täglichen Auseinandersetzungen, die von Assistenzärzten und Pflegeper-sonal gegen die Dienstaufsicht geführt werden, lassen sich direkt ablesen. So ordnen Assistenzärzte Blutkonserven auch bei Krebskranken an, wenn es erforderlich ist, und folgten nicht Auffassung von Oberärzten, „dies sei doch vergeudet, da die Patienten eh sterben würden". Teure Antibiotika werden über einen langen Zeitraum verabreicht, auch wenn die Chefärzte mit einem Donnerwetter die „immensen Kosten" auf der Visite vorrechnen. Dies läßt sich auch bei anderen Haushaltstiteln nachweisen. Bis auf das Jahr 71 lagen die Haushaltsergebnisse für Desinfektionsmittel und Waschsachen zum Teil deutlich über den Ansät-

zen.

Die Säulen in den Schaubildern sind die entsprechenden Jahresergebnisse geteilt durch die Jahrespatientenzahl. Auch hier haben wir die Ergebnisse auf 1968 (=100) bezogen. Die Patientenzahlen pro Jahr sind regelmäßig gestiegen, von 174361 (1968) auf nahzu 190000 (1970). Bei dem Apothekenbedarf ist pro Patient eine Steigerung zu verzeichnen, bei den Gesamtausgaben dagegen eine Senkung. Bei dem Schaubild ist zu beachten, daß die Zahlen nicht inflationsbereinigt sind. Kleine Steigungen sind in Wirklichkeit Senkungen, kleine Senkungen in Wirklichkeit große Senkungen. Zeigen tut dies Schaubild aber, daß der Kampf der Beschäftigten den Kostendämpfungsmaßnahmen an einigen Punkten deutliche Grenzen gesetzt hat.

Vormundschaftsrechtsreformen – direkt unter Polizeikontrolle

z. kea. Ein „Institut für Vormundschaftswesen" wurde jetzt in Heidelberg gegründet. Die Begriffe „Entmündigung" und „Vormundschaft", im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) und im Jugendwohlfahrtsgesetz enthalten, sind im Volk altbekannt und verhaßt. Paragraf 1773 BGB heißt:

„Ein Minderjähriger erhält einen Vormund, wenn er nicht unter elterlicher Gewalt steht." Der Paragraf ist gerichtet gegen Geschiedene und deren Kinder, sowie gegen nichtehelich zusammenlebende Eltern und deren Kinder, sowie gegen die sogenannten Asozialen, also Menschen, deren Eingliederung in die herrschende Ausbeuterordnung der Bourgeoisie nicht gelungen ist. Ebenfalls Kranke, Behinderte und ältere Rentner werden mit Hilfe des Vormundschaftsrechts entmündigt, erniedrigt und isoliert. Wenn jetzt neben den bestehenden Einrichtungen eigens ein besonderes Institut für „Vormundschaftswesen" gegründet wird, bedeutet das Ausbau und Verschärfung dieser Unterdrückungsmittel. Das Institut arbeitet Hand in Hand mit Jugendämtern und Vormundschaftsgerichten.

Privatgebrauch gepanzerter Dienstautos: Steuerfrei

z.klr. Auf die besorgte Anfrage eines Abgeordneten, ob er für den privaten Gebrauch seines gepanzerten Dienstautos Steuern zahlen müsse, hat Matthöfer geantwortet, daß es sich auch dann grundsätzlich um einen „lohnsteuerpflichtigen geldwerten Vorteil" handele. Aber: „Der Teil der Anschaffungskosten, der auf die Sicherheitsausrüstung fällt, bleibt außer Ansatz";

die erhoffte Sicherheit ist also kostenlos für die Bourgeoisie. Zugleich ein Versprechen, dieses wachsende Sicherheitsbedürfnis und die zu seiner Befriedigung nötigen Instrumente durch die Steuern der Massen zu finanzieren.

Gscheidle: Fahrverbot zumindest in der Rush-hour

z.chk. Am 31.10. haben Bundesbahn, Bundespost und 19 Ruhrgebietsstädte einen Grundvertrag über den Verkehrsverbund Rhein/Ruhr unterzeichnet. Die Höhe der Fahrpreise des Verkehrsverbundes soll zwischen 1,20 DM und 5,60 DM liegen. Der eigens angereiste Minister äußerte sich lobend: „Das ist mehr als ein organisatorischer Erfolg." Gleichzeitig erklärte er, da jetzt eine „wirklich attraktive Alternative zum Individualverkehr" geschaffen sei, (kann) „es möglich sein, daß PKW's *zumindest* während der ‚Rush-hour' nicht mehr in die Innenstädte gelassen werden." Mit Fahrverbot will Gscheidle die gesamte Arbeiterbevölkerung der Ausplünderung durch Fahrpreise unterwerfen.

Lohnkampf im Zentralheizungs- und Lüftungsbauer-Handwerk

r.gör. Der Lohnkampf ergreift die Arbeiter im Handwerk. Das verdient unbedingt die Aufmerksamkeit und die Unterstützung aller Arbeiter. Der alte Tarifvertrag lief vom 1.5.1977 bis Ende April dieses Jahres. Nach Kündigung dieses Tarifvertrages durch die IG Metall im April hatten die Handwerkskapitalisten zunächst frech 4% angeboten und weitere Verhandlungen überhaupt für überflüssig erklärt. Erst der Beginn einer Streikbewegung, Schwerpunkt im Kreis Osterode, unterstützt aus mehreren Industriebetrieben, konnte die Handwerkskapitalisten zu einem Abschluß zwingen.

Der Lohnkampf entwickelt sich auf der Grundlage einer immer extensiveren und intensiveren Ausdehnung des Kapitals im Handwerk. Die enorme Steigerung der Umsätze pro Beschäftigten (vgl. Schaubild) bringt das zum Ausdruck.

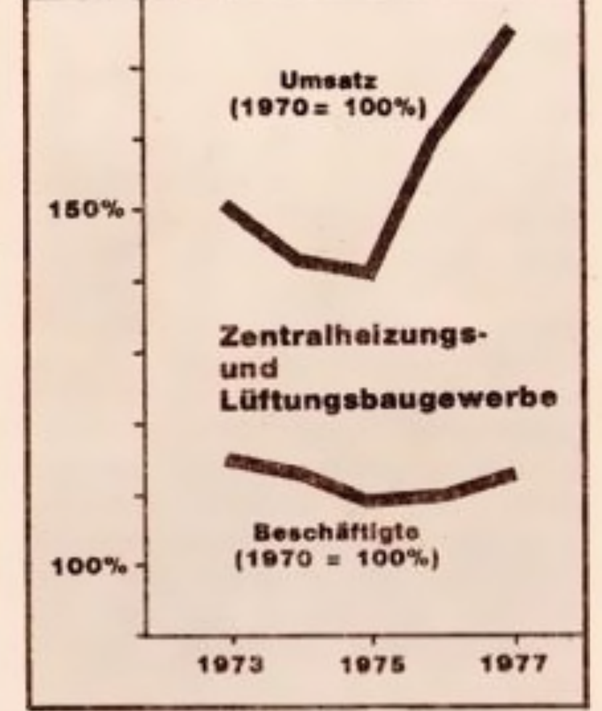
Beschäftigtenstruktur im niedersächsischen Handwerk (prozentuale Veränderungen 1977 gegenüber 1968)

Tätige Inhaber/Mitinhaber	-26,8
Mithelf. Familienangehörige	-29,6
Angest. Betriebsleiter	+46,5
Kaufm./techn. Angestellte	+18,6
Facharbeiter	-8,4
Ungelernte/angel. Arbeitskraft	+8,3

(Quelle: Stat. Monatshefte Niedersachsen, 7/1978)

Die Tabelle zeigt, daß der selbst noch tätige Handwerksmeister rasch verschwindet. An seine Stelle tritt der Kapitalist, der nicht arbeitet, die Produktionsmittel bloß noch als Profitquelle besitzt, der sich Betriebsleiter hält zur Organisation des Ausbeutungsverhältnisses. Zugleich wird die Lohnarbeit extensiv und intensiv ausgedehnt und findet Umschichtung zugunsten ungelernter Arbeitskraft statt.

Diese verschärfte Ausbildung des Ausbeutungsverhältnisses im Handwerk trifft dabei auf eine stark zersplitterte Arbeiterschaft. Die auch im Handwerk gesetzmäßig stattfindende Konzentration verläuft tatsächlich langsam, verglichen mit den Konzentrationsprozessen in der Industrie.



Nach der letzten Handwerkszählung in Niedersachsen im Jahre 1977 lag die durchschnittliche Betriebsgröße im verarbeitenden Gewerbe noch bei 7, im Metallgewerbe noch bei 8 Beschäftigten. Dem entspricht: In einem bloß geringen Prozentsatz der Handwerksbetriebe sind überhaupt Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die Handwerkskapitalisten haben diese Lage ausgenutzt und das Lohnniveau weit unter den industriellen Standard gesenkt.

(Nach Berechnungen der IG Metall beträgt die Differenz 2820 DM pro Jahr, die akkordmäßig bestimmten Lohnbestandteile dabei noch nicht eingerechnet.)

Das nächste Interesse des sich entwickelnden Lohnkampfes richtet sich daher auf die Anhebung des Lohnniveaus auf den industriellen Standard.

Dieses Ziel wurde in dem jetzt vereinbarten Tarifvertrag nicht erreicht. Vereinbart wurde, und zwar erst ab 1.10.1978: Erhöhung des Ecklohns um 4,75%, was zusammen mit der Anhebung der Zeitlohnzulage um 2 Prozentpunkte eine Bruttolohnerhöhung von etwa 6,5% ergibt; sodann Sonderzahlungen von etwa 17 DM monatlich, eine Verlängerung des Urlaubs um einen Tag und eine geringfügige Erhöhung des Urlaubsgeldes.

Die Lohnerhöhung bringt für die Ecklöhner (100% = Monteure) rd.126 DM, zusammen mit den 17 DM also 143 DM brutto monatlich. Das sind in Steuerklasse I netto 73 DM (6%, wegen der Steuerprogression). 73 DM gleichen die 17 Monate lang gesenkte Kaufkraft des Lohns nicht aus. Tatsächlich haben die Handwerkskapitalisten allein durch das um fünf Monate verspätete Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages den 20000 Zentralheizungs-und Lüftungsbauern mehr als 12 Millionen DM an Lohn geraubt.

Das wesentliche Mittel der Handwerkskapitalisten, um den Lohn der Arbeiter im Handwerk zu senken, ist deren Abspaltung von der Industriearbeiterschaft. Dies ist zugleich der Grund dafür, warum die Fortschritte, die der Lohnkampf im Handwerk macht, sich noch nicht in einem wirklichen Erfolg niedergeschlagen haben.

Die einheitliche Lohnbewegung ist erforderlich, um weitere Lohnsenkungen zu verhindern.

Menschengerecht bei AEG-Telefunken

z. her. Von 1970 bis 1977 weist AEG-Telefunken eine pro Kopf-Umsatzsteigerung von 47000 DM auf 90000 DM auf. Auf dieser Erfolgsbilanz fördert das Hauffministerium jetzt zwei Forschungsprojekte bei AEG-Telefunken, die bis 1980 in die Praxis eingeführt werden sollen. Frühestens ab dann – so der Vorstandsvorsitzende Cipa – sei auch wieder mit einer Dividende zu rechnen. – „Entwicklung von Entscheidungs- und Handlungsstufen für die Einführung neuer Arbeitsstrukturen in der Teilefertigung" und „Entwicklung von Planung, die Einführung und der Einsatz neuer Arbeitsstrukturen in der Montage" heißen die beiden Projekte. Herausgeforscht werden soll die Einsatzmöglichkeit des „Work-Faktor-Systems". Nach diesem System werden die Arbeitsabläufe in normierte Grundbewegungen zerlegt und in Einheiten von einer tausendstel Minute die Vorgabezeiten festgelegt. – Die „Work-Factor-Zeit enthält keine Zuschläge für persönliche Bedürfnisse, Ermüdung, (...)", erläutert der federführende Forscher J.H. Quick. Er empfiehlt vielmehr: „Es ist weit einfacher, die Vorgabezeiten zu revidieren, wenn kleine Veränderungen der Arbeitsmethode vorgenommen werden, und darüberhinaus ist es einfacher, diese Veränderungen gegenüber den Arbeitern und Angestellten zu rechtfertigen." – Denn „Menschengerechte Arbeitsplatzgestaltung" heißt der Übertitel des 54 Mio. DM Förderprogramms.

Sieben Wochen Streik bei Ford bringt die Kapitalisten in höchste Nöte

z.hef.London. Am Freitag, dem 3.11., stimmten die 57000 Fordarbeiter mit großer Mehrheit für die Ablehnung des Angebots der Kapitalisten und für Fortsetzung ihres jetzt siebenwöchigen Streiks. Am Montag darauf wurde bekannt, daß die seit vier Wochen dauernden Verhandlungen zwischen der Regierung und der Führung des TUC nicht das von der Regierung angestrebte Ergebnis haben würden. Sie wollte eine Neuauflage des „Sozial-Vertrages", Zustimmung zu Lohnleitlinien und Produktivitätsabkommen durch die Gewerkschaften, versprochene Preiskontrolle durch die Regierung. Was übrig bleibt, beschreibt die „Times" verbittert: „Das Beste, worauf die Regierung hoffen kann, scheint eine gemeinsame Erklärung zu sein, daß beide Seiten die Notwendigkeit anerkennen, die Inflation unter 8% zu halten, sowie die Zustimmung des TUC, seine angeschlossenen Organisationen aufzufordern, ‚verantwortungsbewußt' zu verhandeln". (6.11.) Und selbst eine solche Erklärung bereitet Regierung und sozialdemokratischer TUC-Führung erhebliche Schwierigkeiten und konnte nicht, wie geplant, in dieser Woche zustandekommen.

Die Fordarbeiter haben mit ihrem

Diese Prämie soll dann gezahlt werden, wenn der Arbeiter die ganze Woche nicht zu spät kommt, nicht streikt und nicht ohne Erlaubnis fehlt. „Wenn wir im Geschäft bleiben wollen", schrieben die Fordkapitalisten nach den Abstimmungen an die Arbeiter, „dann müssen wir die Probleme anpacken, die wir haben und die sie (die ausländischen Konkurrenten – Red.) nicht haben: Tägliche Verluste von Fahrzeugen und Teilen wegen Streiks und Abwesenheit". Im gleichen Brief teilten sie mit, daß sie nicht bereit seien, „alles verfügbare Geld auf die Grundlöhne" aufzuschlagen. Die Kapitalisten wollen ein Produktivitäts- und Disziplinarabkommen und so doch noch als Sieger aus diesem harten Kampf hervorgehen. Gleichzeitig kostet sie der Streik Millionen. Allein in Großbritannien wurden bisher 85000 Wagen nicht produziert, nicht gerechnet die Kurzarbeit wegen Teilemangels in Belgien, Spanien und Westdeutschland. Sie seien zu Verhandlungen über „akzeptablere Regeln" bereit, teilen sie in dem Brief mit. Die Ford-Verhandlungskomission hat am 6.11. beschlossen, zu Verhandlungen bereit zu sein – aber nur über die ursprünglichen Forderungen und nicht über das Angebot der Kapitalisten.

Michelin UK, die LKW-Fahrer in Schottland haben jeweils Angebote der Kapitalisten abgelehnt und bereiten Streiks vor. Der Streik der Fordarbeiter schafft günstige Bedingungen für ihren Kampf.

Kapitalisten und Regierung versuchen, einzelne Belegschaften herauszubrechen und vorzuzeigen, wie Vauxhall. Dort wurde in dieser Woche ein Angebot von knapp über 5% plus dem Ausbau eines bestehenden Produktivitätsabkommens, nach Angaben der Kapitalisten zusammen 8,5%, in Urabstimmung angenommen. Die Haupttaktik der Regierung besteht darin, die Arbeiterklasse zu isolieren. Die Erhöhung des Mindestzinssatzes auf 12,5% wurde von Callaghan im Parlament direkt gegen den Lohnkampf begründet: „Das Land wird sich überlegen müssen, ob es diese ...kurzfristigen Maßnahmen vorzieht, um die Inflation unten zu halten und eine Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, oder ob es bereit ist, die Inflation steigen zu lassen. Die Regierung ist nicht bereit, das zu tun. ...Wir werden die notwendigen Schritte unternehmen!" Die Erhöhung bedeutet Mehrzahlung von über 60Mark pro Monat für die Millionen Arbeiter, die ein Haus über Hypothek zahlen. Die Arbeiterklasse verantwortlich zu machen für die Preissteigerungen, ist Hauptmittel Callaghanscher Demagogie. Neben diese Demagogie tritt der Polizeiknüppel. Streikposten der Bäcker werden angegriffen, allein am Freitag 13 Bäcker verhaftet. Die Sozialämter, die an streikende Arbeiter zahlen, senden ihnen vorher Fragebogen, wann sie wieder zur Arbeit gingen. Als beliebte Antwort wird geschrieben: „Fragt Ford!"



Großangriff des Siemens-Konzerns auf IBM-Weltmonopol

z.kec. Das „Haus Siemens" vermeldete einen „denkwürdigen Tag": Gemeinsam mit dem japanischen Elektrokonzern Fujitsa will der Siemens-Konzern mit zwei neuen Großrechner-Systemen der gemeinsamen, bisher übermächtigen Konkurrenz des US-Monopols IBM Marktanteile, und das heißt Extraprofit, abjagen. Der Weltmarktanteil bei Computern der IBM liegt bei 60 bis 70%. Neidisch berichtet die „Frankfurter Allgemeine" von märchenhaften Profiten der IBM: „Die Ertragskraft des Unternehmens (1977: 2,7 Mrd. Dollar Netto-Gewinn) ist jedoch viel größer als etwa die von Exxon, obwohl der Ölkonzern fast dreimal soviel umsetzt. IBM dürfte fast zweimal soviel Gewinn machen, wie Siemens mit seinem Unternehmensbereich Datentechnik umsetzt" (31.10.78). Um den Feldzug um den Höchstprofit auf dem Weltmarkt führen zu können, haben die Siemens-Kapitalisten allein im Geschäftsjahr 1977/78 300 Mio. DM des den Arbeitern abgepreßten Mehrwerts in „Forschung und Entwicklung" investiert. 50 Mio. DM ließen sie sich von der Bundesregierung zuschießen; 700 Informatiker haben sie sich von den Hochschulen geholt. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wollen sie ihren Aktionären auch noch 16 Prozent Di-

bung der Zeitlohnzulage um 2 Prozent- zu verhindern.

der Übertitel des 54 Mio. DM Förderprogramms.

Sieben Wochen Streik bei Ford bringt die Kapitalisten in höchste Nöte

z.hef.London. Am Freitag, dem 3.11., stimmten die 57000 Fordarbeiter mit großer Mehrheit für die Ablehnung des Angebots der Kapitalisten und für Fortsetzung ihres jetzt siebenwöchigen Streiks. Am Montag darauf wurde bekannt, daß die seit vier Wochen dauernden Verhandlungen zwischen der Regierung und der Führung des TUC nicht das von der Regierung angestrebte Ergebnis haben würden. Sie wollte eine Neuauflage des „Sozial-Vertrages", Zustimmung zu Lohnleitlinien und Produktivitätsabkommen durch die Gewerkschaften, versprochene Preiskontrolle durch die Regierung. Was übrig bleibt, beschreibt die „Times" verbittert: „Das Beste, worauf die Regierung hoffen kann, scheint eine gemeinsame Erklärung zu sein, daß beide Seiten die Notwendigkeit anerkennen, die Inflation unter 8% zu halten, sowie die Zustimmung des TUC, seine angeschlossenen Organisationen aufzufordern, ‚verantwortungsbewußt' zu verhandeln". (6.11.) Und selbst eine solche Erklärung bereitet Regierung und sozialdemokratischer TUC-Führung erhebliche Schwierigkeiten und konnte nicht, wie geplant, in dieser Woche zustandekommen.

Die Fordarbeiter haben mit ihrem Beschluß der 5%-Politik einen heftigen Schlag versetzt. Zwar konnten die Versuche der Gewerkschaftsführung, sich von ihren Forderungen weg- und auf einen „verantwortungsbewußten" Abschluß hinzurobben, nicht verhindert, ihnen aber Schranken gesetzt werden. Besonders hart trifft die Kapitalisten, daß es ihnen nach dem offensichtlichen Bruch der 5%-Linie durch die Fordarbeiter nicht gelingt, die Belegschaft in ein Produktivitäts- und Disziplinabkommen zu zwingen. Das abgelehnte Angebot enthielt neben einer Grundlohnerhöhung von 9,75% eine „Anwesenheitsprämie" von 5,1%.

Diese Prämie soll dann gezahlt werden, wenn der Arbeiter die ganze Woche nicht zu spät kommt, nicht streikt und nicht ohne Erlaubnis fehlt. „Wenn wir im Geschäft bleiben wollen", schrieben die Fordkapitalisten nach den Abstimmungen an die Arbeiter, „dann müssen wir die Probleme anpacken, die wir haben und die sie (die ausländischen Konkurrenten – Red.) nicht haben: Tägliche Verluste von Fahrzeugen und Teilen wegen Streiks und Abwesenheit". Im gleichen Brief teilten sie mit, daß sie nicht bereit seien, „alles verfügbare Geld auf die Grundlöhne" aufzuschlagen. Die Kapitalisten *wollen* ein Produktivitäts- und Disziplinarabkommen und so doch noch als Sieger aus diesem harten Kampf hervorgehen. Gleichzeitig kostet sie der Streik Millionen. Allein in Großbritannien wurden bisher 85000 Wagen nicht produziert, nicht gerechnet die Kurzarbeit wegen Teilemangels in Belgien, Spanien und Westdeutschland. Sie seien zu Verhandlungen über „akzeptablere Regeln" bereit, teilen sie in dem Brief mit. Die Ford-Verhandlungskomission hat am 6.11. beschlossen, zu Verhandlungen bereit zu sein – aber nur über die ursprünglichen Forderungen und nicht über das Angebot der Kapitalisten.

Seit dem 2.11. streiken die 3500 Arbeiter des Werks Drews Lane von British Leyland. Wegen Mangel an dort produzierten Achsen, Lenkungsteilen und Stoßdämpfern mußte British Leyland inzwischen schon 20000 in anderen Werken nach Hause schicken. Die 20000 Arbeiter des British Leyland-Werkes Longbridge beschlossen, ab dem 1.12. zu streiken, wenn die Kapitalisten ihr 5%-Angebot nicht bedeutend verbessern. Die Gewerkschaften fordern 15 Pfund. Der Großteil der 26000 Bäcker in der Bäckergewerkschaft streikt seit dem 7. November. Die Belegschaften bei British Oxygen, Michelin UK, die LKW-Fahrer in Schottland haben jeweils Angebote der Kapitalisten abgelehnt und bereiten Streiks vor. Der Streik der Fordarbeiter schafft günstige Bedingungen für ihren Kampf.

Kapitalisten und Regierung versuchen, einzelne Belegschaften herauszubrechen und vorzuzeigen, wie Vauxhall. Dort wurde in dieser Woche ein Angebot von knapp über 5% plus dem Ausbau eines bestehenden Produktivitätsabkommens, nach Angaben der Kapitalisten zusammen 8,5%, in Urabstimmung angenommen. Die Haupttaktik der Regierung besteht darin, die Arbeiterklasse zu isolieren. Die Erhöhung des Mindestzinssatzes auf 12,5% wurde von Callaghan im Parlament direkt gegen den Lohnkampf begründet: „Das Land wird sich überlegen müssen, ob es diese ...kurzfristigen Maßnahmen vorzieht, um die Inflation unten zu halten und eine Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit zu verhindern, oder ob es bereit ist, die Inflation steigen zu lassen. Die Regierung ist nicht bereit, das zu tun. ...Wir werden die notwendigen Schritte unternehmen!" Die Erhöhung bedeutet Mehrzahlung von über 60Mark pro Monat für die Millionen Arbeiter, die ein Haus über Hypothek zahlen. Die Arbeiterklasse verantwortlich zu machen für die Preissteigerungen, ist Hauptmittel Callaghanscher Demagogie. Neben diese Demagogie tritt der Polizeiknüppel. Streikposten der Bäcker werden angegriffen, allein am Freitag 13 Bäcker verhaftet. Die Sozialämter, die an streikende Arbeiter zahlen, senden ihnen vorher Fragebogen, wann sie wieder zur Arbeit gingen. Als beliebte Antwort wird geschrieben: „Fragt Ford!"



Versammlung der Arbeiter bei Ford-Dagenham am 3. November. Mit großer Mehrheit stimmten sie für Fortsetzung des Streiks.

Großangriff des Siemens-Konzerns auf IBM-Weltmonopol

z.kec. Das „Haus Siemens" vermeldete einen „denkwürdigen Tag": Gemeinsam mit dem japanischen Elektrokonzern Fujitsa will der Siemens-Konzern mit zwei neuen Großrechner-Systemen der gemeinsamen, bisher übermächtigen Konkurrenz des US-Monopols IBM Marktanteile, und das heißt Extraprofit, abjagen. Der Weltmarktanteil bei Computern der IBM liegt bei 60 bis 70%. Neidisch berichtet die „Frankfurter Allgemeine" von märchenhaften Profiten der IBM: „Die Ertragskraft des Unternehmens (1977: 2,7 Mrd. Dollar Netto-Gewinn) ist jedoch viel größer als etwa die von Exxon, obwohl der Ölkonzern fast dreimal soviel umsetzt. IBM dürfte fast zweimal soviel Gewinn machen, wie Siemens mit seinem Unternehmensbereich Datentechnik umsetzt" (31.10.78). Um den Feldzug um den Höchstprofit auf dem Weltmarkt führen zu können, haben die Siemens-Kapitalisten allein im Geschäftsjahr 1977/78 300 Mio. DM des den Arbeitern abgepreßten Mehrwerts in „Forschung und Entwicklung" investiert. 50 Mio. DM ließen sie sich von der Bundesregierung zuschießen; 700 Informatiker haben sie sich von den Hochschulen geholt. Für das abgelaufene Geschäftsjahr wollen sie ihren Aktionären auch noch 16 Prozent Dividende ausschütten, insgesamt 262 Mio.DM.

Siemens-Kapitalisten zahlen 16% Dividende

z.kla. Auf seiner letzten Sitzung hat der Aufsichtsrat der Siemens AG beschlossen, der am 22. März 1979 stattfindenden Hauptversammlung vorzuschlagen, an die Aktionäre eine Dividende von 16% auszuzahlen. Dies macht eine Gesamtsumme von 262 Millionen DM, die die Betriebsführung aus der Belegschaft an Mehrwert herausgepreßt hat und jetzt den Aktionären in den Rachen schmeißt. Außerdem behält die Betriebsführung noch als sogenannte Rücklagen in der Wertbilanz 350 Millionen DM zurück für zukünftige Schlachten gegen die imperialistische Konkurrenz. Eine nur um 1% vergrößerte Belegschaft „erwirtschaftete" 5% mehr Umsatz; dies vor allem in den Unternehmensbereichen Daten- und Informationssysteme, Fernschreib- und Signaltechnik und Nachrichtentechnik. Das sind die Gebiete, in denen die Mikroelektronik die entscheidende Bedeutung gewonnen hat. In Westdeutschland und Westberlin haben die Siemens-Kapitalisten in der Bauelementeproduktion zu 88% Frauen und Mädchen in den niedrigsten Lohngruppen für 6 bis 7,50 DM beschäftigt. Diese Produktion soll noch ausgeweitet werden. Als Beispiel in jeder Beziehung gelten die Betriebe in den sogenannten Niedriglohnländern. Im letzten Geschäftsjahr hat Siemens Fabriken in Malaysia, Brasilien und Scottsdale/USA errichtet, wo die Löhne nur 6%, 15% bzw. 65% der in der BRD gezahlten Löhne ausmachen.

Malta schickt von Hassel nach Hause

z.hku. Er hatte eine Sitzung der „Weltunion der Christlichen Demokraten" über Mittelmeer und Menschenrechte auf Malta leiten wollen.

Vor seiner Ankunft wurde er von der Regierung aufgefordert, unverschämte Äußerungen über „Autokratie und Repression" auf Malta zurückzunehmen; stattdessen erklärte Hassel, es gebe Probleme auf der Insel, und er komme um zu helfen. Daraufhin hat Ministerpräsident Dom Mintoff ihm mitgeteilt, er habe das Land innerhalb von zweieinhalb Stunden zu verlassen. – Wieder auf sicherem Boden, hat Hassel seine Gedanken zu Malta dahin präzisiert, „daß die Grundrechte in Gefahr zu sein scheinen" und „in Malta gehe die Angst um". Es ist die Angst, die am gleichen Tag auch in Teheran umging: die Angst der imperialistischen Agenten, vollständig aus dem Land geworfen zu werden. – Von Hassel ist nicht der erste in diesem Jahr: im Juli wurde der britische Rundfunk für die Besatzertruppen vorzeitig stillgelegt wegen ständiger Hetze gegen das Land. „Wer Malta hat, hat das Mittelmeer", sagen die Imperialisten. Sie haben es nicht.

„Nettonutzen"

z.hal. Eine Rechnung ehrenbergschen Formats hat ein gewisser Prof. Willeke von der Universität Köln vorgelegt:

„Der Wert des Menschen beläuft sich durchschnittlich und aufgerundet auf 408000 DM." Vorgeblich zur Ermittlung der „Rentabilität" der „Entschärfung einer Unfallstelle" (ADAC-Motorwelt 11/78) hat dieses verkommene Subjekt samt profitwissenschaftlichem Anhang – getrennt nach Kindern, Männern, Frauen, Rentnern, nichterwerbstätig, vollzeitbeschäftigt – einen DM-Ausdruck „berechnet". Danach ist der „Nettonutzen" eines geretteten 70-jährigen Rentners 12000 DM, der eines 80-jährigen Rentners –22000 DM. Man sieht, wo Ehrenberg hin will.

Schwierigkeiten bei der Auslieferung Astrid Prolls

z.hef.London. Im Juni führten die westdeutsche und die britische Regierung Verhandlungen über verschiedene Änderungen im Auslieferungsvertrag durch. Am 15. September wurde Astrid Proll in London verhaftet.

Astrid Proll hatte während ihres Aufenthalts in London einen britischen Staatsbürger geheiratet, was ihr Anspruch auf die britische Staatsbürgerschaft gibt. Die Tatsache, daß sie unter anderem Namen heiratete, ändert an der Gültigkeit nichts. Am 26. und 27. September tauschten die beiden Regierungen diplomatische Noten aus, nur einen Punkt betreffend: Die mögliche Auslieferung britischer Staatsbürger nach Westdeutschland. Am 29. September wurde in Großbritannien die entsprechende Vorschrift erlassen, und nach Vorlage im Parlament am 2. Oktober Gesetz. – Die britischen Behörden halten Astrid Proll weiterhin auf Grund eines Auslieferungshaftbefehls fest. Ausgeliefert wurde sie bisher nicht. Die westdeutsche Staatsanwaltschaft hat offensichtlich Probleme, die nötigen „Beweise" heranzuschaffen.

Der Termin der Überstellung sämtlicher Dokumente, die Astrid Prolls Beteiligung an versuchtem Mord an zwei Polizisten, einem Raub und an Dokumentenfälschungen beweisen sollen, wurde schon von Ende Oktober auf den 20. November verschoben. Es ist nicht sicher, daß bis dahin alle Dokumente geliefert werden können.

Bundesaußenministerium plant Goethe-Institut in Windhuk

z.chk. Anläßlich einer Arbeitstagung der Leiter des Goethe-Institutes, Gesellschaft zur Pflege deutscher Kultur im Ausland, unter Vorsitz von Walter Scheel Mitte des Jahres, erklärte der „Regionalbeauftragte" des Institutes für Afrika: „Afrika und die Entwicklungsländer überhaupt standen lange am Ende der kulturpolitischen Prioritätenliste. Seit einiger Zeit jedoch ist die Zunahme des Interesses an diesen Ländern zu beobachten." Heftig konkurrieren die Imperialisten um die Beherrschung des afrikanischen Kontinents. Der bewaffnete Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika bereitet den von den Imperialisten ausgehaltenen Siedlerregimes eine Niederlage nach der anderen. Jede Gelegenheit nutzt da das Goethe-Institut, mit jährlich 115 Millionen DM vom Außenministerium finanziert, um sich als Vorposten des BRD-Imperialismus in Afrika einzunisten. „Gegenstand der Zusammenarbeit sind im Sinne des erweiterten Kulturbegriffs wissenschaftliche und gesellschaftliche Fragen, wobei die Palette der Themen von Stadtplanung über Tropenmedizin, Hygiene, Umweltschutz, Genossenschaftswesen, Medienkunde, und angewandte Technologie bis hin zur Landwirtschaft reicht", erläutert der „Regionalbeauftragte" die umfangreichen Versuche der Goethe-Institute, sich in die inneren Angelegenheiten der Völker Afrikas einzumischen. – Aber, und da drückt die westdeutschen Imperialisten der Schuh, „was wir geben, ist nur soviel wert, wie unsere Bereitschaft zu nehmen." Dem setzen die Völker des südlichen Afrika im bewaffneten Befreiungskampf gewaltsam Schranken. „Mit zur Zeit 8 Instituten mit 9 Mitarbeitern in ganz Schwarzafrika", so klagt der „Regionalbeauftragte", wird sich die „Bereitschaft" der westdeutschen Imperialisten in Afrika auch nicht erhöhen lassen. „Bei der Vielzahl der ungelösten Fragen, ist die Bildung von Schwerpunkten geboten." – „Pflege der traditionellen Verbindungen zur ehemaligen Kolonie Namibia" hat Genscher zu einem Schwerpunkt der Interventionsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten erklärt. Anfang 1979 soll jetzt in Windhuk ein weiteres Goethe-Institut eröffnet werden.

Rat der EKD: „Europa endet nicht an der Elbe"

z.zik. Zur Europawahl hat sich der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands letzte Woche geäußert. Er liefert Flankenschutz für die Expansion des BRD-Imperialismus in Europa. „... eine der wichtigsten Leistungen für Aufbau und Sicherung der künftigen Entwicklung unseres Erdteils" sei die Gründung der EG vor 27 Jahren gewesen; die Kirche sei aber voller

und da drückt die westdeutschen Imperialisten der Schuh, „was wir geben, ist nur soviel wert, wie unsere Bereitschaft zu nehmen." Dem setzen die Völker des südlichen Afrika im bewaffneten Befreiungskampf gewaltsam Schranken. „Mit zur Zeit 8 Instituten mit 9 Mitarbeitern in ganz Schwarzafrika", so klagt der „Regionalbeauftragte", wird sich die „Bereitschaft" der westdeutschen Imperialisten in Afrika auch nicht erhöhen lassen. „Bei der Vielzahl der ungelösten Fragen, ist die Bildung von Schwerpunkten geboten." – „Pflege der traditionellen Verbindungen zur ehemaligen Kolonie Namibia" hat Genscher zu einem Schwerpunkt der Interventionsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten erklärt. Anfang 1979 soll jetzt in Windhuk ein weiteres Goethe-Institut eröffnet werden.

Rat der EKD: „Europa endet nicht an der Elbe"

z.zik. Zur Europawahl hat sich der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands letzte Woche geäußert. Er liefert Flankenschutz für die Expansion des BRD-Imperialismus in Europa. „... eine der wichtigsten Leistungen für Aufbau und Sicherung der künftigen Entwicklung unseres Erdteils" sei die Gründung der EG vor 27 Jahren gewesen; die Kirche sei aber voller

Trauer, „daß unter den in Europa gegebenen politischen Verhältnissen sich dieser Gedanke nur in einer Teilregion Europas hat verwirklichen lassen". Die EG sei daher nur ein Teil des ganzen Europas. „Die Gemeinschaft muß offen sein für die Verbindung und Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas; Europa endet nicht an der Elbe." Damit die Unterjochung weiterer Völker Südeuropas und Osteuropas unter die Vorherrschaft des BRD-Imperialismus mit Gottes Segen gelinge, erhebt der EKD-Rat 7 Forderungen. 1. „Das nationale Interesse ist ... soweit zu reduzieren, daß das Einzelinteresse im Gemeinschaftsinteresse bewahrt bleibt." Das soll an die Länder Südeuropas gerichtet sein. Oberste Richtschnur soll sein (2.) „die Achtung der Würde und der Freiheit der Menschen ..., die EG soll eintreten für die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt". 3. soll der wirtschaftlichen Erpressung verstärkte Einmischung in die Mitgliedstaaten folgen über „die soziale Dimension", insbesondere gegen (4.) „die benachteiligten Regionen". Ländern, „die (5.) auf die Hilfe der Industrieländer angewiesen sind", soll stärker auf die Sprünge geholfen werden. Dazu ist (6.) bessere Absprache zwischen den größeren Imperialisten in Europa notwendig, insbesondere „zur Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas." Diese „Zukunftsperspektiven" sollen die Politiker verstärkt propagieren (7.). Hatte sich der EKD lange mit dem Nimbus des Unterstützers der Kämpfe der Völker umgeben, so leistet er mit dieser Erklärung einen weiteren den Sachverhalt klärenden Beitrag.

Auch zum dritten Mal „ohne Vorsatz"?

z.frb. Seicht war schon das Eingeständnis von H. Schmidt nach dem ersten Rentensenkungsbetrug: „Jetzt aber standen wir als Irrende da, einige nannten uns Betrüger. In Wahrheit waren wir dies nicht, denn zum Betrug gehört der Vorsatz." Dann kam das 20. Rentenanpassungsgesetz, jetzt im Sommer das 21., und jetzt hört man aus der Presse die Pläne für die nochmalig verschärfte Rentensenkung. Die Bundesregierung aber handelt immer noch „ohne Vorsatz". Welch arme Regierung.

Halbjährige Verzögerung der Rentenanpassung; Erhöhung nur um 4,5 – 4 – 4 Prozent Anfang 1979, 1980 und 1981; Rezeptgebühr seit Juli 77, Beitrag zur Krankenversicherung ab 1982; Erhöhung des Beitragssatzes auf 18,5% ab 1981; hier gekürzt und dort gekürzt, das sind die bereits gesetzlich verankerten Maßnahmen. Im August haben die Rentenversicherungen der Arbeiter noch genau 2,40 DM je Rente mehr ausgezahlt, als ein Jahr zuvor – und in der Angestelltenversicherung waren es ganze sieben DM mehr. Dies aber ist erst der Beginn. Man dürfe sich nicht dazu „verleiten" lassen, schreibt Ehrenbergs Bundesarbeitsblatt, „die Opfer, die den Rentnern mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz auferlegt werden, als geringfügig anzusehen". Und der Autor schreibt, die Renten wären 1981 um 6,44% niedriger, als sie ohne dieses Gesetz wären. Wir haben nachgerechnet. Allein die „Allgemeine Bemessungsgrundlage", die rechnerische Basis aller Renten, wäre nach dem Rechtsstand von 1976 um 16% höher, als die Bundesregierung nunmehr festgeschrieben hat. Alle Maßnahmen berücksichtigt, wird die Rentensenkung bis 1981 über 20% betragen.

Man soll aber nicht meinen, die bürgerlichen Politiker hätten damit genug. Zwar meldete das Arbeitsministerium, die Finanzlage der Versicherung habe sich günstiger entwickelt, als noch im Frühjahr angenommen. Gleich hinterher aber trug der Vorsitzende des „Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger" (VDR) und Vertreter der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Werner Doetsch, in München vor, „daraus könne jedoch nicht abgeleitet werden, daß die Versicherungsbilanzen Luft für Leistungsverbesserungen enthielten". (Süddeutsche Zeitung, 24.10.1978) Er rechnete vor, 1980 werde das „schwierigste" Jahr für die Rentenversicherung. Die Rücklagen würden dann auf 10,6 Mrd. DM gesunken sein (am 30.06.78: 22,7 Mrd.), was rund 1,2 Monatsausgaben entspricht. Außerdem stünde noch eine Restschuld der Bundesregierung von 1,25 Mrd. DM aus einem früher gestundeten Betrag aus. Von der Rücklage seien etwa 7 Mrd. DM fest angelegt, daher müßte die Rentenversicherung 1980 das erste Mal in ihrer Geschichte einen Kredit aufnehmen. Einige Banken hätten sich schon angeboten.

Bei solchen trüben Aussichten sind natürlich „Gegenmaßnahmen" notwendig. 20% Rentensenkung reichen nicht. Und schon hat die FDP ihren „Sozialexperten" Hannsheinrich Schmidt zur Erkundung der politischen Lage losgeschickt. Er hat in der Presse die Anpassung der Renten an die Entwicklung des Nettolohnes gefordert. Noch in der März/April-Nummer der Zeitschrift „Deutsche Rentenversicherung" konnte man lesen: „Der Zeitpunkt ist bereits verstrichen, zu dem man zu einer – wie auch immer formulierten – Nettoformel mit ausreichenden finanziellen Entlastungseffekten hätte übergehen können." Damals bekannten sich die Regierungspolitiker laut tönend zur „Bruttoanpassung" – um dann die 4,5 – 4 – 4 Prozent zu beschließen. Jetzt denken sie, mit einer „Nettoanpassung" die Renten noch weiter senken zu können. Nein, direkter „Vorsatz" muß das nicht sein, es ist einfache sozialdemokratische Politik.

Ehrenbergs Renten-Sanierungs-Ziel

Altersaufbau

Wohnbevölkerung BRD | Bevölkerung ausländischer Herkunft

Alter: 70, 60, 50, 40, 30, 20, 10

1 0 0 1 2

durchschnittliche Anteile eines Altersjahrgangs an der Gesamtbevölkerung in Prozent

Die Absichten der Ehrenbergschen Rentengesetze lassen sich daran ablesen, wie die westdeutsche Kapitalistenklasse mit den ausländischen Lohnarbeitern und ihren Familien schon umspringt. Sie ist an Arbeitern der Lebensjahre interessiert, in denen die Arbeitskraft maximal auszupressen ist. Läßt die Arbeitskraft nach, so werden die ausländischen Arbeiter über die Grenze zurückgeschickt. Von der Bevölkerung in Westdeutschland, die zwischen 21 und 35 Jahren alt ist, sind über 11 Prozent ausländischer Herkunft; von der Bevölkerung zwischen 55 und 65 Jahren sind es knapp zwei Prozent, über 65 Jahre sind bloß 0,8 Prozent Ausländer. Die westdeutschen Arbeiter kann die Kapitalistenklasse nicht über die Grenze schicken, wenn sie für die Profitproduktion ausgedient haben. Sie sollen ins Grab. Damit die Kapitalisten Kosten sparen und sie nicht für die Reproduktion der Arbeiter zahlen müssen, die sie nicht mehr ausbeuten können. Das wenigstens ist der Wunsch der Kapitalistenklasse und die Absicht der Rentensenkungsgesetze.

„Mehr Miete für diesen Bettenbunker? – Ohne uns!"

r.hek. Gemeinschaftsküche mit zwei Spülen und 12flammigem Gasherd, daneben abgeteilt die Toiletten und die Duschen. Davon ausgehend ein Aufenthaltsraum mit drei roh zusammengezimmerten Tischen und ein paar wackligen Stühlen; die Wände vollgestellt mit ausgedienten Holzspinden vom Betrieb – das sind die größten Gemeinschaftsräume, die von den jetzt noch sechs Spaniern, sechs Portugiesen, fünf Tunesiern und zwei Italienern genutzt werden können. Davon ab geht ein ca. 15 m langer Trakt, und von ihm gelangt man in die „Wohnräume" der ausländischen Arbeiter. Das gleiche Mobiliar lacht einem dort entgegen.

Wozu auch wohnlich. Die ausländischen Arbeiter wurden von den Kapitalisten geholt, um zu arbeiten, möglichst rund um die Uhr mit dem aller-

nicht, so wiegt doch die allgegenwärtige Bespitzelung der in dem Heim wohnenden Arbeiter den „Verlust" mehrfach auf. Durch eine strenge Reglementierung soll jeglicher Zusammenschluß verhindert werden. Keine Veranstaltungen im Haus, keine selbständig organisierten Feste, kein Besuch nach 22.00 Uhr und die Meldepflicht über jedes Vorkommnis sowie die Mitteilung, daß bei einer Entlassung der Raum umgehend zu räumen sei, sollten für die notwendige Unterwerfung der ausländischen Arbeiter sorgen.

Im Zuge der Krise in der kapitalistischen Produktion und deren Auswirkungen auf den Lohn der Arbeiter sind viele ausländische Arbeiter, deren Familien schon vorher zurückgegangen sind, gezwungen worden, gleiches zu

tieren und die Überwachung erleichtert werden. Der Betriebsrat schreibt dazu folgendes in seinem monatlichen Bericht an die Vertrauensleute:„4. Die GL (Geschäftsleitung) hatte versucht, die Mieten in den BV-Wohnheimen drastisch anzuheben und eine Umverlegung (Zusammenlegung, Red.) vorzunehmen. Nach mehreren Gesprächen hat der BR erwirkt, daß eine Zusammenlegung der Wohnheime... erst dann stattfindet, bis die vom Betriebsrat geforderten Punkte erfüllt seien und die Mieten von 45 auf nur 60 Mark pro Kollege erhöht werden."

Das aber ist schon die halbe Zustimmung zu dem Vorhaben der Kapitali-

sten, zumal die vom Betriebsrat geforderten Punkte samt und sonders schon längst fällig gewordene Farbanstriche oder Ersetzung von zerstörtem Mauerwerk betraf. Die Spitzelordnung wird nicht angetastet.

Die Kosten für die Unterbringung der ausländischen Arbeiter haben die Werftkapitalisten zu tragen, das ist auch die Meinung der Arbeiter. „45 Mark für diesen Bettenbunker ist schon reichlich, 60 Mark ist eine Unverschämtheit und wird nicht gezahlt", sagen die Arbeiter. Auf der am 23.11. stattfindenden Betriebsversammlung werden diese Forderungen gegenüber den Kapitalisten gestellt werden.

Sozialmieten – staatlich

30, 20, 10

1 0 0 1 2

durchschnittliche Anteile eines Altersjahrgangs an der Gesamtbevölkerung in Prozent

Die Absichten der Ehrenbergschen Rentengesetze lassen sich daran ablesen, wie die westdeutsche Kapitalistenklasse mit den ausländischen Lohnarbeitern und ihren Familien schon umspringt. Sie ist an Arbeitern der Lebensjahre interessiert, in denen die Arbeitskraft maximal auszupressen ist. Läßt die Arbeitskraft nach, so werden die ausländischen Arbeiter über die Grenze zurückgeschickt. Von der Bevölkerung in Westdeutschland, die zwischen 21 und 35 Jahren alt ist, sind über 11 Prozent ausländischer Herkunft; von der Bevölkerung zwischen 55 und 65 Jahren sind es knapp zwei Prozent, über 65 Jahre sind bloß 0,8 Prozent Ausländer. Die westdeutschen Arbeiter kann die Kapitalistenklasse nicht über die Grenze schicken, wenn sie für die Profitproduktion ausgedient haben. Sie sollen ins Grab. Damit die Kapitalisten Kosten sparen und sie nicht für die Reproduktion der Arbeiter zahlen müssen, die sie nicht mehr ausbeuten können. Das wenigstens ist der Wunsch der Kapitalistenklasse und die Absicht der Rentensenkungsgesetze.

„Mehr Miete für diesen Bettenbunker? – Ohne uns!"

r.hek. Gemeinschaftsküche mit zwei Spülen und 12flammigem Gasherd, daneben abgeteilt die Toiletten und die Duschen. Davon ausgehend ein Aufenthaltsraum mit drei roh zusammengezimmerten Tischen und ein paar wackligen Stühlen; die Wände vollgestellt mit ausgedienten Holzspinden vom Betrieb – das sind die größten Gemeinschaftsräume, die von den jetzt noch sechs Spaniern, sechs Portugiesen, fünf Tunesiern und zwei Italienern genutzt werden können. Davon ab geht ein ca. 15 m langer Trakt, und von ihm gelangt man in die „Wohnräume" der ausländischen Arbeiter. Das gleiche Mobiliar lacht einem dort entgegen.

Wozu auch wohnlich. Die ausländischen Arbeiter wurden von den Kapitalisten geholt, um zu arbeiten, möglichst rund um die Uhr mit dem allernötigsten Zeitraum zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft, wozu denn dann auch noch wohnliche Zimmer? In den Zeiten der „Hochkonjunktur" mußten sich drei bis vier Arbeiter in 12 bis 16 Quadratmeter großes Zimmer teilen. 45 Mark kassierten die Werftkapitalisten pro Person für die Bereitstellung eines Schlafplatzes in dem ehemalig leerstehenden Bau, inclusive Wasser, Strom, Gas und Küchenbenutzung. Zwischen 1965 und 1975 wohnten allmonatlich gut 100 Arbeiter in einem solchen Heim. 4500 Mark Mieteinnahmen aus den Lohngeldern der Arbeiter flossen den Kapitalisten sogleich wieder in die Tasche. 500 Mark monatlich für die Hausmeisterin und der Rest, um die anfallenden Kosten zu decken, wobei der Strom etc. zu den Tarifen der Kapitalisten von den Stadtwerken bezogen wird. Kann gut noch etwas bei rausgesprungen sein. Wenn nicht, so wiegt doch die allgegenwärtige Bespitzelung der in dem Heim wohnenden Arbeiter den „Verlust" mehrfach auf. Durch eine strenge Reglementierung soll jeglicher Zusammenschluß verhindert werden. Keine Veranstaltungen im Haus, keine selbständig organisierten Feste, kein Besuch nach 22.00 Uhr und die Meldepflicht über jedes Vorkommnis sowie die Mitteilung, daß bei einer Entlassung der Raum umgehend zu räumen sei, sollten für die notwendige Unterwerfung der ausländischen Arbeiter sorgen.



Wohnheimküche

Im Zuge der Krise in der kapitalistischen Produktion und deren Auswirkungen auf den Lohn der Arbeiter sind viele ausländische Arbeiter, deren Familien schon vorher zurückgegangen sind, gezwungen worden, gleiches zu tun, weil sie zwei Haushalte überhaupt nicht finanzieren können. Aus diesem Grunde sollen die verbleibenden Arbeiter sich auch dieser kleinlichst gehässigen Despotie und Schikane der Werftkapitalisten unterwerfen. Doch alles hat seine Grenzen. Die Werftkapitalisten wollen die Miete in den Wohnheimen drastisch erhöhen, 30 Mark mehr soll für den Bettenbunker gezahlt werden. Ohne uns, sagten die ausländischen Arbeiter, die wir besuchten und von der geplanten Mieterhöhung noch nichts erfahren hatten. Eiskalt berechnend ist die Vorgehensweise der Werftkapitalisten. Wissen sie doch genau, daß eine solche Mieterhöhung wieder einige Arbeiter dazu zwingen wird zurückzufahren. Die Mieten im privaten Bereich oder in den sogenannten Sozialwohnungen sind doch gleich unerschwinglich. Auf der anderen Seite soll sich die Unterbringung aber trotzdem noch für die Kapitalisten rentieren und die Überwachung erleichtert werden. Der Betriebsrat schreibt dazu folgendes in seinem monatlichen Bericht an die Vertrauensleute:„4. Die GL (Geschäftsleitung) hatte versucht, die Mieten in den BV-Wohnheimen drastisch anzuheben und eine Umverlegung (Zusammenlegung, Red.) vorzunehmen. Nach mehreren Gesprächen hat der BR erwirkt, daß eine Zusammenlegung der Wohnheime... erst dann stattfindet, bis die vom Betriebsrat geforderten Punkte erfüllt seien und die Mieten von 45 auf nur 60 Mark pro Kollege erhöht werden."

Das aber ist schon die halbe Zustimmung zu dem Vorhaben der Kapitalisten, zumal die vom Betriebsrat geforderten Punkte samt und sonders schon längst fällig gewordene Farbanstriche oder Ersetzung von zerstörtem Mauerwerk betraf. Die Spitzelordnung wird nicht angetastet.

Die Kosten für die Unterbringung der ausländischen Arbeiter haben die Werftkapitalisten zu tragen, das ist auch die Meinung der Arbeiter. „45 Mark für diesen Bettenbunker ist schon reichlich, 60 Mark ist eine Unverschämtheit und wird nicht gezahlt", sagen die Arbeiter. Auf der am 23.11. stattfindenden Betriebsversammlung werden diese Forderungen gegenüber den Kapitalisten gestellt werden.

Sozialmieten – staatlich kontrollierte Plünderung

r.pel. Auf der Jahrestagung 1978 des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung hat der Bundesminister Haack am 2.11. folgende Erkenntnis plaziert: „Die Wohnbevölkerung ist zunehmend bereit, ihren Einkommenszuwachs für Wohnungszwecke auszugeben", und er hat dieser Wohnbevölkerung versichert, die Bundesregierung „unterstütze das Streben nach Wohneigentum durch ein vielfältiges System indirekter und direkter Hilfen". (Bulletin der Bundesregierung, 9.11.) Eine dieser Hilfen ist die 1977 vorgenommene Ausdehnung der Abschreibungsmöglichkeiten nach §7b des Einkommenssteuergesetzes auf den Kauf von Altbauten sowie die Befreiung von der Grunderwerbssteuer. Die Wohnbevölkerung im Sinne Haacks ist damit ziemlich exakt definiert, wer kauft schon Häuser?

Genau zum Zeitpunkt der Rede Haacks berichtet die bürgerliche Presse von einem schwungvollen Verkauf von Sozialwohnungen und ihrer Umwandlung in Eigentumswohnungen. Sie würden zunächst den gegenwärtigen Mietern angeboten, heißt es, nur die würden in den meisten Fällen keinen Gebrauch davon machen. Die Folge sei Kündigung oder Mietpreiserhöhung. Zynisch verkündete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 7.11.: „Denkt man daran, daß viele einst bedürftige Mieter längst so viel Geld verdienen, daß sie ihre Sozialwohnung eigentlich nicht mehr bewohnen dürfen, ist die Umwandlung in Eigentumswohnungen sogar ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit."

25% macht der Anteil der Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbestand aus. Soweit es sich um Neubauten handelt, waren schon bisher Preise von 7 DM/qm keine Seltenheit. Dies sind staatlich *festgesetzte* Preise. In §8 des Wohnungsbindungsgesetzes heißt es dazu: „Bei Ermittlung der Kostenmiete ist von dem Mietbetrag auszugehen, ... der sich aufgrund der Wirtschaftlichkeitsberechnung ergibt." Die Wirtschaftlichkeitsberechnung orientiert sich an den „laufenden Aufwendungen" der Kapitalisten. Dazu hat der Bundesgerichtshof festgestellt, daß ein Anspruch auf „marktübliche Rentabilität" bestehe. Die ganze staatliche Kontrolle der Preise ist tatsächlich Festsetzung höchstmöglicher Miete bei Wahrung des Scheins von Mieterschutz. Die Mietenspiegel für freifinanzierte Wohnungen haben keine andere Funktion. Im wesentlichen soll den Kapitalisten das politische Risiko abgenommen werden und eine Orientierungshilfe für den erzielbaren Höchstpreis gegeben werden. Der §10 des Gesetzes beweist dies: „... so kann der Vermieter dem Mieter gegenüber erklären, daß das Entgelt bis zur Höhe des zulässigen Entgelts erhöht werden soll."

Welchen Anteil vom Lohn für Mietkosten Haack für angemessen hält, zeigt die Regelung, Wohnberechtigungsscheine für Sozialwohnungen nur noch bis zu einem monatlichen Einkommen von brutto 1500 DM zu gewähren.

Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes

z.maf. Die Lohnbewegung der industriellen Arbeiter und Angestellten sowie der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten haben das Stadium erreicht, in dem die Forderungen an die Kapitalisten und den staatlichen Dienstherren aufgestellt werden müssen. – Abseits von der bürgerlichen Presse und abseits leider auch von der Gewerkschaftspresse werden in den Betrieben und den Dienststellen des öffentlichen Dienstes gegenwärtig Konsequenzen aus den herben Erfahrungen der letzten Jahre gezogen. So äußerlich unauffällig und von der Presse wohlverschwiegen das auch zugeht; wir haben inzwischen im ganzen Lande eine Bewegung der Arbeiter und Angestellten für Festgeld oder Mindestbetragsforderungen, wie das noch nie der Fall war. Dieser Sachverhalt drückt aus, daß die Arbeiterbewegung verstanden hat, *wie* es der Kapitalistenklasse gelingen konnte, eine so starke und gewerkschaftlich hoch organisierte Arbeiterbewegung ihrer Politik der dauernden Lohnsenkungen zu unterwerfen.

Die Kapitalisten haben die Spaltung durch klug placierte Lohn- und Gehaltsgruppen und durch schlaue Belegung dieser Skalen zur Perfektion getrieben. Die Kapitalisten brauchten gar nicht plump offen spalterisch vorgehen. Sie nutzen die Abzugslage aus, sie nutzen die verschiedene Belastung durch die Preissteigerung aus und erreichen durch Eingehen auf die Prozentforderungen eine gewisse Lähmung der Belegschaften. Durch die Prozentforderungs& Abschlußpolitik der Sozialdemokratie ist den Kapitalisten gestattet, die von den Arbeitern mühsam erzwungene Erhöhung der Gesamtlohnsumme nach ihrem Spalterinteresse zu verteilen. Unvermeidlich ging die Arbeiterbewegung zu Forderungen nach Festgelderhöhungen und Mindestbeträgen über.

Aber so lange man im wesentlichen nur die Lage im Gefüge der Arbeiterlohngruppen vor Augen hat, bleibt in der Praxis die Spaltung stark. Wenn wir heute sagen können, daß in der metallverarbeitenden Industrie und in diesem Jahr eine Erhöhung der Gesamtlohnsumme um 1% mit 22,5 DM pro Kopf und Monat gerechnet werden muß, so *wissen* wir damit, daß bei einer Forderung von z.B. 7% alle Angestellten bis zu einem Bruttolohn von 2250 DM rund mit dieser Festgeldforderung *besser* fahren. Man kann auf Grundlage solcher Rechnungen genau entscheiden, welchen Teil der Belegschaften man auf welcher Forderung einigen kann.

Die Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren einige Kämpfe führen müssen und besonders erfolgreich waren diese nicht. Nur ein Narr kann sich wundern, und nur ein Verbrecher kann raten, von ,,haarspalterischen'' und ,,komplizierten'' Berechnungen jetzt abzusehen. Die Kapitalisten haben die Spaltung durch die Lohn- und Gehaltsgruppen und die Belegungen derselben zu einer haarspalterischen Kunst entwickelt. Wenn nicht das mehr gefühlsmäßige, auf Dutzenden von Einzelfällen begründete Streben nach Festgeldforderungen durch die klare Berechnung der Interessen der Gesamtbelegschaft gestützt wird, ist der Erfolg im Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen schwerlich zu erringen. – Wie man hört, schließt sich der eine oder andere sozialdemokratische Funktionär der Gewerkschaften jetzt der Bewegung für Festgeld oder doch für Mindestforderungen vorsichtig und zaghaft an. Die Tarifkomissionen der IG Metall werden in den nächsten Wochen die Forderung festlegen. Aber selbst wenn, wie in der Stahlindustrie bereits geschehen, wiederum eine Forderung aufgestellt wird, die der leidigen Spalterei der Kapitalisten Raum bietet; *lange* geht das nicht mehr.

Je mehr sich im Kampf der Arbeiterbewegung gegen die Spaltung der Belegschaften gewisse Fortschritte abzeichnen, bedrückt das nach wie vor ausgestreute Herumgelüge über den ,,Sozialstaat''. Fast immer wenn ein betrügender Bourgeoispolitiker oder auch der eine oder andere Sozialdemokrat, der tatsächlich nicht durchblickt, von der ,,Solidarität mit den Arbeitslosen'', von der ,,Solidarität der Generationen'', von der Notwendigkeit der ,,Kostendämpfung im Gesundheitswesen'' sogar oder von der ,,Unterstützung der Kinderreichen'' und alledem mehr spricht, begegnet er mürrischem Schweigen. Oder wenn es zu frech wird und die Absicht der Spaltung der besitzlosen Volksmassen, der Arbeiterbevölkerung des Landes allzu deutlich herauskommt, gibt es schon mal Trubel. Aber genau blickt man nicht durch.

Die Kunst der Spaltung der Belegschaften haben die Kapitalisten hoch entwickelt. Die Kunst der Spaltung der ganzen Arbeiterbevölkerung des Landes ist jedoch das perfektionierte Werk der gesamten Bourgeoisie und sucht an Raffinesse seinesgleichen.

Wie kann es sein, daß 1977 z.B. die Aufkäufer der Arbeitskraft der Arbeiterbevölkerung für die aufgekaufte Arbeitskraft eine Summe von 670,93 Milliarden DM zu zahlen hatten, (Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hier selbstverständlich mitgerechnet), wovon die gesamte Arbeiterbevölkerung bloß 458,38 Milliarden in die Hände bekam zum Wiederaustausch gegen die Reproduktionsmittel, die sie sowieso fast gänzlich selber geschaffen hat? Wie kann es sein, daß diese enorme Beraubung als Belastung des Lohnes durch die ,,Solidarität'' bezeichnet werden kann?

Einige hundert Arbeitsstunden sind in der graphisch dargestellten Rech-

krat, der tatsächlich nicht durchblickt, von der ,,Solidarität mit den Arbeitslosen'', von der ,,Solidarität der Generationen'', von der Notwendigkeit der ,,Kostendämpfung im Gesundheitswesen'' sogar oder von der ,,Unterstützung der Kinderreichen'' und alledem mehr spricht, begegnet er mürrischem Schweigen. Oder wenn es zu frech wird und die Absicht der Spaltung der besitzlosen Volksmassen, der Arbeiterbevölkerung des Landes allzu deutlich herauskommt, gibt es schon mal Trubel. Aber genau blickt man nicht durch.

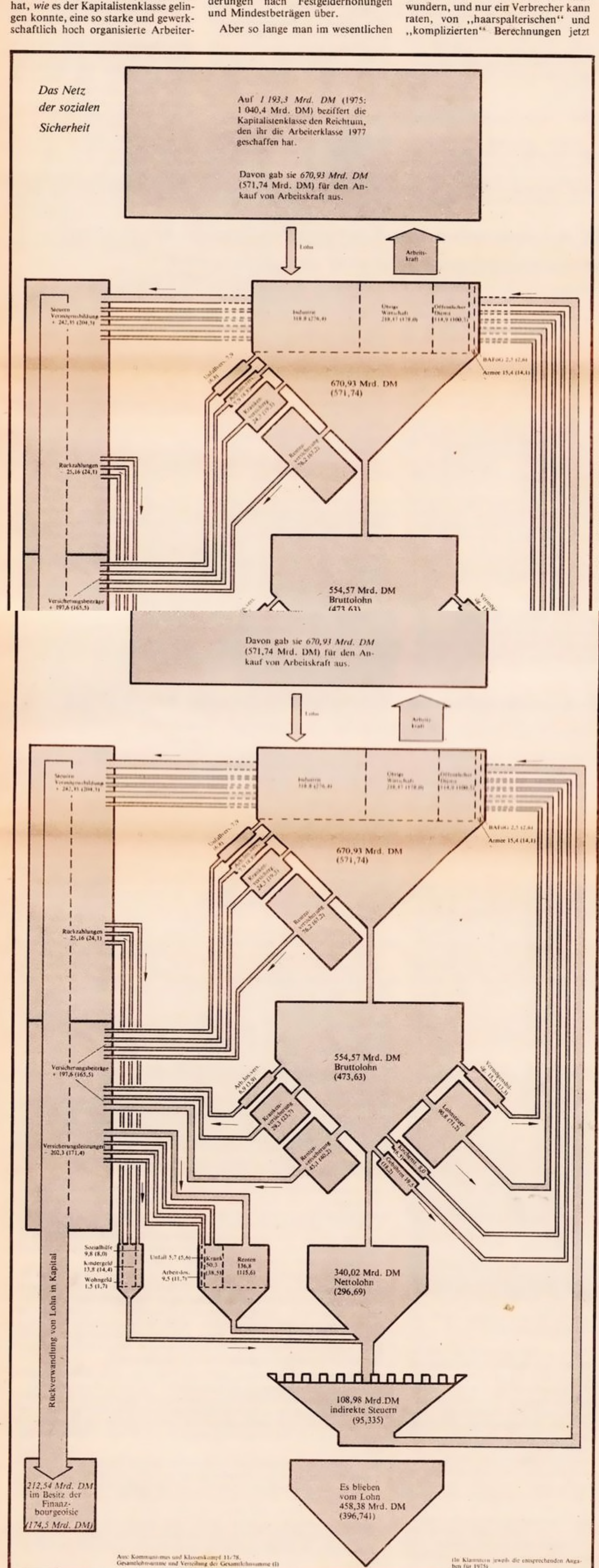
Die Kunst der Spaltung der Belegschaften haben die Kapitalisten hoch entwickelt. Die Kunst der Spaltung der ganzen Arbeiterbevölkerung des Landes ist jedoch das perfektionierte Werk der gesamten Bourgeoisie und sucht an Raffinesse seinesgleichen.

Wie kann es sein, daß 1977 z.B. die Aufkäufer der Arbeitskraft der Arbeiterbevölkerung für die aufgekaufte Arbeitskraft eine Summe von 670,93 Milliarden DM zu zahlen hatten, (Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung hier selbstverständlich mitgerechnet), wovon die gesamte Arbeiterbevölkerung bloß 458,38 Milliarden in die Hände bekam zum Wiederaustausch gegen die Reproduktionsmittel, die sie sowieso fast gänzlich selber geschaffen hat? Wie kann es sein, daß diese enorme Beraubung als Belastung des Lohnes durch die ,,Solidarität'' bezeichnet werden kann?

Einige hundert Arbeitsstunden sind in der graphisch dargestellten Rech-

nung des Abschälvorgangs vom Lohn begraben. Diese einigen hundert Arbeitsstunden, die erforderlich sind, um den *Verdacht* und das *sichere Gefühl*, daß Betrug zu Gange ist, in eine Vorstellung der Konstruktion und des tatsächlichen Ausmaßes zu verwandeln, *hat* der einzelne Arbeiter *nicht* und seine sozialdemokratisch geführte Gewerkschaftsorganisation wendet sie nicht auf.

Ohne daß der ungeheure Schwindel vom ,,Netz der sozialen Sicherheit'' und von den ,,Kosten der Solidarität'' in den nächsten ein, zwei Jahren als Furz analysiert wird und Tausende von Arbeitern vor dem bekannten Geruch die Nase rümpfen, wenn ein Bourgeoispolitiker das Zeug herauspupt, ist im politischen Kampfe für die Arbeiterforderungen kein großer Fortschritt möglich. Die Spaltung zwischen Verheirateten und Ledigen, solchen, die Kinder haben, und solchen, die keine haben, zwischen solchen, die Wohngeld kriegen, und solchen, die nicht, zwischen solchen, die Arbeit haben, und solchen, die nicht, zwischen solchen, die jung sind, und solchen, die alt sind, zwischen solchen, die zum Studium oder aufs Gymnasium gelockt werden, und solchen, die nicht, die ganze Litanei dieser Spaltungen wird sich weiterhin lähmend auswirken. Und die politischen Forderungen, die gegen diese Spaltung angesetzt werden müssen, können nicht praktisch wirksam werden. Damit diese Klaviatur der Spaltung in der Praxis des Klassenkampfes zertrümmert werden kann, muß sie theoretisch untersucht sein. Das *ist* mühsam, aber *richtig*.



Protestaktionen britischer Gefängnisbeamter

z.hef.London. Gefängnisbeamte in 30 britischen Gefängnissen führten vom 5. bis zum 8. November Protestaktionen durch. Sie fordern die Bezahlung der Essenspausen seit 1971. Für viele machen die aufgelaufenen fälligen Zahlungen übdr 2000 Pfund, etwa 8000 DM, aus. In den meisten Gefängnissen wurde die Aufnahme neuer Gefangener verweigert. Untersuchungsgefangene, die den Gerichten zur Verlängerung der U-Haft vorgeführt wurden, wurden nicht wieder angenommen. In Dartmoor und anderen Gefängnissen verhinderten die Beschäftigten die Anwesenheit von Polizei, Sozialarbeitern und Bewährungsbeamten im Gefängnis, ließen aber Privatbesuche für die Gefangenen zu. In Nordirland mußten die britischen Justizbehörden 50 meist politische Gefangene freilassen, nachdem ihre U-Haft-Verlängerung ohne Vorführung vor Gericht für illegal erklärt wurde. Sie wurden sofort wieder festgenommen, und die britische Regierung ließ von der Königin eine Notverfügung unterzeichnen, die dieses Verfahren in Nordirland legalisiert. Nach vier Tagen mußte der Innenminister zusagen, die nachträglichen Zahlungen in einer Untersuchung über die Gefängnisse ,,zu erwägen''. Vorher hatte er sich geweigert ,,zu erwägen''. Die Beschäftigten wollen die Aktionen wieder aufnehmen, wenn nicht gezahlt wird.

Streik der französischen Seeleute ergebnislos abgebrochen

z.jon.Paris. Nach 17 Tagen wurde der allgemeine Streik der französischen Seeleute am 4.11. abgebrochen. Auf einem Passagierschiff waren indonesische Seeleute zu einem Drittel des üblichen Lohns und ohne Sozialversicherung angeheuert worden. Der Streik richtete sich gegen diese Praxis. Am Freitag, 3.11., waren die Reeder zum ersten Mal zu Verhandlungen gezwungen. In der Nacht zum Samstag überfiel die Polizei Streikposten in Le Havre und Fos, die Hafenausgänge versperrten. In Fos kam es zu Demonstrationen mit Unterstützung anderer Gewerkschaften, in Le Havre wurde die geräumte Schleuse sofort wieder besetzt. Obwohl die Streikfront ungebrochen war, brach die Gewerkschaftsführung den Streik nach neuen Verhandlungen mit Regierung und Reedern am Samstag Nachmittag ab. Keine der Forderungen der Seeleute wurde erfüllt. Die Gewerkschaftsführung und die Reeder wollen jetzt eine gemeinsame Kommission bilden, in der über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der französischen Passagierflotte und über Garantien gegen das Einschalten von Subunternehmern auf den Schiffen beraten werden soll. Die Einstellungsbedingungen der indonesischen Seeleute werden nicht verändert. Lediglich während der Dauer der Verhandlungen wollen die Reeder von Neueinstellun-

Streik der französischen Seeleute ergebnislos abgebrochen

z.jon.Paris. Nach 17 Tagen wurde der allgemeine Streik der französischen Seeleute am 4.11. abgebrochen. Auf einem Passagierschiff waren indonesische Seeleute zu einem Drittel des üblichen Lohns und ohne Sozialversicherung angeheuert worden. Der Streik richtete sich gegen diese Praxis. Am Freitag, 3.11., waren die Reeder zum ersten Mal zu Verhandlungen gezwungen. In der Nacht zum Samstag überfiel die Polizei Streikposten in Le Havre und Fos, die Hafenausgänge versperrten. In Fos kam es zu Demonstrationen mit Unterstützung anderer Gewerkschaften, in Le Havre wurde die geräumte Schleuse sofort wieder besetzt. Obwohl die Streikfront ungebrochen war, brach die Gewerkschaftsführung den Streik nach neuen Verhandlungen mit Regierung und Reedern am Samstag Nachmittag ab. Keine der Forderungen der Seeleute wurde erfüllt. Die Gewerkschaftsführung und die Reeder wollen jetzt eine gemeinsame Kommission bilden, in der über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der französischen Passagierflotte und über Garantien gegen das Einschalten von Subunternehmern auf den Schiffen beraten werden soll. Die Einstellungsbedingungen der indonesischen Seeleute werden nicht verändert. Lediglich während der Dauer der Verhandlungen wollen die Reeder von Neueinstellun-
gen zu solchen Bedingungen absehen.

Andreotti ,,bietet'' vierfache Spaltung an

z.erb.Rom. In der letzten Woche haben die Streiks an den italienischen Krankenhäusern an Kraft verloren, am 9.11. stieß die Regierung mit einem Angebot zum Abschluß aller im öffentlichen Dienst noch offenen Tarife der Laufzeit 76/78 nach. Den nichtärztlichen Krankenhausbeschäftigten werden danach ab dem 1.1.79 20000 Lire (ca. 46DM) zusätzlich zugestanden und für alle, die sich in die Fänge der dreijährigen Fortbildungskurse begeben, ein monatliches Stipendium von 10000 Lire. Um Streiks bei den Gemeinden zuvorzukommen, sollen dort zusätzlich 10000 Lire gezahlt und die Laufzeit auf den 31.3.79 verkürzt werden. Zur Schmierung der Dienstaufsicht wird an den Schulen ab dem 1.9.79, bei den anderen staatlichen Behörden rückwirkend ab dem 1.7.78, die Spreizung zwischen der niedrigsten und der höchsten Lohngruppe von 1 zu 2,2 auf 1 zu 3 erweitert. In ihrem Angebot hat die Regierung auch die Marschrichtung für die neuen Tarife (79/81) verkündet: Verschärfte Rationalisierung und Lohnerhöhungen entsprechend dem Wachstum des Bruttoinlandproduktes, real also Null. – Zwar ist der für den 10.11. geplante allgemeine Streik im öffentlichen Dienst ausgesetzt worden, aber unterschrieben ist nichts. Auf Betriebsversammlungen wird bis zum 20.11. über die Annahme des Angebots beraten.

Bürgermeister sucht Kandidaten für Ausländerparlament

z.ulh. Kiel. 1976 wohnten in Schleswig-Holstein 30744 Ausländer, davon 13347 Türken und 3297 Jugoslawen. 21308 waren im produzierenden Gewerbe beschäftigt, 8344 im Dienstleistungsbereich. Damit sie von den Kapitalisten zur Spaltung und Lohnsenkung eingesetzt werden können, werden sie mittels Ausländergesetz völlig rechtlos gehalten. – Um mit den deutschen Arbeitern gemeinsam gegen die Kapitalistenklasse zu kämpfen, treten die ausländischen Arbeiter für politische Rechte und Gleichstellung mit den deutschen Arbeitern ein. So kandidieren sie bei Betriebsratswahlen gemeinsam auf einer Liste, bei HDW in Kiel stellen sie einen von 24 Betriebsräten. Mit der weiteren Verschärfung der Ausländergesetze 1973 startete die Bourgeoisie den Versuch, mittels Ausländerparlamenten eine neue Spaltungslinie zu ziehen. In Glinde bei Hamburg (11000 Einwohner, davon 1000 Ausländer) ließ sie 1973 ein Ausländerparlament mit 18 Mitgliedern wählen. Als Bittsteller durfte es sich mit einigen persönlichen Problemen der Ausländer an die Ausschüsse des Gemeindeparlamentes wenden, wo diese dann erstmal sechs Monate schmoren. Heute stellt Bürgermeister Friederici betrübt fest, daß sich nur noch vier Kandidaten für dieses Amt gefunden haben. Die Wahl wird verschoben. Bis Januar will er versuchen die nötigen Kandidaten zu finden.

Zum 1.1.1979 neues Krankenhausfinanzierungsgesetz

z.brp. Am 15. November geben „Sachverständige" dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Ehrenberg, weitere Anordnungen zur „bedarfsgerechten" Schließung von Krankenhäusern und zur Durchsetzung der „Wirtschaftlichkeit" im Krankenhaus. Im Bundestagsausschuß wird an diesem Tag der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes" behandelt, mit dem das Ehrenbergsche Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz flankiert werden soll (KVZ 39). Der Bundesrat hat diese Absicht bereits begrüßt und in seiner Stellungnahme weitere Vorschläge unterbreitet: „Es sollte ferner geprüft werden, ob nicht entsprechend der überwiegenden Praxis in den Ländern statt vier nur noch drei Versorgungsstufen vorgesehen werden sollten. Die finanziellen Auswirkungen dieser neuen Konzeption der Finanzierungssystematik müßten noch mit dem Ziel überprüft werden, insgesamt die gegenwärtig vorhandene Kostenaufteilung zwischen Benutzern und öffentlicher Ineestitionsförderung aufrechtzuerhalten" (Drucksache 8/2067). Drei statt vier Versorgungsstufen heißt: freipraktizierende Ärzte und kleine und mittlere Krankenhäuser werden abgeschafft, stattdessen Sozialstationen und Ärztezentren unter staatlicher Fuchtel eingerichtet. Die Dienstaufsicht in den Krankenhäusern soll fett geschmiert werden über Prämien für erfolgreiche Rationalisierung und Lohnsenkung.

„Handwerk '77": Vorboten einer neuen Konzentrationswelle

z.hku. Nach dem „Bericht über die Lage des Handwerks '77", den die Bundesregierung jetzt vorgelegt hat, ist 1977 die Zahl der Handwerksbetriebe um 1,1% gesunken; 2,7% mehr Beschäftigte produzierten 11,7% mehr als im Vorjahr, gegenüber nur 5% Zuwachs in der Industrie (alle Angaben nicht inflationsbereinigt). Ist die Schrumpfung des Handwerks aufgehalten? – In einigen Metallhandwerken z.B. ist mehr produziert worden als 76. (Schmiede 12,1%, Schlosser 14,5%) Die große Industrie sondert zur Zeit bei zunehmender Konzentration und Rationalisierung der Produktion Einzelfunktionen aus, die für sie nicht profitabel sind, und läßt sie von einem Kranz von abhängigen Zulieferbetrieben ausführen (Gießereien, Schlossereien), bis die Großproduktion wieder profitträchtiger ist. – Die Bäcker konnten ihren Produktionsanteil halten (Zunahme 7,4%), indem sie räumliche Nähe und Frische ihrer Produkte gegenüber der schauderhaften Qualität von Industriebackwaren nutzten. Um die Hindernisse von langen Lieferzeiten und -wegen zu beseitigen, fordert die Brotindustrie jetzt die offizielle Aufhebung des Nachtbackverbots. – In den letzten 7 Jahren ist die Eigenkapitalbasis des Handwerks von 63,6 auf 46,6% gesunken, die Verschuldung entsprechend gestiegen. Die nächste Welle der Konzentration, die Zehntausende von Handwerkern enteignen wird, kündigt sich schon an.

Tauziehen um die Energiepolitik der EG

Einig gegen die OPEC, uneins über Kohlepläne der BRD

z.rua. Sie haben keine Orgien gefeiert. Sie haben über ein gemeinsames Energieprogramm der EG diskutiert und ihre Meinungsverschiedenheiten dargelegt, während die imaginäre Hand der OPEC „Gezählt, gewogen und geteilt" an die Mauern des Palais Schumann schrieb. So dramatisch als „Menetekel zu Luxembourg" beschreibt die Zeitung „La Libre Belgique" die Tagung der EG-Energieminister, die unter dem Vorsitz des Grafen Lambsdorff am 30. Oktober in Luxemburg stattfand. Es ging um die Vorbereitung der Tagung des Ministerrats am 11. Dezember über das 2. Programm der EG zur gemeinsamen Energieversorgung und -entwicklung. Einigkeit wurde in Luxemburg nicht erzielt.

Das 1974 vom Ministerrat beschlossene 1. Forschungs- und Entwicklungsprogramm im Energiebereich läuft im Juni 1979 aus. „Die Erarbeitung und Durchführung einer *echten* gemeinsamen Energiepolitik gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinschaft in den kommenden Jahren", ist im Gesamthaushalt der EG für 1979 festgelegt. Die Mittel werden gegenüber 1978 mehr als verdreifacht. So weit, so gut. Um gegenüber der OPEC entsprechend druckvoll auftreten zu können und um sich in der Konkurrenz gegenüber den beiden Supermächten zu behaupten, sind die EG-Imperialisten auf jeden Fall gezwungen, eine gemeinsame Energiepolitik zu entwickeln. Nur sind sie auch untereinander Konkurrenten mit auseinanderstrebenden Interessen, von denen keiner bereit ist, dem anderen einen Stich zu lassen. Der Entwurf für das 2. Energieprogramm, um das es bei den jetzigen Beratungen ging und geht, ist unter Federführung des westdeutschen EG-Kommissars Brunner ausgearbeitet, und legt, neben der Kernenergie und verschiedenen Techniken der Energieeinsparung, das Hauptschwergewicht auf die Entwicklung der Kohleförderung, mittelfristig auch auf die Kohleumwandlung (in Öl und Gas).

Von den 1976 in der EG insgesamt geförderten 140Mio. t Braunkohle wurden allein in der BRD fast 135Mio. t gefördert. Von den 248Mio. t Steinkohle förderten die BRD-Monopole 96Mio. t, ca. 40%. Aber: von den 14,4Mio. t, die innerhalb der EG gehandelt wurden, kamen 11,8Mio. t aus der BRD. In der Schweißauspressung haben die Herren der Ruhrkohle ihre Konkurrenten in der EG weit hinter sich gelassen:

Arbeitskräfte und Schichtleistung im Kohlebergbau

	Arbeiter unter Tage (in 1000)		Schichtleistung pro Mann (in t)		Gesamtfördermenge (in Mio. t)	
	1955	1976	1955	1976	1955	1976
Bundesrepublik	366,2	104,2	1,6	4,2	153,9	96,4
Frankreich	140,9	26,8	1,6	2,8	55,3	21,9
Großbritannien	553,6	191,7	1,8	3,4	225,2	122,1

Quelle: 25 Jahre gemeinsamer Markt für Kohle, hrsg. von der Kommission der EG, Februar 1978

Nimmt man noch den Vorsprung der Imperialisten der BRD in den Techniken der Kohleumwandlung hinzu, den sie weiter ausbauen und zu einem Monopole entwickeln wollen, wird deutlich, daß die übrigen EG-Staaten die Hegemoniepläne des BRD-Imperialismus auf diesem Gebiet keinesfalls durchkommen lassen wollen.

Industrieller Stromverbrauch in der BRD

	Chemie u. Mineralöl-Industrie	Eisen- u. metallverarbeit. Industrie	Eisenschaffende Industrie	NE-Metall-Erzeugung Industrie
	Veränderung in %			
1971	+ 0,7	+ 2,4	– 5,4	+ 18,7
1972	+ 5,3	+ 3,1	+ 7,5	+ 10,6
1973	+ 10,4	+ 8,0	+ 12,2	+ 17,7
1974	+ 3,8	– 3,4	+ 3,7	+ 19,6
1975	– 14,5	– 3,7	– 13,3	– 3,3
1976	+ 11,9	+ 9,3	+ 4,7	+ 6,5
1977	– 3,4	+ 2,6	– 1,7	+ 8,1

Quelle: Bundestagsdrucksache 8/2065

Um die Energiepolitik der EG findet ein andauerndes zähes Ringen statt. So hat die EG-Kommission im Oktober den Subventionsfonds für Kokskohle ab 1. Januar 1979 von bisher 31 auf 70Mio. ERE (1 ERE gleich 2,57 DM) aufgestockt, wovon die BRD-Imperialisten den größten Schnitt machen. Andererseits hat die Komission, ebenfalls im Oktober, die vierte Tranche eines mit knapp 130Mio. ERE finanzierten, seit 1975 laufenden Programms für die Entwicklung von Technologie zur Exploration, Ausbeutung, Lagerung und Transportierung von Kohlewasserstoff verabschiedet, wovon die Konkurrenten des BRD-Imperialismus innerhalb der EG sich den Löwenanteil sichern.

Im September bereits hatte die EG-Kommission sich geeinigt, daß „im Fall plötzlicher Krisen" jedes Mitgliedsland der EG die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an andere Mitgliedsländer aussetzen kann. Frankreich hat davon bereits Gebrauch gemacht, als es anläßlich des Streiks der Marseiller Hafenarbeiter die Erdöllieferungen in die BRD unterbrochen hat. Die BRD bezieht die Masse ihres Erdöls über die Niederlande, Belgien, Frankreich oder Italien.

Vor der Luxemburger Konferenz hat der westdeutsche EG-Kommissar Brunner herumgetönt, in Europa bestehe sowieso ein Überangebot an Erdöl und die derzeitige Marktlage rechtfertige keinesfalls eine Ölpreiserhöhung der OPEC. Man werde der OPEC schon „deutlich machen, wozu Europa bereit ist und was es erwartet". Was die Arbeiterklasse und die Volksmassen in den EG-Ländern erwartet, ist auch deutlich. Die Energiemonopole haben die Streiks der Erdölarbeiter des Iran zum Vorwand genommen, um die Heizölpreise pro Hektoliter zwischen 50Pf. und 2DM weiter heraufzusetzen.

Bundestag mit Ausschöpfen des Energieprogramms beschäftigt

Kohlepfennig erhöht/Durchgreifende Maßnahmen zur Kernenergie gefordert

z.alb. „Der kommerzielle Ausbau der Kernenergie ... wird sich auf die Strompreise günstig auswirken", hat Staatssekretär Grüner am 22. September im Bundestag versichert. Derweilen werden die Energiekosten für die Massen kräftig erhöht. Am 1.8. trat das neue Mineralölsteuergesetz in Kraft. Zwei Jahre länger wird die Bourgeoisie diese Steuer auf leichtes Heizöl (das zu 85% für Raumbeheizung verwandt wird) einsacken und zudem mit doppeltem Satz: 2 DM pro 100 kg. Im Bundestag wurde die Erhöhung als „Signal für einen sparsameren Energieverbrauch" gefeiert. Mit den 1,3 Mrd. sollen weitere „Aufwendungen zur Energieeinsparung" gedeckt werden. Wie die, die mit dem Mineralölsteuergesetz gleich mit beschlossen wurde: Das Öl für „standortstabile Dieselmotoren" – in Kleinkraftwerken, in Fabriken – soll statt wie bisher mit 41 Pfennig nur noch mit 2 Pfennig besteuert werden; wird Gas verwendet, entfällt die Besteuerung ganz.

Das ist bei weitem nicht alles. Auf rund 2 Mrd. DM waren die Einnahmen aus dem Kohlepfennig für 1978 nach der Erhöhung im Januar berechnet. In der letzten Woche hat der Bundestag die weitere Erhöhung um 5,6% beschlossen. „Keine Erhöhung der Strompreise", haben die Energieversorgungsunternehmen geschworen – eine „rein interne Angleichung". Freilich wollen sich die Kohlekapitalisten etwas von dem Extraprofit holen, den die Öl verstromenden Kapitalisten durch die Produktivitätssteigerung und aufgrund der Dollaraggression gegen die OPEC-Länder jetzt machen. Mit der Erhöhung des Kohlepfennigs sichern sie sich ein neues Profitniveau, höheren Anteil an der Ausplünderung der Massen über den Strompreis. Wenn jetzt die OPEC-Länder die notwendigen Preissteigerungen für ihr Öl durchsetzen, wird man die Bundestagsbanditen laut „Haltet den Dieb" schreien und chauvinistische Reden schwingen hören – mit der Absicht, die Strompreise drastisch mit dem Kohlepfennig kräftig hochzuschrauben.

Die Bundesregierung geht schon mit dem nächsten Ganovenstück schwanger. Sie plant eine plünderungswirksame Änderung der Bundestarifordnung Elektrizität. Die „verbrauchsfördernden Elemente" sollen „beseitigt" werden – wie etwa der Grundtarif II, der niedrigere Tarife für höheren privaten Verbrauch festlegt. Zusätzlich soll die „Möglichkeit zur verstärkten Anhebung der Arbeitspreise bei Tariferhöhungen" geschaffen und dazu die bisher bestehende Höchstgrenze der Arbeitspreise abgeschafft werden.

Daß sie über Strompreiserhöhungen, Tarifänderung und Ölsteuern zusammenrauben wird, was die Bourgeoisie zur „langfristigen Sicherung der Energieversorgung" an Kapital braucht, hat die Bundesregierung bereits Ende letzten Jahres in der „Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms" versprochen. Auch, daß die Maßnahmen nur gegen „den Teil" gehen werden, „der vom Volumen und von den realen Einsparungsmöglichkeiten her das größte Einsparungspotential bildet". Da für die Industrie gilt: viel Energieverbrauch für viel Plusmacherei, können das, so versichert die Bundesregierung, nur die privaten Haushalte sein.

Entwicklung des Stromverbrauchs*

	1975		1985		1990	
	Mrd. kWh (%)					
Industrie	125,5	*40,5*	215,0	*40,3*	255,0	*38,9*
Haushalte und Kleinverbraucher	118,6	*38,3*	213,5	*40,0*	279,0	*42,6*
Verkehr	8,9	*2,9*	14,5	*2,7*	17,0	*2,6*
Endverbraucher insg.	253,0	*81,7*	443,0	*83,0*	551,0	*84,1*
Energiegewinnung, Umwandlungsbereich, Übertragungsverluste	56,6	*18,3*	91,0	*17,0*	104,0	*15,9*
Stromverwendung insgesamt	309,6	*100*	534,0	*100*	655,0	*100*

* Energieprognose im Auftrag der Bundesregierung / Quelle: Drucksache 8/1357 des Deutschen Bundestages

Der Zusammenschluß der OPEC-Länder, der den imperialistischen Zugriff auf ihre Ölreserven versperrt, sitzt der Bourgeoisie im Nacken. „Angebotsspannungen" aufgrund „ökonomisch-politischer Bedingungen" umreißt die Bundesregierung diese Lage und steckt das Ziel: möglichst weitgehende Selbstversorgung, durch Ausbau der Kohlenutzung wie auch der Kernenergie. „Nur sie bietet neben der Kohle eine bedeutende Alternative zum Öl." Da aber gerade hakt's an allen Ecken und Enden. Baustopp mangels Genehmigung, Stillstand aufgrund von Lecks, Stillegungen, Unfälle haben den Nutzungsgrad westdeutscher Kernkraftwerke auf 55% gedrückt. Über 50 Anfragen hagelte es in der Fragestunden des Bundestags seit Juni '78: Hält die Bundesregierung eigentlich an den projektierten 24000 Megawatt Kernenergie bis 1975 fest? Wo sollen die herkommen, wenn jetzt nicht endlich durchgegriffen wird? Sind die Genehmigungsverfahren nicht zur Änderung fällig? Wieso ist die 3. Teilerrichtungsgenehmigung für den Prototyp Schneller Brüter in Kalkar immer noch nicht erteilt? Ist beim jetzigen Stand der Strom aus Kernkraftwerken überhaupt konkurrenzfähig? Und was ist mit der Wiederaufbereitungsanlage Gorleben?

Die Antworten der Bundesregierung lassen keinen Zweifel aufkommen. „... daß alle erforderlichen Anstrengungen unternommen werden müssen, um die noch bestehenden Probleme zu lösen. Dies gilt insbesondere für die zügige Verwirklichung des Entsorgungskonzepts. Entscheidende Bedeutung kommt hierbei dem unverzüglichen Beginn der Probebohrungen zur Erkundung des Salzstocks in Gorleben zu..." (Staatssekretär Grüner am 19.9.) „Ein ausreichend großes Teilstück des geplanten Standortgeländes" ist gekauft, „um darauf gegebenenfalls die Anlagen errichten zu können. Grundsätzlich wären diese Flächen auch ausreichend zur Errichtung des Endlagers..." (Minister Hauff, 25.9.)

Die Bourgeoisie drückt. Die Bundesregierung will durchgreifen. Den Schnellen Brüter, zu 92% aus Steuergeldern finanziert, will sie in eigener Genehmigung bauen lassen, falls aus NRW weiter geblockt wird. Auch Gorleben steht unter ihrem direkten Schutz: Ein 575 Mann starke Abteilung des Bundesgrenzschutzes ist zur Stationierung im Kreis vorgesehen.

„AKW Nee" oder Imperialisten raus aus Afrika?

z.diz. Am 11./12.11. veranstaltete die Anti-Apartheid-Bewegung in Bonn einen „Kongreß gegen atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik – Südafrika". „Die Palette reicht von KB (Nord) bis KB (Katholische Bruderschaft)", schreibt das kleiner werdende Hamburger Nachrichtenmagazin. Schmidt schickt die „Steuerrebellen", Genscher seine jungen Leute. Es geht ihnen darum, die „linke" Intelligenz für die „Reformvorstellungen" der Imperialisten im südlichen Afrika zu gewinnen.

Das Regime in Südafrika ist der Kettenhund des US-Imperialismus und seiner Kompagnons – wen kann der Zirkus über „ernste Meinungsverschiedenheiten" über diese oder jene Frage, den sie dann und wann abziehen, schon täuschen? Die Imperialisten halten sich dieses Regime, um ihr Eigentum zu schützen und das Volk von Azania auszubeuten. Der BRD-Imperialismus ist traditionell dabei; jetzt baut er eine Urananreicherungsanlage, auf der sich die Imperialisten auch Atombomben herstellen lassen können.

Die Zeit für solche Geschäfte ist schlecht: Zimbabwe und Namibia sind für den Imperialismus so gut wie gefallen, die Verbindung der Arbeiterbewegung mit den Völkern der Dritten Welt wächst. Einen Teil ihres Politiker-Packs lassen sie daher Kreide fressen, und auch die Grün-Bunten schicken sie an die Front: das eigentlich Unmenschliche sei die Rassentrennung, es müßten „freie und gleiche Wahlen", d.h. unter Aufsicht und Beteiligung der Imperialisten stattfinden. Wenn Südafrika dann noch dem Atomwaffensperrvertrag beitritt ... Bis dahin wenigstens keine Zusammenarbeit!

So sehen die Lieblingsprojekte der Imperialisten aus, nicht die Forderungen der Völker: Zerschlagung der Rassistenregimes, Rückgabe des geraubten Landes, Abzug der Imperialisten. Zur Unterstützung dieser Forderungen haben die Länder der Dritten Welt einige Beschlüsse in der UNO durchgesetzt – die Bundesregierung muß die Beschlüsse der UNO einhalten und durchführen! Anerkennung der Befreiungsbewegungen als rechtmäßige Vertreter der Völker!

Mit dem Atomwaffensperrvertrag gehen am liebsten die Sozialimperialisten hausieren. Vor der UNO propagieren sie zur Zeit „verbesserte Sicherheitsgarantien für nichtnukleare Staaten", um die Atomwaffenmonopol aufrechtzuerhalten. Warum sollen sich die Blockfreien und die Länder der Dritten Welt darauf einlassen? Indien z.B. hat die Unterzeichnung völlig zu Recht abgelehnt. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen, heißt die Forderung der Völker, und bis dahin die Zusicherung, niemals und unter keinen Umständen Kernwaffen als erster gegen andere Länder einzusetzen.

schoben. Bis Januar will er versuchen die nötigen Kandidaten zu finden.

Zum 1.1.1979 neues Krankenhausfinanzierungsgesetz

z.brp. Am 15. November geben „Sachverständige" dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Ehrenberg, weitere Anordnungen zur „bedarfsgerechten" Schließung von Krankenhäusern und zur Durchsetzung der „Wirtschaftlichkeit" im Krankenhaus. Im Bundestagsausschuß wird an diesem Tag der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes" behandelt, mit dem das Ehrenbergsche Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz flankiert werden soll (KVZ 39). Der Bundesrat hat diese Absicht bereits begrüßt und in seiner Stellungnahme weitere Vorschläge unterbreitet: „Es sollte ferner geprüft werden, ob nicht entsprechend der überwiegenden Praxis in den Ländern statt vier nur noch drei Versorgungsstufen vorgesehen werden sollten. Die finanziellen Auswirkungen dieser neuen Konzeption der Finanzierungssystematik müßten noch mit dem Ziel überprüft werden, insgesamt die gegenwärtig vorhandene Kostenaufteilung zwischen Benutzern und öffentlicher Ineestitionsförderung aufrechtzuerhalten" (Drucksache 8/2067). Drei statt vier Versorgungsstufen heißt: freipraktizierende Ärzte und kleine und mittlere Krankenhäuser werden abgeschafft, stattdessen Sozialstationen und Ärztezentren unter staatlicher Fuchtel eingerichtet. Die Dienstauf-

können und um sich in der Konkurrenz gegenüber den beiden Supermächten zu behaupten, sind die EG-Imperialisten auf jeden Fall gezwungen, eine gemeinsame Energiepolitik zu entwickeln. Nur sind sie auch untereinander Konkurrenten mit auseinanderstrebenden Interessen, von denen keiner bereit ist, dem anderen einen Stich zu

Quelle: 25 Jahre gemeinsamer Markt für Kohle, hrsg. von der Kommission der EG, Februar 1978

Nimmt man noch den Vorsprung der Imperialisten der BRD in den Techniken der Kohleumwandlung hinzu, den sie weiter ausbauen und zu einem Monopole entwickeln wollen, wird deutlich, daß die übrigen EG-

den Subventionsfonds für Kokskohle ab 1. Januar 1979 von bisher 31 auf 70Mio. ERE (1 ERE gleich 2,57 DM) aufgestockt, wovon die BRD-Imperialisten den größten Schnitt machen. Andererseits hat die Komission, ebenfalls

Was die Arbeiterklasse und die Volksmassen in den EG-Ländern erwartet, ist auch deutlich. Die Energiemonopole haben die Streiks der Erdölarbeiter des Iran zum Vorwand genommen, um die Heizölpreise pro Hektoliter zwischen 50Pf. und 2DM weiter heraufzusetzen.

Bundestag mit Ausschöpfen des Energieprogramms beschäftigt

Kohlepfennig erhöht/Durchgreifende Maßnahmen zur Kernenergie gefordert

z.alb. „Der kommerzielle Ausbau der Kernenergie ... wird sich auf die Strompreise günstig auswirken", hat Staatssekretär Grüner am 22. September im Bundestag versichert. Derweilen werden die Energiekosten für die Massen kräftig erhöht. Am 1.8. trat das neue Mineralölsteuergesetz in Kraft. Zwei Jahre länger wird die Bourgeoisie diese Steuer auf leichtes Heizöl (das zu 85% für Raumbeheizung verwandt wird) einsacken und zudem mit doppeltem Satz: 2 DM pro 100 kg. Im Bundestag wurde die Erhöhung als „Signal für einen sparsameren Energieverbrauch" gefeiert. Mit den 1,3 Mrd. sollen weitere „Aufwendungen zur Energieeinsparung" gedeckt werden. Wie die, die mit dem Mineralölsteuergesetz gleich mit beschlossen wurde: Das Öl für „standortstabile Dieselmotoren" – in Kleinkraftwerken, in Fabriken – soll statt wie bisher mit 41 Pfennig nur noch mit 2 Pfennig

pfennig kräftig hochzuschrauben.

Die Bundesregierung geht schon mit dem nächsten Ganovenstück schwanger. Sie plant eine plünderungswirksame Änderung der Bundestarifordnung Elektrizität. Die „verbrauchsfördernden Elemente" sollen „beseitigt" werden – wie etwa der Grundtarif II, der niedrigere Tarife für höheren privaten Verbrauch festlegt. Zusätzlich soll die „Möglichkeit zur verstärkten Anhebung der Arbeitspreise bei Tariferhöhungen" geschaffen und dazu die bisher bestehende Höchstgrenze der Arbeitspreise abgeschafft werden.

Daß sie über Strompreiserhöhungen, Tarifänderung und Ölsteuern zusammenrauben wird, was die Bourgeoisie zur „langfristigen Sicherung der Energieversorgung" an Kapital braucht, hat die Bundesregierung bereits Ende letzten Jahres in der „Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms" versprochen. Auch, daß die Maßnahmen nur gegen „den Teil" ge-

Fragestunden des Bundestags seit Juni '78: Hält die Bundesregierung eigentlich an den projektierten 24000 Megawatt Kernenergie bis 1975 fest? Wo sollen die herkommen, wenn jetzt nicht endlich durchgegriffen wird? Sind die Genehmigungsverfahren nicht zur Änderung fällig? Wieso ist die 3. Teilerrichtungsgenehmigung für den Prototyp Schneller Brüter in Kalkar immer noch nicht erteilt? Ist beim jetzigen Stand der Strom aus Kernkraftwerken überhaupt konkurrenzfähig? Und was ist mit der Wiederaufbereitungsanlage Gorleben?

Die Antworten der Bundesregierung lassen keinen Zweifel aufkommen. „... daß alle erforderlichen Anstrengungen unternommen werden müssen, um die noch bestehenden Probleme zu lösen. Dies gilt insbesondere für die zügige Verwirklichung des Entsorgungs-

konzepts. Entscheidende Bedeutung kommt hierbei dem unverzüglichen Beginn der Probebohrungen zur Erkundung des Salzstocks in Gorleben zu..." (Staatssekretär Grüner am 19.9.) „Ein ausreichend großes Teilstück des geplanten Standortgeländes" ist gekauft, „um darauf gegebenenfalls die Anlagen errichten zu können. Grundsätzlich wären diese Flächen auch ausreichend zur Errichtung des Endlagers..." (Minister Hauff, 25.9.)

Die Bourgeoisie drückt. Die Bundesregierung will durchgreifen. Den Schnellen Brüter, zu 92% aus Steuergeldern finanziert, will sie in eigener Genehmigung bauen lassen, falls aus NRW weiter geblockt wird. Auch Gorleben steht unter ihrem direkten Schutz: Ein 575 Mann starke Abteilung des Bundesgrenzschutzes ist zur Stationierung im Kreis vorgesehen.

Torfarbeit
Knochenarbeit für einen Hungerlohn

z.rof. Glaubt man dem Betriebsleiter der Torfwerke Ahrens in Hagen-Harmonie, dann ist es geradezu ein Glück, als Torfarbeiter ausgebeutet zu werden.

„Bei uns ist das doch alles ganz anders als in der Industrie. Hier gibt es keine Stempeluhr. Die Männer arbeiten in der Natur, können sich die Arbeit weitgehend selbst einteilen. Totmachen braucht sich keiner, für die Dreckarbeit haben wir Maschinen."

Die Tradition, in der die Torfarbeit im Moor steht, und die heutigen, wirklichen Arbeitsbedingungen in Hagen-Harmonie, sprechen eine andere Sprache. Kriegsgefangene wurden zwangsdeportiert und in Arbeitslagern im Moor von den Torfkapitalisten als billige Arbeitskraft ausgebeutet.

Dazu wurden Strafgefangene in die Arbeitslager transportiert. Die Faschisten errichteten 15 Konzentrationslager in den Mooren. Auch heute verschachert der Bremer Senat Strafgefangene aus der Strafanstalt Bremen-Oslebshausen an den Torfkapitalisten Meiners in das Ahlener Moor. Wer das Pensum nicht schafft, geht zurück in den Knast. Wer es schafft, bekommt 55 Pfennig Stundenlohn vom Senat und 60 Pfennig Prämie pro Tag vom Torfwerk. Der Weg ins Moor wird nicht bezahlt. 5 Mark für einen 12-Stundentag, insgesamt sind es 60 Gefangene. Solch billige Zwangsarbeiter bekommt nicht jeder Torfkapitalist. Das läßt sie nicht ruhn und nach Ausweg sinnen.

Die Lösung sind ausländische Arbeiter. Im Torfwerk Ahrens arbeiten im Schnitt 16 bis 17 türkische Arbeiter, fast dreiviertel der Gesamtbelegschaft.

Torfarbeit ist Saisonarbeit. 9 bis 10 Monate kann Torf abgebaut werden. Ist der Frost im Winter stark, daß nicht mehr produziert werden kann, werden die Türken abgeschoben – öffiziell „dürfen" sie dann „Urlaub" machen in der Türkei.

Die Arbeit im Moor ist Knochenschinderei. Maschinen werden eingesetzt für das Ausheben von Entwässerungsgräben, zum Planieren und zum Ausstechen der Torfsoden. Dann setzt bei Ahrens die Handarbeit ein. Die feuchten, schweren Soden müssen zum Trocknen aufgesetzt, geringelt werden.

Die Arbeiter stehen gebückt im feuchten Torfboden, bei jedem Wetter den ganzen Tag.

„Scheißarbeit" sagen die Arbeiter, „so eine Sode wiegt ca. 15 Pfund. Schwarztorf ist noch schwerer. In die unterste Sode, die am feuchtesten ist, muß man mit beiden Händen voll hineingreifen, damit sie nicht zerbröckelt.

Abends spürst du jeden Knochen im Leibe und dauernd sind die Hände kaputt, die Gelenke und die Finger entzündet." Maschinen, die solche Arbeit verrichten, gibt es. Bei Ahrens lohnt ihr Einsatz für die Kapitalisten nicht, die lebendige Arbeitskraft ist billiger und der Profit zählt. Das Torfvorkommen ist nicht groß und sowieso bald vollständig ausgebeutet.

Die getrockneten Soden müssen dann ins Werk transportiert werden. Vom Hauptgleis werden Stichgleise gelegt, die Loren beladen und dann von den Arbeitern zur Weiche geschoben, gedreht. Wo der Bagger zum Aufladen nicht hinkommt, wird von Hand aufgeladen. Im Werk werden die Soden zerkleinert und gepresst. Je nach Beschaffenheit des Torfes wiegen die fertig gepreßten Ballen zwischen 45 und 60 Kilogramm.

Täglich werden mindestens 9 Stunden gearbeitet, im Sommer länger. Mittag muß „in der freien Natur" gemacht werden. Eine Stempeluhr ist nicht erforderlich, der Hauptanteil der Arbeit wird im Akkord gemacht. Nur Maschinenarbeit wird im Stundenlohn gemacht, 8,50 DM bis 10 DM die Stunde. „Eine gerechte Entlohnungsmethode, nach der alle gleich bezahlt werden", haben die findigen Torfkapitalisten entwickelt. Der Akkordsatz ist nicht bekannt, wie z.B. früher pro Meter Torf oder pro bestimmter Anzahl geringelter Soden. Dafür ist dies Werk zu klein, zu wechselnd die einzelnen Produktionsgänge. Bezahlt wird nach dem Gesamtproduktionsausstoß, pro gepreßtem Ballen erhalten die Arbeiter einen Pfennianteil. Kontrolle des Lohnes ist somit nicht möglich. Jeglicher Ausschuß, schlechte Torfqualität, was immer denkbar, wird so den Arbeitern vom Lohn direkt abgezogen.

Die Gleichheit der Bezahlung gilt sowieso nur für die Arbeiter. Auf 8,50 DM Stundenlohn kommen sie im Schnitt bei dieser Schinderei. Ein Teil der türkischen Arbeiter wohnt in einer Werkshütte direkt auf dem Firmengelände. Pro Kopf holt sich der Kapitalist sogleich 40 DM als Miete vom Lohn zurück. Ein Arbeiter, Baggerfahrer, geht am Wochenende in Bremen bei einer Reinigungsfirma arbeiten. Er will schnell zurück in die Türkei.

Die Torfwerke Ahrens bestehen seit ca. 1910. Hagen-Harmonie ist das dritte Moor, das abgetorft wird. Die Pacht ist gering, wie die Kosten für Maschinerie. Brenntorf wird schon lange nicht mehr produziert, der Torf wird als Torfmull und überwiegend als Düngetorf verkauft. „Mit dem Verkauf unserer Produktion haben wir keine Probleme", freut sich die Besitzerin. Ein einträgliches Geschäft heute, auch wenn man noch weniger Zwangsarbeiter hat als früher.



„Bei uns braucht sich keiner totzumachen, für die Dreckarbeit haben wir Maschinen", begründen die Torfkapitalisten die Intensivierung der Arbeit.



„Bei uns braucht sich keiner totzumachen, für die Dreckarbeit haben wir Maschinen", begründen die Torfkapitalisten die Intensivierung der Arbeit.



Aufladen der getrockneten Torfsoden. Oft müssen die Arbeiter die Loren mit der Hand beladen.

Halbpächter demonstrieren: „Das Land denen, die arbeiten"

z.ulg.Rom. Donnerstag, 9. November Tausende von Bauern und Halbpächtern demonstrieren durch die Straßen Roms. Sie fordern die sofortige Abschaffung der Mezzadria, der Halbpacht, nach der fast die Hälfte des Ernteertrags an die Grundbesitzer abgeliefert werden muß. Im Juli hat der Senat den Entwurf eines neuen Pachtgesetzes verabschiedet. Die Pachtsätze werden danach erhöht, aber die Mezzadria soll auf Antrag automatisch in ein gewöhnliches Pachtverhältnis umgewandelt werden. Für die Halbpächter würde das einen gewissen Fortschritt bedeuten: In Nordostitalien, wird geschätzt, bringt z.B. ein Hof mit 10,6Mio. Lire (25000DM) Jahresprodukt unter der Mezzadria dem Grundbesitzer gegenwärtig 4,5Mio. Lire, die Pacht würde nach dem neuen Gesetz 0,6 bis höchstens 1Million Lire betragen. In den letzten 30 Jahren ist die Mezzadria, früher das vorherrschende Produktionsverhältnis auf dem italienischen Dorf, fast völlig durch die direkte Unterwerfung der Bauern als Lohnarbeiter unter das Kapital abgelöst worden.

Die meisten Halbpächter sind bereits gelegt, einige sind in Landarbeiter verwandelt, die Mehrzahl ist in die Städte vertrieben worden. 1976 gab es noch etwa 100000 Halbpächter gegenüber 180000 1970. Diesen Prozeß zu Ende zu führen, ist der Hauptzweck des vom Senat verabschiedeten Gesetzes.

Jetzt liegt der Entwurf bei der Kammer, und die Christdemokraten wollen durch eine Reihe von Änderungsanträgen selbst die wenigen darin enthaltenen Fortschritte wieder zunichte machen. Wenn der Grundbesitzer „in das Land investiert hat", soll er sich der automatischen Aufhebung der Mezzadria widersetzen können, zugleich sollen die Höchstgrenzen für die Pachtsätze weitgehend ausgehöhlt werden. Gegen diese Absichten hat der Kleinbauern- und Pächterverband Conf Coltivaturi zunächst zu zahlreichen örtlichen Aktionen und am letzten Donnerstag zur zentralen Demonstration in Rom aufgerufen.

Die getrockneten Soden müssen dann ins Werk transportiert werden. Vom Hauptgleis werden Stichgleise gelegt, die Loren beladen und dann von den Arbeitern zur Weiche geschoben, gedreht. Wo der Bagger zum Aufladen nicht hinkommt, wird von Hand aufgeladen. Im Werk werden die Soden zerkleinert und gepresst. Je nach Beschaffenheit des Torfes wiegen die fertig gepreßten Ballen zwischen 45 und 60 Kilogramm.

Täglich werden mindestens 9 Stunden gearbeitet, im Sommer länger. Mittag muß „in der freien Natur" ge-

ten. Er will schnell zurück in die Türkei.

Die Torfwerke Ahrens bestehen seit ca. 1910. Hagen-Harmonie ist das dritte Moor, das abgetorft wird. Die Pacht ist gering, wie die Kosten für Maschinerie. Brenntorf wird schon lange nicht mehr produziert, der Torf wird als Torfmull und überwiegend als Düngetorf verkauft. „Mit dem Verkauf unserer Produktion haben wir keine Probleme", freut sich die Besitzerin. Ein einträgliches Geschäft heute, auch wenn man noch weniger Zwangsarbeiter hat als früher.

Halbpächter demonstrieren: „Das Land denen, die arbeiten"

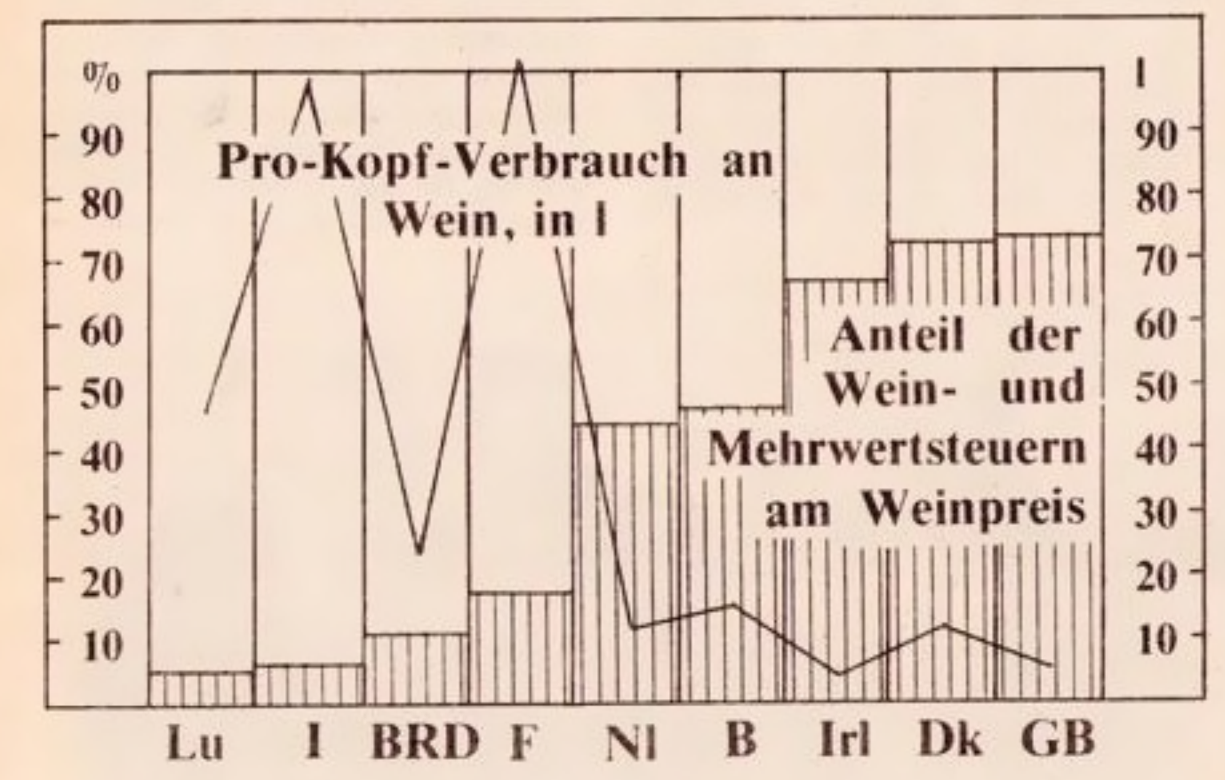
z.ulg.Rom. Donnerstag, 9. November Tausende von Bauern und Halbpächtern demonstrieren durch die Straßen Roms. Sie fordern die sofortige Abschaffung der Mezzadria, der Halbpacht, nach der fast die Hälfte des Ernteertrags an die Grundbesitzer abgeliefert werden muß. Im Juli hat der Senat den Entwurf eines neuen Pachtgesetzes verabschiedet. Die Pachtsätze werden danach erhöht, aber die Mezzadria soll auf Antrag automatisch in ein gewöhnliches Pachtverhältnis umgewandelt werden. Für die Halbpächter würde

Jetzt liegt der Entwurf bei der Kammer, und die Christdemokraten wollen durch eine Reihe von Änderungsanträgen selbst die wenigen darin enthaltenen Fortschritte wieder zunichte machen. Wenn der Grundbesitzer „in das Land investiert hat", soll er sich der automatischen Aufhebung der Mezzadria widersetzen können, zugleich sollen die Höchstgrenzen für die Pachtsätze weitgehend ausgehöhlt werden. Gegen diese Absichten hat der Kleinbauern- und Pächterverband Conf Coltivaturi zunächst zu zahlrei-



Die Revisionisten, die den Verband beherrschen, versuchen, den Aktionen die Spitze gegen die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse auf dem Land zu nehmen. An der Spitze der Demonstration in Rom marschieren etwa 40 Bürgermeister, mit der Trikolore um den Bauch. Mitgebrachte Gemeindepolizisten tragen die Fahnen der Städte und Dörfer. Die Verbandsführung hat Pappschilder ausgeteilt: „Für eine unternehmerische Landwirtschaft" und ähnliches. Von einigen Orten sind nur die örtlichen Verbandsfunktionäre gekommen. Aber aus anderen, vor allem aus den Gegenden, wo die Halbpacht auch heute noch großes Gewicht hat, Sizilien und Apulien im Süden, Emilia und Toscana in Mittelitalien, sind starke Delegationen von Halbpächtern gekommen. Fast alle sind schon älter, seit einigen Jahren ist der Abschluß von neuen Mezzadria-Verträgen verboten, und von der verbleibenden Hälfte des Ernteertrags auf den kleinen Landstücken können die Kinder nicht leben. Viele haben eigene Transparente und Schilder mitgebracht: „Gestern die Kündigungen, heute die ‚Abfindungen', sie verjagen uns vom Land", steht drauf, oder: „Schluß mit der Mezzadria!" Die großen Kämpfe der vierziger und fünfziger Jahre für die Agrarreform sind nicht vergessen, und ihre Ziele sind nicht erledigt: „Es ist Zeit, es ist Zeit, das Land denen, die arbeiten", hallen die Sprechchöre immer wieder durch die engen Straßen der römischen Altstadt.

Wer streicht die meiste Steuer ein beim Wein?



z.scc. „Sieger" dieses Ausplünderungswettlaufs sind die britischen Imperialisten. Doch niemand ihrer Konkurrenten, der nicht ebenfalls kräftig hinlangt, sei es mit der Mehrwertsteuer, mit der Weinverbrauchssteuer oder möglichst mit beidem. Der durchschnittliche Weinverbrauch in der EG sinkt – die Einnahmen aus Steuern auf Wein steigen ungeachtet weiter.

BRD taktiert: Zuerst GATT, dann „Mittelmeerpaket"

z.erb. Ende Oktober haben sich die EG-Agrarminister auf die Aufforstung von 80000 Hektar „öffentlicher und privater trockener Gebiete" im Rahmen des „Mittelmeerpakets" geeinigt. Für die Aufforstung sind aus dem eu) ropäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft, auf fünf Jahre verteilt, ca. 500 Millionen DM vorgesehen, davon 90% für Italien, der Rest für Südfrankreich. Der Garantiefonds wird überwiegend aus „Abschöpfungen" auf Einfuhren aus Nicht-EG-Ländern finanziert. Italien mit seinem hohen Anteil an der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte mußte mit 1,593 Mrd. Dollar am meisten abführen, die BRD 790 Mio. Dollar, Frankreich 758 Mio. Dollar. Die BRD-Imperialisten stellten bei den Verhandlungen zur Bedingung, erst müßten die GATT-Verhandlungen über Zollabbau und Handelserleichterungen (s. KVZ 41/78) abgeschlossen werden, ehe das Aufforstungsprogramm in Kraft tritt. Bei den GATT-Verhandlungen fordern die US-Imperialisten die Öffnung des europäischen Marktes für Agrarprodukte wie Reis und Fruchtsäfte, die innerhalb der EG vor allem in Italien produziert werden. Hier wollen die BRD-Imperialisten „Konzessionen" machen, um ihrerseits Erleichterungen für den Export ihrer Industrieprodukte nach den USA herauszuschlagen. Damit würde die Ruinierung der italienischen Bauern kräftig vorangetrieben werden.

IFAD-Kredite zur Stärkung der Nahrungsmittelselbstversorgung

z.pek. Der Internationale Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), der im Frühjahr als erste internationale Finanzorganisation mit Mehrheit der Dritten Welt in Statut und Organen seine Arbeit aufgenommen hatte (siehe Kommunismus und Klassenkampf, 11/78), hat Ende Oktober vier weitere Kredite zur Stärkung der Nahrungsmittelselbstversorgung an Länder der Dritten Welt vergeben. In Guayana unterstützt IFAD den Bau von Bewässerungsanlagen mit einem Kredit von 24,2 Mio. Dollar, – ebenso in Thailand mit 17,5 Mio. Dollar. Für ein Projekt zur Steigerung des Fischereiertrags in Ecuador wurden 5,8 Mio. Dollar bereitgestellt. Die Laufzeit der Kredite beträgt 20 Jahre bei einer rückzahlungsfreien Zeit von 5 Jahren. Der Zinssatz beträgt 4%. Gemäß seinen Statuten gewährt IFAD den in der Nahrungsmittelproduktion am geringsten entwickelten Ländern zinslose Kredite mit einer Laufzeit von 50 Jahren. Zu diesen Bedingungen wurden 3,5 Mio. Dollar für ein Bewässerungs- und Erosionsschutzprojekt an Haiti vergeben. Zur Durchführung dieser Projekte mußten die vier Länder auch Kredite der Finanzorganisationen der Imperialisten in Anspruch nehmen und

IFAD-Kredite zur Stärkung der Nahrungsmittelselbstversorgung

z.pek. Der Internationale Fonds für Landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD), der im Frühjahr als erste internationale Finanzorganisation mit Mehrheit der Dritten Welt in Statut und Organen seine Arbeit aufgenommen hatte (siehe Kommunismus und Klassenkampf, 11/78), hat Ende Oktober vier weitere Kredite zur Stärkung der Nahrungsmittelselbstversorgung an Länder der Dritten Welt vergeben. In Guayana unterstützt IFAD den Bau von Bewässerungsanlagen mit einem Kredit von 24,2 Mio. Dollar, – ebenso in Thailand mit 17,5 Mio. Dollar. Für ein Projekt zur Steigerung des Fischereiertrags in Ecuador wurden 5,8 Mio. Dollar bereitgestellt. Die Laufzeit der Kredite beträgt 20 Jahre bei einer rückzahlungsfreien Zeit von 5 Jahren. Der Zinssatz beträgt 4%. Gemäß seinen Statuten gewährt IFAD den in der Nahrungsmittelproduktion am geringsten entwickelten Ländern zinslose Kredite mit einer Laufzeit von 50 Jahren. Zu diesen Bedingungen wurden 3,5 Mio. Dollar für ein Bewässerungs- und Erosionsschutzprojekt an Haiti vergeben. Zur Durchführung dieser Projekte mußten die vier Länder auch Kredite der Finanzorganisationen der Imperialisten in Anspruch nehmen und sind dabei noch teilweise deren Zinswucher ausgesetzt. Die Weltbank fordert für ihren Kredit an Thailand den „kommerziellen" Zinssatz von 8%.

Rentenbetrag an den Bauern

z.diz. Man muß ihnen alles nachrechnen: 2421 Mio. DM soll der Gesamtaufwand in der Altershilfe für Landwirte 1979 betragen. Der Bund trägt davon 1895 Mio. DM, das sind 78,3%. 87,5% müßten sie gesetzlich zahlen – 223,4 Mio. DM für die Kapitalisten „gespart". Aber es geht noch weiter: Ziehe man die sonstigen Einnahmen ab, so die Bundesregierung, bleibe ein durch Beiträge der Bauern zu deckender Restbetrag von 520 Mio. DM. 663500 Beitragszahler gebe es, „das bedeutet einen monatlichen Beitrag von 66 DM" (Bundesratsdrucksache 371/78, inzwischen beschlossen). Auch hier hat die Bundesregierung betrogen: 520 Mio. DM geteilt durch 663500 geteilt durch 12 Monate ergibt einen Beitrag von 65,31 DM. Geraubter Betrag: 5,5 Mio DM. Das ganze hat System: Seit 1967 (von früheren Jahren liegen uns keine Statistiken vor) hat der Anteil der Bundesregierung noch nie die gesetzliche Quote erreicht. Aus den Beiträgen der Bauern sind jedesmal zwischen 24 und 30% der Leistungen finanziert worden. Jetzt brüsten sie sich, daß sie für 1978 20 Millionen nachgeschossen hätten, weil sie sich in der Zahl der Anspruchsberechtigten verrechnet hätten. Noch nicht einmal 10% der Beute rücken sie wieder heraus.

EG-Kommission beschließt: Mehr Mobilität bei den Studenten nötig

z.bil. Ende November ist die Tagung der europäischen Bildungsminister. Vorsitzender dieses Bildungsrats innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist Schmude. Um was wird es gehen auf der Konferenz. Studentenmobilität ist der Kernsatz. „Ohne europäisches Engagement der Jugend wird uns das Einigungswerk unter der Hand zerbröckeln. Nur wenn wir mehr sind als ein ‚gemeinsamer Markt', als eine Gemeinschaft der Wirtschaftsinteressen, nur wenn wir der Gemeinschaft ein menschliches Gesicht geben können, wird der Einigungsgedanke auch in den kommenden Generationen lebendig bleiben. Eine gemeinschaftliche Bildungspolitik kann dabei helfen", so leitete Guido Brunner, Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, im Sommer die „Bildungsoffensive" ein. Die Zielvorstellungen: „Die gemeinschaftliche Anerkennung der Diplome und damit Verwirklichung des Niederlassungsrechts, grenzüberschreitende Probleme sollen gemeinsam angepackt werden."

Die Zulassungspolitik soll in den einzelnen Mitgliedsstaaten für die Studenten aus anderen EG Staaten angeglichen werden. Das Problem von numerus clausus, der Gebühren und Stipendien in europäischem Maßstab „geklärt" werden. Als Mobilmachung der studentischen Arbeitskraft kann das Programm gut bezeichnet werden.

Dafür wird geködert. Ein Programm der Studienbesuche soll bis 1981 erheblich „gesteigert" werden. Über 1300 Stipendiaten – Lehrer und Verwaltungsfachleute – sollen in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft verschoben werden. Ein gemeinschaftsweiter Studienführer dient „unseren Bemühungen zur Förderung der Mobilität von Lehrern und Lernenden."

Das „lebendige Modell einer Universität der Gemeinschaft" hat einiges für das Finanzkapital. Studenten, die je nach Bedarf in die Mitgliedsländer versandt und wieder zurückgezogen werden können, die Erfahrungen bei den imperialistischen Konkurrenten sammeln, lassen sich leichter zu Bourgeoiskadern heranziehen. Die Hin- und Herbewegung der Studentenmassen ist auf Zersetzung der Kämpfe der Studenten gegen die Studienbedingungen an den Hochschulen, die Schinderei und Unterdrückung in den Vorlesungen und Seminaren und das niedrige BAFÖG gerichtet. Unter der Losung „internationale Ausbildung" soll ein weiterer Spaltkeil in die Studentenbewegung getrieben werden.

Pestel und Co. gegen „Verholzung der Personalstruktur"

Assistenten nehmen den Kampf gegen die Flüssigmachung von unbezahlter Mehrarbeit auf

z.anl. Die Landeskonferenz der akademischen Mitarbeiter in Niedersachsen hat sich gegen den Plan des Kultusministers Pestel gewandt, alle Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter auf höchstens vier Jahre zu befristen. Sie forderte 50% selbständige Forschung oder unbefristete Verträge. Die Assistenten der Ruhr-Universität Bochum haben dem zuständigen Minister einen Papierkorb geschickt, weil sie mit Hochschraubung ihrer Arbeitszeit auf mehr als 72 Stunden nicht einverstanden sind. Die Teilpersonalversammlung der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter der Universität Osnabrück hat u.a. die Erhöhung der Zahl der Hochschulassistentenstellen und unbefristete Arbeitsverhältnisse gefordert.

In Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes „überleiten" jetzt die Kultusminister das wissenschaftliche Personal in einen Zustand wilder Konkurrenz durch Befristung aller Stellen von forschenden „Mitarbeitern" und fast aller Stellen von Assistenten, die Professoren werden wollen und dazu eine Chance von weniger als 50% haben sollen. Für sie empfahl der Wissenschaftsrat 1977 „möglichst wenig einengende Vorschriften." Insbesondere die wissenschaftlichen Mitarbeiter, die „keinen Anspruch auf Gelegenheit zur Forschung nach eigener Entscheidung in der Arbeitszeit haben sollen", werden mit der Zumutung bedacht, ihre Arbeitskraft sehr „weit" unbezahlt zur Verfügung für die Ordinarien zu halten: „Leistet ein wissenschaftlicher Mitarbeiter in der beschriebenen Weise qualifizierte und ihn qualifizierende Arbeit, so sollte ihm die etwa zur Erlangung der formellen Weiterqualifikation benötigte Zeit auf Antrag durch Herabsetzung seiner Arbeitszeit bei entsprechender Reduzierung der Bezüge zur Verfügung gestellt werden."

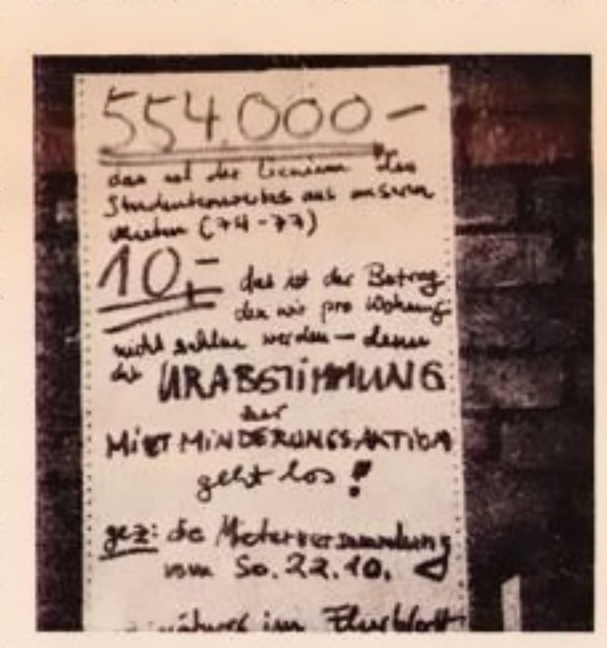
Die gewünschte Wirkung können sich die Kultusminister von diesem Konkurrenzkampf um unbefristete Anstellung bloß deshalb versprechen, weil das wissenschaftliche Personal auf Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesen ist.

Die Forderung nach unbefristeten Stellen und Beseitigung der Zeitverträge muß durchgesetzt werden, denn nur so kann der Konkurrenz ein Riegel vorgeschoben werden und kann der Kampf um die Grenzen des Normalarbeitstages und den Preis der Arbeitskraft, bezogen auf den Normalarbeitstag, geführt werden. Mit irgendwelchen Aufteilungen von „eigenständiger Forschung" und sonstigen Arbeiten zwecks Befreiung der Professoren von der Arbeit kann der Kampf nicht geführt werden. So wird bloß das Aussterben der derzeitigen Lehrstuhlinhabergeneration hinausgezögert und die für sie nützliche Konkurrenz all derer, die sowieso keine Aussicht haben, ihre Stühle einzunehmen, zeitlich gestreckt. Diese Absichten hat der Wissenschaftsrat in die feinen Worte gehüllt, „eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Zeit- und Dauerkräften zugunsten der letzten" sei nicht wünschenswert, denn sie würde „binnen kurzem zu einer vollständigen Verholzung der Personalstruktur, zur Anpassungsunfähigkeit der Hochschulen an neuere Entwicklungen und jedenfalls auf längere Sicht zu einem Qualitätsverlust in Forschung und Lehre ... führen". Wünschenswert sei besonders die Teilzeitarbeit, und „der Erwerb zusätzlicher Qualifikationen durch wissenschaftliche Mitarbeiter außerhalb ihrer Arbeitszeit" sei „ausdrücklich zu begrüßen". Die „Eignung" der Inhaber von befristeten Stellen für unbefristete sollen sie durch maßlose Ausdehnung des Arbeitstages ohne Entgelt für mehr verausgabte Arbeitskraft unter Beweis stellen; ihre Aufgaben „können aber auch spezifische Fachkenntnisse oder die Bereitschaft zu einem besonderen Engagement für die gegebene Aufgabe, etwa in bezug auf die Arbeitszeit, notwendig machen." Den Kampf gegen Zeitverträge und für Bezahlung der Arbeitskraft müssen die besitzlosen Studenten unterstützen.

Für Mietstreik in den Hamburger Studentenwohnheimen!

r.loh.Hamburg. In den 26 Hamburger Studentenwohnheimen, in denen etwa 3600 Studenten kaserniert werden, wird der Mietstreik vorbereitet. Die Miete soll zwischen 8 und 21 DM erhöht werden. Seit zwei Wochen wird urabgestimmt. In acht Wohnheimen ist die Urabstimmung bereits abgeschlossen, von sieben Heimen liegen die Ergebnisse vor: Von 1121 Stundenten haben sich 811 (72,3%) an der Urabstimmung beteiligt. Für den Streik sprachen sich 610 (75,2%) aus. Das festgelegte Quorum (40% Beteiligung, davon ⅔ für Streik) ist noch nicht erreicht. In mindestens 2 Heimen wird schon gestreikt. Die überwiegende Mehrheit der Studenten will den Kampf gegen die Mieterhöhungen. Daß die Urabstimmung noch nicht in allen Wohnheimen durchgeführt werden konnte, hat seine Ursache in den Anstrengungen der Reformisten und Revisionisten, den Aufbau der Streikfront zu sabotieren. In dieser Lage hat der Zentralrat, das Vertretungsorgan aller Wohnheimräte, beschlossen, die Urabstimmung um 2 Wochen zu verlängern, damit sie in allen Heimen durchgeführt werden kann. Zur notwendigen Klärung verschiedener Fragen, die den Aufbau des Mietstreiks behindern, soll am 25./26. 11. ein Wochenendseminar durchgeführt werden , auf dem Forderungen zum BAFÖG und die Forderung nach

tenwerks am 20.11. durchzuführen, um die Forderungen: „Weg mit den Mieterhöhungen! Zurücknahme der Mahnungen gegen Streikende und Erfüllung der Forderungen der Studenten gegen die Verrottung der Häuser", durchzusetzen. Die Studenten im Altbauprojekt Schröderstift haben im Zusammenhang mit dem Mietstreik eine Urabstimmung über eine Mietminderungsaktion durchgeführt. 77% aller Bewohner des Schröderstiftes be-



schlossen diesen Schritt zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach dem Einbau von Duschen. Eine ganze Reihe von Fachschaftsräten wie Romanistik,

HfBK: Internationales Gipfeltreffen

Schmidt, Genscher, Kohl, Breshnew und Carter inspizieren das Prüfungswesen

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) Hamburg-Unterelbe — 30. Oktober 1978, Jg. 1 Nr. 20

z.tis. Zur jüngst stattgehabten Zwischenprüfung an der HfBK hatte sich der Kanzler persönlich angesagt. Mit ihm im Koffer erschienen der Außenminister, der Kanzlerkandidat der Union sowie der Generalsekretär der KPdSU und der Präsident der Vereinigten Staaten.



nämlich Puppen und Marionetten, erscheine ihm bedeutsam. Er als Kanzler sei ja selber eine. Im Anschluß unterstrich er allgemein die wohltuende Einflußnahme des Prüfungswesens auf die staatsbürgerliche Haltung der Studentenschaft. Er halte das Prüfungswesen für das Rückgrat der Hochschulausbildung. Zuletzt wies er auf die nicht unerheblichen Ausgaben der öffentlichen Hand für Professorengehälter hin und die verstärkten Bemühungen der sozialliberalen Koalition, die Bildungsreform durch ein überdurchschnittliches Mehr an Oberschulräten zu fördern. Die Prüfungskommission applaudierte verhalten. Der Vorsitzende, Oberschulrat Bertram, nestelte säuerlich am Revers seiner Jacke, die zwar von gleicher Farbe, aber deutlich minderer



friedigend, auch wegen mangelnder kunstgeschichtlicher Kenntnisse. Die Professoren mußten dagegen die Erscheinung der fünf Staats- und Parteichefs mit Sehr Gut würdigen, so daß am Ende eine Zwei herauskam.

Im Anschluß an die Prüfung gaben die Staatsgäste interessierten Studenten



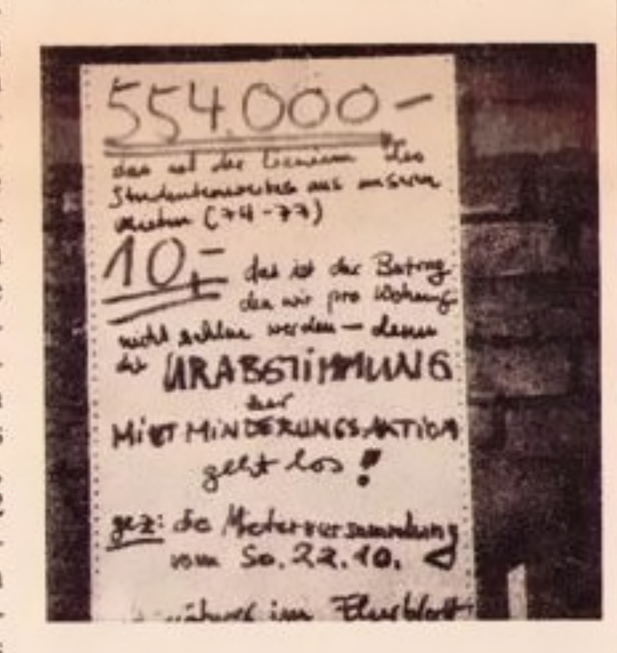
Hamburger Studentenwohnheimen!

r.loh.Hamburg. In den 26 Hamburger Studentenwohnheimen, in denen etwa 3600 Studenten kaserniert werden, wird der Mietstreik vorbereitet. Die Miete soll zwischen 8 und 21 DM erhöht werden. Seit zwei Wochen wird urabgestimmt. In acht Wohnheimen ist die Urabstimmung bereits abgeschlossen, von sieben Heimen liegen die Ergebnisse vor: Von 1121 Stundenten haben sich 811 (72,3%) an der Urabstimmung beteiligt. Für den Streik sprachen sich 610 (75,2%) aus. Das festgelegte Quorum (40% Beteiligung, davon ⅔ für Streik) ist noch nicht erreicht. In mindestens 2 Heimen wird schon gestreikt. Die überwiegende Mehrheit der Studenten will den Kampf gegen die Mieterhöhungen. Daß die Urabstimmung noch nicht in allen Wohnheimen durchgeführt werden konnte, hat seine Ursache in den Anstrengungen der Reformisten und Revisionisten, den Aufbau der Streikfront zu sabotieren. In dieser Lage hat der Zentralrat, das Vertretungsorgan aller Wohnheimräte, beschlossen, die Urabstimmung um 2 Wochen zu verlängern, damit sie in allen Heimen durchgeführt werden kann. Zur notwendigen Klärung verschiedener Fragen, die den Aufbau des Mietstreiks behindern, soll am 25./26. 11. ein Wochenendseminar durchgeführt werden , auf dem Forderungen zum BAFÖG und die Forderung nach

tarifvertraglicher Bezahlung der Arbeitskraft erörtert werden sollen. Ausserdem sollen die Rechte der Studenten in den Wohnheimen und die Vorhaben der Bundesregierung, die Wohnheimkasernierung auszuweiten, untersucht werden. Dieses Seminar soll an Hand von Untersuchungen in den einzelnen Wohnheimen vorbereitet werden.

Weiter wurde beschlossen, ein Go-In zur Vorstandssitzung des Studen-

tenwerks am 20.11. durchzuführen, um die Forderungen: „Weg mit den Mieterhöhungen! Zurücknahme der Mahnungen gegen Streikende und Erfüllung der Forderungen der Studenten gegen die Verrottung der Häuser", durchzusetzen. Die Studenten im Altbauprojekt Schröderstift haben im Zusammenhang mit dem Mietstreik eine Urabstimmung über eine Mietminderungsaktion durchgeführt. 77% aller Bewohner des Schröderstiftes be-



schlossen diesen Schritt zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach dem Einbau von Duschen. Eine ganze Reihe von Fachschaftsräten wie Romanistik,

Physik, Bau- und Vermessungswesen (FHS), die Institutsgruppe Physik, sowie die Mediziner- und Pädagogikvollversammlung haben die Unterstützung des Mietstreiks beschlossen. Dem Angriff auf die Reproduktionsbedingungen der Studentenmassen durch den Mietstreik entgegenzutreten, wird gute Bedingungen für den Aufbau der Streikfront für die Bezahlung der Arbeitskraft schaffen.

Karibische Länder beseitigen imperialistische Lehrinhalte

z.nop. Die englischsprachigen Länder in der Karibik gehen jetzt verstärkt daran, die nach wie vor bestehenden Einflüsse des britischen Imperialismus in ihrem Erziehungswesen auszumerzen. Jahrhundertelang wurde das britische Unterrichtssystem in den früheren Kolonien dieser Region praktiziert.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als immer mehr Gebiete ihre Unabhängigkeit erlangten, änderte sich daran zunächst wenig. Die Lehrpläne an den Schulen waren weiterhin von kolonialen und imperialistischen Inhalten geprägt. Zum Beispiel wurden im Fach Geschichte bis in die jüngste Zeit englische Lehrbücher verwandt. Die Schüler und Studenten der karibischen Länder mußten daher über die englische Geschichte, so wie die Imperialisten sie sehen, alles, über ihre eigene Geschichte aber durften sie nichts lernen. Entsprechendes galt für Fächer wie Geographie und Naturwissenschaften.

Auch das System der Abschlußprüfungen war bislang lediglich darauf angelegt, einigen karibischen Studenten den Zugang zu englischen Universitäten zu eröffnen. Die Fragen für die Abschlußprüfungen wurden in London festgelegt; das Abschlußzeugnis war das „London General Certificate of Education".

Um das alte koloniale Unterrichtssystem schrittweise zu beseitigen, wurde 1973 aufgrund einer Vereinbarung von 15 karibischen Ländern eine eigene Prüfungskommission eingerichtet, der „Carribean Examination Council". Diese Kommission hat jetzt beschlossen, erstmals für Juni 1979 in fünf Prüfungsfächern für die Secondary Schools – in Geschichte, Geographie, Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften – selbst die Prüfungsinhalte festzulegen und ein eigenes Abschlußdiplom zu erteilen. Die übrigen Fächer sollen später folgen. Fast alle Länder dieser Region, u.a. auch Guyana, Trinidad und Tobago haben die volle Unterstützung dieses Plans zugesagt.

HfBK: Internationales Gipfeltreffen

Schmidt, Genscher, Kohl, Breshnew und Carter inspizieren das Prüfungswesen

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) Hamburg-Unterelbe — 30. Oktober 1978, Jg. 1 Nr. 20

z.tis. Zur jüngst stattgehabten Zwischenprüfung an der HfBK hatte sich der Kanzler persönlich angesagt. Mit ihm im Koffer erschienen der Außenminister, der Kanzlerkandidat der Union sowie der Generalsekretär der KPdSU und der Präsident der Vereinigten Staaten.



Der Bundeskanzler, er trug einen braunen Blazer mit Nadelstreifen, dazu passend eine geschmackvoll-modische Krawatte, ließ es sich nicht nehmen, einige Worte an die Prüfungskommission zu richten. Zunächst betonte er das besondere Interesse, das er als alter Hamburger schon immer der Entwicklung der Hochschulen seiner Vaterstadt entgegengebracht habe. Gerade der Gegenstand dieser Prüfung im Bereich freien plastischen Gestaltens,

nämlich Puppen und Marionetten, erscheine ihm bedeutsam. Er als Kanzler sei ja selber eine. Im Anschluß unterstrich er allgemein die wohltuende Einflußnahme des Prüfungswesens auf die staatsbürgerliche Haltung der Studentenschaft. Er halte das Prüfungswesen für das Rückgrat der Hochschulausbildung. Zuletzt wies er auf die nicht unerheblichen Ausgaben der öffentlichen Hand für Professorengehälter hin und die verstärkten Bemühungen der sozialliberalen Koalition, die Bildungsreform durch ein überdurchschnittliches Mehr an Oberschulräten zu fördern. Die Prüfungskommission applaudierte verhalten. Der Vorsitzende, Oberschulrat Bertram, nestelte säuerlich am Revers seiner Jacke, die zwar von gleicher Farbe, aber deutlich minderer

Qualität wie der Kanzleranzug war.

Die Führer der beiden Supermächte, Breschnew und Carter, hatten sich unterdessen zu einem persönlichen Meinungsaustausch zurückgezogen. Breschnew zeigte dem Präsidenten eine eigenhändig abgerichtete Friedenstaube, die auf den Namen Prawda hört. Carter überreichte eine vergoldete Erdnuß und äußerte die Ansicht, daß Geheimhaltung von Prüfungsangelegenheiten unverzichtbares Menschenrecht für die Professoren und Oberschulräte sei. Breschnew wies darauf hin, daß der Prüfling mehr echten Entspannungswillen hätte zeigen sollen. Der Oberschulrat schloß sich dieser Auffassung an und benotete die mündlichen Leistungen des Prüflings mit Be-



friedigend, auch wegen mangelnder kunstgeschichtlicher Kenntnisse. Die Professoren mußten dagegen die Erscheinung der fünf Staats- und Parteichefs mit Sehr Gut würdigen, so daß am Ende eine Zwei herauskam.

Im Anschluß an die Prüfung gaben die Staatsgäste interessierten Studenten



sowie dem Hauspersonal Gelegenheit zu einem weiteren Meinungsaustausch, in dem von beiden Seiten der Wunsch geäußert wurde, solche Treffen des öfteren stattfinden zu lassen. Bevor sich die hohen Herren in ihren Koffer zurückbegaben, kündigte der Außenminister an, man wolle sich in Zukunft häufiger der interessierten Öffentlichkeit stellen, um dadurch der Verantwortung für das freiheitliche Gemeinwesen besser Rechnung zu tragen.



Streit Apel-Luns – erst ein Vorgeplänkel

z.scc. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz zu den Nato-Herbstmanövern erklärt Apel vor dem ZDF: ,,Es hat sicherlich in den letzten Tagen Debatten gegeben, ...aber es hat zu keinem Zeitpunkt ein Mißtrauen gegeben zwischen der Bonner Politik und dem, was in unserem Land in diesen Wochen auf dem Manöverfeld geschieht''. (27.9.) US-Nato-Oberbefehlshaber Haig neben ihm zieht dabei ein Gesicht, als würge er an einer Kröte, und straft Apel stummschweigend Lügen: Es kracht in der Nato.

Wenig später dann, auf einer Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe, greift Apel den Generalsekretär Luns an, so jedenfalls versteht der's. ,,...in der Allianz führten die Militärs das große Wort, von den Politikern sei nichts zu hören'', soll Apel gesagt haben. Jedermann bis auf den beleidigten Luns verstand: Hier rüttelt einer – nicht an der ,,Vorherrschaft'' der Militärs, sondern an der Vorherrschaft der US-Imperialisten über Westeuropa und damit am Nato-Bündnis.

Kann es einer mittleren imperialistischen Macht, die nach Höherem strebt, einfach gefallen, wenn eine Supermacht, verbündet oder nicht, auf dem Boden des eigenen Einflußgebietes mit immer größeren Manövern ihren Anspruch auf Vorherrschaft demonstriert? Die Nato-Manöver hätten lediglich der Selbstdarstellung des US-Generals Haig gedient, ließ Apels Staatssekretär von Bülow Kritik los. Apel selbst ,,entdeckt'', daß man ,,der Bevölkerung'' mehr an Nato-Großmanövern nicht zumuten könne. Ein durchsichtiger Versuch, den Haß der Volksmassen auf die Besatzer und ihre Kriegsvorbereitungen zu nutzen, um die selbständigen Interessen gegenüber der Supermacht USA geltend zu machen. Haben die westdeutschen Imperialisten, die sich dank der nahezu konkurrenzlosen Ausbeutung einer großen und geschickten Arbeiterarmee schon lange wirtschaftlich als Riesen und politisch längst nicht mehr als Zwerg einstufen, etwa keine selbständigen Interessen im Kampf um die Beherrschung der Welt?! Ihr strategisches Hauptinteresse ist die Unterwerfung des Kapitals ihrer Nachbarn unter ihre Kontrolle. Dabei stoßen sie, trotz eines gewissen Spielraums, letzten Endes unvermeidlich mit den Hegemonialinteressen der USA zusammen. Je ehrgeiziger sich ihre Interessen entwickeln, umso mehr muß ihnen die Nato, in der die wesentlichen Kommandostellen durch US-Imperialisten besetzt sind, *auch* als Zwangsjacke vorkommen. Umso mehr müssen ihnen die militärischen Kriegsvorbereitungen der US-Supermacht, die sich tatsächlich zum großen Teil in Westdeutschland abspielen, *auch* als Bedrohung der eigenen Interessen vorkommen. Es mag den BRD-Imperialisten schon hart aufstoßen, die Quelle *ihres* Reichtums, die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse, zunehmend als Streitobjekt der beiden *Supermächte* behandelt zu sehen. Geradezu fuchsteufelswild machen sie in diesem Zusammenhang die Salt-II-Verhandlungen, in denen die US-Imperialisten ihnen nicht einmal die zweite Geige zu spielen gestatten, während sie mit den Sozialimperialisten das Terrain für den Krieg in Europa abstecken.

Und selbst mit diesem Zweite-Geige-Part, auf dem *zumindest* sie als europäische Hegemonialmacht deutlich bestehen, wollen sie sich, lassen sie anklingen, auf Dauer nicht abgeben. Unter den US-Imperialisten macht seit Monaten das Wort von der ,,Selbstfinnlandisierung'' der BRD die Runde. Davon – die imperialistische Wortschöpfung ,,Selbstfinnlandisierung'' meint eine Tendenz, sich freiwillig in den Vasallenstatus des Sozialimperialismus zu begeben – kann natürlich keine Rede sein, und das ist auch nicht gemeint. Tatsächlich fürchten die US-Imperialisten um ihr Bündnis. Ihnen blieb nicht verborgen, und sollte auch nicht verborgen bleiben, daß die BRD-Imperialisten vorfühlend mit den Sozialimperialisten über einen Nato-Austritt verhandelt haben – zum Preis der ,,Wiedervereinigung''. Mit der strategischen Basis Großdeutschland glauben sie die Frage der Vorherrschaft in Europa imperialistisch eindeutig entscheiden zu können. Schon ergeht sich die britische ,,Financial Times'' in dunklen Befürchtungen, daß die Sozialimperialisten wohl Gefallen daran hätten, die ,,deutsche Karte'' solchermaßen auszuspielen.

Der Streit Apel-Luns sei beigelegt, melden nach 14tägigem Hin und Her die Bourgeois. Luns nämlich habe sich überzeugen lassen, daß es gar nicht um ihn gegangen sei. ,,Beigelegt'' ist also nichts. Apel hüllt sich in Schweigen. Er hat auftragsgemäß den US-Imperialisten vor den Bug geschossen: ,Wir könnten auch anders'. *Ernsthaft* jedoch stellen die BRD-Imperialisten ihre Nato-Mitgliedschaft *derzeit* nicht in Frage. Unzweifelhaft dient sie, allen lästigen Bevormundungen zum Trotz, in der Hauptseite ihren Interessen. Und noch ist schließlich auch nicht raus, wie und unter welchen Bedingungen die DDR am besten einverleibt werden kann.

US-Supermacht, die sich tatsächlich zum großen Teil in Westdeutschland abspielen, *auch* als Bedrohung der eigenen Interessen vorkommen. Es mag den BRD-Imperialisten schon hart aufstoßen, die Quelle *ihres* Reichtums, die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse, zunehmend als Streitobjekt der beiden *Supermächte* behandelt zu sehen. Geradezu fuchsteufelswild machen sie in diesem Zusammenhang die Salt-II-Verhandlungen, in denen die US-Imperialisten ihnen nicht einmal die zweite Geige zu spielen gestatten, während sie mit den Sozialimperialisten das Terrain für den Krieg in Europa abstecken.

Und selbst mit diesem Zweite-Geige-Part, auf dem *zumindest* sie als europäische Hegemonialmacht deutlich bestehen, wollen sie sich, lassen sie anklingen, auf Dauer nicht abgeben. Unter den US-Imperialisten macht seit Monaten das Wort von der ,,Selbstfinnlandisierung'' der BRD die Runde. Davon – die imperialistische Wortschöpfung ,,Selbstfinnlandisierung'' meint eine Tendenz, sich freiwillig in den Vasallenstatus des Sozialimperialismus zu begeben – kann natürlich keine Rede sein, und das ist auch nicht gemeint. Tatsächlich fürchten die US-Imperialisten um ihr Bündnis. Ihnen blieb nicht verborgen, und sollte auch nicht verborgen bleiben, daß die BRD-Imperialisten vorfühlend mit den Sozialimperialisten über einen Nato-Austritt verhandelt haben – zum Preis der ,,Wiedervereinigung''. Mit der strategischen Basis Großdeutschland glauben sie die Frage der Vorherrschaft in Europa imperialistisch eindeutig entscheiden zu können. Schon ergeht sich die britische ,,Financial Times'' in dunklen Befürchtungen, daß die Sozialimperialisten wohl Gefallen daran hätten, die ,,deutsche Karte'' solchermaßen auszuspielen.

Der Streit Apel-Luns sei beigelegt, melden nach 14tägigem Hin und Her die Bourgeois. Luns nämlich habe sich überzeugen lassen, daß es gar nicht um ihn gegangen sei. ,,Beigelegt'' ist also nichts. Apel hüllt sich in Schweigen. Er hat auftragsgemäß den US-Imperialisten vor den Bug geschossen: ,Wir könnten auch anders'. *Ernsthaft* jedoch stellen die BRD-Imperialisten ihre Nato-Mitgliedschaft *derzeit* nicht in Frage. Unzweifelhaft dient sie, allen lästigen Bevormundungen zum Trotz, in der Hauptseite ihren Interessen. Und noch ist schließlich auch nicht raus, wie und unter welchen Bedingungen die DDR am besten einverleibt werden kann.

,,Ein ganz normaler Einsatz'' wollen die Offiziere glauben machen

r.wis. Das Feldlazarett 112 aus der Osnabrücker ,,Freiherr von Stein Kaserne'', eine Einheit des I. Korps (Münster), soll ins südliche Afrika, nach Namibia, entsendet werden, so jedenfalls sind die Planungen der westdeutschen Imperialisten. Der Kp-Chef teilte an einem Freitag Anfang Oktober beim Appell den Soldaten mit: ,Das Feldlazarett muß sich auf seine Entsendung nach Namibia im Rahmen der UN-Friedenstruppe im Frühjahr nächsten Jahres vorbereiten'. Im Gegensatz zu einem Hauptverbandplatz, der ausschließliche chirurgische ,,Versorgung' durchführt, d.h. die zerschossenen Knochen der Soldaten zusammenflickt, soweit das noch lohnend ist, ist ein Feldlazarett ein mobiles Krankenhaus, wo neben chrirurgischer vorwiegend internistische Behandlung möglich ist. Fachärzte für alle Bereiche sind vorhanden. Es kann damit vollständig die Gesundheitsversorgung einer Truppe und der zivilen Bevölkerung gewährleistet werden, ein gutes Instrument also für die Absichten der westdeutschen Imperialisten, innerhalb der UNO-Truppe eine führende Rolle zu übernehmen, wie auch sich in die inneren Angelegenheiten der Völker im südlichen Afrika einzumischen und den Befreiungskampf der Völker zu



unterdrücken. Die Kriegsstärke eines Feldlazaretts ist 180 Mann, davon die Hälfte Mannschaften, ca. 25 Ärzte (Offiziere) und 60 Unteroffiziere.

Außer der Mitteilung ihres Kp-Chefs haben die Mannschaften nichts Weiteres von der Sache erfahren. Weder der Unterricht noch der tägliche Dienstablauf insgesamt wird davon beeinflußt. Um einen ganz ,normalen' Einsatz soll es sich handeln, der nicht weiter begründet werden muß. Daß die Imperialisten die Soldaten für einen derartigen Einsatz gewinnen, ist sehr zweifelhaft. Im Feldlazarett 112 hat es keinen gegeben, der die Sache begrüßt hätte. Im Gegenteil, viele der Mannschaften rechnen sich aus, daß sie dann aus dem Militärzuchthaus wieder raus sind oder glauben das Ganze sowieso nicht. Die Imperialisten haben für die Unteroffiziere den Köder des doppelten Gehalts für ,,Auslandsaufenthalte'' der Bundeswehr ausgelegt und hoffen, nachdem sie die Zeit- und Berufssoldaten durch elende Bezahlung in die Verschuldung getrieben haben, daß die Unteroffiziere anbeißen. Doch das ist keineswegs sicher, denn unter den Unteroffizieren ist eine Diskussion über Sinn und Zweck dieses Einsatzes und die Gerechtigkeit des Krieges der Völker im südlichen Afrika entstanden.

Bayerischer Bauernverband gegen NATO-Großmanöver im Januar

z.kas. Senator Gustav Sühler, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), beschwert sich brieflich bei Kriegsminister Apel. Vom 15. Januar bis 16. Februar 1979 soll mit ,,Reforger 79'', ein Großmanöver der NATO ähnlich wie das kürzlich stattgefundene Manöver ,,Blaue Donau'', der Kriegsschauplatz in Bayern getestet werden. Immer breiter werden die Proteste der betroffenen Bevölkerung, und der BBV sieht sich gezwungen, einzugreifen. ,,Der Bayerische Bauernverband betrachte es deshalb als unzumutbar, daß ganze Landkreise eines Regierungsbezirkes (z.B. Neustadt a.d. Aisch und Bad Windsheim) innerhalb eines halben Jahres mit zwei Großmanövern belastet würden'', greift eine Meldung im Landwirtschaftlichen Wochenblatt Nr. 43 vom 28.10.78 den Brief Sühlers auf. Nun hat der BBV aber keineswegs vor, die Kriegsvorbereitungen der westlichen Imperialisten unter Führung der US-Besatzer zu verhindern. Sie sollen an andere Orte verlegt werden, wenn Gebiete mehrmals betroffen waren. Ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle des BBV in Bamberg: ,,Uns sind doch die Hände gebunden. Wir sind eine Organisation des Öffentlichen Rechts und haben somit die bestehenden Gesetze zu befolgen. Wir können also nur formal gegen die Manöver einschreiten. Was in unserer Macht steht, das tun wir. So haben wir erreicht, daß ein geplantes Manöver, das jetzt in unserem Raum stattfinden sollte, verschoben worden ist und im Januar mit ,,Reforger 79'' zusammengelegt wurde.'' Was also der ,,Protest'' des BBV-Präsidenten gegen dieses Manöver? ,,Gut wäre es, wenn die Landwirte zahlreich sich auf den Brief des Herrn Sühler beziehen würden und ihrerseits massiert Briefe schreiben würden an den Apel...'', so der BBV-Mitarbeiter weiter angesichts des Drucks der Bauern, der ,,nicht legitimen Aktionen'' der Bauern bis hin zu direkten ,,Landkriegen'' – ,,Dazu können wir natürlich nicht aufrufen.'' Sühler befürchtet in seinem Schreiben, ,,daß das große Verständnis, das die ländliche und insbesondere die landwirtschaftliche Bevölkerung bisher den Übungszwängen der Streitkräfte entgegengebracht habe, schwinden werde.'' Deshalb Versprechungen, für Manöverschäden schnellstens Entschädigungen zu zahlen. ,,Kleinere Flurschäden werden von einer Schaufelkolonne an Ort und Stelle behoben, bei Schäden größeren Ausmaßes wenden Sie sich bitte an uns'', versuchen die US-Besatzer die Bauern im Raum Bayreuth für ihr gerade stattfindendes Manöver bei Bindlach zu gewinnen. ,,In Nürnberg ist es mittlerweile so, daß Schäden nicht mehr durch Beamte der Wehrkreisverwaltung aufgenommen werden, sondern durch die Obmänner der Landwirte selbst. Dazu gibt es Formblätter, die entsprechend ausgefüllt werden müssen. Bodenverdichtungen, Drehspuren, Breite, Tiefe usw. Die Wehrkreisverwaltung wertet sie aus und berechnet die Entschädigungen. Das geht wesentlich schneller als bei uns. Wir gehören zur Wehrkreisverwaltung Würzburg und die sträuben sich, das einzuführen.

So kommt es, daß das dritte Manöver bereits läuft und die Schäden des ersten noch nicht bezahlt sind.'' Systematisch werden die kleinen und mittleren Bauern dadurch ihrer Existenzgrunlage beraubt, die Entschädigung liegt weit unter Verlust. Das Geld soll ein paar Monate früher kommen, der BBV-Mitarbeiter stellt es so hin, als ob damit die Forderungen der Bauern weitgehend erfüllt seien. Das muß vollständige und sofortige Bezahlung aller Manöverschäden sein.

Bayerischer Bauernverband gegen NATO-Großmanöver im Januar

z.kas. Senator Gustav Sühler, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), beschwert sich brieflich bei Kriegsminister Apel. Vom 15. Januar bis 16. Februar 1979 soll mit ,,Reforger 79'', ein Großmanöver der NATO ähnlich wie das kürzlich stattgefundene Manöver ,,Blaue Donau'', der Kriegsschauplatz in Bayern getestet werden. Immer breiter werden die Proteste der betroffenen Bevölkerung, und der BBV sieht sich gezwungen, einzugreifen. ,,Der Bayerische Bauernverband betrachte es deshalb als unzumutbar, daß ganze Landkreise eines Regierungsbezirkes (z.B. Neustadt a.d. Aisch und Bad Windsheim) innerhalb eines halben Jahres mit zwei Großmanövern belastet würden'', greift eine Meldung im Landwirtschaftlichen Wochenblatt Nr. 43 vom 28.10.78 den Brief Sühlers auf. Nun hat der BBV aber keineswegs vor, die Kriegsvorbereitungen der westlichen Imperialisten unter Führung der US-Besatzer zu verhindern. Sie sollen an andere Orte verlegt werden, wenn Gebiete mehrmals betroffen waren. Ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle des BBV in Bamberg: ,,Uns sind doch die Hände gebunden. Wir sind eine Organisation des Öffentlichen Rechts und haben somit die bestehenden Gesetze zu befolgen. Wir können also nur formal gegen die Manöver einschreiten. Was in unserer Macht steht, das tun wir. So haben wir erreicht, daß ein geplantes Manöver, das jetzt in unserem Raum stattfinden sollte, verschoben worden ist und im Januar mit ,,Reforger 79'' zusammengelegt wurde.'' Was also der ,,Protest'' des BBV-Präsidenten gegen dieses Manöver? ,,Gut wäre es, wenn die Landwirte zahlreich sich auf den Brief des Herrn Sühler beziehen würden und ihrerseits massiert Briefe schreiben würden an den Apel...'', so der BBV-Mitarbeiter weiter angesichts des Drucks der Bauern, der ,,nicht legitimen Aktionen'' der Bauern bis hin zu direkten ,,Landkriegen'' – ,,Dazu können wir natürlich nicht aufrufen.'' Sühler befürchtet in seinem Schreiben, ,,daß das große Verständnis, das die ländliche und insbesondere die landwirtschaftliche Bevölkerung bisher den Übungszwängen der Streitkräfte entgegengebracht habe, schwinden werde.'' Deshalb Versprechungen, für Manöverschäden schnellstens Entschädigungen zu zahlen. ,,Kleinere Flurschäden werden von einer Schaufelkolonne an Ort und Stelle behoben, bei Schäden größeren Ausmaßes wenden Sie sich bitte an uns'', versuchen die US-Besatzer die Bauern im Raum Bayreuth für ihr gerade stattfindendes Manöver bei Bindlach zu gewinnen. ,,In Nürnberg ist es mittlerweile so, daß Schäden nicht mehr durch Beamte der Wehrkreisverwaltung aufgenommen werden, sondern durch die Obmänner der Landwirte selbst. Dazu gibt es Formblätter, die entsprechend ausgefüllt werden müssen. Bodenverdichtungen, Drehspuren, Breite, Tiefe usw. Die Wehrkreisverwaltung wertet sie aus und berechnet die Entschädigungen. Das geht wesentlich schneller als bei uns. Wir gehören zur Wehrkreisverwaltung Würzburg und die sträuben sich, das einzuführen.

So kommt es, daß das dritte Manöver bereits läuft und die Schäden des ersten noch nicht bezahlt sind.'' Systematisch werden die kleinen und mittleren Bauern dadurch ihrer Existenzgrunlage beraubt, die Entschädigung liegt weit unter Verlust. Das Geld soll ein paar Monate früher kommen, der BBV-Mitarbeiter stellt es so hin, als ob damit die Forderungen der Bauern weitgehend erfüllt seien. Das muß vollständige und sofortige Bezahlung aller Manöverschäden sein.

UdSSR errichtet neue Stützpunkte gegen China und Japan

z.krk. ,,Nach der Unterzeichnung des Vertrags mit Peking dürfte Japan schwerlich damit rechnen, daß die Nachbarländer nicht ihre Konsequenzen aus den Handlungen, die ihre Interessen berühren, ziehen werden. Japan dürfte auch kaum hoffen, daß es ihm gelingt, die gefährlichen Folgen eines solchen Schrittes zu vermeiden... Der Abschluß eines Vertrages, der gegen Frieden und Entspannung gerichtet ist, birgt Gefahren nicht nur für die Völker Südostasiens, sondern auch für Japan in sich...'' (Neue Zeit 34/78). Eine wahrhaft offene Sprache. Bei rein mündlichen Drohungen der Sozialimperialisten Japan und China gegenüber blieb es nicht allein.

Die letzte Verletzung japanischen Luftraumes durch sowjetische Kampfflugzeuge fand am 26.10. statt. Zwischenfälle auf den um Japan liegenden Meeren, vor allem in der Umgebung der vier von der Sowjetunion besetzt gehaltenen japanischen Inseln stehen auf der Tagesordnung. Sie haben schon bis Juli 1977 37 japanischen Fischern das Leben gekostet. Vor der letzten Verhandlungsrunde um den chinesich – japanischen Friedensvertrag hatte Moskau versucht, Japan unter Druck zu setzen durch Manöver auf Etorofu, der nördlichsten und größten der vier besetzt gehaltenen Inseln. In den letzten Monaten sind nun auf Etorofu und Kunashiri russische Kasernen gebaut worden, für die ständige Stationierung von 2000 bis 3000 Soldaten.

Den alten Flugplatz Etorofu hat die Sowjetunion schon vor längerer Zeit für militärische Zwecke ausgebaut. Er dient als Stützpunkt für zwei Geschwader sowjetischer Kampfflugzeuge. Neue Funk- und Radarstationen machen die zwei Inseln zu vollwertigen Militärstützpunkten. Auf der sowjetischen Insel Sachalin ist in der letzten Zeit unter dem Fernostkommando eine aus vier Divisionen bestehende Armee gebildet worden. Die vier besetzten Inseln haben für die Sowjetunion große strategische Bedeutung: Zusammen mit Sachalin und der Halbinsel Kamtschatka ermöglichen sie die Kontrolle des Zugangs zum Ochotskischen Meer, wo der größte Stützpunktkomplex für die sowjetische Pazifikflotte gebaut wird.

Japan bildet eines der Zentren im Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft. Mit dem ,,amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag'' 1952 sicherte sich der US-Imperialismus nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges die weitere Besetzung Japans. Heute noch stehen 88 US-Stützpunkte auf der Insel Okinawa. Den berechtigten Kampf des japanischen Volkes für die Herstellung seiner vollen Souveränität versucht der Sozialimperialismus seit langem zu nutzen, um Japan zu seinem eigenen Machtbereich zu machen. Nicht nur aus den oben dargelegten unmittelbaren militärpolitischen Gründen: Als hochentwickeltes Industrieland wäre Japan eine geeignete Erweiterung seiner strategischen Basis.

Bei der Einkreisung der VR China geht es der Sowjetunion in erster Linie um die Ausschaltung dieses Zentrums der internationalen Einheitsfront gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Aber daß die nordostchinesischen Ölfelder über größere Reserven als Kuweit verfügen, dürfte ihr auch nicht entgangen sein.

1975 tauchte die sowjetische Pazifik-Flotte das erste Mal zu einem globalen Manöver im Ostchinesischen Meer auf. Die Übung war aufschlußreich für die sowjetische Militärstrategie im Fernen Osten. Sie richtete sich gegen die US-Luftwaffenstützpunkte an der Westküste der USA, gegen die 7. US-Flotte im Pazifik und probte die Ausschaltung Japans durch das Abschneiden der Verbindungsrouten zwischen Japan und den USA.

Dem riesigen Festlandgebiet der VR China ist vom Meer her schwer beizukommen. Den entscheidenden Angriff gedenkt die Sowjetunion hier von der ehemaligen Mandschurei her zu führen. In diesem Sinne beschleunigt sie die Modernisierung ihrer Truppen entlang der chinesischen Grenzen. Die meisten der sowjetischen Fernostdivisionen sind vollmotorisierte Schützen- und Panzerverbände, mehreren von ihnen wurde jetzt die oberste Prioritätsstufe für Neuausrüstungen zuerkannt. Diese Frontverbände besitzen inzwischen die modernsten Schützenpanzer im sowjetischen Arsenal, außerdem ein breites Spektrum an Atomwaffen.

Die japanischen Volksmassen nutzen die günstige Lage, die durch den Abschluß des Chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrages entstanden ist: Am 22. und 23. Oktober fanden in Kushiro, Osaka und Tokio Kundgebungen gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte statt.



Österreich: Volksmassen gegen imperialistisches Energieprogramm

z.pek. Wien. Weder durch den Einsatz von Polizei und Armee noch durch Parlamentsbetrug konnten die österreichischen Imperialisten im Frühjahr den Probebetrieb des Kernkraftwerks Zwentendorf gegen die Kämpfe der Volksmassen durchsetzen. Daraufhin sah sich die Regierung Kreisky gezwungen, eine Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks anzusetzen, in der Hoffnung, sich so die Zustimmung der Mehrheit des Vol-



kes zu holen. Gleichzeitig sollte die Massenbewegung, die durch die Initiative der Österreichischen Atomkraftwerksgegner und den Kommunistischen Bund Österreichs die Forderung nach Volksabstimmung bereits seit Anfang des Jahres erhoben hatte, isoliert werden. Mit einer Flut demagogischer und chauvinistischer Propaganda über ,,Sicherung der Arbeitsplätze" und ,,Unabhängigkeit der Energieversorgung" sollten die Volksmassen auf das imperialistische Energieprogramm eingeschworen werden.

50,5% stimmten gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf. Im Bundesland Vorarlberg, wo die Sozialdemokratie den geringsten Einfluß hat, waren es 84,4%. Die österreichischen Imperialisten haben daraufhin sofort ihre Entschlossenheit bekräftigt, ihr Energieprogramm dennoch durchzusetzen. Der Siemens-Österreich-Konzern als Generalunternehmer von Zwentendorf erklärte, daß ,,*derzeit* an eine Inbetriebnahme selbst auf breiter parlamentarischer Basis nicht zu denken" sei. Bundeskanzler Kreisky hat laut über eine ,,Änderung des Volkswillens" nachgedacht und sich vom Parteivorstand Generalvollmacht ,,für alle ihm notwendig erscheinenden raschen und eindeutigen Entscheidungen" geben lassen. Die staatlichen Elektrizitätsgesellschaften haben eine baldige Strompreiserhöhung angekündigt. Gegen die Fortführung des Energieprogramms haben am Abend der Volksabstimmung 3000 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten eine Demonstration zum Bundeskanzleramt durchgeführt und dabei die Forderungen ,,Kündigung der COGEMA-Verträge !" (Verträge zur Atommüllagerung in Österreich) und ,,Keine Erhöhung der Stromtarife !" erhoben.

Bewaffnete Kämpfe in Azania – Kriegsvorbereitungen des Regimes

z.gek. Im südlichen Afrika wachsen die Faktoren für die Revolution wie für den Krieg rasch an. In einem Artikel vom 28. Oktober mußte der ,,International Herald Tribune", Propagandaorgan der US-Bourgeoisie für das Ausland, erstmals zugeben, daß weite Teile *Zimbabwes* von den ZANLA-Streitkräften kontrolliert werden. Nach den Überfällen des Smith-Regimes werden aus *Sambia* fortlaufende Massendemonstrationen gegen imperialistische Einrichtungen und ihr Personal gemeldet. Am 4. November konnte im Beisein der Verkehrsminister *Angolas* und *Zaires* die Benguela-Eisenbahn wiedereröffnet werden, die von Shaba zum angolanischen Hafen Lobito führt und auch Sambia gegen die imperialistische Einkreisung Luft verschafft. In *Namibia* gilt die für Dezember angesetzte Wahlfarce des Regimes durch den verstärkten Kampf der SWAPO und den Druck der Länder der Dritten Welt auf die ,,fünf Westmächte" bereits als gescheitert.

Währenddessen kommt es zu bewaffneten Kämpfen der Landarbeiter und Bauern im Norden *Azanias*. Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wurde eine Polizeipatrouille in Transvaal nach einem fingierten Telefonanruf in einen Hinterhalt gelockt und angeschossen. Mehrtägige Suchjagden mit Helikoptern und Bluthunden blieben ohne Ergebnis. Die Bedingungen für einen allgemeinen Befreiungskrieg in Azania reifen heran. Es sickert durch, daß ,,die Farmen in Transvaal damit begonnen haben, sich gegen zu erwartende Angriffe in Verteidigungszustand zu versetzen. Wie in Rhodesien werden die ländlichen Gebiete (gemeint sind die Dörfer der afrikanischen Bauern, d.Verf.) mit Stacheldraht gesichert und auf den Farmen (der weißen Siedler, d.Verf.) Radio-Warnsysteme installiert." (Libre Belgique, 8.11.)

Offenbar trifft gegenwärtig die südafrikanische Armee Vorbereitungen, um gegen die Befreiungsbewegungen und die Frontstaaten den Krieg in großem Maßstab zu eröffnen und so den Boden für eine imperialistische Intervention zu bereiten. Auf die Nachricht südafrikanischer Truppenkonzentrationen im Norden Namibias und Südafrikas selbst, bei fortdauernden Luft- und Artillerieüberfällen rhodesischer Söldner gegen Mozambique und Sambia, hat jetzt auch Angola das ganze Land in Alarmzustand versetzt.

UdSSR: Abchasische Nationalität kämpft um demokratische Rechte

Streikkämpfe in Israel: Zionistisches Kolonialistenregime von innen erschüttert

z.rua. ,,Der Friede, den wir alle wollen, ist sehr teuer", verkündete der israelische Finanzminister Ehrlich demagogisch im Oktober und gab die drastische Erhöhung der Kriegssteuern bekannt. Zum 1.11. wurden die Preise für Rindfleisch und Tabakwaren um 20%, für Hühnerfleisch um 10%, Benzin und Heizöl um 22% und für Strom um 12% erhöht. In den nächsten Wochen sollen die Nahrungsmittelpreise durch Kürzung der staatlichen Subventionen um weitere 20% gesteigert werden, ebenso die Tarife für öffentliche Verkehrsmittel. Die Bank von Israel hat bis zum Ende des Jahres eine Preissteigerung von 43% vorausgesagt. Bereits von Januar bis September waren die Preise um 27,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Löhne wurden hingegen im Frühjahr nur um 15% erhöht, im öffentlichen Dienst gar nicht. Am Abend des 30.Oktober beschloß das Kabinett auf Antrag des Finanzministers Ehrlich eine Lohnleitlinie von 15%.

Angebot der Kapitalisten lag, zu spalten versucht. Eine Welle von Streiks war die Folge. Die in den Einzelgewerkschaften organisierten Beschäftigten gehen dazu über, selbständig in die Tarifauseinandersetzung mit den Kapitalisten zu treten.

Die von den Zionisten mit Lobgesängen und Terror in das ,,verheißene Land" gezerrten Juden, die vor allem aus dem Nahen Osten und Nordafrika, seit 1956 auch zunehmend aus dem Machtbereich der Sozialimperialisten nach Israel eingewandert sind, entwickeln gegen die tiefe Verelendung, in die sie von dem Zionistenregime geworfen werden, den organisierten Kampf. Die Anzahl der Streiks hat sich seit 1967 vervierfacht, die Zahl der beteiligten Arbeiter wuchs von 42146 auf 114970 im Jahre 1976.

Das vor allem von den US-Imperialisten zum Militärstützpunkt gegen die



Am 7.11. führten die auf den Westbanks lebenden Palästinenser eine Protestveranstaltung gegen das Camp-David-Abkommen durch. Sie war die dritte seit Camp David und mit 3000 Teilnehmern die größte seit Jahren.

Die Streikkämpfe, die seit Beginn des Jahres in allen Zweigen der Wirtschaft geführt werden, nehmen an Stärke zu und erschüttern die von den Imperialisten gegen die Völker des Nahen Ostens geschaffene zionistische Militärbastion in ihrem Innern. Seit Wochen breiten sich die Streiks gegen die Preiserhöhungen und die Lohnleitlinie vor allem in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, in dem 40% aller Lohnabhängigen beschäftigt sind, aus. Die Postarbeiter, Fernmeldetechniker, die Beschäftigten der Rundfunk- und Fernsehanstalten, die Transport- und Hafenarbeiter stehen im Streik. 55000 Lehrer und Kindergärtner, 22000 Beschäftigte in Gemeindeeinrichtungen, die Beschäftigten der Fluggesellschaft und der Zentralstelle für elektronische Datenverarbeitung treffen Streikvorbereitungen.

Die zionistische Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut hat mit dem Regime ein Abkommen ausgehandelt,

palästinensischen und arabischen Volksmassen ausgebaute Kolonialistenregime verschärft die Ausplünderung, um seinem imperialistischen Aggressionsauftrag weiter gerecht zu werden. Der Kriegshaushalt nimmt 1977/78 fast die Hälfte des gesamten Staatshaushaltes ein. Er wurde seit 1974/75 verdreifacht, ebenso wie die Haushaltsausgaben für den Polizeiapparat. Die Waffen und Militärausrüstungen werden in erster Linie von den US-Imperialisten importiert, die das Hauptinteresse an der Aufrechterhaltung und dem Ausbau dieses Brückenkopfes haben, um die Öl- und anderen Rohstoffreichtümer des Nahen Ostens zu erobern. Die US-Imperialisten sind die Hauptgläubiger des Zionistenregimes. Gegenwärtig ist Israel mit 5,3 Mrd. $ bei ihnen verschuldet, die jährlichen Zinsleistungen betragen 430 Mio. $. Für die von Begin bei Carter beantragten 3,5 Mrd. $ zum Ausbau der neuen Frontlinie fallen weitere 28 Mio. $ kurzfristige Zinsen an. Die Hauptkosten müssen die von ihrem

terscheidet. Die Lohnsteuern wurden seit 1974 vervierfacht, die Mehrwertsteuer verdoppelt.

Das zionistische Kolonialregime ist selbständig nicht in der Lage, eine eigenständige Wirtschaft zu entwickeln. Es wird von den US- und EG-Imperialisten aufgepäppelt und kreditiert. Die BRD-Imperialisten, die nach den US-Imperialisten die größten Geschäfte mit Israel treiben, verfolgen mit ihrer ,,Wiedergutmachungshilfe" den Ausbau der zionistischen Bastion. Die EG hat Israel 1975 assoziiert und ein Freihandelsabkommen geschlossen. Am 23.11. soll in Brüssel über die weitere ,,Verbesserung der industriellen Kooperation" unter Vorsitz von Davignon beraten werden. An 700 Industriebetriebe der EG wurden Einladungen verschickt, um ihr Interesse am Kapitalexport nach Israel zu wecken. Das Zionistenregime hat den Imperialisten seit 1950 mit gesetzlich festgelegten Investitionsvergünstigungen den Kapitalexport schmackhaft gemacht. Die Wirtschaft Israels ist hauptsächlich auf den Export ausgerichtet. Grundlegende Nahrungsmittel müssen zu 4/5 importiert werden.

Mit dem chauvinistischen Geschrei ,,Wir haben die Wüste urbar gemacht" propagieren die Zionisten ihre Daseinsberechtigung auf dem den palästinensischen Massen geraubten Land. Das Land war fruchtbar vor der Okkupation, jetzt ist nur 1/5 des Agrarlandes kultiviert, auf dem vor allem Zitrusfrüchte, Avocados und Schnittblumen angepflanzt werden, die für den Export bestimmt sind.

Den Hauptzweig der Industrie, der auch den Hauptanteil an der Exportsumme einnimmt, bildet neben der Textil- und Elektroindustrie die Verarbeitung von Rohdiamanten. Die Diamanten werden aus Südafrika über London importiert und in Israel geschliffen. Israel ist der weltgrößte Diamantenschleifer. Über 25% der Betriebe sind in ausländischem Besitz. Um ihre Waren auf den imperialistischen Märkten absetzen zu können, haben die Zionisten ihre Währung seit 1967 um mehr als 300% abgewertet. Die Mehrkosten, die sie für die Importe von den Imperialisten zu zahlen haben, wälzen sie auf die Volksmassen über Preis-und Steuererhöhungen ab.

Die jüdischen Volksmassen geraten zunehmend in Widerspruch mit der von den Zionisten propagierten chauvinistischen Ideologie gegen die palästinensischen Volksmassen, die für sie nichts weiter als absolute Verelendung bedeutet. Der Kampf des palästinensischen Volkes wird zunehmend unterstützt. Als Begin im Sommer an der Hebräi-

Bewaffnete Kämpfe in Azania – Kriegsvorbereitungen des Regimes

z.gek. Im südlichen Afrika wachsen die Faktoren für die Revolution wie für den Krieg rasch an. In einem Artikel vom 28. Oktober mußte der ,,International Herald Tribune", Propagandaorgan der US-Bourgeoisie für das Ausland, erstmals zugeben, daß weite Teile Zimbabwes von den ZANLA-Streitkräften kontrolliert werden. Nach den Überfällen des Smith-Regimes werden aus Sambia fortlaufende Massendemonstrationen gegen imperialistische Einrichtungen und ihr Personal gemeldet. Am 4. November konnte im Beisein der Verkehrsminister Angolas und Zaires die Benguela-Eisenbahn wiedereröffnet werden, die von Shaba zum angolanischen Hafen Lobito führt und auch Sambia gegen die imperialistische Einkreisung Luft verschafft. In Namibia gilt die für Dezember angesetzte Wahlfarce des Regimes durch den verstärkten Kampf der SWAPO und den Druck der Länder der Dritten Welt auf die ,,fünf Westmächte" bereits als gescheitert.

Währenddessen kommt es zu bewaffneten Kämpfen der Landarbeiter und Bauern im Norden Azanias. Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wurde eine Polizeipatrouille in Transvaal nach einem fingierten Telefonanruf in einen Hinterhalt gelockt und angeschossen. Mehrtägige Suchjagden mit Helikoptern und Bluthunden blieben ohne Ergebnis. Die Bedingungen für einen allgemeinen Befreiungskrieg in Azania reifen heran. Es sickert durch, daß ,,die Farmen in Transvaal damit begonnen haben, sich gegen zu erwartende Angriffe in Verteidigungszustand zu versetzen. Wie in Rhodesien werden die ländlichen Gebiete (gemeint sind die Dörfer der afrikanischen Bauern, d.Verf.) mit Stacheldraht gesichert und auf den Farmen (der weißen Siedler, d.Verf.) Radio-Warnsysteme installiert." (Libre Belgique, 8.11.)

Offenbar trifft gegenwärtig die südafrikanische Armee Vorbereitungen, um gegen die Befreiungsbewegungen und die Frontstaaten den Krieg in großem Maßstab zu eröffnen und so den Boden für eine imperialistische Intervention zu bereiten. Auf die Nachricht südafrikanischer Truppenkonzentrationen im Norden Namibias und Südafrikas selbst, bei fortdauernden Luft- und Artillerieüberfällen rhodesischer Söldner gegen Mozambique und Sambia, hat jetzt auch Angola das ganze Land in Alarmzustand versetzt.

UdSSR: Abchasische Nationalität kämpft um demokratische Rechte

z.pek. Die abchasische Nationalität der UdSSR hat im Kampf um ihre nationalen Rechte erneut eine Großkundgebung von 30000 Menschen in ihrer Hauptstadt Suchumi durchgeführt und dabei das Recht auf Ausbildung in ihrer eigenen Sprache gefordert. Mit mehreren Demonstrationen und Massenkundgebungen hatten die Abchasier im Frühjahr die Versuche der neuen Zaren, ihnen die russische Sprache und Kultur aufzuzwingen, angegriffen. – Gemeinsam mit den Volksmassen Georgiens, dem Abchasien als Autonome Sowjetrepublik angeschlossen ist, haben die abchasischen Volksmassen damit die Verankerung von Russisch als Amtssprache in der neuen ge-



Ausladen von Kohle im Stalin-Schacht der Grube ,,Tkwartschel-ugol"

orgischen Verfassung zurückgeschlagen. – In den Jahren der revolutionären Sowjetmacht unter Führung Lenins und Stalins wurde die nationale Kultur Abchasiens entwickelt und die Wirtschaft der Autonomen Republik aufgebaut. Bis 1948 wurden 246 Grundschulen, 147 Hauptschulen, 51 Mittelschulen, 5 pädagogische Lehranstalten sowie ein Landwirtschafts- und ein Industrietechnikum errichtet. Die Ausbildung in der Muttersprache war gewährleistet. Die Gerichtsverhandlungen in den ländlichen Bezirken wurden in abchasischer, bei den zentralen Gerichten in abchasischer und georgischer Sprache geführt. Der Volksdichter G.D. Gulia, der die Anstrengungen der abchasischen Arbeiter und Bauern beim Aufbau des Sozialismus in ihrer Heimatsprache schilderte, erhielt 1949 den Stalinpreis. Die Sozialimperialisten haben heute Abchasisch als Unterrichtssprache weitgehend beseitigt und unterdrücken die Verbreitung abchasischer Literatur. – Auch die Erfolge des abchasischen Volkes in der Entwicklung der wirtschaftlichen Selbständigkeit versuchen die neuen Zaren zunichtezumachen. Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution hatten die abchasischen Arbeiter und Bauern die Rückständigkeit, die das Ergebnis der Herrschaft der alten Zaren war, im Aufbau des Sozialismus Schritt um Schritt überwunden. Von 1917 bis 1949 wurde die landwirtschaftlich genutzte Fläche mehr als verdoppelt. Eine Industrie zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte wurde aufgebaut. 1935 wurde in Tkwarteschelli mit dem Abbau der Kohlevorkommen begonnen. Die Kohle wurde zur Energiegewinnung in den Kraftwerken Abchasiens genutzt. Heute betreiben die Sozialimperialisten die rücksichtslose Plünderung der Naturressourcen der Autonomen Republik. Die Kohlevorräte werden zur Versorgung der Stahlwerke in den russischen Industriegebieten abtransportiert.



gemacht" propagieren die Zionisten ihre Daseinsberechtigung auf dem den palästinensischen Massen geraubten Land. Das Land war fruchtbar vor der Okkupation, jetzt ist nur 1/5 des Agrarlandes kultiviert, auf dem vor allem Zitrusfrüchte, Avocados und Schnittblumen angepflanzt werden, die für den Export bestimmt sind.

Am 7.11. führten die auf den Westbanks lebenden Palästinenser eine Protestveranstaltung gegen das Camp-David-Abkommen durch. Sie war die dritte seit Camp David und mit 3000 Teilnehmern die größte seit Jahren.

Die Streikkämpfe, die seit Beginn des Jahres in allen Zweigen der Wirtschaft geführt werden, nehmen an Stärke zu und erschüttern die von den Imperialisten gegen die Völker des Nahen Ostens geschaffene zionistische Militärbastion in ihrem Innern. Seit Wochen breiten sich die Streiks gegen die Preiserhöhungen und die Lohnleitlinie vor allem in den Bereichen des öffentlichen Dienstes, in dem 40% aller Lohnabhängigen beschäftigt sind, aus. Die Postarbeiter, Fernmeldetechniker, die Beschäftigten der Rundfunk- und Fernsehanstalten, die Transport- und Hafenarbeiter stehen im Streik. 55000 Lehrer und Kindergärtner, 22000 Beschäftigte in Gemeindeeinrichtungen, die Beschäftigten der Fluggesellschaft und der Zentralstelle für elektronische Datenverarbeitung treffen Streikvorbereitungen.

Die zionistische Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut hat mit dem Regime ein Abkommen ausgehandelt,

nach dem sie dafür sorgen will, daß nicht mehr als 10% der Beschäftigten gleichzeitig streiken. Ob ihr das gelingt, ist äußerst fraglich. Die Histadrut gehört selbst zu den größten Ausbeutern des Landes. Ihr gehören 700 Betriebe und die zweitgrößte Bank. Die Streikkämpfe im vorigen Jahr hat sie ,,wegen der hohen Inflationsrate" mit einer Forderung, die unter dem

palästinensischen und arabischen Volksmassen ausgebaute Kolonialistenregime verschärft die Ausplünderung, um seinem imperialistischen Aggressionsauftrag weiter gerecht zu werden. Der Kriegshaushalt nimmt 1977/78 fast die Hälfte des gesamten Staatshaushaltes ein. Er wurde seit 1974/75 verdreifacht, ebenso wie die Haushaltsausgaben für den Polizeiapparat. Die Waffen und Militärausrüstungen werden in erster Linie von den US-Imperialisten importiert, die das Hauptinteresse an der Aufrechterhaltung und dem Ausbau dieses Brückenkopfes haben, um die Öl- und anderen Rohstoffreichtümer des Nahen Ostens zu erobern. Die US-Imperialisten sind die Hauptgläubiger des Zionistenregimes. Gegenwärtig ist Israel mit 5,3 Mrd. $ bei ihnen verschuldet, die jährlichen Zinsleistungen betragen 430 Mio. $. Für die von Begin bei Carter beantragten 3,5 Mrd. $ zum Ausbau der neuen Frontlinie fallen weitere 28 Mio. $ kurzfristige Zinsen an. Die Hauptkosten müssen die von ihrem

Land vertriebenene palästinensischen Massen tragen, die in den besetzten Gebieten verschärfter Ausplünderung unterworfen werden. Aber auch die lohnabhängigen orientalischen Juden werden zur Füllung der Kriegskassen zunehmend geplündert und in ihrer Reproduktionsbasis gedrückt, so daß sich ihre Existenz kaum noch von der der palästinensischen Volksmassen un-

Den Hauptzweig der Industrie, der auch den Hauptanteil an der Exportsumme einnimmt, bildet neben der Textil- und Elektroindustrie die Verarbeitung von Rohdiamanten. Die Diamanten werden aus Südafrika über London importiert und in Israel geschliffen. Israel ist der weltgrößte Diamantenschleifer. Über 25% der Betriebe sind in ausländischem Besitz. Um ihre Waren auf den imperialistischen Märkten absetzen zu können, haben die Zionisten ihre Währung seit 1967 um mehr als 300% abgewertet. Die Mehrkosten, die sie für die Importe von den Imperialisten zu zahlen haben, wälzen sie auf die Volksmassen über Preis-und Steuererhöhungen ab.

Die jüdischen Volksmassen geraten zunehmend in Widerspruch mit der von den Zionisten propagierten chauvinistischen Ideologie gegen die palästinensischen Volksmassen, die für sie nichts weiter als absolute Verelendung bedeutet. Der Kampf des palästinensischen Volkes wird zunehmend unterstützt. Als Begin im Sommer an der Hebräi-

schen Universität die Ehrenwürde verliehen wurde, traten ihm mehrere Tausend jüdische und arabische Studenten mit den Forderungen für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und nach dem vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten und dem Libanon entgegen.

Belgien: Lohnsenkung nach ,,Index" – etwas zu dreist

z.gek.Brüssel. Mittels des amtlichen Lebenshaltungsindex kann die belgische Bourgeoisie direkt Lohnsenkung betreiben, seit es ihr mit Unterstützung der Gewerkschaftssozialdemokraten gelungen ist, den Lohnkampf der Arbeiter, vor allem im Metallsektor, durch einen sog. ,,automatischen Teuerungsausgleich" weitgehend auszuschalten. Der betrügerischen Fälschung des Index, der im Oktober angeblich nur 0,3 Punkt gestiegen war, konnten die gewerkschaftlichen Vertreter in der ,,Königlichen Index-Kommission" diesmal nicht zustimmen. Allzu dreist hatte der – ebenfalls sozialdemokratische – Wirtschaftsminister Claes die Statistiken fälschen lassen. So hatte er die Preise zahlreicher billiger Markenprodukte, die in den notwendigen Konsum der Arbeiter eingehen, durch die sog. ,,weißen Produkte" ersetzt, wie sie der größte Kaufhauskonzern gerade seit Oktober den Arbeiterfamilien andrehen will. Diese ,,weißen Produkte" enthalten auf ihren weißen Etiketten keine näheren Angaben über den Inhalt mehr und sind von entsprechender Qualität.

3,1 Mrd.-Geschenk an französische Monopole

z.jon.Paris. Die französische Regierung will alle Unternehmen, die an der Börse registriert sind, ab 1980 verpflichten, Aktien an ihre Belegschaften auszugeben. Jeder Beschäftigte soll bis zu drei Aktien erhalten, die Gesamtheit dieser Aktien 3% des Kapitals dieser Unternehmen nicht überschreiten. Die Aktien dürfen während drei Jahren nicht verkauft werden. Seit 1973 versucht die Regierung vergeblich, diesen ,,Volkskapitalismus" zu propagieren. Die Gewerkschaften lehnen die ,,Vermögensbildung" als Manöver gegen den Lohnkampf ab. Nur in einigen staatlichen Betrieben wurden bisher solche ,,Belegschaftsaktien" verteilt. Mit der jetzt beschlossenen Maßnahme werden 850 Kapitalgesellschaften mit zusammen 2,25 Mio. Beschäftigten beglückt. Mit durchschnittlich rund 2600 Beschäftigten sind das die großen Konzerne. ,,Um den bisherigen Aktionären nicht zu schaden", will der Staatsapparat die Kapitalerhöhungen aus Steuergeldern bezahlen. Auf diese Weise werden diesen Monopolen 3,1 Mrd. Francs, oder 3,6 Mio. Francs pro Gesellschaft, geschenkt.

Rangelei der EG-Imperialisten um ,,Europäische Exportbank"

z.gek. Gegen den hinhaltenden Widerstand der BRD drängen die übrigen EG-Staaten auf die schleunige Gründung der länger schon geplanten Europäischen Exportbank. Diese soll, möglicherweise als ein Ausleger der Europäischen Investitionsbank, große Exportvorhaben, an denen mehrere EG-Länder beteiligt sind, mit Lieferkrediten schmieren, so daß die Kapitalisten auch Verlustrisiken in Kauf nehmen, z.B. ,,angesichts der gestörten Export-

Für die nationale Unabhängigkeit Guadeloupes

Interview mit einem Vertreter des guadeloupischen Studentenverbandes

z.jon.Paris. Die französischen Imperialisten behaupten, daß Guadeloupe keine Kolonie ist, sondern ein französisches Überseedepartement. Der Gaullistenführer Chirac hat auf Guadeloupe erklärt, es käme jetzt darauf an, „alle die zu sammeln, die französisch denken". Die großen Demonstrationen der guadeloupischen Arbeiter und Bauern gegen den kolonialistischen Bananenplan sind den französischen Imperialisten in die Knochen gefahren. Wie entwickelt sich der Kampf für die nationale Unabhängigkeit des Volkes von Guadeloupe?

Tatsächlich hat es während der ganzen Herrschaft der Franzosen heftige Kämpfe gegen die Kolonialherrschaft gegeben. Ich will zunächst auf die Geschichte unseres Landes eingehen, um zu zeigen, daß die „Assimilierung" der Kolonie von Anfang an Betrug war. 1635 besetzte Frankreich diese Insel in der Karibik und rottete innerhalb weniger Jahre die einheimischen Indianer aus, als sie sich nicht freiwillig in die französische Sklaverei begaben. Die Kolonialisten verwandelten das Land in eine Zuckerrohrplantage, und ab 1644 begannen sie zu diesem Zweck Negersklaven aus Afrika zu importieren. Die französische Revolution beschloß 1794 die Aufhebung der Sklaverei. Napoleon Bonaparte nimmt aber diesen Beschluß 1802 wieder zurück und schickt eine Armee, um die erneute Unterwerfung der Bauern und Landarbeiter unter die Sklaverei zu erzwingen. Dagegen gibt es einen großen und bewaffneten Aufstand, der zwar in langen Kämpfen in Blut erstickt wird, den wir aber als die Geburt der guadeloupischen Nation betrachten. Dieser Aufstand war das Signal für eine ganze Reihe von Revolten bis zur Abschaffung der Sklaverei 1848. Aus zwei Gründen schafften die französischen Kolonialisten die Sklaverei ab: Erstens, und das ist der Hauptgrund, weil sie durch die Aufstände und Kämpfe der Sklaven unterminiert und untauglich geworden war, zweitens, weil der französische Kapitalismus in die Revolution eingetreten war und keine Sklaven mehr gebrauchen konnte, die ihre Arbeitskraft nicht frei verkaufen konnten. Nach der Sklavenbefreiung wurden für die Bauern und Arbeiter Mischformen zwischen Sklaverei und Kapitalismus eingeführt, verschiedene Formen von Zwangsarbeit und ein Pachtsystem, nach dem die Pacht entsprechend dem Ernteertrag bezahlt werden muß, das also keine Möglichkeiten für die kleinen Pächter zur Akkumulation zuläßt. Dieses System ist bis heute in Kraft. Am Ende des 19. Jahrhunderts entwickeln sich die ersten großen Streiks unter den Arbeitern auf den Plantagen in der Zuckerindustrie und Kämpfe der Bauern gerade gegen das Pachtsystem. Diese Kämpfe halten bis heute an. Man muß jedoch sagen, daß diese Kämpfe bis 1970 unter einer kleinbürgerlichen und bürgerlichen Führung standen, die nicht die Befreiung Guadeloupes vom Kolonialismus anstrebte, sondern die Gleichstellung Guadeloupes mit Frankreich. Seit 1944 spielt die revisionistische KP diese Rolle, die damals als Teil der KP Frankreichs, also nicht als nationale guadeloupische Partei, gegründet wurde. Auf Antrag der Revisionisten wird 1946 die Umwandlung von Guadeloupe und anderen Kolonien in französische Departements beschlossen.

Wie hat sich die offizielle Umwandlung Guadeloupes in ein Departement ausgewirkt?

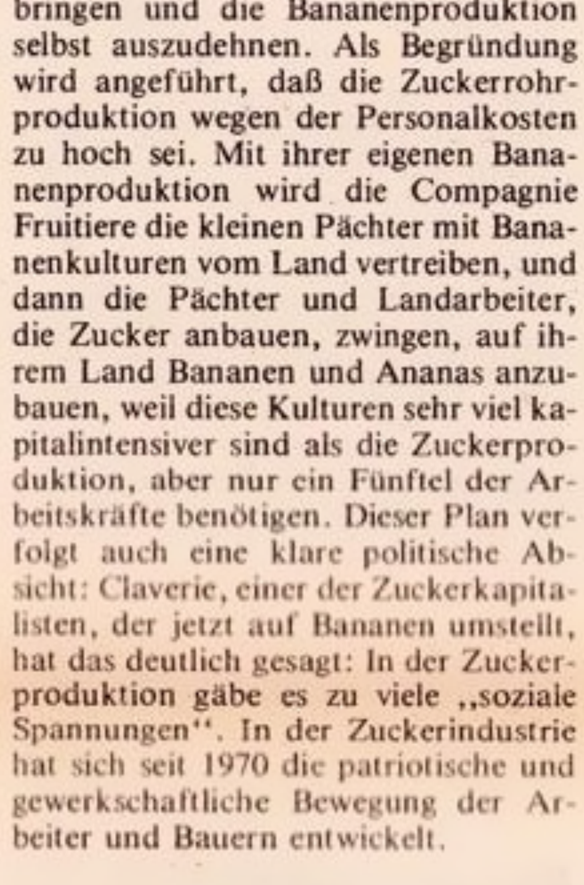
Mit einem Satz: Die koloniale Abhängigkeit unserer Wirtschaft und die kulturelle und politische Unterdrückung wurden noch unerträglicher. Die letzten Reste einer selbständigen Wirtschaft wurden zerstört. Z.B.: Wir leben in der Karibik, einem der fischreichsten Meere. Aber der Fisch, den wir auf Guadeloupe kaufen können, ist von französischen Kapitalisten aus Frankreich importiert. Es gibt jetzt nur noch zwei Produkte: Zuckerrohr und Bananen. 0,3% der Grundbesitzer verfügen über 60-70% des Bodens. 90% der Grundbesitzer haben einen Hektar oder weniger. Seit den 60er Jahren befindet sich diese koloniale Wirtschaft in einer schweren Krise. 1959 gab es noch zwölf Zuckerfabriken, und jetzt gibt es noch sechs, von denen drei in den nächsten Monaten geschlossen werden sollen. Die Anbauflächen werden reduziert, die Produktion selber wird mechanisiert und die Bauern und Landarbeiter auf die Straße geworfen. Die „Lösung" der Kolonialisten ist ein Programm, das nichts anderes als die Zerstörung unseres Volkes bedeutet, die systematische Verringerung der Bevölkerung durch Sterilisierung und „Familienplanung", vor allem aber durch Emigration. Damit sollen nicht nur billige Arbeitskräfte nach Frankreich geschafft werden, vor allem soll auch die patriotische Bewegung unter der Jugend ausgerottet werden. 1961 ist eine eigene Regierungsagentur für die Emigration geschaffen worden, die die Deportation von Tausenden von Guadeloupern pro Jahr organisiert. In den 60er Jahren wurden 3-4000 jährlich nach Frankreich verschickt, heute sind es 8000. 1974 hatte Guadeloupe rund 324000 Einwohner, jetzt noch rund 300000.

Die Kämpfe der guadeloupischen Arbeiter und Bauern in diesem Jahr haben sich vor allem gegen den „Bananenplan" der Kolonialisten gerichtet. Welche Absichten stecken hinter diesem Plan?

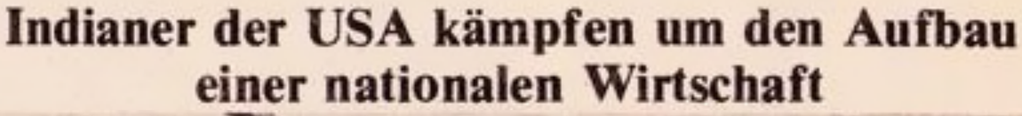
Zunächst sollen 3000 ha, auf denen bisher Zuckerrohr gebaut wird, in Anbaufläche für Ananas und Bananen umgewandelt werden. Dahinter steckt die Absicht der bisherigen Zuckermonopole und der Compagnie Fruitiere, die die Exporte nach Frankreich monopolisiert, die gesamte Anbaufläche für Bananen unter ihre Kontrolle zu bringen und die Bananenproduktion selbst auszudehnen. Als Begründung wird angeführt, daß die Zuckerrohrproduktion wegen der Personalkosten zu hoch sei. Mit ihrer eigenen Bananenproduktion wird die Compagnie Fruitiere die kleinen Pächter mit Bananenkulturen vom Land vertreiben, und dann die Pächter und Landarbeiter, die Zucker anbauen, zwingen, auf ihrem Land Bananen und Ananas anzubauen, weil diese Kulturen sehr viel kapitalintensiver sind als die Zuckerproduktion, aber nur ein Fünftel der Arbeitskräfte benötigen. Dieser Plan verfolgt auch eine klare politische Absicht: Claverie, einer der Zuckerkapitalisten, der jetzt auf Bananen umstellt, hat das deutlich gesagt: In der Zuckerproduktion gäbe es zu viele „soziale Spannungen". In der Zuckerindustrie hat sich seit 1970 die patriotische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter und Bauern entwickelt.

In den Kämpfen gegen die französische Kolonialmacht wird immer lauter die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit erhoben.

Wie schon gesagt, haben die kleinbürgerlichen Führungen der guadeloupischen Arbeiter und Bauern bis heute die „Assimilierung" der Kolonie an Frankreich gefordert. Die Revisionisten treten heute für die „Autonomie in Union mit Frankreich" ein, und beteiligen sich aktiv daran, die patriotischen Kräfte zu denunzieren und zu unterdrücken. Die AGEG, die vor allem unter den guadeloupischen Studenten und Arbeitern in Frankreich arbeitet, hat unter dem Einfluß der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zum 1. Mal 1963 die Losung „Nationale Befreiung" aufgestellt. In Zusammenarbeit mit der AGEG hat danach die nationale guadeloupische Organisation GONG in Guadeloupe eine intensive Propagandatätigkeit gegen die Kolonialmacht aufgenommen. Die GONG war aber vor allem eine Organisation von Intellektuellen, die es nie verstanden hat, sich mit den Kämpfen der Arbeiter und Bauern zu verbinden. Sie wurde deshalb 1968 schwer getroffen, als die französischen Kolonialherren begannen, mit aktiver Unterstützung der Revisionisten, die nationale Bewegung blutig zu unterdrücken, 50 Patrioten ermordeten und viele vor Gericht zerrten. Eine kleine Zahl von Genossen zog die Lehre aus dieser Niederlage und begann zusammen mit den Zuckerbauern, ihre Lage zu untersuchen und mit ihnen die Organisierung der Arbeiter- und Bauernmassen zu beraten. Im Dezember 1970 wurde die guadeloupische Landarbeitergewerkschaft UTA gegründet, die im Januar 1971 den ersten großen Lohnstreik organisierte, der in der ganzen Bevölkerung und vor allem unter der Schuljugend ein breites Echo fand. 1972 wurde der Verband der armen Bauern UPG und 1975 der guadeloupische Gewerkschaftsverband CGTG gegründet. In der Streikbewegung 1975, der bisher größten Massenbewegung, wurde von der CGTG als Lehre aus den bisherigen Kämpfen die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit propagiert und von einer großen Zahl von Organisationen, darunter christlichen Jugendorganisationen, aufgenommen. Die wirtschaftlichen Forderungen dieses Streiks konnten alle durchgesetzt werden. Die Kämpfe gegen den „Bananenplan" in diesem Jahr beweisen, daß das politische Bewußtsein der guadeloupischen Massen weiter gewachsen ist. Es ist jetzt notwendig, daß die Arbeiterklasse ihre politische Führung in dieser Bewegung festigt und den Kampf auf eine neue politische Ebene hebt, um den französischen Kolonialismus zu vernichten und zugleich unsere Unabhängigkeit gegenüber den beiden Supermächten zu wahren, die sich in der Karibik einen heftigen Kampf um die Vorherrschaft liefern.



Indianer der USA kämpfen um den Aufbau einer nationalen Wirtschaft





„Schlacht auf dem Klameth" – Yurok-Indianer kämpfen um Fischfangrechte

z.gek. „Unser Ziel ist es, eine von Indianern kontrollierte Wirtschaft aufzubauen", sagte Bernie Whitebear bei der Abfahrt einer Handelsdelegation der US-Indianer in eine Reihe von asiatischen Staaten Ende Oktober. Whitebear ist der geschäftsführende Direktor der „United Indians of All Tribes Foundation" (Gesellschaft der Vereinigten Indianer aller Stämme), mit Sitz in Seattle, die die Aufgabe hat, indianische Produkte selbständig auf den Markt zu bringen und so die nationale Produktion zu entwickeln. Die Handelsdelegation hat sich nach Hongkong, den Philippinen und Japan begeben. Über Hongkong wurden Kontakte zur VR China geknüpft. „Chinesische Naturheilmittel-Produzenten könnten ein großer Markt für unsere Wildgeweihe sein", meinte Whitebear. Andere Produkte der nordamerikanischen Indianer sind Holz und Möbel, Fische und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie künstlerische Handwerksprodukte.

Die Indianer in den USA liegen in zunehmend heftigeren Kämpfen mit den imperialistischen Monopolen und den Staatsorganen, die die Ausraubung ihres noch verbliebenen Landes organisieren. Eindrucksvolles Beispiel für die skrupellose, nach den bestehenden Verträgen auch illegale Praxis ist die Anlage der größten Uranmine der USA mitten auf dem „Mount Taylor", wie die US-Imperialisten den heiligen Berg der Navajos nennen. Jährlich 6 Millionen Tonnen Natur-Uran will der Gulf-Konzern (einer der Ölkonzerne der USA) aus der Grube herausholen. Das Pound (ca. 450 g) davon wird zu 40 bis 50 Dollar verkauft. Die Indianer erhalten eine läppische Abgabe, während ihr Gebiet mit riesigen Halden des verarbeiteten, aber noch immer radioaktiven Gesteins verwüstet und verseucht wird.

Im Kampf gegen die noch immer weitergeführte Ausrottungspolitik der US-Imperialisten schließen sich die Stämme der nordamerikanischen Indianer zur Nation zusammen. Im Navajo-Land fand letztes Jahr die erste Konferenz aller Indianer-Stämme der USA statt. Der Kampf um ihr verbliebenes Land, die volle Nutzung ihrer Ressourcen, Aufbau einer nationalen Wirtschaft und Selbstverwaltungsrechte sind die ersten Ziele ihres langen Marsches.

und schickt eine Armee, um die erneute Unterwerfung der Bauern und Landarbeiter unter die Sklaverei zu erzwingen. Dagegen gibt es einen großen und bewaffneten Aufstand, der zwar in langen Kämpfen in Blut erstickt wird, den wir aber als die Geburt der guadeloupischen Nation betrachten. Dieser Aufstand war das Signal für eine ganze Reihe von Revolten bis zur Abschaffung der Sklaverei 1848. Aus zwei Gründen schafften die französischen Kolonialisten die Sklaverei ab: Erstens, und das ist der Hauptgrund, weil sie durch die Aufstände und Kämpfe der Sklaven unterminiert und untauglich geworden war, zweitens, weil der französische Kapitalismus in die Revolution eingetreten war und keine Sklaven mehr gebrauchen konnte, die ihre Arbeitskraft nicht frei verkaufen konnten. Nach der Sklavenbefreiung wurden für die Bauern und Ar-

drückung wurden noch unerträglicher. Die letzten Reste einer selbständigen Wirtschaft wurden zerstört. Z.B.: Wir leben in der Karibik, einem der fischreichsten Meere. Aber der Fisch, den wir auf Guadeloupe kaufen können, ist von französischen Kapitalisten aus Frankreich importiert. Es gibt jetzt nur noch zwei Produkte: Zuckerrohr und Bananen. 0,3% der Grundbesitzer verfügen über 60-70% des Bodens. 90% der Grundbesitzer haben einen Hektar oder weniger. Seit den 60er Jahren befindet sich diese koloniale Wirtschaft in einer schweren Krise. 1959 gab es noch zwölf Zuckerfabriken, und jetzt gibt es noch sechs, von denen drei in den nächsten Monaten geschlossen werden sollen. Die Anbauflächen werden reduziert, die Produktion selber wird mechanisiert und die Bauern und Landarbeiter auf die Straße geworfen. Die „Lösung" der Kolonialisten ist ein

selbst auszudehnen. Als Begründung wird angeführt, daß die Zuckerrohrproduktion wegen der Personalkosten zu hoch sei. Mit ihrer eigenen Bananenproduktion wird die Compagnie Fruitiere die kleinen Pächter mit Bananenkulturen vom Land vertreiben, und dann die Pächter und Landarbeiter, die Zucker anbauen, zwingen, auf ihrem Land Bananen und Ananas anzubauen, weil diese Kulturen sehr viel kapitalintensiver sind als die Zuckerproduktion, aber nur ein Fünftel der Arbeitskräfte benötigen. Dieser Plan verfolgt auch eine klare politische Absicht: Claverie, einer der Zuckerkapitalisten, der jetzt auf Bananen umstellt, hat das deutlich gesagt: In der Zuckerproduktion gäbe es zu viele „soziale Spannungen". In der Zuckerindustrie hat sich seit 1970 die patriotische und gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter und Bauern entwickelt.



„Schlacht auf dem Klameth" – Yurok-Indianer kämpfen um Fischfangrechte

z.gek. „Unser Ziel ist es, eine von Indianern kontrollierte Wirtschaft aufzubauen", sagte Bernie Whitebear bei der Abfahrt einer Handelsdelegation der US-Indianer in eine Reihe von asiatischen Staaten Ende Oktober. Whitebear ist der geschäftsführende Direktor der „United Indians of All Tribes Foundation" (Gesellschaft der Vereinigten Indianer aller Stämme), mit Sitz in Seattle, die die Aufgabe hat, indianische Produkte selbständig auf den Markt zu bringen und so die nationale Produktion zu entwickeln. Die Handelsdelegation hat sich nach Hongkong, den Philippinen und Japan begeben. Über Hongkong wurden Kontakte zur VR China geknüpft. „Chinesische Naturheilmittel-Produzenten könnten ein großer Markt für unsere Wildgeweihe sein", meinte Whitebear. Andere Produkte der nordamerikanischen Indianer sind Holz und Möbel, Fische und landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie künstlerische Handwerksprodukte.

Die Indianer in den USA liegen in zunehmend heftigeren Kämpfen mit den imperialistischen Monopolen und den Staatsorganen, die die Ausraubung ihres noch verbliebenen Landes organisieren. Eindrucksvolles Beispiel für die skrupellose, nach den bestehenden Verträgen auch illegale Praxis ist die Anlage der größten Uranmine der USA mitten auf dem „Mount Taylor", wie die US-Imperialisten den heiligen Berg der Navajos nennen. Jährlich 6 Millionen Tonnen Natur-Uran will der Gulf-Konzern (einer der Ölkonzerne der USA) aus der Grube herausholen. Das Pound (ca. 450 g) davon wird zu 40 bis 50 Dollar verkauft. Die Indianer erhalten eine läppische Abgabe, während ihr Gebiet mit riesigen Halden des verarbeiteten, aber noch immer radioaktiven Gesteins verwüstet und verseucht wird.

Im Kampf gegen die noch immer weitergeführte Ausrottungspolitik der US-Imperialisten schließen sich die Stämme der nordamerikanischen Indianer zur Nation zusammen. Im Navajo-Land fand letztes Jahr die erste Konferenz aller Indianer-Stämme der USA statt. Der Kampf um ihr verbliebenes Land, die volle Nutzung ihrer Ressourcen, Aufbau einer nationalen Wirtschaft und Selbstverwaltungsrechte sind die ersten Ziele ihres langen Marsches.



märkte in Afrika" (so ein Debattenredner im Europäischen Parlament).

Auf dem überfüllten und umkämpften Weltmarkt sollen die EG-Monopole sich mit Angeboten langfristiger Finanzierung Platz schaffen, z.B. auch auf dem „schwierigen, doch ungemein wichtigen und wachsenden Markt in China", um dessen Belieferung zwischen den Imperialisten jetzt eine erfreuliche Prügelei im Gange ist. In einer Debatte im Europa-Parlament im September wurde jedoch dem zuständigen westdeutschen EG-Kommissar Haferkamp und dem Ratsvorsitzenden Genscher vorgeworfen, die Gründung der Exportbank zu verzögern. Die BRD-Imperialisten rechnen darauf, sich derartige Großprojekte auch allein an Land ziehen zu können und wollen das Projekt, wenn schon, als Druckmittel für ihre europäischen Währungspläne einsetzen. Erst das Schmidt'sche Europäische Währungssystem, so Haferkamp kühl, werde die geeigneten „monetärtechnischen" Voraussetzungen schaffen, um eine solche Gemeinschaftsbank zu betreiben, „zum Beispiel das Problem von Wechselkursen, Zinssätzen, usw." (Verhandlungen des Europäischen Parlaments, Nr. 233)

Stahlkapitalisten scharf auf Brasiliens Erz

z.erb. Ein „Eldorado" hat das staatliche italienische Stahlmonopol Finsider im Auge. Zusammen mit dem japanischen Konzern Kawasaki errichtet Finsider im brasilianischen Tubarao 600 km nördlich von Rio für 2,5 Mrd. Dollar das größte Stahlwerk in Lateinamerika, das 1983 in Betrieb gesetzt werden und 1985/86 eine Kapazität von 3 Mio. t pro Jahr erreichen soll, mehr als ein Viertel der Produktion Brasiliens von 1977. Mit jeweils 24,5% wollen sich die japanischen und italienischen Imperialisten direkt an der Ausbeutung der Arbeiter von Tubarao beteiligen. Zur Finanzierung des Werkes bringt ein japanisches Bankenkonsortium 700 Mio. Dollar, Finsider 125 Mio. und einen Kredit über 600 Mio. Dollar auf, für den Brasilien über 15 Jahre 8% Zinsen abgeknöpft werden. Jährlich sollen 300000 t Stahl nach Italien geliefert werden, doch hauptsächlich locken die japanischen und italienischen Imperialisten die mit über 40 Mrd. t riesigen Eisenerzvorkommen Brasiliens, die zweitgrößten nach der Sowjetunion. „Brasilien, weiß man, ist ein Planet der Milliarden verborgenen, ...kostbaren Steine, die man auflesen kann wie Kartoffeln", träumt der Mailänder Corriere della Sera am 1.11.78.

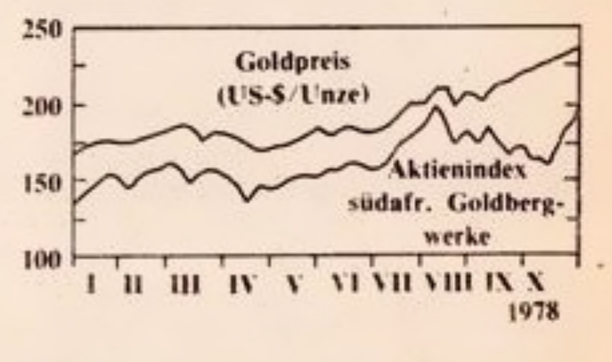
Andenstaaten bilden Reservefonds gegen IWF-Schuldendiktat

z.gek. Wie es aussieht, ist der Versuch der imperialistischen Gläubiger Perus, die sich (mit Ausnahme der Sozialimperialisten) im „Club von Paris" zusammengerottet haben, Peru zusammen mit Zaire unter „internationale Finanzaufsicht" und die Volksmassen unter Hungerregime zu stellen, vorerst abgeschmettert. Sowohl die Gläubigerstaaten als der IWF und die US-Banken, die alle zusammen von Peru in den kommenden beiden Jahren knapp 1,5Mrd. Dollar an Schuldzahlungen und Zinsen eintreiben wollten, haben sich bereit erklären müssen, die Rückzahlung um sieben Jahre hinauszuschieben. Zu diesem Erfolg haben zwei Faktoren entscheidend beigetragen:

die revolutionären Kämpfe der Arbeiter und Bauern Perus in den letzten Monaten, die den Imperialisten Hammer und Sichel gezeigt haben, und der Zusammenschluß der fünf Andenstaaten Venezuela, Kolumbien, Ekuador, Bolivien und Peru gegen die imperialistische Erpressung. Noch im Oktober haben die fünf Staaten auf einer Konferenz die Gründung eines gemeinsamen Reservefonds beschlossen, zu dem vor allem die beiden OPEC-Staaten Venezuela und Ekuador beitragen werden, und der Schwierigkeiten beim Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanzen mit den Imperialisten überbrücken helfen soll. Auf das Grundkapital von einer Viertel Milliarde Dollar bis 1981 wollen die Andenstaaten gemeinsam Kredite ziehen und sie gemeinsam decken. Eine gemeinsame Industrieentwicklungsgesellschaft und die Bildung eines gemeinsamen Marktes noch vor 1980 sind die nächsten großen Ziele.

Horrende Profite aus den Goldbergwerken Südafrikas

z.mat. „Das Interesse an Gold in den USA hat eine beispiellose Höhe erreicht", schreibt die „Financial Times" am 28.10.78. Mit der Plünderung der OPEC-Länder durch fortwährende Senkung des Dollar-Kurses geht die verschärfte Plünderung des Goldreichtums Südafrikas Hand in



Hand. Mit 25 Prozent hält das USA-Kapital den größten Aktienanteil an den Goldbergwerken, vor Westeuropa mit 15 Prozent insgesamt. Während die Dollar, mit denen sie zahlen, immer wertloser werden, holen sie sie beim Goldverkauf mehrfach wieder rein.

Spekulationen und Lügen über Präsident Amin und Nyerere – westdeutsche Presse lenkt ab

30.10.78
Bild-Zeitung: Putsch: Amin nur knapp entwischt. Ugandas Diktator Idi Amin hatte mal wieder Glück: In letzter Sekunde rettete er sich Anfang Oktober mit einem Hubschrauber vor putschenden Unteroffizieren.

1.11.78
Bild-Zeitung: Idi Amin überfällt Tansania. (...) Flüchtlinge berichten: ,,Viele Tote". Der verrückte Diktator Amin: ,,Tansania hat als erster angegriffen." Er droht die Hauptstadt Daressalam zu bombardieren.

2.11.78
Frankfurter Allgemeine Zeitung: Ugandas Akt ist das erste Mal, daß ein unabhängiger afrikanischer Staat Territorium eines anderen unabhängigen Staates annektiert hat – seit, jedoch das war lange vor dem ersten Gedanken an eine Gründung der OAU – Großbritannien nach dem Burenkrieg von 1899 bis 1902 die Republiken Oranje-Staat und ,,Südafrika" für seine Kap-Kolonie annektierte. (...) Vor sechs Jahren nämlich hatte es schon einmal einen Einfall nach Uganda von tansanischem Gebiet aus gegeben. Anhänger des 1971 von Amin gestürzten Präsidenten Obote hatten damals versucht, im Südwesten Ugandas einen Guerillakrieg zu entfesseln, ihn nach Kampala auszuweiten und Amin zu stürzen. Diese Invasion des Jahres 1972 konnte nur mit voller Billigung des tansanischen Präsidenten Nyerere geschehen sein, dessen Truppen es ein leichtes gewesen wäre, sie zu verhindern. Schließlich hat Nyerere auch 1975 und 1976 die Putschisten in seinem Lande ausbilden lassen, die 1977 auf den Seychellen den Präsidenten Mancham stürzten.

3.11.78
Süddeutsche Zeitung: Idi Amins Konfliktstrategie. Militärische und außenpolitische Abenteuer liegen in der Natur zügelloser Diktatoren wie Ugandas Idi Amin. Sie dienen in der Regel dazu, von inneren Schwierigkeiten abzulenken. Darin fehlt es Idi Amin sicher nicht. (...) Ugandas unberechenbarer Diktator mag durch diese Aktion sein Regime noch einmal gefestigt haben. Er muß sich nun aber auf eine Auseinandersetzung mit der Organisation für Afrikanische Einheit gefaßt machen, zu deren Prinzipien die Unantastbarkeit der Grenzen gehört. Bisher konnte ihm die OAU nicht gefährlich werden.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: (...) Drei Versionen gibt es jetzt über den Anfang des ugandisch-tansanischen Krieges. Wenig Wahrscheinlichkeit hat jene für sich, Amin habe einen langgehegten Plan verwirklicht und die Kämpfe angestrebt. Die beiden anderen Versionen sagen, Amin sei in den Krieg hineingestolpert. Nach der einen haben loyale Truppen die Meuterei des Simba-Regiments in Mbarara vor drei Wochen niedergeschlagen und sich zur Belohnung anschließend in Tansania ,,austoben" dürfen. Nach der anderen Version hätten die Meuterer Unterstützung durch die ugandischen Flüchtlinge erhalten, die unmittelbar südlich der Grenze Amins Despotie zu überleben hofften. (...) Amins Drang nach territorialer Expansion hatte sich vorher nur gegen Kenia gerichtet. (...)

5.11.78
Welt: Idis Krieg mit dem Schwager: (...) In Wahrheit aber ist der Krieg in Ostafrika ein Streit unter Verwandten. Im April versuchte Amin seinen Schwager und Vizepräsidenten, Verteidigungs- und Innenminister Mustafa Adrisi durch einen arrangierten Autounfall umbringen zu lassen. Adrisi wurde nur leicht verletzt und floh nach Kairo. Von dort zettelte er eine Meuterei im Süden Ugandas an. 150 Amintreue Soldaten kamen ums Leben. (...)

7.11.78
Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die ugandischen Soldaten, inzwischen angeblich auf 2400 Mann in dem halbmondförmigen Gebiet verstärkt, finden dort weder Dörfer zum Plündern noch Vieh zum Schlachten vor. (...) Der tansanische Staatspräsident Nyerere hat dem Regierungssender und den staatlichen Zeitungen verboten, Meldungen über das Kampfgeschehen zu verbreiten, auch hat er die West-Lake-Provinz, in der das Kampfgebiet liegt, für alle Journalisten gesperrt. Dieser Hochmut des Präsidenten, der Bevölkerung sie unmittelbar angehende Nachrichten vorzuenthalten, hinderte ihn freilich nicht daran, von ihr in einer kurzen Rundfunkansprache Opferbereitschaft zu verlangen. Auch Idi Amin hält sachliche Informationen zurück, doch das gehört zu seinem Persönlichkeitsbild. (...) Ein Sieg Tansanias wäre für Nyerere der Tod seines Erzfeindes Amin. Denn der würde eine Niederlage seiner Truppen, in denen angeblich schon gemeutert worden ist, politisch und auch physisch nicht überleben.

8.11.78
Süddeutsche Zeitung: Die Regierungen aller fünf nordeuropäischen Länder haben Tansania Unterstützung zugesagt. Eine ensprechende Erklärung wurde von dem nach Tansania gereisten norwegischen Außenminister Frydenlund abgegeben. (...) The Daily News, die tansanische Regierungszeitung, schrieb, ,,die ugandische Invasion müsse die letzte der verrückten Aktionen Amins sein". Bis zum letzten Montag sei die tansanische Bevölkerung bereit gewesen, ,,den Idioten als Nachbarn zu ertragen", meinte die Zeitung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Amin fordert die Organisation für Afrikanische Einheit zur Vermittlung auf. Solange Nyerere auf Kampf, Schießen, Krieg und Endsieg besteht, wird er sich der vielen Vermittler und Vermittelnwollenden, die ihm Telegramme schicken und sich seine Türklinke in Daressalam in die Hand geben, nicht erwehren können. Verhandlungen also, für Amin ein größerer Sieg als die zweifelhafte Annexion eines unbedeutenden Landstriches ,,hinter dem See" sind noch nicht ausgeschlossen.

Uganda, Tansania, Kenia: ,,Ohne imperialistische Einmischung können afrikanische Probleme leicht gelöst werden"

z.ere. Er ist unbestritten eine der schillerndsten Figuren der deutschen Sozialdemokratie und kann sich nur glücklich preisen, ungeschoren davongekommen zu sein, als er letzte Woche auf der Tagung der Sozialistischen Internationale in Vancouver versuchte, die Völker der Dritten Welt zu demütigen. An Dreistigkeit kaum zu übertreffen, empfahl Hans-Jürgen Wischnewski den ,,schwarzen Brüdern, auch nach allem, was sie haben durchmachen müssen, Gleiches *nicht* mit Gleichem zu vergelten." Nicht sollte man meinen, daß Wischnewski sich anschickte, das ,,Neue Testament" zu verbreiten; ,,schwarz-weiße Kooperation" oder ,,Ressourcenausgleich" soll die imperialistische Exportoffensive garantieren.

Als im September Kenias Staatspräsident Kenyatta verstarb, zeigten sich die Imperialisten besorgt ob der ,,schwarz-weißen Kooperation", was ,,würde aus dem Land werden". Schnell aber ,,beruhigten" sie sich, in der Hoffnung, Daniel Arap Moi, Kenyattas Nachfolger, ,,biete die Garantie; Kenia auf dem Weg der Kooperation weiter zu führen".

Die Weltbank, die in Kenia die Geschäftsstelle ihrer ,,Regionalkommission Ostafrika" unterhält, wußte sich ohnehin über alle Zweifel erhaben. Hingegen bestand Arap Moi auf ,,Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder" sowie ,,gutnachbarlichem Verhalten". Dem Weltbank-Jahresbericht 1977 ist zu entnehmen, daß die aus Kenia, Tansania und Uganda bestehende Ostafrikanische Gemeinschaft (EAG) in den letzten Jahren ,,sowohl unmittelbar als auch mittelbar durch den starken Druck auf die Zahlungsbilanz und die finanzielle Situation beeinflußt" ist. Das hat, so der Bericht, zu erheblichen ,,Spannungen" und größeren ,,Differenzen" zwischen den drei Staaten geführt.

Seit Ende des ersten Weltkrieges unterstanden die drei ostafrikanischen Gebiete der britischen Kolonialmacht. Von dieser wurden sie in vielfacher Hinsicht als *ein* Wirtschaftskomplex betrachtet. Eine Reihe gemeinsamer Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Forschungseinrichtungen wurde den Ländern vor Erkämpfung ihrer Unabhängigkeit verpaßt. Der Zwangscharakter dieser Maßnahmen mußte sich unvermeidlich noch lange nach Erringung der Nationalen Unabhängigkeit (Tansania 1961, Uganda 1962 und Kenia 1963) hemmend auf die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Staaten auswirken. Mit dem am 1.12.1967 in Kraft getretenen ,,Vertrag über die Zusammenarbeit Ostafrikas" bezeugten die drei Ländern ihren Willen, aus eigener Kraft und gestützt auf die gegenseitige Hilfe den wirtschaftlichen Aufbau voranzutreiben sowie ihre politische Integration zu verstärken. Während sich vor allem Uganda durch Wirtschafts- und Finanzhilfeabkommen mit Ländern der Dritten Welt, wie der VR China, Libyen, Syrien und Indien den imperialistischen Raubzügen weitgehend verschließen konnte, gelang es den britischen und westdeutschen Imperialisten, Kenia und Tansania durch brutale Schuldknechtschaft zu knebeln. Laut Weltbankstatistik von 1976 hat Kenia an ausstehenden öffentlichen Auslandsschulden 733,9 Mio. Dollar; Tansania 1096,3 Mio. Dollar und Uganda 248,7 Mio. Dollar. Angesichts dieser gewaltigen Schuldverpflichtung verschärfen sich, von den Imperialisten kräftig geschürt, die Spannungen zwischen den Ländern der Gemeinschaft. Um dem wachsenden Druck auf die Zahlungsbilanz zu begegnen und die Finanzlage der Gemeinschaftsunternehmungen zu verbessern, verfolgten die Partnerstaaten nationale Spar- und Entwicklungsprogramme, wodurch schließlich die Kooperation im wirtschaftlichen Aufbau erheblich beeinträchtigt wurde. Die Gemeinschaftsunternehmungen gerieten in ernste, unübersehbare Liquiditätsprobleme, was ihren Zusammenbruch beschleunigte. Der Betrieb der East African Airways wurde z.B. gänzlich eingestellt; die Geschäfte der meisten anderen Unternehmungen wurden dezentralisiert und in die Regionen verlegt.

Der hanseatische ,,Afrika-Verein" sieht die Gründe für die Auflösungserscheinungen der EAG ausschließlich in der ,,Weigerung Nyereres, sich mit Idi Amin zu treffen". Daß sich Präsident Amin seit 1973 mehrmals für eine politische Union der drei ostafrikanischen Staaten ausgesprochen hat, registriert der Hamburger Verein ebenso mit ,,größter Sorge", wie die jüngste Äußerung des tansanischen Außenministers Mkapa: ,,Die Lehre, die wir aus der Geschichte gezogen haben, ist, daß unsere Schwäche in unserer Uneinigkeit liegt – nur Einheit, gegenseitige Unterstützung wird unsere Würde wieder herstellen und unsere wirtschaftliche Existenz sichern." In wie starkem Maße der Gedanke der ostafrikanischen Einheit ,,im öffentlichen Bewußtsein verankert" ist, vermerkten die Pfeffersäcke zynisch, ginge aus der Tatsache hervor, daß die Gesetzentwürfe für die Auflösung der gemeinsamen Unternehmungen und der Gründung nationaler Verwaltungen im kenianischen Parlament heftig debattiert, im tansanischen Parlament und von der ugandischen Regierung hingegen zunächst abgelehnt worden seien.

,,Self-reliance" – Vertrauen in die eigene Stärke, die eigenen Möglichkeiten und die eigenen Ressourcen – dieser in der ,,Erklärung von Arusha" 1967 festgelegte ,,Grundpfeiler" war den Imperialisten schon lange ein Dorn im Auge. Zunächst hatten diese Gauner versucht, durch Lieferung von gebrauchten Maschinen und Anlagen, von Schrott im wesentlichen, die Wirtschaftsentwicklung der EAG-Länder zu stören, dann mit Lieferrestriktionen und Handelsembargo – endlich der Versuch, Tansania und Uganda in kriegerische Auseinandersetzungen zu treiben. Wobei sie sich geschickt auf die seit 1972 im tansanisch-ugandischen Grenzgebiet durch den 1971 gestürzten ehemaligen ugandischen Präsidenten Obote betriebenen bewaffneten Auseinandersetzungen mit der ugandischen Armee stützten.

Es bleibt niemandem verborgen, wie sehr die Imperialisten nach Möglichkeiten suchen, ihre bewaffnete Intervention im süd- und östlichen Afrika vorzubereiten: US-Außenminister Vance erklärte, die USA würden intervenieren, falls die ugandischen Truppen nicht aus Tansania abgezogen werden. ,,Diese Einschüchterung durch eine Supermacht ist nicht nur eine Bedrohung des Friedens in dieser Region, sondern auch auf dem gesamten Kontinent", erwiddrte Präsident Amin. Weiter hob er hervor, daß Uganda keinen Anspruch auf besetzte Gebiete aufrechterhalte. Sobald es zu Verhandlungen mit Tansania komme, werde er die Truppen zurückziehen. Daß es zu Verhandlungen kommen wird, kann nicht ausbleiben, ebenso werden die ostafrikanischen Völker alles unternehmen, daß sich keine der Supermächte einmischt. Die politische und materielle Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes im südlichen Afrika durch die ostafrikanischen Völker ist ein bedeutender Faktor zur Stärkung ihrer Einheit. Der Konflikt mit Tansania sei ein afrikanisches Problem, erklärte Amin, und könne leicht gelöst werden.

In Arbeit ist der Aufbau einer neuen Wirtschaftsgemeinschaft mit 16 Teilnehmerstaaten Ostafrikas. In Tansania soll ein East African Management Institut sowie ein Entwicklungszentrum für Rohstoffe aufgebaut werden, ein Institut für Zuckertechnologie ist auf Mauritius geplant. In Mozambique ein Ausbildungszentrum für Schiffahrt und ein Veterinär- und Agrarforschungszentrum in Kenia. Uganda wird das Statistische Institut errichten. Ebenfalls wird an der Gründung einer ostafrikanischen Küstenschiffahrtsgesellschaft gearbeitet, der die bestehende Gesellschaft von Kenia, Tansania, Uganda und Sambia als Überseeabteilung beigeordnet werden soll.

Sicherlich wird Wischnewski nicht damit rechnen, daß ,,Gleiches mit Gleichem" vergolten wird, das ist es auch nicht, was er befürchtet. Ihm steht vielmehr die Befürchtung auf der Stirn geschrieben, daß die imperialistische Expansionspolitik, von der Sozialistischen Internationale mit ,,Ressourcentransfer" umschrieben, an der Einheit der Völker der Dritten Welt scheitern wird. Ganz so wie es Mkapa sagte: ,,Welche Differenzen auch immer existieren mögen, es ist unbedingt erforderlich , daß wir uns unermüdlich und ernsthaft bemühen zur Zusammenarbeit und Einheit für die afrikanische Sache."

Die Widersprüche zwischen den Völkern Kenias, Ugandas und Tansanias sind ein Erbe des Kolonialismus

z.hev. Schaut man auf die Karte des heutigen Kenia, Uganda und Tansania, so fallen die schnurgeraden Grenzen zwischen Uganda und Kenia auf der einen und Tansania auf der anderen Seite auf, Grenzen, am Reißbrett gezogen, willkürlich und brutal. Kolonialistenhandschrift, in diesem Fall der deutschen und britischen.

Seit den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts hatte die stärkste damalige Handelsmacht, Großbritannien, die Vorherrschaft der arabischen und indischen Händler und des Sultans von Sansibar, der die Handelswege in Ostafrika kontrollierte und vor allem mit Sklaven Riesenprofite einheimste, Stück für Stück zurückgedrängt. Ideologisch als Kampf für die Befreiung der schwarzen Sklaven vom arabischen Joch verklärt, praktisch mit den Mitteln der Korruption der herschenden arabischen Feudalkreise geführt und gründlich vorbereitet durch eifrige katholische und evangelische Missionare, erforscht und ausgemessen von sogenannten ,,Entdeckern" wie Livingstone, war die arabische Handelsbastion sturmreif geschossen worden. Aber auch die arabischen Händler und die indischen Zwischenhändler hatten nur die Wege benutz, die von den ostafrikanischen Stämmen seit Ende des 18. Jahrhunderts geschaffen worden waren. Insbesondere der Stamm der Nyamwesi südlich des Victoria-Sees im heutigen Tansania hatte die Handelswege ausgebaut und Elfenbein, Rhinozeroshorn und Naturharze gegen Baumwollstoffe, Eisen- und Messingdraht, Pulver und Gewehre ausgetauscht.

Während die britischen Kolonialisten um 1880 die arabischen Konkurrenten praktisch schon aus dem Felde geschlagen hatten, war es nur der Hansestadt Hamburg gelungen, eine Niederlassung auf der Tansania vorgelagerten Insel Sansibar zu gründen. Nach der Gründung des Deutschen Reiches sollte sich das schnell ändern. Dr. Carl Peters von der ,,Gesellschaft für deutsche Kolonisation", später ,,Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft", begann 1884 seinen Raubzug in das Hinterland Ostafrikas und schloß mit verschiedenen Häuptlingen Unterwerfungsverträge ab, für die Bismarck ein Jahr später den ,,Schutzbrief" der kaiserlichen Regierung ausstellte. In einem beispiellosen Wettrennen mit den britischen Kolonialisten eroberte die ,,Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft" einen Stützpunkt nach dem anderen, erpreßte mittels Seeblockade Abtretungsverträge vom Sultan von Sansibar, erreichte die Oberhoheit über die Küstenzone, damit die Verwaltung und die Erhebung der Zölle in sämtlichen Häfen. Diese Position war die Voraussetzung für den kolonialen Kuhhandel mit Großbritannien, der im sogenannten ,,Helgoland-Sansibar-Vertrag" gipfelte. (1890)

Westlich des Victoria-Sees und durch denselben zogen die Kolonialstrategen eine kerzengerade Linie entlang des 1. Grades südlicher Breite und dann wieder vom Ostufer des Sees eine ebenso gerade Linie an die Küste mit einem Buckel um den höchsten Berg Afrikas, den Killimandscharo, der zu ,,Deutsch-Ostafrika" geschlagen wurde. Stammesgrenzen spielten keinerlei Rolle. Die Insel Sansibar ging an die Briten, dafür Helgoland ans Deutsche Reich. Großbritannien raubte sich bis Ende des 19. Jahrhunderts ein von Ägypten über den Sudan, Uganda und Kenia reichendes Kolonialreich zusammen. Das Kernland des heutigen Uganda, das Königreich Buganda, wurde 1894 unterworfen, bis 1896 das gesamte Gebiet des heutigen Kenia und Uganda.

Noch heute versuchen die Imperialisten die aus der kolonialen Grenzziehung entstandenen Widersprüche unter den afrikanischen Völkern zu schüren, um sich so Hebel der Einmischung zu verschaffen. Mit wahrem Feuereifer stürzten sie sich auf die Auseinandersetzungen an der tansanisch-ugandischen Grenze, um nachher betrübt festzustellen, daß beide Seiten eine friedliche Einigung anstreben. Die Erfahrungen jahrzehntelanger kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung und der gemeinsame Kampf dagegen erweisen sich als stärker. Der wahre Feind ist bekannt.

Bereits Anfang der zwanziger Jahre forderte in Kenia die ,,Zentrale Association der Kikiju" unbeschränkten Anbau des Kaffees durch afrikanische Farmer, Beendigung des Landraubs, Verbot der Zwangsarbeit und demokratische Rechte. In den 30er Jahren streikten die Bergarbeiter der Kakamenga-Goldfelder, die Bau- und Hafenarbeiter, die Eisenbahner und Plantagenarbeiter mehrmals; in dem nach dem 1. Weltkrieg unter britische Herrschaft gekommenen Tanganjika (Tansania) streikten 1932 die Arbeiter auf den Lupa-Goldfeldern und 1939 die Hafenarbeiter von Tanga im ersten Generalstreik des Landes. Während des 2. Weltkrieges erkämpften sich die Arbeiter in allen 3 Ländern in äußerst hartnäckig geführten Streiks Lohnerhöhungen. Die Aktionen der Bauern gegen den kolonialen Landraub wurden immer häufiger bewaffnet geführt.

In Kenia konnten die britischen Imperialisten den von ihnen so genannten ,,Mau-Mau-Aufstand" 1952 nur durch das Niedermetzeln von 115000 Afrikanern niederschlagen. Die nationale Unabhängigkeit Kenias, Ugandas und Tansanias konnten sie trotzdem nicht verhindern.

,,Glomar Explorer" gestartet

Die Imperialisten versuchen die UN-Seerechtskonferenz zu erpressen

z.rül. ,,Um den Meeresbergbau zu revolutionieren", sei die Glomar Explorer, ein speziell für den Meeresbergbau konstruiertes Schiff der US-Imperialisten, am 28.Oktober von Kalifornien aus in den Pazifik gestartet. So jedenfalls konnte man am 30.10. der ,,International Herald Tribune" entnehmen. Auf einer 45 Tage dauernden Fahrt soll das Schiff mit einem Kostenaufwand von insgesamt 60 Mio. Dollar versuchen, aus Tiefen von bis zu 6000 Metern Manganknollen und andere Mineralien zu bergen, insgesamt 1000 Tonnen; der Hauptzweck der Reise aber soll die Erprobung der technischen Einrichtungen selber sein und die Sammlung von Erfahrungen über ihre Einsatzmöglichkeiten.

Hinter dieser kurzen Meldung steckt der Versuch der US-Imperialisten, noch vor jeder vertraglichen Regelung des Meeresbergbaus durch die UN-Seerechtskonferenz einseitig mit dem Abbau zu beginnen, so einen Vorsprung vor den anderen imperialistischen Konkurrenten zu ergattern und vor allem die Länder der Dritten Welt zu erpressen. Am 19. März soll die nächste Verhandlungsrunde der UN-Seerechtskonferenz in Genf stattfinden, noch im Herbst soll das Vertragswerk über die Nutzung der Meere unterschrieben werden und bis 1980 sodann in Kraft treten. Bis dahin rechnet keine der imperialistischen Mächte ernsthaft damit, bereits zu einer industriellen Förderung und Verarbeitung der Manganknollen, der von allen Imperialisten am meisten begehrten mineralischen Rohstoffe des Pazifik-Beckens, in der Lage zu sein. Es geht den US-Imperialisten darum, auf der Seerechtskonferenz den Ländern der Dritten Welt ihre Vorstellungen aufzuzwingen, die statt der von der Dritten Welt geforderten einheitlichen Meeresbergbaugesellschaft eine ,,Zusammenarbeit" dieser Gesellschaft mit den Bergbaumonopolen der Imperialisten vorsehen, wobei sie darauf spekulieren, mittels ihrer überlegenen Technologie praktisch das Feld zu beherrschen und der internationalen Meeresbergbaubehörde die Bedingungen diktieren zu können. Zu diesem Zweck setzen sie alle Hebel in Bewegung, um rasch mit dem Meeresbergbau beginnen zu können und sodann ,,Ansprüche" anmelden zu können.

Entsprechend eng ist die Zusammenarbeit ihrer Delegation bei der Seerechtskonferenz mit den am Meeresbergbau beteiligten Gesellschaften: so ist die ,,Glomar Explorer" das Schiff eines Bergbaukonsortiums, dem u.a. Lockheed, Standard Oil, Shell angehören; ein Mitglied der US-Delegation, Mr. Dubs, ist gleichzeitig Direktor der ozeanischen Forschungsabteilung von

treten. Bis dahin rechnet keine der imperialistischen Mächte ernsthaft damit, bereits zu einer industriellen Förderung und Verarbeitung der Manganknollen, der von allen Imperialisten am meisten begehrten mineralischen Rohstoffe des Pazifik-Beckens, in der Lage zu sein. Es geht den US-Imperialisten darum, auf der Seerechtskonferenz den Ländern der Dritten Welt ihre Vorstellungen aufzuzwingen, die statt der von der Dritten Welt geforderten einheitlichen Meeresbergbaugesellschaft eine ,,Zusammenarbeit" dieser Gesellschaft mit den Bergbaumonopolen der Imperialisten vorsehen, wobei sie darauf spekulieren, mittels ihrer überlegenen Technologie praktisch das Feld zu beherrschen und der internationalen Meeresbergbaubehörde die Bedingungen diktieren zu können. Zu diesem Zweck setzen sie alle Hebel in Bewegung, um rasch mit dem Meeresbergbau beginnen zu können und sodann ,,Ansprüche" anmelden zu können.

Entsprechend eng ist die Zusammenarbeit ihrer Delegation bei der Seerechtskonferenz mit den am Meeresbergbau beteiligten Gesellschaften: so ist die ,,Glomar Explorer" das Schiff eines Bergbaukonsortiums, dem u.a. Lockheed, Standard Oil, Shell angehören; ein Mitglied der US-Delegation, Mr. Dubs, ist gleichzeitig Direktor der ozeanischen Forschungsabteilung von
Kennecott Coppers, die ihrerseits Konsortienführer eines Meeresbergbaukonsortiums ist, in dem BP, Consolidated Goldfields, Rio Tinto Zinc beteiligt sind.

,,Kupfer für 2 Millionen Jahre, Nahrung für 30 Mrd. Menschen", mit solchen hehren Zielen leiteten die Imperialisten vor ca. 10 Jahren eine systematische Ausforschung der Weltmeere nach deren mineralischen Rohstoffen ein. Schon damals lagen ihre wahren Absichten keinen Fingerbreit in der Sicherstellung der Ernährung der Weltbevölkerung, sondern in der Sicherstellung ihrer Höchstprofite, die sie aus der Ausbeutung der Dritten Welt zogen und wo ihnen durch den Kampf der Völker Indochinas gerade lebhaft die Vergänglichkeit dieser Lage demonstriert wurde.

Mehr zwischen den Zeilen findet man denn auch ihre wahren Absichten. ,,Wer immer als erster einen Weg findet, die Knollen wirtschaftlich zu fördern, wird nicht nur seinen Profit machen, der wird auch das Gleichgewicht des Welthandels ändern," meldete das ,,Bulletin" in Sydney, Australien, am 8.1.77. Das trifft die Sache schon eher.

Die Abhängigkeit der Imperialisten von den Rohstoffeinfuhren aus der Dritten Welt aufheben, um so den Zusammenschluß der 3. Welt unterminieren zu können, das ist das Interesse der Imperialisten am Meeresbergbau.

48% der Weltreserven an Kupfer, 26% bei Titan, 37% bei Mangan, 67% bei Kobalt, alle lagern sie in den Ländern der Dritten Welt. Das treibt die Imperialisten schier zum Wahnsinn, zumal die letzten drei Rohstoffe wichtige strategische Mineralien sind und für die Produktionen der Imperialisten unverzichtbar.

Auf 1,5 Billionen Tonnen schätzen sie die Menge der im Pazifik lagernden Manganknollen, bei einem durchschnittlichen Kupferanteil von 0,5% wären das allein 7,5 Mrd. Tonnen Kupfer, 20 mal so viel wie die derzeit bekannten Vorräte an Kupfer zu Lande. Den geschätzten Manganvorräten im Pazifik von ca. 300 Mrd. Tonnen stehen Vorräte auf dem Land von ca. 1,9 Mrd. Tonnen gegenüber.

Es versteht sich, daß alle Imperialisten hinter diesen Reichtümern herjagen und untereinander in heftigsten Konkurrenzkämpfen stehen. Kann sich doch jeder einzelne von ihnen ausrechnen, einen gewaltigen Schnitt gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten zu machen, gelingt es ihm zuerst, diese Vorräte zu fördern und zu verarbeiten. Das ist genau auch der Grund, warum die Einheit der Dritten Welt auf den Seerechtskonferenzen stärker ist als alle Versuche der Imperialisten, gemeinsam die Dritten Welt zu erpressen.

So haben die westdeutschen Imperialisten, die sich in der ,,Arbeitsge-

Imperialisten schier zum Wahnsinn, zumal die letzten drei Rohstoffe wichtige strategische Mineralien sind und für die Produktionen der Imperialisten unverzichtbar.

Auf 1,5 Billionen Tonnen schätzen sie die Menge der im Pazifik lagernden Manganknollen, bei einem durchschnittlichen Kupferanteil von 0,5% wären das allein 7,5 Mrd. Tonnen Kupfer, 20 mal so viel wie die derzeit bekannten Vorräte an Kupfer zu Lande. Den geschätzten Manganvorräten im Pazifik von ca. 300 Mrd. Tonnen stehen Vorräte auf dem Land von ca. 1,9 Mrd. Tonnen gegenüber.

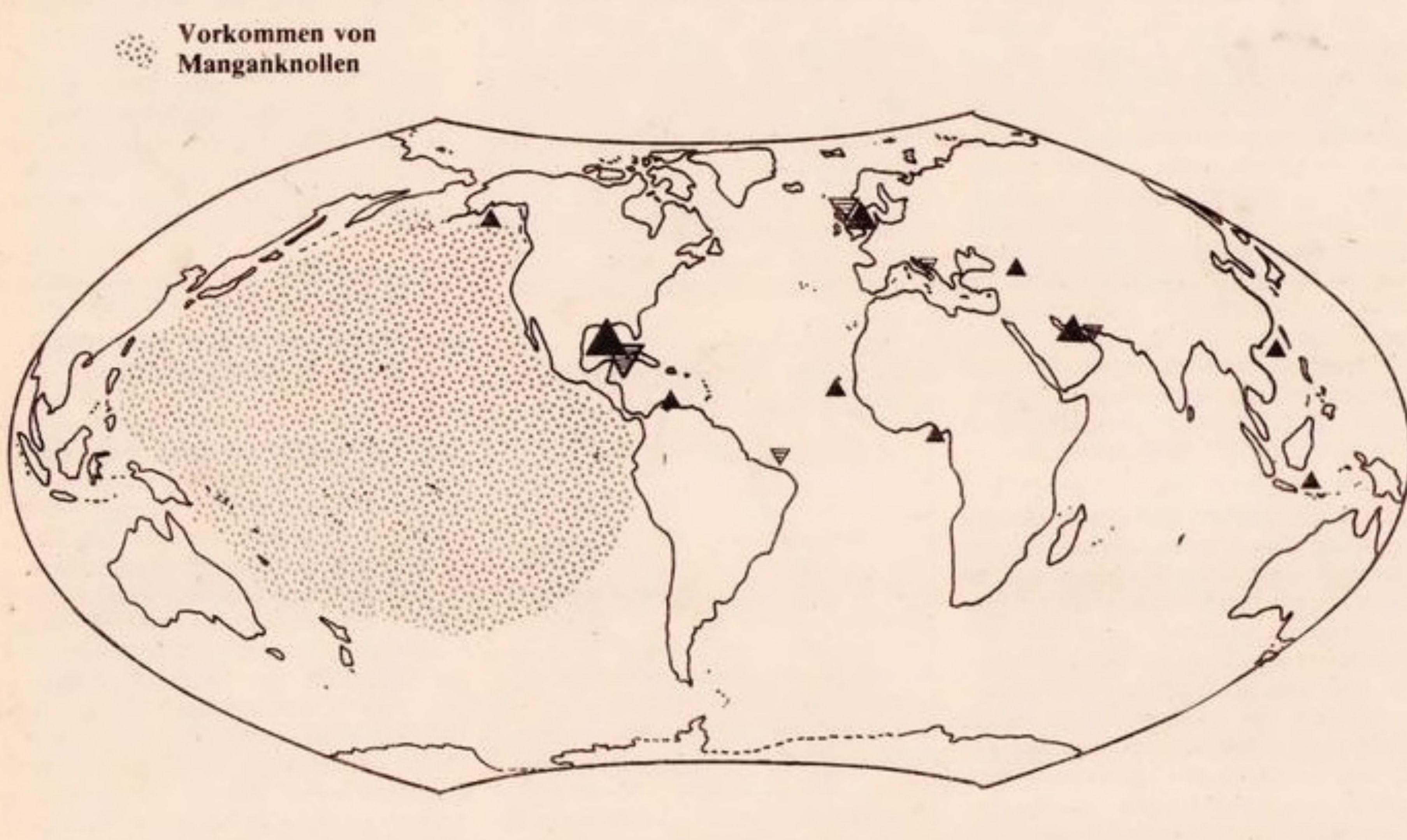
Es versteht sich, daß alle Imperialisten hinter diesen Reichtümern herjagen und untereinander in heftigsten Konkurrenzkämpfen stehen. Kann sich doch jeder einzelne von ihnen ausrechnen, einen gewaltigen Schnitt gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten zu machen, gelingt es ihm zuerst, diese Vorräte zu fördern und zu verarbeiten. Das ist genau auch der Grund, warum die Einheit der Dritten Welt auf den Seerechtskonferenzen stärker ist als alle Versuche der Imperialisten, gemeinsam die Dritten Welt zu erpressen.

So haben die westdeutschen Imperialisten, die sich in der ,,Arbeitsge-
meinschaft meerestechnisch gewinnbarer Rohstoffe" (AMR) zusammengeschlossen haben – u.a. finden sich dort die Metallgesellschaft, die Preussag, die Salzgitter AG wieder – sich seit einiger Zeit mit japanischen und kanadischen Firmen zu dem ,,INCO"-Konsortium zusammengeschlossen, das bereits 1977 mit dem Spezialschiff SEDCO 445 den ersten Manganknollenabbau im Pazifik begonnen hat. Gleichzeitig haben sie im April dieses Jahres das Spezialschiff ,,Sonne" in Dienst gestellt, mit dem sie nach Aussagen von Forschungsminister Hauff planen, rasch auf eine jährliche Förderung von 3 Mio. Tonnen Manganknollen jährlich zu kommen, was die ,,Schwelle der Wirtschaftlichkeit" darstellen soll, also die Menge, ab der die Imperialisten auf Profite hoffen.

Damit sie auf diesem Weg rasch vorankommen, will die Bundesregierung ihre Unterstützung in den nächsten Jahren kräftig ausweiten: nach 102 Mio. DM für Meeresforschung und Meerestechnik sollen 1979 156,3 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden (1975: 75 Mio. DM). ,,Energische Anstrengungen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zur Wahrung der deutschen Wirtschaftsinteressen" forderten noch im September des Jahres die 13 Industrie- und Handelskammern der Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen.

So ungebrochen die Absicht der Imperialisten ist, sich die Reichtümer der Meere unter den Nagel zu reißen und mittels dieser Kontrolle die dritte Welt zu erpressen und zu spalten, so unsicher sind ihre Aussichten: bis jetzt hat sich noch jeder Versuch einer Förderung der Manganknollen im größeren Maßstab als ein Fehlschlag herausgestellt, waren die Imperialisten nicht in der Lage, die Produktionsprobleme zu lösen. Gleichzeitig sinkt ihr Vertrauen, die Dritte Welt überrumpeln zu können im direkten Angriff. Forschungsminister Hauff erklärte dann auch im April 78, die Bundesregierung sei bereit, ,,Entwicklungsländern das ,Know how' der maritimen Rohstofförderung ... zu vermitteln und bei der Ausbildung entsprechenden wissenschaftlichen Personals Hilfestellung zu leisten". Auf leisen Sohlen kommt hier die ,,freundschaftliche" Erwürgung, weil der offene Angriff gescheut wird. Auch den US-Imperialisten ist bei ihrem neuesten Versuch mit Glomar Explorer nicht ganz wohl. Ein Gesetz, daß derzeit im Kongreß beraten wird und das für solche ,,Eigenmächtigkeiten" auch formell die Handhabe bieten soll, enthält trotz allen Drängens von Lockheed, Kennecott Coppers u.a. keinerlei Versicherung für den Fall, daß die Seerechtskonferenz diesen Abbau stoppen sollte und die beteiligten Firmen ihre Produktion einstellen müssen. Die US-Banken aber wollen eine solche Garantie, bevor sie ihr Kapital in den Meeresbergbau stecken wollen. ,,Firms unhappy", die Kapita-

cher sind ihre Aussichten: bis jetzt hat sich noch jeder Versuch einer Förderung der Manganknollen im größeren Maßstab als ein Fehlschlag herausgestellt, waren die Imperialisten nicht in der Lage, die Produktionsprobleme zu lösen. Gleichzeitig sinkt ihr Vertrauen, die Dritte Welt überrumpeln zu können im direkten Angriff. Forschungsminister Hauff erklärte dann auch im April 78, die Bundesregierung sei bereit, ,,Entwicklungsländern das ,Know how' der maritimen Rohstofförderung ... zu vermitteln und bei der Ausbildung entsprechenden wissenschaftlichen Personals Hilfestellung zu leisten". Auf leisen Sohlen kommt hier die ,,freundschaftliche" Erwürgung, weil der offene Angriff gescheut wird. Auch den US-Imperialisten ist bei ihrem neuesten Versuch mit Glomar Explorer nicht ganz wohl. Ein Gesetz, daß derzeit im Kongreß beraten wird und das für solche ,,Eigenmächtigkeiten" auch formell die Handhabe bieten soll, enthält trotz allen Drängens von Lockheed, Kennecott Coppers u.a. keinerlei Versicherung für den Fall, daß die Seerechtskonferenz diesen Abbau stoppen sollte und die beteiligten Firmen ihre Produktion einstellen müssen. Die US-Banken aber wollen eine solche Garantie, bevor sie ihr Kapital in den Meeresbergbau stecken wollen. ,,Firms unhappy", die Kapita-
listen sind unglücklich, kommentierte die ,,Financial Times of Canada" diese Lage. Es sieht so aus, als ob die Zukunft des Meeresbergbaus nicht in den Händen der Imperialisten liegt. Das wäre dann nicht der einzige Fall, wo das so wäre.



,,Neue Pazifik-Doktrin": US-Kapital nach Taiwan

z.anb. Am 21. Oktober war in der Zeitung ,,Japan Times" folgende winzige Meldung zu lesen: Der Gouverneur der Zentralbank Taiwans, Yu Kuo Hua teilte mit, der Kurs des Neuen Taiwan Dollars ,,dürfe" in wenigen Wochen freigegeben werden. Im Juli war die Währung Taiwans gegenüber dem US-Dollar um 5,26% aufgewertet worden, statt 38 mußte man für einen US-Dollar nur noch 36 Neue Taiwan Dollars (NTD) hinlegen. Gleichzeitig hieß es, der gegenwärtige ,,Exportboom" taiwanesischer Waren werde durch diese Aufwertung sowie eventuelle weitere nicht beeinträchtigt.



Über ,,Mangel an jungen Arbeitskräften, vor allem weiblichen" klagen die US-Monopole. Die Schulpflicht der Jugend auf Taiwan endet mit dem 12. Lebensjahr.

,,Trotz Importbeschränkungen der meisten Industriestaaten ist es Taiwan gelungen, die Verluste mehr als aufzuwiegen durch Erhöhung der Preise und Verbesserung der Qualität der Produkte... Die unterbewerteten taiwanesischen Waren haben in nahezu allen Exportzweigen ihre Konkurrenzfähigkeit wiedererlangt." (Japan Times) Taiwan exportiert zu 90% Industriegüter (elektronische und elektrotechnische Produkte, und landwirtschaftliche Produkte wie Reis, Holz, Tee, Tabak, Bananen, Zucker und Obstkonserven. Die natürlichen Rohstoffvorkommen von Aluminium über Posphat bis zum Erdöl werden im Land verarbeitet und als Halbwaren oder Fertigprodukte exportiert.

In den ersten 8 Monaten dieses Jahres sind die US-Investitionen um 94% angestiegen, sie betrugen 31 Mio US-Dollar. Dieses Kapital ist in Neuen Taiwan Dollars profitlicher angelegt als in entwerteten US-Papierdollars. Es wird verwandelt in modernste Produktionsanlagen zur Auspressung der chinesi-

Über ,,Mangel an jungen Arbeitskräften, vor allem weiblichen" klagen die US-Monopole. Die Schulpflicht der Jugend auf Taiwan endet mit dem 12. Lebensjahr.

,,Trotz Importbeschränkungen der meisten Industriestaaten ist es Taiwan gelungen, die Verluste mehr als aufzuwiegen durch Erhöhung der Preise und Verbesserung der Qualität der Produkte... Die unterbewerteten taiwanesischen Waren haben in nahezu allen Exportzweigen ihre Konkurrenzfähigkeit wiedererlangt." (Japan Times) Taiwan exportiert zu 90% Industriegüter (elektronische und elektrotechnische Produkte, und landwirtschaftliche Produkte wie Reis, Holz, Tee, Tabak, Bananen, Zucker und Obstkonserven. Die natürlichen Rohstoffvorkommen von Aluminium über Posphat bis zum Erdöl werden im Land verarbeitet und als Halbwaren oder Fertigprodukte exportiert.

In den ersten 8 Monaten dieses Jahres sind die US-Investitionen um 94% angestiegen, sie betrugen 31 Mio US-Dollar. Dieses Kapital ist in Neuen Taiwan Dollars profitlicher angelegt als in entwerteten US-Papierdollars. Es wird verwandelt in modernste Produktionsanlagen zur Auspressung der chinesi-
schen Volksmassen auf Taiwan, das sind 16 Millionen. Das ,,durchschnittliche Familieneinkommen", eine statistische Größe, in die die Rentiers und Couponschneider des US-Finanzkapitals miteinfließen, wird mit 300 US-Dollar im Monat angegeben. Solche Zahlen deuten auf Freibeutermethoden des imperialistischen Kapitals hin, sie ermöglichen solch hohe Extraprofite, daß selbst die Verteuerung der taiwanesischen Exporte den Geldsack nicht schrumpfen lassen.

Erkauft worden ist dieser kapitalistische Profitboom durch eine Staatsverschuldung an die US-Finanzbourgeoisie von 1,73 Mrd. US-Dollar. Die taiwanesische Regierung ist der drittgrößte Kreditnehmer der US-Imperialisten. Der gewaltige Stachel des Extraprofits war die Triebkraft dafür, daß die neun staatlichen Konzerne, die die gesamte Schlüsselindustrie kontrollieren, mit weiteren 760 Mio.Dollar an ,,privaten" Bankanleihen gemästet werden. Der staatliche Energiekonzern Taipower z.B. ist der größte ,,Individualschuldner" der US-Eximbank. 1,11 Mrd. Dollar sind ihm zugewiesen für den Ausbau von Kernenergieanlagen. ,,Im eigentlichen Sinne" sei Taiwan nicht mehr als Entwicklungsland zu bezeichnen, lautet die Einschätzung der westdeutschen ,,Bundesstelle für Außenhandelsinformationen". Klar, bei einem Land der dritten Welt ist ein Industriewachstum von 18% innerhalb eines Jahres selten. Weniger selten ist die gleichzeitige Ruinierung der Landwirtschaft, die laut Statistik um 3% ,,wächst", sie wird vollständig dem imperialistischen Kapital unterworfen, um die landwirtschaftlichen Exporte als Spaltkeil gegen den Kampf der Länder der dritten Welt um vernünftige Weltmarktpreise einzusetzen.

Nahezu 40% aller Exporte gehen in die USA, das sind Waren im Wert von 3,6 Mrd. Dollar, es folgen Japan (1,1 Mrd.), Hongkong (634 Mio.) und die BRD (414 Mio. Dollar). Die Währungsreserven der taiwanesischen Zentralbank sind zu einem Krebsgeschwulst von 6 Mrd. angewachsen. 4 Mrd. werden in die Finanzierung von ,,Großprojekten" gesteckt, ergänzt durch weitere 1,5 Mrd. Dollar von US-Bankmonopolen, um die gesamte Produktion des Landes auf die Bedürfnisse der imperialistischen Kriegsvorbereitung der US-Supermacht auszurichten: ein Industriezentrum im Norden mit 300 bis 400 Betrieben für 40000 Arbeitskräfte, eines im Süden für 50000 Arbeitskräfte, Ausbau des Hafens von Kaohsiung im Süden zum zweitgrößten Containerhafen der Welt, Bau von acht 100000 t-Frachtern im neugebauten Trockendock, das alles sind Etappen auf dem Weg der Exportoffensive der USA in Asien.

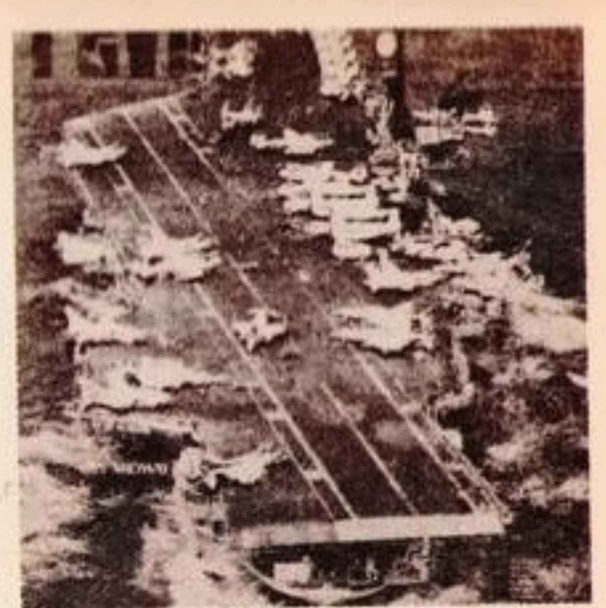
Gestützt auf die reaktionären bürgerlichen Kräfte der Kuomintang, die die chinesischen Volksmassen auf Taiwan vollständig dem Kommando des US-Finanzkapitals unterworfen haben, baut die US-Supermacht die militärische Bastion im Pazifik aus. Erstmals werden jetzt 48 Jagdbomber des Typs ,,Northrop" von den USA direkt an Taiwan geliefert. Noch im Juli dieses Jahres war in der US-Presse ein heuchlerisches Verwirrspiel angezettelt worden. Die von Taiwan seit 1969 geforderten F 5-Bomber würden nicht geliefert, weil man die VR China nicht verstimmen wolle. Stattdessen böte man der taiwanesischen Regierung israelische Kfir an, deren Reichweite nicht so ,,bedrohlich" für die VR China sei. Wenig später wurde im US-Kongreß jedoch betont, daß die ,,Normalisierung" der Beziehungen zur Volksrepublik ,,nicht zu Lasten unseres treuen Verbündeten Taiwan" gehen dürften.

Nach ihrer Niederlage in Indochina haben die US-Imperialisten 1975 ihre Politik in Asien einer ,,Überprüfung" unterzogen. Was dabei herausgekommen ist, liest sich so: ,,In einer moder-



Jahres war in der US-Presse ein heuchlerisches Verwirrspiel angezettelt worden. Die von Taiwan seit 1969 geforderten F 5-Bomber würden nicht geliefert, weil man die VR China nicht verstimmen wolle. Stattdessen böte man der taiwanesischen Regierung israelische Kfir an, deren Reichweite nicht so ,,bedrohlich" für die VR China sei. Wenig später wurde im US-Kongreß jedoch betont, daß die ,,Normalisierung" der Beziehungen zur Volksrepublik ,,nicht zu Lasten unseres treuen Verbündeten Taiwan" gehen dürften.

Nach ihrer Niederlage in Indochina haben die US-Imperialisten 1975 ihre Politik in Asien einer ,,Überprüfung" unterzogen. Was dabei herausgekommen ist, liest sich so: ,,In einer moder-



Die ,,Midway", einer der beiden Flugzeugträger der 7. US-Flotte im Pazifik. Durch kriegsmäßige Umrüstung soll die gesamte Stahlproduktion Taiwans auf die Reparatur und Wartung der US-Flotte ausgerichtet werden.

nen Gesellschaft bedeutet Sicherheit Entwicklung. Sicherheit ist nicht nur militärische Aufrüstung, obwohl sie diese einschließt. Sicherheit ist nicht einfach militärische Stärke, obwohl sie das auch ist. Sicherheit ist nicht militärische Aktivität im traditionellen Sinne, wenngleich sie das auch beinhaltet. Sicherheit ist Entwicklung und ohne Entwicklung gibt es keine Sicherheit." (Robert McNamara, Präsident der Weltbank, 1976)

Der US-Imperialismus als ,,asiatische Macht", das ist die Widerspiegelung der Hegemonieträume von internationalen Ausbeutern, die Taiwan in ihr neokoloniales Militärzuchthaus mit einem stehenden Heer von 340000 Mann verwandelt haben, die ihre Aggressionsabsichten erneut mit der ,,globalen Verantwortung der USA für die freie Entwicklung der Welt" rechtfertigen. Es ist offensichtlich, daß der Standpunkt der Kommunistischen Partei Chinas vollständig richtig und gerecht ist:

,,Taiwan muß unbedingt befreit werden, das ist ein Vermächtnis des Vorsitzenden Mao und des Ministerpräsidenten Tschou, ein gemeinsamer Wunsch des 800 Millionen zählenden Volkes... Wann und auf welche Art und Weise wir Taiwan befreien, das ist eine innere Angelegenheit Chinas, in die sich einzumischen niemand das Recht hat." (Peking Rundschau, 32/77)

Straßenbahnprozeß vor Staatsschutzkammer

r.gro. Nach den Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhungen der Bremer Staßenbahn AG im Winter 77 und 78 hat die Bourgeoisie 170 Verfahren eingeleitet. Verfahren sind eingestellt, in Fällen sind die Fahrpreisgegner freigesprochen worden. Bislang lautete die Anklage auf Nötigung der Straßenbahnfahrer, die allerdings in der Regel so aussagten, daß die Angeklagten freigesprochen werden mußten. Die unteren Polizeibeamten machten häufig widersprüchliche Aussagen, sogar ein Staatsanwalt beantragte seine Versetzung. Dieser Zersetzung des Staatsapparats will die Bourgeoisie jetzt mit scharfer politischer Ausrichtung gegensteuern: der Prozeß soll als Hochverratsprozeß vor der Staatsschutzkammer des Oberlandesgerichts Hamburg fortgesetzt werden. Die Anklage lautet auf versuchte Nötigung verfassungsmäßiger Organe. 1952, nach den Streiks gegen das Betriebsverfassungsgesetz und 1956 beim KPD-Verbot wurde zuletzt mit diesem Paragraphen versucht, den politischen Kampf gegen die Regierung zu unterdrücken. Bürgermeister Koschnick, der mit seinem 9-Punkte-Programm die Säuberung des öffentlichen Dienstes ausdehnen will, ist mit diesem Prozeß ebenfalls Vorreiter für die Bourgeoisie. Die ab 1979 fehlenden 115 Mio. DM aus der Lohnsummensteuer will die Regierung sich jetzt aus dem Volk holen.

Albrechts neuer Innenminister will auf Nummer sicher gehen

r.mab. Für „Fälle, in denen eine Lösung oder eine Sicherung unserer Sicherheit, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht anders möglich ist als durch Einsatz solcher Waffen“, läßt die niedersächsische Landesregierung gegenwärtig auf der Grundlage eines Referentenentwurfes ein neues Polizeigesetz vorbereiten, in dem laut Innenminister Möcklinghoff „die Rechtsgrundlage“ dafür geschaffen werden soll, Handgranaten und Maschinengewehre durch die Polizei einzusetzen. Neu, so ein Polizeibeamter, sei diese Fragestellung nicht, sondern alt, denn: „Die Polizei hat schon seit Aufstellung der Bereitschaftspolizei diese Geräte, Maschinengewehre und Handgranaten.“ Worum geht es also? „... man muß sich überlegen, gegen wen solche Waffen eingesetzt werden können. Natürlich nur gegen aufständische Menschenmengen, und ich bin der Meinung, daß wir dann eine militärische Situation haben, die nicht mehr polizeilichen Charakter hat“, äußert sich Staatsrechtler Professor Schneider, ein „Kritiker“ dieses Entwurfs, der gleich den Einsatz der Armee befürwortet. Vehement bestreitet Möcklinghoff diese „Interpretation“. Wieso eigentlich? Die Aufrüstung ge-

Kloses „Vorstoß“ gegen den „Radikalenerlaß“ bedeutet schärfere Bespitzelung

Ersatzlose Streichung des Ministerpräsidentenerlassses von 1972 wird gefordert

r.suo. Hamburg. Auf den Straßen und Plätzen in Hamburg werden Unterschriften gesammelt. Die CDU sammelt gegen die angebliche „Liberalisierung“ im öffentlichen Dienst und „gegen die Öffnung der Schulen für kommunistische Lehrer“. Die SPD sammelt „Für Toleranz, Freiheit und Demokratie! Für die Korrektur der Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst!“ Mit diesen Scheingefechten sollen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und die Volksmassen gespalten und in ein Manöver geführt werden. Das Manöverziel ist gesetzlich im neuen Hamburger Verfassungsschutzgesetz schon festgelegt: Jeder Beschäftigte im öffentlichen Dienst soll zur Spitzeltätigkeit verpflichtet werden. Auf diese Weise kann sich dann der Hamburger Senat die Einschaltung des Verfassungsschutzes sparen. Gleichzeitig kann der Verfassungsschutz jederzeit zugezogen werden, wenn der Staatsapparat dies für erforderlich hält. Kloses Vorschlag enthält dies und er lautet: „1. Für jeden Bewerber und Mitarbeiter gilt die positive Vermutung der Verfassungstreue. 2. Diese Vermutung kann nur durch aktives Handeln gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung widerlegt werden. Das bedeutet, daß Mitgliedschaft einschließlich Funktion in einer Organisation für sich genommen für die Ablehnung eines Bewerbers oder für die Entlassung nicht ausreicht. Entscheidend ist das persönliche Verhalten, also z.B. konkret verfassungsfeindliche Propaganda oder einseitige ideologische Beeinflussung am Arbeitsplatz oder die Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. 3. Grundlage der Beurteilung des Verhaltens sind nur solche Tatsachen, die der Einstellungsbehörde ohne besondere Ermittlungen während der Probezeit bekanntgeworden sind. Eine routinemässige Anfrage beim Verfassungsschutz wird nicht vorgenommen.“

In den Punkten 4-6 hält Klose fest, daß bei Richtern, Staatsanwälten, Polizei, Strafvollzug und der Dienstaufsicht selbstverständlich die Einstellung über den Verfassungsschutz läuft, daß auch jeder Minister entscheiden kann, falls erforderlich, die professionellen Spitzel einzusetzen und daß die nach „besonderen Richtlinien durchzuführende Sicherheitsüberprüfung“ von seinem ganzen Vorschlag sowieso unberührt bleiben. Unter diesen Vorschlag des Bürgermeisters sammeln die GEW, die IG Drupa, HBV, Landesjugendring Hamburg, ASTA der Universität Hamburg und die Schülerkammer Hamburg Unterschriften. Zusätzlich fordert die GEW in einem Flugblatt: „Die bisher ausgesprochenen Berufsverbote und die eingeleiteten Verfahren sind aufzuheben, vom Senat eingelegte Beschwerden und Revisionen zurückzuziehen. Der Hamburger Senatsbeschluß vom 23.November 1971, der Ministerpräsidentenbeschluß und die Hamburger Verfahrensrichtlinien sind aufzuheben ... Sie lehnt Vorschläge ab, die eine Verlängerung der Probezeit und eine Verschärfung des Disziplinarrechts bedeuten.“

Diese Forderungen zu erheben, ist richtig und man wird mit ihnen messen können, wie weit es mit dem „Gesinnungswandel“ bei dem Hamburger SPD-Senat geht. Die GEW stellt aber diese Forderungen auf, um die Forderungen, die in den letzten Jahren immer stärker erhoben wurden, unter den Tisch fallen zu lassen: Weg mit den Berufsverboten! Weg mit dem Beamtenrecht, weg mit dem besonderen Dienstrecht im öffentlichen Dienst! Streikrecht im öffentlichen Dienst! Weg mit dem KPD-Verbot! Frister, GEW Vorsitzender, geht es nur um die *Form* der Säuberung des öffentlichen Dienstes: „Offensichtlich fügt die gegenwärtige *Form* der Abwehr möglicher Verfassungsfeinde unserer Demokratie mehr Schaden zu, als dies einige hundert abgelehnte Bewerber bei ihrer Einstellung in den öffentlichen Dienst hätten jemals verursachen können.“

Dieser „Schaden“ ist die Front für politische Freiheiten im öffentlichen Dienst und die Spaltung des öffentlichen Dienstes in Beschäftigte und Dienstaufsicht. Klose will Spaltung in die Belegschaften treiben und so im zweiten Anlauf vorankommen in der Ausrichtung des Staatsapparates auf Reaktion und Krieg.

Er kann dabei nicht nur auf die Unterstützung durch sozialdemokratische Gewerkschaftsführer rechnen. Aus Kreisen des KB Nord und anderer Opportunisten verlautet, daß Klose beliebter würde. Es sollen auch schon artige Bittbriefe an ihn gegangen sein. Es kann schon sein, daß Lehrer aus diesem Umkreis, die bisher die Hosen voll hatten, jetzt die Schleimscheißerei kriegen und bei der SPD unterschlüpfen wollen. Mag sein, daß die Bourgeoisie damit gerechnet hat und nicht von ungefähr zum zweiten Mal der Hamburger SPD-Senat Vorreiter spielt. Im November 1971 hatte er als erstes Bundesland den Radikalenerlaß beschlossen. Am 28.Januar 1972 folgten die anderen Ministerpräsidenten.

Die Erfolgsaussichten für das reaktionäre Manöver von Klose mag er sich ausrechnen nach den Erfahrungen mit dem Berufsverbot gegen Sabine Dege. Eltern und Schüler wollen Sabine Dege als Lehrerin behalten. Auf einem Aufkleber erscheint Klose in Engelsgewand mit Teufelshörnern und Pferdefuß, mit Friedensfahne und Radikalenschwert. Darunter sind die kämpfenden Schüler gezeichnet mit ihren Forderungen.



r.red. Northeim. Mehr als 200 Schüler demonstrierten am 27.10. gegen den Ausbau der Friedrichstraße. Im Rahmen des Ausbaus der B3 soll der Verkehr über 3 Tangenten an der Northeimer Innenstadt vorbeigeleitet werden, um der „schwierigen Verkehrssituation“ Herr zu werden, also zwecks schnellerem Kapitalumschlag. 400 Bürger haben sich dagegen ausgesprochen, daß die Osttangente durch ihr Wohngebiet geführt wird. Die Tangente mußte verlegt werden. Die Schüler sind der Auffassung, daß durch den Bau des Südrings als Hauptverkehrsader „Kinder, krankmachenden Lärm und Abgasen ausgesetzt werden“. Außerdem drohe „täglich tödliche Gefahr auf dem Schulweg“. Der Südring soll direkt am Gymnasium vorbeiführen. Auf große Sympathie stieß die Demonstration bei der Bevölkerung. 15 Lehrer beteiligten sich an der Demonstration. Der Elternrat des Gymnasiums unterstützt die Forderung der Schüler. Auf einem Transparent bei der Demonstration war zu lesen: „In Dreck und Stank erstickt man bald, die Bonzen wohnen fein am Wald“. Über 1500 Unterschriften haben die Schüler gegen den Bau des Südringes gesammelt.

„Morgenthau-Plan“ für den Kreis Lippe

Produktion unternehmen.“ Es muß bensbedingungen‘ werden in abwande- haupt nur dreimal am Tag erreichbar.

Albrechts neuer Innenminister will auf Nummer sicher gehen

r.mab. Für „Fälle, in denen eine Lösung oder eine Sicherung unserer Sicherheit, unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht anders möglich ist als durch Einsatz solcher Waffen“, läßt die niedersächsische Landesregierung gegenwärtig auf der Grundlage eines Referentenentwurfes ein neues Polizeigesetz vorbereiten, in dem laut Innenminister Möcklinghoff „die Rechtsgrundlage“ dafür geschaffen werden soll, Handgranaten und Maschinengewehre durch die Polizei einzusetzen. Neu, so ein Polizeibeamter, sei diese Fragestellung nicht, sondern alt, denn: „Die Polizei hat schon seit Aufstellung der Bereitschaftspolizei diese Geräte, Maschinengewehre und Handgranaten.“ Worum geht es also? „... man muß sich überlegen, gegen wen solche Waffen eingesetzt werden können. Natürlich nur gegen aufständische Menschenmengen, und ich bin der Meinung, daß wir dann eine militärische Situation haben, die nicht mehr polizeilichen Charakter hat“, äußert sich Staatsrechtler Professor Schneider, ein „Kritiker“ dieses Entwurfs, der gleich den Einsatz der Armee befürwortet. Vehement bestreitet Möcklinghoff diese „Interpretation“. Wieso eigentlich? Die Aufrüstung ge-

gen die Volksmassen ist doch schon längst nicht mehr unter dem Deckmantel gegen sog. gefährliche Terroristen zu vertuschen; sicherer wird dadurch die Herrschaft der Bourgeoisie nicht – im Gegenteil.

Mitgliedschaft einschließlich Funktion in einer Organisation für sich genommen für die Ablehnung eines Bewerbers oder für die Entlassung nicht ausreicht. Entscheidend ist das persönliche Verhalten, also z.B. konkret verfassungsfeindliche Propaganda oder einseitige ideologische Beeinflussung am Arbeitsplatz oder die Befürwortung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. 3. Grundlage der Beurteilung des Verhaltens sind nur solche Tatsachen, die der Einstellungsbehörde ohne besondere Ermittlungen während der Probezeit bekanntgeworden sind. Eine routinemässige Anfrage beim Verfassungsschutz wird nicht vorgenommen.“

In den Punkten 4-6 hält Klose fest, daß bei Richtern, Staatsanwälten, Polizei, Strafvollzug und der Dienstaufsicht selbstverständlich die Einstellung über den Verfassungsschutz läuft, daß auch jeder Minister entscheiden kann, falls erforderlich, die professionellen Spitzel einzusetzen und daß die nach „besonderen Richtlinien durchzuführende Sicherheitsüberprüfung“ von seinem ganzen Vorschlag sowieso unberührt bleiben. Unter diesen Vorschlag des Bürgermeisters sammeln die GEW, die IG Drupa, HBV, Landesjugendring Hamburg, ASTA der Universität Hamburg und die Schülerkammer

r.red. Northeim. Mehr als 200 Schüler demonstrierten am 27.10. gegen den Ausbau der Friedrichstraße. Im Rahmen des Ausbaus der B3 soll der Verkehr über 3 Tangenten an der Northeimer Innenstadt vorbeigeleitet werden, um der „schwierigen Verkehrssituation“ Herr zu werden, also zwecks schnellerem Kapitalumschlag. 400 Bürger haben sich dagegen ausgesprochen, daß die Osttangente durch ihr Wohngebiet geführt wird. Die Tangente mußte verlegt werden. Die Schüler sind der Auffassung, daß durch den Bau des Südrings als Hauptverkehrsader „Kinder, krankmachenden Lärm und Abgasen ausgesetzt werden“. Außerdem drohe „täglich tödliche Gefahr auf dem Schulweg“. Der Südring soll direkt am Gymnasium vorbeiführen. Auf große Sympathie stieß die Demonstration bei der Bevölkerung. 15 Lehrer beteiligten sich an der Demonstration. Der Elternrat des Gymnasiums unterstützt die Forderung der Schüler. Auf einem Transparent bei der Demonstration war zu lesen: „In Dreck und Stank erstickt man bald, die Bonzen wohnen fein am Wald“. Über 1500 Unterschriften haben die Schüler gegen den Bau des Südringes gesammelt.

„Morgenthau-Plan“ für den Kreis Lippe

r.mal. Systematisch geht das Finanzkapital und ihr geschäftsführender Ausschuß, die sozialdemokratisch geführte Landesregierung daran, den Kreis Lippe zu veröden. Der Landesentwicklungsplan I/II sieht für Ostwestfalen zwei „solitäre Verdichtungsgebiete“, Bielefeld und Paderborn, vor, alles andere ist „ländliche Zone“. „Boshafte Zungen“ sollen ihn schon „Morgenthau-Plan“ genannt haben. (Lipp. Rundschau).

Eine Broschüre über landwirtschaftliche Struktur und Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Detmold 1973 zeigt, wie das Bauernlegen bereits in den Jahren 1960 bis 1971 betrieben wurde: Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe fiel in diesem Zeitraum von 834 auf 327. Betroffen waran fast ausschließlich Betriebe von 5 bis 20 ha. Größe. Die landwirtschaftliche Fläche ging im selben Zeitraum von 6075 ha. auf 5537 ha. zurück, wobei die Fläche der Betriebe mit 30 ha. bis 50 ha. und mehr sogar zunahm. Von 1961 bis 1970 nahm der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am „Bruttoinlandprodukt“ überall im Regierungsbezirk ab, „am stärksten im Kreis Lippe mit 57% der Ausgangszahl auf 4,6% Beteiligung.“ (Strukturdaten Kreis Lippe, Herausgeber: Oberkreisdirektor Lotz) Der Anteil wurde damit auf den Regierungsbezirks-Durchschnitt heruntergebracht. Damit nicht genug: In o.a. Broschüre für die Stadt Detmold wird bereits von weiteren „Betriebsaufgaben“ ausgegangen, „da der Einkommensabstand zum erforderlichen Mindesteinkommen bereits z.Z. zu groß ist.“ „Die verbleibenden Haupterwerbsbetriebe werden verstärkt Anstrengungen zur Rationalisierung und Ausweitung der Produktion unternehmen.“ Es muß das „bedingte Bedürfnis nach großen, nicht durch Wege, Straßen, Hecken und Gewässer geteilten Flächen Berücksichtigung finden.“

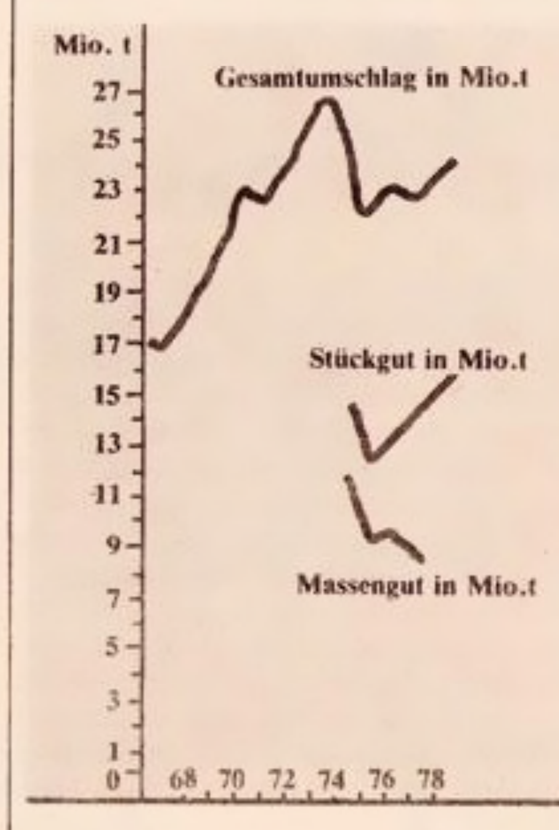
Die lippische Industrie ist ausgesprochen mittelständisch und konzentriert sich mit 34% der Beschäftigten auf die Holzver- und -bearbeitung. Es gibt einen Auspendlerüberschuß von ca. 10000 (1970: ca. 8500). Das Strukturprogramm der SPD-Lippe gibt als Ziel an: Arbeitsplatzsicherung durch Stärkung heimischen Gewerbes und heimische Industrie. Industriegelände müsse von den Gemeinden deshalb „möglichst preisgünstig angeboten“ werden. Im Juni 1978 hat der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftsstruktur in Bonn die Förderpräferenz für Betriebserweiterungen und -gründungen in Lippe von 15 auf 20% heraufgesetzt. Bevor der Kreis Lippe zum totalen Ödland geworden ist, soll den Kapitalisten noch schnell die Möglichkeit des Extraprofits verschafft werden.

Der Ausbau des Straßennetzes bringt den Kapitalisten gleich mehrere Vorteile: Die Transportkosten werden gesenkt – z.B. schafft die geplante A5 eine direkte Nord-Südverbindung Bremen-Gießen. Außerdem wird sie den britischen Besatzern ihr Hauptquartier in Bad Oeynhausen mit dem Süden verbinden. Die Bauern werden weiter gelegt. – „Die Ausführung der geplanten Autobahn Bremen-Gießen dürfte zur Regelung der voraussichtlich starken Durchschneidungsschäden eine Flurbereinigung in den betroffenen Ortsteilen auslösen.“ (o.a. Broschüre für Detmold) Die „Mobilität“ der Arbeiter wird erhöht. – Ziel der lippischen SPD: „,Gleichwertige Lebensbedingungen‘ werden in abwanderungsgefährdeten, strukturschwachen Gebieten auch durch Erleichterung des Pendelns, durch Verbesserung der Straßenverhältnisse und des Personenverkehrs mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht.“ Die öffentlichen Verkehrsmittel werden tatsächlich gerade dazu ausgebaut, um die Massen der Lohnabhängigen schneller und weiter verschieben zu können. Alles andere verrottet, wird stillgelegt, nicht ausgebaut. Die Dörfer werden regelrecht von den Städten abgekapselt. Wer z.B. werktags abends von Detmold nach Schlangen will, muß sich schon ein Taxi nehmen, wenn er kein Auto hat. Orte wie Feldrom sind überhaupt nur dreimal am Tag erreichbar.

Gegen den Bau der A5 hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Neben landwirtschaftlicher Nutzfläche werden mit dem Bau dieser Autobahn große Flächen Wald zerstört und für die Massen unnutzbar gemacht. Weiter führt die Bürgerinitiative aus, daß die Wasserwirtschaft des ostwestfälischen Raums erheblich getroffen wird. Versickerungsflächen werden entzogen und Vorfluter belastet. Die Heilbäder, an denen die A5 vorbeiführt, werden durch den Straßenlärm belästigt und so in ihrer Existenz bedroht. Die Bürgerinitiative hat bisher über 2000 Unterschriften gegen den Bau der A5 gesammelt.

Antiimperialistischer Brief trifft den Gegner

r.gör. Vor etwa einem halben Jahr hatten 10 Soldaten aus der Hammersteinkaserne (Wesendorf) in einem Brief an die Bundesregierung deren Unterstützung der Kolonialregime im südlichen Afrika angegriffen und gefordert: „Wir Soldaten der 3.11. sind der Meinung, daß die Bundesregierung die Beschlüsse der UNO einzuhalten hat und den Anträgen der Länder der Dritten Welt zustimmen muß. Vor allem heißt das zur Zeit: Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung! Herausgabe der beschlagnahmten Gelder der ZANU!“ Der Brief hat ein Beispiel für die antiimperialistische Haltung in der Bundeswehr gegeben. Das trifft die Bourgeoisie. Bundeswehreinsatz in Namibia ist konkret geplant. Mit antiimperialistischen Soldaten kann die Bourgeoisie ihre Profitquellen nicht verteidigen. Darum (Begründung: die Bundesregierung sei „*diffamiert*“ worden) wurden jetzt gegen sieben von den zehn Soldaten, die noch in der Kaserne sind, Disziplinarstrafen (verschärften Arrest zwischen 7 und 18 Tagen) verhängt. Schreckt das? Nein, die Zersetzung der imperialistischen Armee schreitet voran, die Verfasser des antiimperialistischen Briefes finden Unterstützung.



Kapitalisten erwarten Rekordjahr in den Bremischen Häfen

r.bis. Der Gesamtumschlag in den Bremischen Häfen hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 4,6% auf 18,09 Mio. t erhöht. Die Kapitalisten prognostizieren daraus einen Gesamtumschlag von 24,3 Mio. t und einen Stückgutumschlag von 15,2 Mio. t. Besonders bejubeln die Kapitalisten die Steigerung des Stückgutumschlages. Eine Tonne Stückgut bringt den 12fachen Wert einer Tonne Rohöl. Die Häfen sind zentrale Nervenpunkte für die Kapitalisten. Für sie sind Rekordumschlagszahlen Gradmesser für ihre Offensive auf dem Weltmarkt und bedeuten für sie höhere Profite durch die Beschleunigung des Kapitalumschlages.

Die Schwierigkeiten des Richter Sauer

b.clm. In fast allen Städten Schleswig-Holsteins sind am Wochenende Anschläge ausgehängt worden, auf denen sich Richter Sauer, Vorsitzender der Staatsschutzkammer Flensburg zum SRK-Prozeß äußert. – ,,Ich habe mir die größte Mühe gegeben, den Prozeß hinter verschlossenen Türen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen. Und behutsam für eine Verurteilung geeignete Informationen an die freie Presse gegeben.'' Das Gericht fürchtet die Öffentlichkeit, denn ,,daß alle diese Behauptungen wahr sind, tut nichts zur Sache. Meine Aufgabe ist es gerade, zu verhindern, daß Soldaten, besonders Wehrpflichtige, mit derartigen Überlegungen belastet werden. Es ist genau so, wie der Oberstaatsanwalt Dr. Jäger ausgeführt hat: ,Die Wahrheit ist zersetzend für die Truppe'''. –

Ob von Sauer selbst veranlaßt oder ihm nur aus der Seele gesprochen, Tatsache ist, das Gericht hat Schwierigkeiten mit diesem Prozeß. Über 20 Resolutionen gegen die Absichten dieses Standgerichts mußte Sauer sich im Prozeß anhören. Die Staatsschutzkammer wird nicht umhin können, die Beweisanträge der Verteidigung zu behandeln und inhaltlich Stellung zu nehmen.

Die Vernehmung des Kronzeugen, Kampfsau Schmidt, von der das Gericht mit Sicherheit inzwischen selber wünscht, sie wäre nie als Zeuge aufgestellt worden, steht am 17.11.78 noch bevor. Andere Zeugen als solch Offizierspack stehen aber nicht zur Verfügung. Ein Wehrpflichtiger hat bisher ausgesagt. Der konnte sich an nichts mehr erinnern. Grundlage für die Schwierigkeiten der Staatsschutzkammer ist: Die Spaltung der Armee in Offiziere und Mannschaften läßt sich nicht wegleugnen. Und: Die Volksmassen sind gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse, weil sie die Ziele der SRKs unterstützen. Diese öffentliche Meinung zeigt Wirkungen, wenn sie in Erscheinung tritt. Das fürchtet Sauer und da sind auch die Opportunisten gegen.

In Kiel sind sie erst gar nicht zu den Aktionseinheitsverhandlungen erschienen, in Flensburg sehen sie durch kraftvolle Aktionen ihre Bemühungen gestört, ein ,,Antirepressionskomitee'' bzw. ,,antifaschistisches Komitee'' zu gründen. ,,Resolutionen und Demonstrationen sind völlig wirkungslos. Nötig ist, daß sich demokratische Persönlichkeiten dagegen äußern'', ist die Linie des KB-Nord. Die Staatsschutzkammer ist da klarblickender. Nicht ohne Grund ist sie verzweifelt bemüht, die Öffentlichkeit auszuschließen und Kundgebungen in der Stadt verbieten zu lassen. Unter die Fittiche des ,,linken Flügels'' der sozialliberalen Koalition kann man so aber nicht fliehen. Deshalb halten die Opportunisten still.

Gericht mit Sicherheit inzwischen selber wünscht, sie wäre nie als Zeuge aufgestellt worden, steht am 17.11.78 noch bevor. Andere Zeugen als solch Offizierspack stehen aber nicht zur Verfügung. Ein Wehrpflichtiger hat bisher ausgesagt. Der konnte sich an nichts mehr erinnern. Grundlage für die Schwierigkeiten der Staatsschutzkammer ist: Die Spaltung der Armee in Offiziere und Mannschaften läßt sich nicht wegleugnen. Und: Die Volksmassen sind gegen die Wehrkraftzersetzungsprozesse, weil sie die Ziele der SRKs unterstützen. Diese öffentliche Meinung zeigt Wirkungen, wenn sie in Erscheinung tritt. Das fürchtet Sauer und da sind auch die Opportunisten gegen.

In Kiel sind sie erst gar nicht zu den Aktionseinheitsverhandlungen erschienen, in Flensburg sehen sie durch kraftvolle Aktionen ihre Bemühungen gestört, ein ,,Antirepressionskomitee'' bzw. ,,antifaschistisches Komitee'' zu gründen. ,,Resolutionen und Demonstrationen sind völlig wirkungslos. Nötig ist, daß sich demokratische Persönlichkeiten dagegen äußern'', ist die Linie des KB-Nord. Die Staatsschutzkammer ist da klarblickender. Nicht ohne Grund ist sie verzweifelt bemüht, die Öffentlichkeit auszuschließen und Kundgebungen in der Stadt verbieten zu lassen. Unter die Fittiche des ,,linken Flügels'' der sozialliberalen Koalition kann man so aber nicht fliehen. Deshalb halten die Opportunisten still.

– Man muß das tun, was die Staatsschutzkammer am meisten fürchtet: Durch Resolutionen und große Öffentlichkeit die Vernehmung der Kampfsau zum Wendepunkt in dieser ganzen Prozeßwelle machen. Und am Samstag, den 18.11.78 alle Kräfte gegen diese Prozeßwelle zusammenfassen. Deshalb rufen SRK und KBW auf zur Demonstration am 18.11.78 um 10 Uhr, Flensburg Exe.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/81 40 45

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon: 0221/72 08 76/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/53 13 48

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/38 21 68

Geschäfststelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/-6 16 04 55

Geschäfsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/-6 14 50 99

Geschäfststelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/73 02 31

Geschäfsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäfsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/1 62 79

Geschäfsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/61 18 05

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 53 13 48

HDW-Kiel: Demonstration gegen Entlassungen

Werftarbeiter können sie zum Kampf gegen die Kapitalisten nutzen.

b.joh. Am 1.11.78 haben die HDW-Kapitalisten einen weiteren Schritt zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter vollzogen: Das Großdock 8a wurde komplett in den Programmlohn übernommen. Das war der letzte Baustein, der noch gesetzt werden mußte, um im Bereich des Schiffsbaus alle Kollegen im Programm arbeiten zu lassen. Für die Kollgen bedeutete die Umstellung erst einmal Herabstufung: 21 Lohngruppen weist das Programmlohnsystem auf, damit kann geschmiert und gespalten werden. Und wer vorher Lohngruppe 7 hatte und jetzt mit 17 oder 18 eingestuft wurde, der muß schon an die hundertprozentige Programmerfüllung herankommen, um jetzt auf den gleichen Lohn zu kommen. Dann wiederum werden die Zeiten gekürzt und wenn die Kapitalisten die Arbeiter mit einer besseren Entlohnung ködern wollten: am Ende bekommen die Kollegen weniger als zuvor. Hinzu kommt: der Lohntarif der Programmlöhner ist nicht der Tarif der Metallarbeiter insgesamt. Er wird, abgespalten von den übrigen Metallern, zwischen IGM und HDW-Kapitalist besonders ausgehandelt. Gleichzeitig wird die Ausbeutung über dieses Entlohnungssystem erheblich verschärft. ,,Flüssigere Arbeitsorganisation'' füllt die letzten Poren des Tages mit Arbeit aus. Das erhöht die Profitrate der Werftkapitalisten, deren Aufschwung von 20 auf 31% von 1975 auf 1976 mit nur 2% Steigerung auf 33% auf 1977 ins Stocken geriet.

Nicht nur die Programmlöhner verspüren die Verschärfung der Ausbeutung. In der Bordmontage, wo noch der ,,normale'' Akkord vorherrscht, wird Überstunden- Nacht- und Schichtarbeit ausgeweitet. Noch schneller sollen die Schiffe fertiggestellt werden, z.B. der Bau 137, ein Containerschiff mit ca. 7500 BRT, dessen Probefahrt am 20.11. stattfinden soll und wo die Kapitalisten es sich eigens haben einfallen lassen, die zweite Schicht um 15.30 Uhr statt wie sonst üblich um 15.00 Uhr beginnen zu lassen. Das hat für sie den Vorteil, daß kein Arbeiter herumsteht und keinen Mehrwert schafft und auch noch dafür bezahlt wird. Denn um 15.30 Uhr ist erst für die Tag-Schicht Feierabend, die halbe Stunde Überschneidung, die soll weg.

Den Kampf gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen, gegen kapitalistische Rationalisierung und verschärfte Ausbeutung, den die Werftarbeiter führen, suchen die Sozialdemokraten umzumünzen in einen Feldzug für die staatliche Subventionierung der Werftkapitalisten. Klar ist, wenn aus diesen Kämpfen die Frage des Lohnes ausgeklammert wird, richtet sich jede Aktion unter solchen Vorzeichen gegen den Lohnkampf. Durch das lange Taktieren mit der staatlichen Bezuschussung wollen die Sozialdemokraten die Werftarbeiter noch von der einen zur nächsten Aktion führen, wo sie für die Vaterlandsverteidigung der Werften eintreten sollen.

Die Werftarbeiter aber haben durch ihre vergangenen Kampfaktionen schon deutlich gemacht, daß sie nicht länger bereit sind, sich das imperialistische Werftprogramm gefallen zu lassen, daß sie kämpfen wollen gegen die Kapitalisten, anstatt Subventionen für deren Exportfeldzüge zu fordern.

Die IG Metall ruft jetzt auf zu einer Demonstration gegen die Entlassungen am Dienstag in Kiel. Schon vorher hatte der Vertrauensleutekörper der HDW die Forderungen nach 35-Stunden-Woche, 30 Tage Urlaub und Herabsetzung des Rentenalters gefordert. Sicherlich werden die Gewerkschaftssozialdemokraten auf der Kundgebung und Demonstration wieder den Profit interessen der Kapitalisten das Wort reden und Subventionen fordern statt Kampfmaßnahmen gegen die Kapitalisten und die Verschärfung der Ausbeutung. Die Kollegen können die Aktion nutzen für ihre Zwecke. Sie müssen sich jetzt rasch einigen auf die Forderungen für den Lohn, um so zu den nächsten Kampfmaßnahmen gegen die Kapitalisten übergehen zu können. Der Lohnkampf ist grundlegend für den Kampf gegen die Entlassungen und gegen die kapitalistische Rationalisierung. 135 DM Festgeld, Verbot des Programmlohns und aller akkordähnlichen Löhne! Auf dieser Linie kann man die Pläne der Kapitalisten durchkreuzen.



Seit Bestehen der §218-Beratungsstelle im Haus der Familie in Kiel-Mettenhof ist diese bei den Volksmassen verhaßt und gemieden. Auch mit einem Tag der Offenen Tür und einer Propagandaveranstaltung für den §218 konnte Baier, Leiter des Hauses der Familie, die Mettenhofer nicht ködern. Weil der Kampf für die Schließung dieser Polizeispitzelstelle von den Mettenhofern unterstützt wird, hat Baier einen Prozeß gegen ein Komiteemitglied wegen Beleidigung eingeleitet, um den Kampf gegen diese Spitzelstelle zu zerschlagen. Dagegen führte das Komitee gegen den §218 am 4.11.78 eine Aktion in Mettenhof durch, bei der 44 Menschen einen Offenen Brief an Sozialminister Claussen unterschrieben, in dem die Schließung der §218-Zwangsberatungsstelle und die sofortige Einstellung des Prozesses gefordert wurde.

Umschulung in Kiel: Unterwerfung unter die Knute des Kapitals statt Ausbildung und

aus. Das erhöht die Profitrate der Werftkapitalisten, deren Aufschwung von 20 auf 31% von 1975 auf 1976 mit nur 2% Steigerung auf 33% auf 1977 ins Stocken geriet.

Nicht nur die Programmlöhner verspüren die Verschärfung der Ausbeutung. In der Bordmontage, wo noch der ,,normale'' Akkord vorherrscht, wird Überstunden- Nacht- und Schichtarbeit ausgeweitet. Noch schneller sollen die Schiffe fertiggestellt werden, z.B. der Bau 137, ein Containerschiff mit ca. 7500 BRT, dessen Probefahrt am 20.11. stattfinden soll und wo die Kapitalisten es sich eigens haben einfallen lassen, die zweite Schicht um 15.30 Uhr statt wie sonst üblich um 15.00 Uhr beginnen zu lassen. Das hat für sie den Vorteil, daß kein Arbeiter herumsteht und keinen Mehrwert schafft und auch noch dafür bezahlt wird. Denn um 15.30 Uhr ist erst für die Tag-Schicht Feierabend, die halbe Stunde Überschneidung, die soll weg.

Den Kampf gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen, gegen kapitalistische Rationalisierung und verschärfte



Seit Bestehen der §218-Beratungsstelle im Haus der Familie in Kiel-Mettenhof ist diese bei den Volksmassen verhaßt und gemieden. Auch mit einem Tag der Offenen Tür und einer Propagandaveranstaltung für den §218 konnte Baier, Leiter des Hauses der Familie, die Mettenhofer nicht ködern. Weil der Kampf für die Schließung dieser Polizeispitzelstelle von den Mettenhofern unterstützt wird, hat Baier einen Prozeß gegen ein Komiteemitglied wegen Beleidigung eingeleitet, um den Kampf gegen diese Spitzelstelle zu zerschlagen. Dagegen führte das Komitee gegen den §218 am 4.11.78 eine Aktion in Mettenhof durch, bei der 44 Menschen einen Offenen Brief an Sozialminister Claussen unterschrieben, in dem die Schließung der §218-Zwangsberatungsstelle und die sofortige Einstellung des Prozesses gefordert wurde.

Umschulung in Kiel: Unterwerfung unter die Knute des Kapitals statt Ausbildung und Förderung der Fähigkeiten der Lohnabhängigen

b.mag. Mit der 5. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes wird jetzt angestrebt, ,,die gesetzlichen Rahmenbedingungen vor allem bei der Förderung der beruflichen Umschulung und Fortbildung flexibler und geschmeidiger zu gestalten.'' (Karl Heinz Kuck, in: Arbeit und Beruf, Fachzeitschrift für die Aufgaben der BFA, 8/78, S.241) Die letzten Änderungen des AFG, insbesondere von 1975 im Rahmen des Haushaltsstrukturgesetzes, haben bewirkt, daß die Teilnehmerzahl an solchen Lehrgängen insgesamt zurückgegegangen ist (Tabelle). Verschärft wurden die Bedingungen für die Teilnahme und das Unterhaltsgeld wurde gekürzt. Weiter heißt es: es sei ,,darauf zu achten, die Förderung verstärkt auf solche Stellen zu konzentrieren, die sich mit der Qualifizierung ungelernter Arbeitsloser und mit berufsvorbereitenden Maßnahmen befassen...'' (S.243)

Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in Kiel

Jahr	Teilnehmer
1974	2064
1975	2385
1976	1590
1977	1233

Was die Kapitalisten als ,,Qualifizierung'' verstehen, wird daran deutlich, was alles nicht gefördert wird. Nicht gefördert wird z.B. der Bereich der Allgemeinheit. Falls man also den Realschulabschluß nachholen will, bekommt man das nicht bezahlt. Da die wenigsten Umschüler überhaupt von einem Kapitalisten eine Lehrstelle bekommen, bleibt ihnen nur noch übrig, einen Umschulungslehrgang an einer besonderen schulischen Einrichtung mitzumachen, wo sie dann die Wahl haben im wesentlichen zwischen Tischler, Schlosser, Tiefbauer oder Büro-, Industriekaufmann, wobei einige Kollegen sich sogar noch einer psychologischen Prüfung durch das Arbeitsamt unterziehen müssen, bevor sie die Bewilligung für einen bestimmten Lehrgang bekommen. Welchen Widerstand es dagegen gibt, zeigen die folgenden Zahlen: 1977 sind in Kiel allein 18,9% der Umschüler vorzeitig ausgeschieden, bei den Einarbeitungsmaßnahmen waren es 12,8%, bei den Fortbildungsmaßnahmen 12,9%.

Da sich der von der Bourgeoisie mit den Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen beabsichtigte Zweck der Anpassung der Arbeitskraft an die Bedürfnisse des Kapitals und das Interesse der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen an möglichst umfassender Ausbildung ihrer Fähigkeiten unvermeidlich feindlich gegenüberstehen, nimmt die Umschulung selbst notwendig die Form einer Zwangsanstalt an.

Um die Kollegen am zur Zeit in Kiel laufenden Kursus ,,Umschulung zum Industriekaufmann'' für die Kapitalisten passend hinzutrimmen, nimmt die ideologische Indoktrinierung einen breiten Raum ein. Fächer wie ,,Gemeinschaftskunde'' und ,,Volkswirtschaftslehre'' haben überhaupt keinen anderen Zweck, als den Kollegen den Kapitalismus als beste aller Welten nahezubringen. Die Vermittlung nützlichen Wissens wird dagegen eng begrenzt. Z.B. wird überhaupt kein Englisch angeboten.

Das Mittel der Noten und Zeugnisse soll dafür sorgen, daß diese Anpassung gelingt. Zwölf Fächer gibt es. Bei auch nur zwei Arbeiten pro Semester sind das 24 Arbeiten im Halbjahr. Vom Notendurchschnitt im Halbjahrszeugnis hängt ab, ob man vom Arbeitsamt weiter gefördert wird. Offen wurde gleich zu Anfang der Klasse mitgeteilt, daß man davon ausgehe, daß von den 38 Kollegen acht bis zehn sowieso die Segel streichen würden.

Neben das Mittel der Noten tritt die ökonomische Abhängigkeit vom Unterhaltsgeld. Für jeden Fehltag, für den man kein ärztliches Attest vorlegen kann, soll einem 1/30 des Unterhaltsgeldes abgezogen werden. Vor Beginn jeder Doppelstunde wird die Anwesenheit überprüft.

Wo das alles nicht trifft, greift die Schulleitung auch zum Mittel des Rausschmisses aus der Schule. Zwei Kollegen, die in der Schule Alkohol getrunken haben, einer in diesem Zustand einen Toilettenspiegel aus dem Fenster geworfen hatte, wurden von heute auf morgen von der Schule verwiesen. Vom Schulleiter wurde anschließend der Klasse mitgeteilt, sie stehe in Zukunft unter verschärfter Beobachtung und es würden auch noch andere auf der ,,Schwarzen Liste'' stehen. Keineswegs kann man sagen, daß diese verschiedenen Maßnahmen der Unterdrückung zum gesuchten Erfolg geführt haben. Der Rausschmiß der beiden Kollegen stieß auf fast einhellige Ablehnung, wenn es auch nicht gelungen ist, geschlossen gegenüber der Schulleitung die Forderung nach Rücknahme der Schulverweise aufzustellen.

Termine und Veranstaltungen

Montag, den 13.11.
Fortsetzung des Kaltefleiter- oder Quarktopfprozesses
Kiel, 11.30 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 108

Dienstag, den 14.11. bis Samstag, den 18.11.
Veranstaltungsreihe von KSB und KBW:
,,Die ,Kritische Theorie': moderner Idealismus, altes Dunkelmännertum''
Kiel, 14.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa:
Arbeit macht eindimensional – die Theorie des Herbert Marcuse

Kiel, 15.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa
Dialektik der Aufklärung – oder warum die Entwicklung der Produktivkräfte angeblich in den Abgrund führt

Kiel, 16.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa:
Die Entstehung des Faschismus aus der Familie – was die Kritische Theorie kritisiert, was nicht

Kiel, 17.11., 20.00 Uhr, Universität, Alte Mensa:
Vom Zins lebt's sich besser als vom Verkauf der Kunst – Adorno und der Warenfetisch

Kiel, 18.11., 17.00 Uhr, Universität, Alte Mensa: *Existentialismus und christliche Reaktion – die Theorie Heideggers*

Freitag, den 17.11.
Fortsetzung des Prozesses gegen C.U. Monica wegen ,,verfassungsfeindlicher Wehrkraftzersetzung u.a.''
Flensburg, 9.00 Uhr, Landgericht, Staatsschutzkammer

Samstag, den 18.11.
,,Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees! Aufhebung aller bisherigen Urteile!''
– Demonstration des KBW und der Soldaten- und Reservistenkomitees –
Flensburg, 10.00 Uhr ab Exe.

Montag, den 20.11.
Fortsetzung des Kaltefleiter- oder Quarktopfprozesses
Kiel, 9.00 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 108

Montag, den 20.11. bis Freitag, den 24.11.
Veranstaltungsreihe des KBW:
Die SPD an der Regierung: Bilanz der

Kiel, 18.11., 17.00 Uhr, Universität, Alte Mensa: Existentialismus und christliche Reaktion – die Theorie Heideggers

Freitag, den 17.11.
Fortsetzung des Prozesses gegen C.U. Monica wegen ,,verfassungsfeindlicher Wehrkraftzersetzung u.a.''
Flensburg, 9.00 Uhr, Landgericht, Staatsschutzkammer

Samstag, den 18.11.
,,Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees! Aufhebung aller bisherigen Urteile!''
– Demonstration des KBW und der Soldaten- und Reservistenkomitees –
Flensburg, 10.00 Uhr ab Exe.

Montag, den 20.11.
Fortsetzung des Kaltefleiter- oder Quarktopfprozesses
Kiel, 9.00 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 108

Montag, den 20.11. bis Freitag, den 24.11.
Veranstaltungsreihe des KBW:
Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition
Kiel, 20.11., 20.00 Uhr, Käthe-Kollwitz-Schule
Notstandsgesetze, Polzeigesetze, Bundesgrenzschutz, Innere Sicherheit. Die Bourgeoisie rüstet gegen den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse.
Kiel, den 21.11., 20.00 Uhr, Käthe-Kollwitz-Schule
Mit Beamtengesetz, Dienstrechts- und Verwaltungsreform soll der Öffentliche Dienst zum einheitlichen Spitzelapparat ausgebaut werden. Die kapitalistische Rationalisierung wird vorangetrieben.
Kiel, den 22.11., 20.00 Uhr, Käthe-Kollwitz-Schule
Investitionsgesetze und Haushalt. Krisenbewältigung für die Profite der Kapitalisten. Ausbau des Unterdrückungsapparates.
Kiel, den 23.11., 20.00 Uhr, Käthe-Kollwitz-Schule
Steuergesetzgebung. Planmäßig wird die Plünderung der Volksmassen betrieben.
Kiel, den 24,11., 20.00 Uhr, Käthe-Kollwitz-Schule
Wehrpflichtgesetze, Wehrstruktur und Ausbau des Militärapparates. Umrüstung der Armee, um für die Neuaufteilung der Welt gerüstet zu sein.

Montag, den 27.11. bis Freitag, den 1.12.
Kreisveranstaltung Pinneberg:
Lohnsumme und Lohnsummenverteilung
Pinneberg, 19.00 bis 21.00 Uhr, Karl Sörensen-Schule, Lindenallee

Berufsschule Kiel: Kundgebung gegen Entlassungen

b.Kiel. Zwei Wochen lang haben sich die Baukapitalisten der Fa. Gebr. Claussen beharrlich geweigert, die Gründe für die Kündigungen gegen die beiden Straßenbaulehrlinge R.Braungard und W.Tank anzugeben. Die Unterstützung dieses Kampfes durch die Bauarbeiter der Fa. Gebr. Claussen wie auch durch die Lehrlinge der Berufsschule Kiel hat sie jetzt gezwungen, die Katze aus dem Sack zu lassen. – Als Gründe wurden genannt, daß sie für den Beruf nicht geeignet seien und ihre ablehnende Haltung gegenüber der Stufenausbildung einen Berufsabschluß nicht sicherstellen würde.

Dies ist ihr offenes Eingeständnis, daß es ihnen nicht auf die Ausbildung der Lehrlinge ankommt, sondern ausschließlich auf Unterwerfung unter das System der Stufenausbildung und Einkasernierung der Lehrlinge im Ausbildungszentrum, wovon sie sich billigere Arbeitskräfte versprechen. Die Schülervertretung der Berufsschule Kiel hat daraufhin am letzten Donnerstag gegen den Widerstand der Schulleitung auf dem vollbesetzten Schulhof eine Kundgebung durchgeführt, wo die Lehrlinge über den Verlauf des Kampfes informiert wurden. Noch am gleichen Tag wurde in weiteren Klassen über die Entlassungen diskutiert. – Auf der nächsten Sitzung der Schülervertretung werden die nächsten Schritte gegen die Kündigungen entschieden.



Probleme der SPD beim Feiern der Novemberrevolution

b.ulw. Mit großem Pomp betreibt die Sozialdemokratie gegenwärtig eine Propagandakampagne anläßlich des 60. Jahrestages der Novemberrevolution 1918 in Kiel. Die „Kieler Nachrichten" widmeten der Novemberrevolution seit über zwei Wochen etliche Artikel unter dem Generalthema „Das Problem, eine Revolution zu feiern", das Schauspielhaus wurde eingespannt mit Tollers „Feuer aus den Kesseln". Das Kieler Stadtmuseum zeigt eine dürftige Ausstellung, in der auch Kaiser und Familie würdig mit einem Gruppenfoto vertreten sind. Es gibt ein Filmprogramm in der Druckerei und am 17.11. soll eine große Festveranstaltung in Kiel stattfinden etc.

Die proletarische Revolution steht auf der Tagesordnung, diese Erkenntnis findet immer weitere Verbreitung und geht auch an der SPD nicht spurlos vorüber. Man soll aber nicht denken, daß sie sich diese Erkenntnis jetzt zu eigen gemacht hat. Sie knüpft daran an, daß die Revolution von 1918 nicht erfolgreich gewesen ist, im wesentlichen der Fesselung der Arbeiterklasse durch den Reformismus geschuldet und dem Fehlen einer revolutionären proletarischen Partei. Die Arbeiterklasse weiterhin durch Reformismus zu fesseln und kampfunfähig zu machen, das ist auch das Ziel dieser großangelegten Kampagne. Gleichzeitig dient sie als Empfehlung an die Bourgeoisie, auch weiterhin auf die Sozialdemokratie zu setzen. Den Reformismus aufpolieren und sich vom Ruch des Verrätertums zu reinigen, läßt man Koschnick anreisen zu der Festveranstaltung, Koschnick, der ja begonnen hat, die Leimrute „Lockerung des Radikalenerlasses" auszulegen, auf die die Opportunisten ja schon fliegen und die zur Isolierung der Revolutionäre fabriziert wurde.

Die Methode, wie die Sozialdemokraten aus der Novemberrevolution Kapital schlagen wollen, ist perfide, aus dem Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen für Demokratie und Sozialismus wird ein Kampf für die Weimarer Verfassung und die Elemente des Grundgesetzes der westdeutschen Bourgeoisie: „allein in Kiel sind mindestens 20 Menschen auf beiden Seiten ums Leben gekommen, doch umsonst sind diese Opfer nicht gewesen. Halten wir uns doch einmal vor Augen: nicht unwesentliche Teile der Weimarer Verfassung sind auch Bestandteile unseres Grundgesetzes." Solche Unverschämtheiten erlaubte sich der Kieler Stadtpräsident Johanning auf der Stadtratssitzung am 2.11. zu verbreiten. Die Opfer vom November 1918, die schliesslich die imperialistische deutsche Bourgeoisie allesamt auf dem Gewissen hat, die gefallen sind im gerechten Kampf gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus, müssen herhalten für die schmutzige imperialistische Propaganda, sie müssen sich gefallen lassen, mit den umgekommenen imperialistischen Schergen zusammengezählt zu werden. Zufällig ist das nicht. Der Kern der sozialdemokratischen Geschichtsfälschung ist sowieso das Weglügen von Klassenwidersprüchen, die der Revolution von 1918 wie allen Revolutionen zugrundeliegen. Das Kapital aus der Schußlinie zu halten, ist schon notwendig, wenn man sich der Bourgeoisie weiter andienen will. Der antagonistische Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der auch 1918 bestimmend war, verkommt zum Widerspruch zwischen einer fortschrittlichen Bewegung für die parlamentarische Demokratie und reaktionären monarchistischen Elementen. Ein ganzes Buch wurde mit Stipendium der Stadt Kiel geschrieben, um mittels pseudowissenschaftlicher Geschichtsfälschung nachzuweisen, daß in Kiel keine Revolution stattgefunden habe, sondern ein „Aufstand mit revolutionärem Charakter und über Kiel hinausweisender revolutionärer Tendenz". Gründe für diese „Ereignisse" waren die schlechte soziale Lage, Hunger und Meuterei der Matrosen, als sie zu einem „sinnlosen" Gefecht auslaufen sollten, wo doch der Krieg sowieso schon verloren war.

Nicht, daß die Massen sich grundsätzlich weigerten, für die imperialistische Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen, nicht daß es großen Krach um die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie gegeben hätte – Uwe Dähning hat sich die Doktorwürde mit diesem Buch redlich verdient. Besonders auch durch seine Ehrenrettung für den Bluthund Noske, der bekanntlich im Auftrag der Bourgeoisie die Kämpfe der Arbeiter hatte zusammenschießen lassen, tut er sich hervor. Diesen Noske zu polieren, hat die Sozialdemokratie angesichts der Ehrenbergs und Schmidts auch bitter nötig, man könnte sonst Verbindungen ziehen: „Mit Noske war einer der wichtigsten Führer der Sozialdemokraten nach Kiel gekommen. Nachdem er kurz nach seiner Ankunft den Vorsitz im Soldatenrat übernommen hatte, sah er seine Aufgabe darin, die chaotischen Zustände auf den Kieler Straßen zu beseitigen und für Ruhe und Ordnung einzutreten. Neben einer straffen Regelung des Patrouillendienstes ordnete er deshalb auch die Abgabe aller Waffen und Munition an ...(S.111)...es Noske innerhalb kürzester Zeit verstanden hatte, von allen irgendwie von der Bewegung erfaßten Gruppierungen anerkannt zu werden...(S.112)." Wenn es darum geht, die angegriffene Sozialdemokratie als für die Arbeiterklasse akzeptable Partei wieder aufzupolieren, stehen auch die Jungsozialisten nicht zurück. Sie werben für Verständnis für den Pakt Ebert-/Scheidemann und Noske mit der Heeresleitung, als Ebert-Grönert-Pakt bekannt, dessen erklärtes Hauptziel der Kampf gegen den Bolschewismus, gegen die revolutionäre Arbeiterbewgung war: „... Einerseits konnte so ein revolutionäres Chaos verhindert werden, andererseits aber auch eine echte Demokratisierung... bei vielen Linken galten Ebert und Noske verständlicherweise als ‚Verräter des Proletariats'... Ihr Paktieren mit den konservativen militärischen Führungskräften aus dem alten Kaiserreich führte dazu, daß auch viele Linke die Weimarer Republik nie als ihren Staat ansahen " („Rotkielchen" Nov. 78). Die süßliche Prise Kritik macht die Sache auch nicht besser, sie soll nur vertuschen, daß die Weimarer Republik eben auch eine Form der Diktatur der Bourgeoisie war und sonst nichts.

Probleme hat die SPD mit der dokumentarischen Untermauerung ihrer Geschichtsverbiegungen. Die Ausstellung im Kieler Stadtmuseum ist mickrig, sie verdient kaum den Namen, aber: „Vielleicht ist es sogar die Sparsamkeit an Gebotenem, die zu intensiverem Betrachten der Schaustücke veranlaßt" (KN, 6.11.). Intensiv betrachten kann man ein Modell des kaiserlichen Schlachtschiffes „König", Ausschnitte aus sozialdemokratischen Zeitungen, Ausschnitte aus den „Kieler Nachrichten" und Bilder von Versammlungen, wie soll man Lügen auch stützen? Interessanter die Eröffnungsrede von Stadtarchivar Jensen. „Die Revolution wurde rasch in gesetzmäßige Bahnen gelenkt, die Vorstellungen der Ultralinken, die eine andere Zukunft anstrebten, führte zu dem von dem Sozialdemokraten Ebert befohlenen Einsatz von Truppen gegen Arbeiter." (KN, 6.11.) Wieso eigentlich? Warum mußten verschrobene Vorstellungen von Ultralinken dazu führen, daß Ebert Arbeiterdemonstrationen zusammenschießen lassen „mußte"? Waren vielleicht die Arbeiter für eben diese „anderen Zukunftsvorstellungen" auf die Straße gegangen? Ließ nicht vielleicht der Sozialdemokrat Ebert auf die Arbeiter schießen, weil er den Auftrag angenommen hatte, die Interessen der deutschen Bourgeoisie gegen die Bewegung der Arbeiter durchzusetzen? „Freikorps beteiligten sich ungefragt, es kam zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht" (a.a.O.). „Es kam", sieh an, sind diese Freikorps nicht eben zu jenem Zweck eingerichtet worden, die Arbeiterbewegung niederzuschlagen und ihre Führer zu ermorden? Wenn das so wäre, in welches Licht würden GSG 9 und ähnliche „Korps" gerückt?

„Die stürmische Entwicklung mündete ein in die Weimarer Verfassung". Wieso? Doch nicht etwa durch das Niederschießen der Demonstrationen und die Entwaffung der Arbeiterklasse? Man könnte den Eindruck gewinnen, daß sich die Geschichte halt so einfach „ereignet". Niemand, außer vielleicht den Ultralinken, ist für irgendetwas verantwortlich. Auf keinen Fall die imperialistische Bourgeoisie.

Angeknüpft wird hier an dem Interesse der Massen für ihre Geschichte. Doch, die SPD hat sich mit Unterstützung der CDU im Rahmen der „Solidarität aller Demokraten" (Vorträge in der Hermann-Ehlers-Akademie, Würdigung Eberts durch Carstens im Bundestag am 9.11., etc.) auf ein sehr dünnes Eis begeben mit ihrer „Geschichtsschreibung". Der KBW führt in diesem Winterhalbjahr ein Schulungsprogramm durch zur Geschichte der Klassenkämpfe. Das „Problem, eine Revolution zu feiern", wird sich für die Sozialdemokraten praktisch ergeben, wenn man ihr „Fest" am 17.11. in ausreichender Anzahl besucht.

Konferenz der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen:
Der Kampf gegen das Schulgesetz wird fortgesetzt
Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Erzieherfachschüler

Erklärung zur Nichtzulassung H.-P.Drudes

Am 19.9.1978 hat das schleswig-holsteinische Justizministerium den Assessor Hans-Peter Drude nicht als Rechtsanwalt zugelassen.... Begründet wird

b.thh. Die Landesregierung will durch das Schulgesetz einen umfassenden Angriff auf die Ausbildung der Jugend starten. Der Kern ist eine weitere Auf-

die einen Facharbeiterabschluß vermittelt, werden nicht alle übernommen, die Mehrzahl soll als billige und zurechtgestutzte Hilfsarbeiter herhalten.

keinen Tarif, viele arbeiten für nichts oder 200 DM! An der Schule erhält kaum jemand genug BAFöG, so daß entweder die Eltern zuschießen, oder

Um dem Kampf landesweit die Spitze zu brechen, weigert sich das Landesschulamt immer noch, die Gelder der LSV für Broschüren und Flugblätter



tie zu setzen. Den Reformismus aufpolieren und sich vom Ruch des Verrätertums zu reinigen, läßt man Koschnick anreisen zu der Festveranstaltung, Koschnick, der ja begonnen hat, die Leimrute „Lockerung des Radikalenerlasses" auszulegen, auf die die Opportunisten ja schon fliegen und die zur Isolierung der Revolutionäre fabriziert wurde.

Die Methode, wie die Sozialdemokraten aus der Novemberrevolution Kapital schlagen wollen, ist perfide, aus dem Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen für Demokratie und Sozialismus wird ein Kampf für die Weimarer Verfassung und die Elemente des Grundgesetzes der westdeutschen Bourgeoisie: „allein in Kiel sind mindestens 20 Menschen auf beiden Seiten ums Leben gekommen, doch umsonst sind diese Opfer nicht gewesen. Halten wir uns doch einmal vor Augen: nicht unwesentliche Teile der Weimarer Ver-

weisender revolutionärer Tendenz". Gründe für diese „Ereignisse" waren die schlechte soziale Lage, Hunger und Meuterei der Matrosen, als sie zu einem „sinnlosen" Gefecht auslaufen sollten, wo doch der Krieg sowieso schon verloren war.

Nicht, daß die Massen sich grundsätzlich weigerten, für die imperialistische Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen, nicht daß es großen Krach um die Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie gegeben hätte – Uwe Dähning hat sich die Doktorwürde mit diesem Buch redlich verdient. Besonders auch durch seine Ehrenrettung für den Bluthund Noske, der bekanntlich im Auftrag der Bourgeoisie die Kämpfe der Arbeiter hatte zusammenschießen lassen, tut er sich hervor. Diesen Noske zu polieren, hat die Sozialdemokratie angesichts der Ehren-

viele Linke die Weimarer Republik nie als ihren Staat ansahen " („Rotkielchen" Nov. 78). Die süßliche Prise Kritik macht die Sache auch nicht besser, sie soll nur vertuschen, daß die Weimarer Republik eben auch eine Form der Diktatur der Bourgeoisie war und sonst nichts.

Probleme hat die SPD mit der dokumentarischen Untermauerung ihrer Geschichtsverbiegungen. Die Ausstellung im Kieler Stadtmuseum ist mickrig, sie verdient kaum den Namen, aber: „Vielleicht ist es sogar die Sparsamkeit an Gebotenem, die zu intensiverem Betrachten der Schaustücke veranlaßt" (KN, 6.11.). Intensiv betrachten kann man ein Modell des kaiserlichen Schlachtschiffes „König", Ausschnitte aus sozialdemokratischen Zeitungen, Ausschnitte aus den „Kieler Nachrichten" und Bilder von Versammlungen, wie soll man Lügen auch stüt-

nen, daß sich die Geschichte halt so einfach „ereignet". Niemand, außer vielleicht den Ultralinken, ist für irgendetwas verantwortlich. Auf keinen Fall die imperialistische Bourgeoisie.

Angeknüpft wird hier an dem Interesse der Massen für ihre Geschichte. Doch, die SPD hat sich mit Unterstützung der CDU im Rahmen der „Solidarität aller Demokraten" (Vorträge in der Hermann-Ehlers-Akademie, Würdigung Eberts durch Carstens im Bundestag am 9.11., etc.) auf ein sehr dünnes Eis begeben mit ihrer „Geschichtsschreibung". Der KBW führt in diesem Winterhalbjahr ein Schulungsprogramm durch zur Geschichte der Klassenkämpfe. Das „Problem, eine Revolution zu feiern", wird sich für die Sozialdemokraten praktisch ergeben, wenn man ihr „Fest" am 17.11. in ausreichender Anzahl besucht.

Konferenz der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen:

Der Kampf gegen das Schulgesetz wird fortgesetzt
Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Erzieherfachschüler

Erklärung zur Nichtzulassung H.-P.Drudes

Am 19.9.1978 hat das schleswig-holsteinische Justizministerium den Assessor Hans-Peter Drude nicht als Rechtsanwalt zugelassen.... Begründet wird dies mit zwei Strafverurteilungen wegen Nötigung... – Aus den Gründen der Rechtsanwaltskammer Kiel geht jedoch hervor, daß der wirkliche Grund für die Nichtzulassung des Kollegen seine Kandidatur für den KBW zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen in Schleswig-Holstein gewesen ist. Unwürdig soll den Kollegen die Übereinstimmung mit revolutionären Auffassungen machen. Würdig soll allein der staatstreue Rechtsanwalt sein. – Auch im Berufsverbotsverfahren gegen den Anwalt Gildemeier hat der Präsident des Bundesgerichtshofes in einer gutachterlichen Äußerung verlangt, daß sich die Anwälte wie Beamte auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung verpflichten. In der Versagung der Zulassung für Hans-Peter Drude sehen wir unterzeichnenden Rechtsanwälte einen weiteren Angriff auf das Recht auf eine wirksame und umfassende Verteidigung, indem der Rechtsanwalt den Interessen des Staates unterworfen wird. Jeder Versuch, die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft von einer politischen Zuverlässigkeitsklausel abhängig zu machen, bedeutet die Abschaffung einer freien Anwaltschaft und damit jeder wirksamen Verteidigung. – Wir fordern daher die sofortige Zulassung des Kollegen Drude zur Rechtsanwaltschaft! – München, den 2.11.1978 – Rechtsanwälte K.-H. Becker (Nürnberg), Bendler, Bortel (München), Doll (Nürnberg), Fromme (Augsburg), Grimm (München), Gildemeier (Augsburg), Gaugel, Heinhold, Hessel, Hückmann, Klefke, Klingenfuß, Liebe, Leuchten, Reichel (München), Rubach (Augsburg), Schickora, Dr. Schlickum, Steinberg, Wächtler (München).

b.thh. Die Landesregierung will durch das Schulgesetz einen umfassenden Angriff auf die Ausbildung der Jugend starten. Der Kern ist eine weitere Aufspaltung durch das gegliederte Schulwesen und der Abbau der Berufsschulpflicht. Das geschieht durch die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, das ein Jahr dauert, und die dreijährige Berufsschulpflicht ersetzt. Außerdem ist von der Berufsschulpflicht befreit, wer bei der Stufenausbildung nur die ersten zwei Jahre macht. Die jugendliche Arbeitskraft soll so schon möglichst frühzeitig mindestens fünf Tage die Woche den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung stehen. Die Berufsschulausbildung selbst ist dabei erheblich verschlechtert, z.B. wird aus Raummangel an der BS I in Kiel auch samstags unterrichtet.

Auf der Konferenz der Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen (LSV) kam all dies zur Sprache, es zeigte sich, daß die Jugend den Kampf dagegen führt.

Ein Lehrling aus der Bauindustrie, der im überbetrieblichen Ausbildungszentrum Ahrensbök vom Wirtschaftsverband Bauindustrie in der Stufenausbildung war, stellte den Kampf der Lehrlinge dar. In Ahrensbök sollen die Baulehrlinge der Industrie die praktische Ausbildung erhalten und sind gezwungen, für die Zeit, die sie dort sind, im angegliederten Heim zu wohnen. Isoliert von den älteren Kollegen der Bauindustrie, werden sie einer unterdrückerischen Heimordnung unterstellt. Bettruhe ab 22 Uhr und Ausgangssperre am Mittwoch abend sind z.B. vorgeschrieben. In den ersten zwei Jahren der Ausbildung erhalten die Lehrlinge die Kenntnisse, die sie auf dem Bau brauchen, in den Grundzügen. In die nächste Ausbildungsphase, die einen Facharbeiterabschluß vermittelt, werden nicht alle übernommen, die Mehrzahl soll als billige und zurechtgestutzte Hilfsarbeiter herhalten.

Dagegen haben die Lehrlinge den Kampf aufgenommen. Sie fordern die Aufhebung des Ausgangsverbots am Mittwoch, Bettruhe erst ab 23 Uhr und haben den Heimleiter Heydeck, genannt Obersturmbannführer, unter Beschuß genommen. Dem Klassensprecher und drei weiteren Kollegen wurde von den Firmen Giese und Gebr. Clausen jetzt gekündigt, da sie den Kampf organisiert haben.

Die Bedeutung dieses Kampfes besteht darin, daß sich die Lehrlinge gegen die Verschlechterung ihrer Ausbildung, für einen qualifizierten Abschluß und gegen die politische Unterdrückung zusammengeschlossen haben. Dem Ziel der Kapitalisten, über mehr jugendliche billige Hilfsarbeiter den Facharbeiterlohn zu senken, wird entgegengetreten und damit der Lohnkampf insgesamt unterstützt. Die Konferenz der LSV am 4./5.11.78 unterstützt einstimmig den Kampf der Lehrlinge in Ahrensbök und fordert die sofortige Einstellung der drei gekündigten Kollegen. Sie ist für die sofortige Absetzung des Heimleiters Heydeck und hat eine Inspektion des Heims zusammen mit dem Landesjugendvorstand der IG BSE erörtert.

Ähnliche Kämpfe wie in Ahrensbök entwickeln sich an den Erzieherfachschulen. Dort werden entweder nach abgeschlossener Berufsausbildung oder einjährigem Vorpraktikum in zweijähriger schulischer und anschließendem einjährigem Berufspraktikum Erzieher ausgebildet. Es gibt für die Praktikanten nicht genügend Planstellen, so daß viele gezwungen sind, unter Tarif zu arbeiten. Fürs Vorpraktikum gibt es keinen Tarif, viele arbeiten für nichts oder 200 DM! An der Schule erhält kaum jemand genug BAFöG, so daß entweder die Eltern zuschießen, oder die Schüler nebenbei arbeiten müssen. Von Inhalten und Zielen ist die Ausbildung nicht abgesichert, laufend ändert der Staat über Erlasse und Verordnungen etwas. Der Gipfel ist die geplante Zurückstufung zu Berufsfachschulen, was weniger BAFöG (200 DM weniger Höchstsatz) und einen minderen Berufsabschluß bedeutet.

Dagegen organisieren die Erzieherfachschüler den Kampf. Bisher haben sie auf landesweiten Treffen Forderungen erarbeitet, unter denen mehr als 300 Unterschriften vorliegen, z.B. nach tarifmäßiger Bezahlung und Vertretung durch die Gewerkschaften. Die Forderung der LSV nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag für Erzieherfachschüler haben mehr als 150 Kollegen unterschrieben. Beraten und beschlossen wird darüber auf dem landesweiten Erzieherkongreß, der für den 18.11.78 angesetzt ist. Die LSV-Konferenz vom 4./5.11. unterstützt einstimmig den Kongreß und die bisherigen Forderungen der Erzieherfachschüler.

Man sieht also, daß sich die Jugend keineswegs abgibt mit den Plänen der Regierung und der Kapitalisten und für ihre Ausbildung kämpft. Das paßt dem Staat nicht ins Konzept, denn so wird er sein Schulgesetz nicht durchsetzen können. Sehr verschärft er, gestützt auf die SV-Verordnung, die Unterdrückung. Der Direktor der Berufsschule 1 in Kiel ging so weit, zu empfehlen, die SV nach den Bestimmungen des Schulgesetzes zu wählen, womit er natürlich nicht durchkam.

Um dem Kampf landesweit die Spitze zu brechen, weigert sich das Landesschulamt immer noch, die Gelder der LSV für Broschüren und Flugblätter zum Streik zu zahlen. Dem Landesschulsprecher stehen jetzt Klagen der Druckereien ins Haus. Die Tagung der LSV wies das zurück und fordert das Landesschulamt zur sofortigen Zahlung auf! Sie fordert nach wie vor für die SV Satzungs- und Finanzhoheit und das politische Mandat.

An der Kreisberufsschule Elmshorn haben sich Kollegen zusammengetan, die ein Flugblatt zur SV-Wahl verteilten. Der Direktor hatte dies zuvor verboten, konnte es aber nicht verhindern. Es schlägt vor, die Arbeit auf der Grundlage der Forderungen des Streiks fortzusetzen und eine SV zu wählen, die nur den Schülern verantwortlich ist. Die nächste SV-Sitzung hatte gleich Zulauf von sieben Kollegen.

Das blitzartig verabschiedete Schulgesetz und die Unterdrückungsmaßnahmen des Staates genügen nicht, um die Jugend den Zielen der Kapitalisten gefügig zu machen. Für die Schüler und Lehrlinge kommt es darauf an, sich auf der Grundlage der Forderungen des Streiks zusammenzuschließen und ihre vielfachen Kämpfe landesweit zusammenzufassen. Die letzte LSV-Konferenz verfehlte knapp ihre Beschlußfähigkeit. Das wird sich bis zur nächsten Sitzung am 24./25.11. nur ändern, wenn sich an den Schulen zusammengeschlossen wird, und die Schüler und Lehrlinge, wie in Elmshorn, ihre Rechte praktisch durchsetzen. Die LSV wird sich einen Vorstand wählen und Beschlüsse fassen müssen, die dem Kampf der Schüler und Lehrlinge dienen und dazu beitragen, die Durchsetzung des Schulgesetzes zu verhindern und es zu Fall zu bringen.

Mit Prozessen versucht der bürgerliche Staat, den Kampf gegen das Ehrenberg-Programm zu unterdrücken

b.san. Die Bourgeoisie will mit allen Mitteln versuchen, den Kampf gegen und die Enthüllungen über die Ehrenberg-Gesetze zu unterdrücken. Mit diesen Gesetzen wird in jeder Lebensphase des Arbeiters bis ins Grab hinein, aus ihnen Geld herausgepreßt. Gegen dieses Vorhaben gibt es massiven Widerstand. Für die Bourgeoisie gilt es, diesen zu brechen, und dies versucht sie mit Prozessen, mit denen sie Grundsatzurteile zum Schutze Ehrenbergs durchsetzen will. Mit dem Prozeß gegen D. Steenken, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Regionalleitung Nord des KBW, ist ihr dies aber nicht gelungen. Gegenwärtig sind im Bezirk Holstein Brigitte Balzer, Sekretärin des Bezirks Holstein des KBW, und der Genosse Joachim Graessner angeklagt. Ihm wird vorgeworfen, durch das Kleben eines Plakates, das Ehrenberg beim Medikamentenraub zeigt, ihn beleidigt zu haben. Die Genossin Balzer ist angeklagt wegen folgenden Satzes: ,,Wir können es nicht hinnehmen, daß unsere alten Kollegen und Eltern von Schreibtischmördern wie Ehrenberg und Lütgens der Fürsorge ausgeliefert und auf Raten hingerichtet werden, unsere Kinder und Klassenkameraden in Zwangsanstalten gesperrt und zu Hilfsarbeitern gemacht werden'' (MaK-Betriebszeitung, September 1977).

Mit der Arzneimittelhöchstverordnung, Zahlung von 1 DM pro Medikament, Beschränkung des Zuschusses bei Zahnersatz auf 80%, Streichung von Haushaltshilfen im Krankheitsfalle bei Verwandten und Verschwägerten bis zum zweiten Grade, strengeren Kriterien bei der Bewilligung von Kuren (vor allem bei Rentnern), Streichung der Fahrtkostenerstattung bei Fahrten unter 3,50 DM, hat Ehrenberg ein Gesetz kreiert, das die Bourgeoisie frohlocken läßt. Ihr Vorteil liegt in der Beseitigung der alten Arbeiter:

1. Die Rente, die dem Arbeiter ausgezahlt werden muß, fällt weg. Mit dem Wegfall der Rente durch den Tod des Arbeiters fällt aber das Geld nicht weg, was er über sein Arbeiterleben in die Rentenkasse eingezahlt hat, sondern es fällt über den Staat den Kapitalisten zu.

2. Fallen die künftigen Krankheitskosten weg. Die Kapitalisten können also nicht nur die Rentenversicherung plündern, sondern auch gleich die Krankenversicherung.

3. Fällt weg, was den Alten noch aus dem Lohn der Arbeiterklasse, nämlich von ihren Kindern und Verwandten gezahlt wird. Damit fällt eine mächtige Triebkraft im Kampf gegen die Lohnsenkung.

4. Ist die Folge eine frühe Verrentung von Teilen der Arbeiterklasse. Damit kann eine erhebliche Steigerung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse erreicht werden. Das unmenschliche Tempo der kapitalistischen Arbeit erscheint zunächst bei den alten Arbeitern. Fallen sie weg, dann läßt sich das Tempo steigern. Dieser Vorgang wiederholt sich, aufeinander folgend in höherem Maß.

Übermäßiger Alkoholverbrauch, zu viel Zigaretten und zu fettes Essen, sind laut Bourgeoisie die Ursachen für Krankheiten überhaupt. Und dies ist alleinige Schuld der Arbeiter. Ungeachtet dessen, daß man sich von einem niedrigen Lohn – 1300 DM netto für einen Facharbeiter bei HDW in der Lohngruppe sechs, verheiratet, ein Kind – nicht vernünftig ernähren kann, stellt die Bourgeoisie die Ursachen für Krankheit völlig auf den Kopf. Allein die Produktionsverhältnisse sind es, die mit Akkordhetze, Überstundenschinderei, Schichtarbeit die Arbeiter derart ruinieren.

Zur Zeit wird im Großdock der HDW Schicht gearbeitet. Bei Nachttemperaturen von knapp über Null Grad, müssen die Arbeiter auf den Schiffen arbeiten, im Akkord, versteht sich. Daß man sich dabei Grippe, Erkältungen und Lungenentzündung holt, liegt auf der Hand. Bei den Hauern, die die Schiffsbleche bearbeiten, ist kaum einer, der nicht schon Lungenrisse und andere Lungenverletzungen gehabt hat.

Die Bourgeoisie bereitet den Angriff auf die Rentner vor. Die vernutzte Arbeitskraft bringt ihnen gar nichts ein. Im Gegenteil, sie verbrauchen Versicherungsgelder, die das Finanzkapital so gerne hätte. Also muß als ihr Handlanger die Regierung her, die aus den Versicherungskassen das Geld für die bevorstehenden imperialistischen Handelskriege und den imperialistischen Krieg locker macht. So haben sie es 1923 mit der Inflation gemacht, wie nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit der Währungsreform.

Mit dem 20. Rentenanpassungsgesetz sollen von 1977 bis 1980 63 Mrd. DM aus der Rentenversicherungskasse für die Bourgeoisie herausspringen, davon allein 31,7 Mrd. DM durch Kürzung der Krankenvorsorge der Rentner. Die Verschiebung der Rentenanpassung von 1978 auf den 1.1.1979, die Anpassung der Renten an die Entwicklung der Nettolöhne, Einfrieren der Kinderzuschüsse für Rentner, reichten der Bourgeoisie noch nicht aus. Also kam der Entwurf für das 21. Rentenanpassungsgesetz: Diesmal sollen noch 32,7 Mrd. DM aus den Rentnern herausgepreßt werden, also insgesamt ca. 100 Mrd. DM von 1977 bis 1982.

Wie die Endlösung Ehrenbergs greift, zeigt ein Beispiel aus dem Städtischen Krankenhaus Kiel. Eine 74-jährige Frau, blind, hat Diabetis. Bei den Untersuchungen über ihren schlechten Allgemeinzustand wird der Verdacht auf ein Krebsgeschwulst an den Nieren geäußert. Die Patientin wird entlassen. Denn: in dem Alter seien Untersuchungen zur Vervollständigung der Diagnose, um dann gegebenenfalls eine Therapie vorzuschlagen, zu aufwendig für ihren Gesundheitszustand. Aufwendig sind nur die Kosten für Untersuchung und Therapie. Schickt man die Frau zurück ins Altersheim, werden Kosten gespart, und spätestens in einem Jahr gibt es auch keine Kosten mehr für den Altersheimplatz. Diese Beispiele gibt es mehrfach täglich. In diesem Fall betragen die eingesparten Kosten: Röntgenaufnahme und Gefäßdarstellung kosten 80 und 165 DM, dann eine Operation von 222 DM, Narkose zu 51 DM die Stunde (jede weitere halbe Stunde 35 DM), eine Blutkonserve 140 DM; also allein hierbei eine Einsparung von zusammen 693 DM, dazu ein vierwöchentlicher Krankenhausaufenthalt mit 235 DM Kosten pro Tag.

Bewohner der Altenheime müssen von ihrem kärglichen Taschengeld und die Rentner müssen von ihrer geringen Rente ihre Medikamente selbst finanzieren, wenn sie nicht nach zähen und langen Kämpfen eine Rezeptbefreiung durchgesetzt haben. Entweder verzichten sie auf Medikamente oder sie sparen am Essen (...) Einer 70-jährigen Frau werden keine hautschonenden Medikamente mehr verschrieben. Satina Seife und Satina Sept muß sie jetzt auf Privatrezept kaufen. Das macht 30 DM von ihrem Taschengeld aus.

Der Bourgeoisie ist es egal, ob man mit 50 Jahren ein Wrack ist. Teile der Rentenrückstellung können die Kapitalisten als Kapital in die Produktion zurückfließen lassen. Dabei kommt ihnen Ehrenberg gerade recht. 10,703 Mio. DM haben die HDW-Kapitalisten 1976 an Pensionen und Renten für 10011 ehemalige HDW-Arbeiter gezahlt. Das sind ihnen 10 Mio. DM zuviel. Sie rechnen fest damit, daß sich diese Summe rasch reduzieren wird. In ihren Geschäftsberichten weisen sie immer einen Posten für ,,Rückstellungen für Pensionen'' aus. Von 1969 bis 1975 hat sich dieser Posten von 1,4 auf 38,9 Mio. DM erhöht. Seitdem sinkt er. Ebenfalls sinken seit 1976 die sog. Aufwendungen für Altersversorgung und -unterstützung. In die Rückstellungen fließen Teile des Mehrwerts, der aus den Arbeitern herausgepreßt wird. Es sind Millionensummen, die die Arbeiter von ihrem Lohn in die Altersversorgung stecken, und die die Kapitalisten raffgierig einheimsen wollen, um die Ausbeutung weiter voranzutreiben.

Die Durchsetzung der Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten wird nur in Verbindung der Kämpfe der Arbeiter in der Industrie mit den Kämpfen der Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten erfolgreich sein. Gleichzeitig wird der Finanzbourgeoisie dadurch eine gewaltige Profitquelle entzogen, was ihr einigen Schaden einbringen wird. Der Arbeiterklasse hingegen verschafft es einige Luft, die sie notwendig braucht, um den Kampf zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft erfolgreich zu führen.

Ehrenbergverfahren gegen B.Balzer im ersten Anlauf gescheitert

b.Kiel Am 9.11.78 sollte die Genossin Balzer verurteilt werden wegen Beleidigung Ehrenbergs und des Kieler Stadtrat Lütgens, zuständig für Soziales – im September 1977 angegriffen worden als derjenige, der auch Schützenhilfe für Ehrenberg leiste. Dies wurde am Beispiel des Genossen Mahler, eines alten MAK-Arbeiters, erläutert, dem Lütgens u.a. die Freifahrtscheine für die KVAG hatte streichen lassen – trotz hundertprozentiger Schwerbeschädigung – mit der Begründung, er habe ja noch beide Beine. – Dies brachte B.Balzer die Anklage ein, sie habe ,,gegen im politischen Leben des Volkes stehende Personen durch Verbreiten von Schriften eine Verleumdung'' begangen, ,,die mit der Stellung der Beleidigten im öffentlichen Leben zusammenhängt und wobei die Tat geeignet ist, deren öffentliches Wirken erheblich zu erschweren''. – Der Richter hatte sich schon frühzeitig über die Genossin Balzer Gedanken gemacht: anläßlich eines früheren Verfahrens hatte er geäußert, er habe den Eindruck gewonnen, daß die Genossin als politische Überzeugungstäterin so starr und unbelehrbar sei, daß man wohl bei ihr zu Gefängnisstrafen greifen müsse. Dies brachte Richter Kirchner einen Befangenheitsantrag ein, was zur Aussetzung des Verfahrens führte. – Diese Zeit muß genutzt werden, um noch mehr Material gegen Ehrenberg pp. zusammenzutragen.

SPD-Lübeck für Krankenhausschließung Priwall

b.Lübeck. Der gemeinnützige Verein zu Travemünde hatte am Montag, den 6.11. den Chefarzt Dau des Krankenhauses Priwall sowie Politiker der Stadt Lübeck zu einer Aussprache eingeladen, der Chefarzt erschien nicht. Der Gesundheitssenator Rüdiger Möbusz, SPD-Kreisvorsitzender hatte Dr. Dau untersagt, sich in der Öffentlichkeit zu äußern. Darauf angesprochen meinte Möbusz: Dau habe die Dienstanweisung nicht eingehalten. Damit bezog er sich auf das Interview Daus in den Lübecker Nachrichten, in dem er die Schließung des Krankenhauses Priwall mit einem Todesurteil für die vielen Unfälle und Herzinfarkte in der Umgegend gleichstellte. SPD-Landtagsabgeordneter Wolter rief dazu auf, einen Katalog vom Krankenhaus zu erhalten. Unterdrücker und Senator Möbusz verstieg sich, entgegen allen Fakten, in die Verdrehung, er glaube, daß das Krankenhaus auch über 1985 erhalten bleibe, da es bereits wieder in
noch mehr Material gegen Ehrenberg pp. zusammenzutragen.

Mit dem Krankenhauszielplan will Stoltenberg das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz durchsetzen

b.ulr. Der ,,Krankenhauszielplan'' dient über längere Zeit als ,,Orientierungshilfe'' für kurzfristig angelegte Pläne gemäß dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG). Im KHG, herausgegeben vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, sind die genauen Richtlinien angegeben, wie die Kosten in den Krankenhäusern zu senken sind. Angestrebt
bot von 5,5 pro 1000 Einwohner dem Bedarf gerecht''. Auf die Begründung ist man besonders stolz: ,,... die Krankenhausverweildauer in Schleswig-Holstein deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt: 1972 14,9 Tage in Schleswig-Holstein zu 17,9 Tagen Bundesdurchschnitt''. Außerdem sollen die Krankenhäuser durch sogenannte ,,flankierende Maßnahmen''

105 Westerland 205 Niebüll 260 390 380 Flensburg Kappeln 30 Krankenhäuser für Akutkranke - Bestand 31.12.72 - 39 Wyk 31 Bredstedt Schleswig 387 257 Husum 200 Eckernförde Kiel 73 Burg 60 536 Schönberg Tönning 60 Rendsburg 566 190 Oldenburg 174

Mit der Arzneimittelhöchstverordnung, Zahlung von 1 DM pro Medikament, Beschränkung des Zuschusses bei Zahnersatz auf 80%, Streichung von Haushaltshilfen im Krankheitsfalle bei Verwandten und Verschwägerten bis zum zweiten Grade, strengeren Kriterien bei der Bewilligung von Kuren (vor allem bei Rentnern), Streichung der Fahrtkostenerstattung bei Fahrten unter 3,50 DM, hat Ehrenberg ein Gesetz kreiert, das die Bourgeoisie frohlocken läßt. Ihr Vorteil liegt in der Beseitigung der alten Arbeiter:

1. Die Rente, die dem Arbeiter ausgezahlt werden muß, fällt weg. Mit dem Wegfall der Rente durch den Tod des Arbeiters fällt aber das Geld nicht weg, was er über sein Arbeiterleben in die Rentenkasse eingezahlt hat, sondern es fällt über den Staat den Kapitalisten zu.

Kopf. Allein die Produktionsverhältnisse sind es, die mit Akkordhetze, Überstundenschinderei, Schichtarbeit die Arbeiter derart ruinieren.

Zur Zeit wird im Großdock der HDW Schicht gearbeitet. Bei Nachttemperaturen von knapp über Null Grad, müssen die Arbeiter auf den Schiffen arbeiten, im Akkord, versteht sich. Daß man sich dabei Grippe, Erkältungen und Lungenentzündung holt, liegt auf der Hand. Bei den Hauern, die die Schiffsbleche bearbeiten, ist kaum einer, der nicht schon Lungenrisse und andere Lungenverletzungen gehabt hat.

Die Bourgeoisie bereitet den Angriff auf die Rentner vor. Die vernutzte Arbeitskraft bringt ihnen gar nichts ein. Im Gegenteil, sie verbrauchen Versicherungsgelder, die das Finanzkapital so gerne hätte. Also muß als ihr Hand-

gen zur Vervollständigung der Diagnose, um dann gegebenenfalls eine Therapie vorzuschlagen, zu aufwendig für ihren Gesundheitszustand. Aufwendig sind nur die Kosten für Untersuchung und Therapie. Schickt man die Frau zurück ins Altersheim, werden Kosten gespart, und spätestens in einem Jahr gibt es auch keine Kosten mehr für den Altersheimplatz. Diese Beispiele gibt es mehrfach täglich. In diesem Fall betragen die eingesparten Kosten: Röntgenaufnahme und Gefäßdarstellung kosten 80 und 165 DM, dann eine Operation von 222 DM, Narkose zu 51 DM die Stunde (jede weitere halbe Stunde 35 DM), eine Blutkonserve 140 DM; also allein hierbei eine Einsparung von zusammen 693 DM, dazu ein vierwöchentlicher Krankenhausaufenthalt mit 235 DM Kosten pro Tag.

Bewohner der Altenheime müssen

den Arbeitern herausgepreßt wird. Es sind Millionensummen, die die Arbeiter von ihrem Lohn in die Altersversorgung stecken, und die die Kapitalisten raffgierig einheimsen wollen, um die Ausbeutung weiter voranzutreiben.

Die Durchsetzung der Forderung nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten wird nur in Verbindung der Kämpfe der Arbeiter in der Industrie mit den Kämpfen der Beschäftigten in den Öffentlichen Diensten erfolgreich sein. Gleichzeitig wird der Finanzbourgeoisie dadurch eine gewaltige Profitquelle entzogen, was ihr einigen Schaden einbringen wird. Der Arbeiterklasse hingegen verschafft es einige Luft, die sie notwendig braucht, um den Kampf zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft erfolgreich zu führen.

Mit dem Krankenhauszielplan will Stoltenberg das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz durchsetzen

b.ulr. Der ,,Krankenhauszielplan'' dient über längere Zeit als ,,Orientierungshilfe'' für kurzfristig angelegte Pläne gemäß dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG). Im KHG, herausgegeben vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, sind die genauen Richtlinien angegeben, wie die Kosten in den Krankenhäusern zu senken sind. Angestrebt werden ,,finanzielle und persönliche Entlastungsmöglichkeiten'', Stellenvermehrungen nur noch aus zwingenden Gründen bei Funktionserweiterungen bzw. -änderungen. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf bestimmte Typen von Krankenhäusern gelegt. Der schleswig-holsteinische Zielplan sieht dabei drei Krankenhaustypen vor: Das Regelkrankenhaus mit 300 Betten, das Schwerpunktkrankenhaus mit mindestens 370 Betten und das Zentralkrankenhaus, von dem aus alle Fachgebiete hauptamtlich geleitet werden, der Forschung und Lehre dienen – in Schleswig-Holstein die Universitätskliniken. Häuser unter 300 Betten soll es auf gar keinen Fall mehr geben, wie Ehrenberg in einer Novelle zum KHG kürzlich bekanntgab.

1972 gab es in Schleswig-Holstein 12564 Betten, d.h. 4,9 auf 1000 Einwohner; Bundesdurchschnitt: 7,6 pro 1000 Einwohner.

Ziel der Planung ist: ,,Im Interesse einer bedarfsgerechten stationären Versorgung der Patienten soll ein abgestuftes System leistungsfähiger Krankenhäuser geschaffen werden''. Angestrebt wird in Schleswig-Holstein eine Erhöhung der Bettenzahlen im Hamburger Umland und Brunsbüttel wegen der dort geplanten Industrieansiedlungen. Wobei der Bundesdurchschnitt im Bettenangebot für die Planung .....kein allgemein gültiger Maßstab sein kann, weil es sich bei diesem Bettenbestand weniger um das Ergebnis genauer Bedarfsplanung, als vielmehr um eine gewachsene Größe handelt...'' Als ob in Schleswig-Holstein weniger Leute krank würden, aber: ,,langfristig wird ein Bettenangebot von 5,5 pro 1000 Einwohner dem Bedarf gerecht''. Auf die Begründung ist man besonders stolz: ,,... die Krankenhausverweildauer in Schleswig-Holstein deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt: 1972 14,9 Tage in Schleswig-Holstein zu 17,9 Tagen Bundesdurchschnitt''. Außerdem sollen die Krankenhäuser durch sogenannte ,,flankierende Maßnahmen'' entlastet werden. Damit sind zweifelsfrei Pflegeheime, mehr Gemeindepflege, Sozialstationen usw. gemeint. Und das bedeutet: schlechtere medizinische Versorgung, möglichst auch Einsparungen von Rehabilitation in entsprechenden Zentren.

Sieht man sich die Karte des Krankenhauszielplanes für Schleswig-Holstein an, weiß man, in welche Richtung diese Planung läuft. Einrichtung einiger großer Zentren, Schließung vieler kleiner Krankenhäuser, die besonders die Landbevölkerung versorgen. Diese werden vorrangig in Altenpflegeheime verwandelt, wie es z.B. für das Kappelner Krankenhaus geplant ist (KN vom 6.11.). Von 55 Akutkrankenhäusern mit 12564 Betten wird auf 33 Akutkrankenhäuser mit 15180 Betten geplant, im Hamburger Umland alleine wird die Bettenzahl mehr als verdoppelt. Diese ganze Planung geht einher mit einer enormen Rationalisierung, wie man aus den bisher erstellten Neubauten ersehen kann. Sowohl im Friedrich-Ebert-Krankenhaus in Neumünster, als auch in der neuen Kinderklinik in Kiel wurden erheblich mehr Betten eingerichtet, in der Kinderklinik eine Station mehr, aber kein Personal zusätzlich eingestellt.

Genau das beinhaltet die ganze Zielplanung, mehr Patienten, kürzere Liegezeiten, bei gleichem Personalbestand. Ehrenberg kann mit dem Plan des ,,Kühlen aus dem Norden''zufrieden sein. Der Widerstand der Volksmassen gegen diese Pläne zeigt jetzt schon, daß von dieser Zufriedenheit nichts übrig bleiben wird. (Alle Zitate: Krankenhausfinanzierungsgesetz)



SPD-Lübeck für Krankenhausschließung Priwall

b.Lübeck. Der gemeinnützige Verein zu Travemünde hatte am Montag, den 6.11. den Chefarzt Dau des Krankenhauses Priwall sowie Politiker der Stadt Lübeck zu einer Aussprache eingeladen, der Chefarzt erschien nicht. Der Gesundheitssenator Rüdiger Möbusz, SPD-Kreisvorsitzender hatte Dr. Dau untersagt, sich in der Öffentlichkeit zu äußern. Darauf angesprochen meinte Möbusz: Dau habe die Dienstanweisung nicht eingehalten. Damit bezog er sich auf das Interview Daus in den Lübecker Nachrichten, in dem er die Schließung des Krankenhauses Priwall mit einem Todesurteil für die vielen Unfälle und Herzinfarkte in der Umgegend gleichstellte. SPD-Landtagsabgeordneter Wolter rief dazu auf, einen Katalog vom Krankenhaus zu erhalten. Unterdrücker und Senator Möbusz verstieg sich, entgegen allen Fakten, in die Verdrehung, er glaube, daß das Krankenhaus auch über 1985 erhalten bleibe, da es bereits wieder in den Krankenhausplan aufgenommen sei, er könne sich nichts anderes vorstellen. – Am Donnerstag letzter Woche ließ der Gesundheitssenator dann in den,,Lübecker Nachrichten'' verkünden: Er habe dem Chefarzt Dau nicht den Mund verboten, sondern ihn nur auf den §75 des Landesbeamtengesetzes aufmerksam gemacht, nach dem nur der Senator und das Presseamt der Stadt für Veröffentlichungen zuständig sei. So hätten es die Sozialdemokraten gerne. – Die Argumente gegen die Krankenhausschließung reichen vollkommen. Die Sozialdemokratie und der Senat der Stadt Lübeck will sich um deren Vertretung drücken.

Ehrenberg soll als Zeuge geladen werden

b.Kiel. Am 7.11. fand vor dem Amtsgericht Kiel ein Verfahren gegen den Genossen Graessner statt, dem vorgeworfen wird, durch Kleben eines Plakates Ehrenberg beleidigt zu haben. Auf Grund eines Antrages der Verteidigung mußte das Amtsgericht den Beschluß verkünden: Minister Ehrenberg soll vernommen werden, ob er, lange bevor er den Strafantrag stellte, Kenntnis von dem Verkleben des Plakates hatte; es soll die Genehmigung der Bundesregierung eingeholt werden, damit er in der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Kiel vernommen werden kann.

Jugoslawische Presse: „Umfassende moralisch-politische und materielle Unterstützung für die Patriotische Front!

z.anb. Sie kommen aus ihren Löchern. Der neue außenpolitische Sprecher der Konservativen Partei Francis Pym hat den britischen Premierminister Callaghan herausgefordert. Im Unterhaus erklärte Pym, nun reiche es, schließlich seien die britischen Imperialisten „immer noch" für „Rhodesien" verantwortlich, trotz der „einseitigen Unabhängigkeitserklärung Smiths", und außerdem habe man überhaupt keine Zeit zu verlieren. Eine „Friedenskonferenz" nach dem Vorbild von Camp David müsse her. Callaghan erwiderte, das sei überhaupt kein neuer Vorschlag, den habe er auch schon gemacht und sogar von Smith darauf angesprochen worden. Im deutschen Bundestag meldete sich in der letzten Woche Hans Graf Huyn im Namen der von der CSU lancierten „Afrika-Stiftung" zu Wort. Man solle endlich die Sanktionen gegen Rhodesien beenden. Sie ließen sich absolut nicht mehr rechtfertigen, weil die Regierung in Salisbury schon längst kein „weißes Minderheitsregime" mehr sei. Gleichzeitig veröffentlichte die westdeutsche Presse einen Plan des Rassistenregimes für den „Ernstfall". In Absprache mit der Bundesregierung bereitet man die „Evakuierung von 1400 bis 1600 Deutschen aus Rhodesien" vor. Sie sollen Bonn ständig über ihren jeweiligen Wohnsitz informieren, Lebensmittelvorräte für mindestens 14 Tage anlegen und sich beim Generalkonsulat einen dreisprachigen „Schutzbrief" abholen. – Es ist ein Wettlauf mit der Zeit. Während Smiths schwarze Staffage in Streit gerät, ob man die Wahlen, die für Dezember angesetzt sind, nicht besser verschiebt „bis nach einer Friedenskonferenz à la Camp David", schreitet der Befreiungskampf unvermindert voran. Der Angriff der Streitkräfte der Patriotischen Front auf die Herzadern des Rassistenregimes in den Städten zeichnet sich ab. Was die Intervention der Imperialisten bisher verhindert hat, ist das entschlossene Festhalten des Volkes von Zimbabwe am bewaffneten Kampf und die weltweite Unterstützung der Völker und der Arbeiterklasse in den imperialistischen Metropolen. – Robert Mugabe, Präsident der ZANU und Co-Präsident der Patriotischen Front hat vom 7. – 10. November die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien besucht. Angesichts der großen Bedeutung der Bewegung der Blockfreien Staaten, der Jugoslawien angehört, und ihrer wichtigen Arbeit in den Vereinten Nationen kommt diesem Besuch in der gegenwärtigen entscheidenden Etappe des Befreiungskampfes besondere Bedeutung zu.

Radio Belgrad

Donnerstag, den 9.11.1978, 17.30 Uhr

Der jugoslawische Staatspräsident Tito empfing heute in der Sozialistischen Republik Bosnien/Herzegowina den Außenminister der Sozialistischen Demokratischen Republik Sri Lanka und hatte mit ihm ein längeres freundschaftliches Gespräch... Präsident Tito zollte Sri Lanka und Minister Hammed persönlich Anerkennung für das erfolgreiche Engagement bei der Realisierung der Verpflichtungen des Präsidenten der Bewegung der ungebundenen Länder zwischen dem fünften und dem sechsten Gipfeltreffen und für den Beitrag zur Tätigkeit der ungebundenen Staaten. Präsident Tito hob im besonderen die Bedeutung der aktiven Teilnahme aller ungebundenen Länder an der Vorbereitung des sechsten Gipfeltreffens im nächsten Jahr in Havanna hervor, damit auf dem Wege des demokratischen Meinungsaustauschs und der Abstimmung der Standpunkte die Solidarität und die Aktionseinheit der Bewegung und damit auch ihre weitere Durchsetzung als einflußreichem und unabhängigem Faktor bei der Lösung akuter Probleme in der Welt gestärkt werden. Darin sind sowohl die nationalen Interessen der ungebundenen Länder als auch das breitere Interesse der Internationalen Gemeinschaft an der Stabilität und dem Frieden in der Welt in gleichem Maße enthalten.

Im Zusammenhang damit wies Präsident Tito auf die Rolle des Koordinationsbüros und auf die besondere Bedeutung der bevorstehenden Ministertreffen dieser Koordinationskörperschaft der ungebundenen Länder hin. Präsident Tito hob desgleichen die Bedeutung der Aktivität der Bewegung der Ungebundenheit im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen hervor. Bei der Erörterung aktueller Probleme in den internationalen Beziehungen erklärte Präsident Tito, die ge-

denten der Bewegung der ungebundenen Länder zwischen dem fünften und dem sechsten Gipfeltreffen und für den Beitrag zur Tätigkeit der ungebundenen Staaten. Präsident Tito hob im besonderen die Bedeutung der aktiven Teilnahme aller ungebundenen Länder an der Vorbereitung des sechsten Gipfeltreffens im nächsten Jahr in Havanna hervor, damit auf dem Wege des demokratischen Meinungsaustauschs und der Abstimmung der Standpunkte die Solidarität und die Aktionseinheit der Bewegung und damit auch ihre weitere Durchsetzung als einflußreichem und unabhängigem Faktor bei der Lösung akuter Probleme in der Welt gestärkt werden. Darin sind sowohl die nationalen Interessen der ungebundenen Länder als auch das breitere Interesse der Internationalen Gemeinschaft an der Stabilität und dem Frieden in der Welt in gleichem Maße enthalten.

Im Zusammenhang damit wies Präsident Tito auf die Rolle des Koordinationsbüros und auf die besondere Bedeutung der bevorstehenden Ministertreffen dieser Koordinationskörperschaft der ungebundenen Länder hin. Präsident Tito hob desgleichen die Bedeutung der Aktivität der Bewegung der Ungebundenheit im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen hervor. Bei der Erörterung aktueller Probleme in den internationalen Beziehungen erklärte Präsident Tito, die ge-

genwärtige Lage in der Welt erfordere mehr Initiativen der ungebundenen Länder. –

Der jugoslawische Staatspräsident Tito sandte dem Präsidenten der Volksrepublik Angola, Agostinho Neto, ein Glückwunschtelegramm zum Jahrestag der Unabhängigkeit Angolas. Im Telegramm wird die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die freundschaftlichen Beziehungen und die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den zwei Ländern auch weiterhin in gegenseitigem Interesse erstarken und damit zur Durchführung der Politik der Unabhängigkeit zur Herstellung gerechterer politischer und ökonomischer internationaler Beziehun-



Befreiungskämpfer beseitigen die Folgen eines Überfalls der rassistischen Söldnertruppen. „Häufig gibt es Aggressionsakte gegen die Nachbarstaaten Zambia und Mozambique, wo die rassistischen Truppen Übergriffe gegen die militärischen Lager der Befreiungsfront von Zimbabwe führen." („Front", 3. November 1978)



Befreiungskämpfer beseitigen die Folgen eines Überfalls der rassistischen Söldnertruppen. „Häufig gibt es Aggressionsakte gegen die Nachbarstaaten Zambia und Mozambique, wo die rassistischen Truppen Übergriffe gegen die militärischen Lager der Befreiungsfront von Zimbabwe führen." („Front", 3. November 1978)

gen, zum Frieden, zur Sicherheit und zur weiteren Zusamenarbeit in der Welt beitragen werden. –

Die weitere Politik der Bewegung der Ungebundenheit, die Probleme der Entkolonialisierung und die Befreiung des Südens Afrikas waren die Hauptthemen der Unterredung zwischen dem Außenminister von Mozambique und dem jugoslawischen Bundessekretär für Auswärtiges, heißt es in der gemeinsamen in Belgrad veröffentlichten Verlautbarung...

Bei dem breiten Meinungsaustausch über aktuelle internationale Fragen erörterten die Minister mit besonderer Aufmerksamkeit die weitere Aktivität der Bewegung der Ungebundenheit und die Vorbereitungen zum Ministertreffen des Koordinationsbüros der ungebundenen Staaten in Maputo über Probleme der Entkolonialisierung und der Befreiung des Südens Afrikas. In

gen, zum Frieden, zur Sicherheit und zur weiteren Zusamenarbeit in der Welt beitragen werden. –

Die weitere Politik der Bewegung der Ungebundenheit, die Probleme der Entkolonialisierung und die Befreiung des Südens Afrikas waren die Hauptthemen der Unterredung zwischen dem Außenminister von Mozambique und dem jugoslawischen Bundessekretär für Auswärtiges, heißt es in der gemeinsamen in Belgrad veröffentlichten Verlautbarung...

Bei dem breiten Meinungsaustausch über aktuelle internationale Fragen erörterten die Minister mit besonderer Aufmerksamkeit die weitere Aktivität der Bewegung der Ungebundenheit und die Vorbereitungen zum Ministertreffen des Koordinationsbüros der ungebundenen Staaten in Maputo über Probleme der Entkolonialisierung und der Befreiung des Südens Afrikas. In

einer Atmosphäre des gegenseitigen Verstehens wurde die Ergebenheit Jugoslawiens und Mozambiques für die Prinzipien der Politik der Ungebundenheit bekräftigt, und es wurden die Möglichkeiten der weiteren Förderung der bilateralen Zusammenarbeit in allen Bereichen erörtert. Das wird in der gemeinsamen Mitteilung über diesen Besuch hervorgehoben. Sie bekräftigten im einzelnen mit dem Standpunkt ihrer Regierungen, daß Kolonialismus und Rassismus im Süden Afrikas möglichst bald abzuschaffen sind und zwar im Einklang mit den Forderungen der Befreiungsbewegungen, der Patriotischen Front von Zimbabwe, der SWAPO Namibias und des ANC Südafrikas als der einzigen authentischen Vertreterin ihrer Völker. In Anbetracht aller Umstände hoben die beiden Minister hervor, daß es notwendig ist, die materielle, politische und diplomatische Unterstützung für diese Bewegungen wie auch für die Länder der sogenannten Ersten Frontlinie, die der Aggression und Pressionen ausgesetzt sind, fortzusetzen und zu verstärken, damit sie ihre Unabhängigkeit und freie Entwicklung bewahren. Die Minister Jugoslawiens und Mozambiques stimmen in der Beurteilung überein, daß das bevorstehende Treffen des Koordinationsbüros der ungebundenen Länder in Maputo von außerordentlicher Bedeutung für die Stärkung des Kampfes um die volle Entkolonialisierung sein wird. Sie hoben hervor, daß die möglichst breite Teilnahme der afrikanischen und anderer ungebundener Länder zur weiteren Stärkung des bewaffneten und politischen Kampfes für die Befreiung im Süden Afrikas beitragen

als der einzigen authentischen Vertreterin ihrer Völker. In Anbetracht aller Umstände hoben die beiden Minister hervor, daß es notwendig ist, die materielle, politische und diplomatische Unterstützung für diese Bewegungen wie auch für die Länder der sogenannten Ersten Frontlinie, die der Aggression und Pressionen ausgesetzt sind, fortzusetzen und zu verstärken, damit sie ihre Unabhängigkeit und freie Entwicklung bewahren. Die Minister Jugoslawiens und Mozambiques stimmen in der Beurteilung überein, daß das bevorstehende Treffen des Koordinationsbüros der ungebundenen Länder in Maputo von außerordentlicher Bedeutung für die Stärkung des Kampfes um die volle Entkolonialisierung sein wird. Sie hoben hervor, daß die möglichst breite Teilnahme der afrikanischen und anderer ungebundener Länder zur weiteren Stärkung des bewaffneten und politischen Kampfes für die Befreiung im Süden Afrikas beitragen

wird. Das Treffen in Maputo wird nach beiderseitiger Überzeugung auch ein bedeutender Schritt bei den Vorbereitungen für das Gipfeltreffen in Havanna sein.

Der Präsident der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe, Robert Mugabe erklärte auf einer Pressekonferenz in Belgrad, sein Besuch in Jugoslawien erfolge zu einem historischen Zeitpunkt. Er sagte, die Situation im Süden Afrikas sei heute außerordentlich komplex, worüber er auch schon mit jugoslawischen Vertretern gesprochen habe. Mugabe hob hervor, daß die Truppen der Patriotischen Front Zimbabwes trotz der rhodesischen Angriffe auf Mozambique und Zambia, durch das sich das rassistische Regime in Salisbury stark zeigen wolle, überlegen seien und daß die Befreiung

schen Angriffe auf Mozambique und Zambia, durch das sich das rassistische Regime in Salisbury stark zeigen wolle, überlegen seien und daß die Befreiung

unmittelbar bevorsteht.

Aus der illustrierten Soldatenzeitung „Front"

Erscheint im 34. Jahrgang. Herausgegeben von der Verlagsanstalt „Die Nationalarmee", Beograd. Die erste Nummer dieses illustrierten Wochenblattes erschien am 25. Februar 1945 in Beograd, und zwar in allen Sprachen der jugoslawischen Völker.

Die Kriegssituation auf rhodesischem Boden selbst hat sich wesentlich gewandelt, und das zum Vorteil der Befreiungsbewegung von Zimbabwe, mit der Patriotischen Front an der Spitze. Augenzeugen berichten, daß 90% des Staatsterritoriums unter wirkungsvoller Kontrolle der Patriotischen Front stehen, d.h. unter der Kontrolle ihrer bewaffneten Einheiten, der ZIPA, der Revolutionären Armee des Volkes von Zimbabwe.

90% des Staatsterritoriums unter wirkungsvoller Kontrolle der Patriotischen Front stehen, d.h. unter der Kontrolle ihrer bewaffneten Einheiten.

Je mehr es dem rassistischen Minderheitsregime unter den Nägeln brennt, sprechen die Tatsachen dafür, daß sich die weiße Bevölkerung immer unsicherer fühlt und daß sie sich in besonderen „Antiterror-Einheiten" organisiert. (Die Kämpfer für die Freiheit und Unabhängigkeit Zimbabwes werden im Sprachgebrauch der rassistischen Herrscher wie „Terroristen" behandelt.) Die einzelnen Farmer, in deren Händen sich der gesamte fruchtbare Boden Rhodesiens befindet, formieren ihre privaten „Truppen" für den Kampf gegen die Guerilla.

Internationale Politik, Theoretisches Organ zur Außenpolitik, Wirtschaft, Recht, Wissenschaft und Kultur · Erscheint zweimal im Monat in serbokroatischer, deutscher, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache
Heft 680-1, 15. August 1978

Deklaration der Konferenz der Blockfreien Länder in Belgrad, 25. – 30. Juli 1978

Zimbabwe. 109. Die Konferenz blockfreier Länder bestätigte den Beschluß der OAE-Gipfelkonferenz in Khartum, die eine sogenannte „innere Lösung" in Südrhodesien ablehnte und zur Gänze verurteilte. Die Konferenz betrachtet das sogenannte Abkommen aus Salisbury vom 3. März 1978 als lügnerischen, perfiden und verräterischen Versuch, die militärische, wirtschaftliche und politische Macht der rassistischen Minderheit zu festigen und den unrepräsentativen und opportunistischen Elementen, die sich daran beteiligten, einen gewissen politischen Status zu geben.

110. Die Minister verurteilen scharf jeden Versuch, auf diese Weise dem Volk von Zimbabwe eine neokolonialistische Vorherrschaft aufzuzwingen, und erklären nochmals, daß eine gerechte Lösung nur dann möglich ist, wenn sie auf den Wünschen der Mehrheit in der Patriotischen Front beruht, die einen umfangreichen und heldenhaften bewaffneten Kampf für die Befreiung des ganzen Landes führt. Sie betonen, daß eine dauerhafte Lösung des Zimbabwe-Problems mit der vollkommenen Machtübertragung von der Minderheit auf das Volk Zimbabwes im Hinblick auf sein Recht auf Selbstbestimmung und wahre Unabhängigkeit im Einklang stehen muß.

111. Die Konferenz ruft die internationale Gemeinschaft auf, alle Anstrengungen zu machen, um zur Liquidierung des inhumanen Regimes in Südrhodesien, zur Beendigung der Kolonisation Zimbabwes beizutragen und es der Patriotischen Front zu ermöglichen, eine Machtübertragung von der Minderheit auf das Volk Zimbabwes, geführt von der Patriotischen Front zu erzielen. Die Minister unterstützen das unveräußerliche Recht Zimbabwes auf Selbstbestimmung und wahre Unabhängigkeit, und bestätigen ihre Unterstützung für den legitimen Kampf, den die Patriotische Front führt, als einzige und legitime Befreiungsbewegung Zimbabwes.

112. Die Minister zollen dem Volk von Zimbabwe unter der Führung der Patriotischen Front Anerkennung für die Leitung des heldenhaften bewaffneten Kampfes und setzen sich für die materielle und finanzielle Hilfe für dieses Volk ein. Sie bestätigen und äußern volle Solidarität mit der Befreiungsbewegung des leidgeprüften Volkes von Zimbabwe. Die Minister verurteilen schärfstens die offenen und systematischen Aggressionsakte gegen die Staaten der ersten Frontlinie – Botswana, Mozambique und Zambia, und bringen ihre Unterstützung und Solidarität mit diesen Ländern zum Ausdruck. Die Minister rufen die Vereinten Nationen auf, wirksame Maßnahmen zwecks Verhinderung dieser zur Regel gewordenen Aggression vorzuschlagen und jede mögliche Hilfe zu leisten, damit es diesen Ländern ermöglicht wird, ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit wirksam zu verteidigen.

113. Die Minister bringen tiefe Besorgnis zum Ausdruck wegen den immer größeren und zur Regel gewordenen Verletzungen der Sanktionen, die der UNO-Sicherheitsrat gegen das rassistische Regime eingeführt hat, setzen sich für eine allseitige wirtschaftliche Sanktion im Sinne des Artikels 41 der UNO-Charta ein und rufen alle Staaten auf, sich streng an diese Sanktionen zu halten.



Die Bewegung der Blockfreien, in der Jugoslawien eine bedeutende Kraft darstellt, hat auf der Konferenz der Außenminister im Juli in Belgrad die Verstärkung der politischen und materiellen Unterstützung der Patriotischen Front beschlossen. Die Patriotische Front wird, ebenso wie die SWAPO für Namibia, an dem Ministertreffen des Koordinationsbüros der Blockfreien am 30. Januar 1979 in Maputo, der Hauptstadt Mozambiques, teilnehmen.

re Unterstützung und Solidarität mit diesen Ländern zum Ausdruck. Die Minister rufen die Vereinten Nationen auf, wirksame Maßnahmen zwecks Verhinderung dieser zur Regel gewordenen Aggression vorzuschlagen und jede mögliche Hilfe zu leisten, damit es diesen Ländern ermöglicht wird, ihre territoriale Integrität und Unabhängigkeit wirksam zu verteidigen.

113. Die Minister bringen tiefe Besorgnis zum Ausdruck wegen den immer größeren und zur Regel gewordenen Verletzungen der Sanktionen, die der UNO-Sicherheitsrat gegen das rassistische Regime eingeführt hat, setzen sich für eine allseitige wirtschaftliche Sanktion im Sinne des Artikels 41 der UNO-Charta ein und rufen alle Staaten auf, sich streng an diese Sanktionen zu halten.



Die Bewegung der Blockfreien, in der Jugoslawien eine bedeutende Kraft darstellt, hat auf der Konferenz der Außenminister im Juli in Belgrad die Verstärkung der politischen und materiellen Unterstützung der Patriotischen Front beschlossen. Die Patriotische Front wird, ebenso wie die SWAPO für Namibia, an dem Ministertreffen des Koordinationsbüros der Blockfreien am 30. Januar 1979 in Maputo, der Hauptstadt Mozambiques, teilnehmen.